

Katrin Großmann, Maria Budnik, Annegret Haase,
Christoph Hedtke, Alexander Krahmer (Hrsg.)



An Konflikten wachsen oder scheitern?

Beiträge zur Reflexion eines komplexen Phänomens

An Konflikten wachsen oder scheitern?
Beiträge zur Reflexion eines komplexen Phänomens

Katrin Großmann, Maria Budnik, Annegret Haase,
Christoph Hedtke, Alexander Kraemer (Hrsg.)

Fachhochschule Erfurt
Fachbereich Stadt- und Raumsoziologie
Erfurt 2021

Download

www.migrachance.de/publikationen

DOI 10.22032/dbt.49375

Textlizenz

Creative Commons CC-BY-SA4.0 (Namensnennung,
Weitergabe unter gleichen Bedingungen)

Bildrechte

Die Bildrechte liegen, wenn nicht anders vermerkt, bei den
genannten AutorInnen.

Illustrationen: Nora Kühnhausen//www.minkaaa.de

Layout und Druckvorlage: Karen Wolf

Gefördert durch

Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF),

Förderkennzeichen: 01UM1817AY

Projekträger Deutsches Zentrum für Luft- und Raumfahrt e.V.
(DLR), Laufzeit: 04.2018 - 09.2021

Inhalt

Katrin Großmann, Maria Budnik, Annegret Haase, Christoph Hedtke und Alexander Krahmer

An Konflikten wachsen oder scheitern? Einführung 9

Teil 1

Konflikte weiterdenken: Reflexionen und neue Verknüpfungen

Wolfgang Dörner, Annegret Haase, Christoph Hedtke und Madlen Pilz

Konflikte und ihre Gegenbilder. Ein Gespräch 29

Katrin Großmann

Würde und Konflikt: Ein schwieriges Verhältnis – relational betrachtet 47

Maria Budnik

Dissenskultur: Ein Ansatz zum Umgang mit Emotionen in sozialen Konflikten? 63

Alexander Krahmer

Alles auf Zweikampf? Oder: Konfliktbetrachtung unter dem Vorzeichen der Pluralität 77

Teil 2

Konflikte einbetten: Migration, soziale Ungleichheiten und politischer Wandel

Annegret Haase

Zur Rolle von Konflikt im diskursiven Ringen um die postmigrantische Zukunft..... 99

Sandra Huning

Ein Stück vom Kuchen reicht nicht: Durch Konflikte zu neuen Rezepten? Erfahrungen aus feministischen Debatten..... 113

Dieter Reinhardt

„Multikulti“ im Bundeskanzleramt und postmigrantische Gesellschaft in der abgeschotteten EU-Festung?..... 123

Ricardo Glaser und Boris Krumnow

Das Ende der Eindeutigkeit? Reflexion über hybride Ideologien und neueste soziale Bewegungen..... 143

Teil 3

Konflikte bewegen: Austragung, Bearbeitung und die eigene Rolle

Marike Blunck

Eine besondere Beziehung: Die „Insider-Outsider“-Dynamik in der Kommunalen Konfliktberatung..... 159

Sylvia Lustig, Christina Pauls, Christoph Weller und Michaela Zöhrer

Wenn es knallt. Konfliktforschung und Konfliktberatung im Dialog..... 173

Initiativkreis: Menschen.Würdig. (IKMW)
Der ambivalente Kampf um das selbstbestimmte
Wohnen von Geflüchteten in Leipzig – Reflexion
eines steinigen Weges 191

Teil 4

Konflikte besprechen: Positionierungen, Aushandlungen und Formen des Dialogs

Nora Rebekka Krott, Stella Nüschen und Andreas Zick
Reden über, aber ohne die anderen. Wie ein Bürger-
dialog in ein monologisches Wir verfällt 203

Michael Raab und Heike Radvan
„Wichtig ist es, Position gegen Rassismus und
Verschwörungstheorien zu beziehen.“ Ein
Gespräch über Dialogveranstaltungen in einer
Stadt mit extrem rechter Mobilisierung 221

Christoph Hedtke
Herausfordernde Dialoge.
Bürger:innenversammlungen als Methode der
Konfliktbearbeitung? 237

Ornella Gessler
Es geht um weitaus mehr als zurückzudenken. Der
Konflikt um das Mahnmal in der Keupstraße 253

Teil 5

Konflikte erfahren: Internationale Nachbarschaften, transnationale Beziehungen und die Rolle von Narrativen

Nihad El-Kayed, Sebastian Juhnke und Leoni J. Keskinilic

Nachbarschaften des Willkommens? Dimensionen lokaler Reaktionen auf Geflüchtete und ihr Zusammenhang..... 271

Dirk Halm und Yunus Ulusoy

Intra- und Intergruppenkonflikte im grenzüberschreitenden Raum NRW-Türkei 289

Azizur Rahman Khan

Identity Conflicts & Integration. How Religious, Ethnolinguistic, Class and Gender Identity Influence Integration of Bangladeshi Diaspora in Germany..... 301

Sebastian Salzmann

„Wir“ und „die anderen“? Die Rolle von Erzählungen in polarisierten sozialen Konflikten 317

Autor:innenverzeichnis 335



An Konflikten wachsen oder scheitern?

Einführung

Katrin Großmann, Maria Budnik, Annegret Haase, Christoph Hedtke, Alexander Kraemer

Konflikte prägen unser Leben – vom Alltag bis zum Weltgeschehen. Sie sind belastend, existenziell, trennen die einen und verbinden die anderen – und wirken letztlich unausweichlich. Die Perspektiven auf Konflikte sind vielfältig, wenn nicht gar gegensätzlich: Für die einen sind sie das, was nicht passieren darf, und für andere das, was Gesellschaften bewegt. In der Migrationsforschung werden sie von manchen Autor:innen als Zeichen gelingender Integration gedeutet und in der Konfliktforschung als produktives Moment gesehen, durch das gesellschaftlicher Wandel ermöglicht wird.

Seit einigen Jahren suchen wir, die Herausgeber:innen dieses Buches, im Rahmen unserer Forschung zu migrationsbezogenen Konflikten¹ nach Antworten auf Fragen wie: Wie genau wirken Konflikte? Sind sie produktiv? Kann man an Konflikten wachsen oder „nur“ scheitern? Sind sie destruktiv und zerstören Lebenschancen und sozialen Zusammenhalt? Wie regen sie konkret gesellschaftlichen Wandel an und ist institutioneller Wandel als Lerneffekt möglich? Welche Rolle spielt dabei Zuwanderung,

¹ Das BMBF-geförderte Forschungsprojekt MigraChance ist ein Verbundprojekt der Fachhochschule Erfurt, der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster sowie des Helmholtz-Zentrums für Umweltforschung Leipzig. Weitere Informationen zu den Projektbeteiligten sind unter www.migrachance.de zu finden.

die immer wieder ein Konfliktgegenstand ist – bzw. dazu gemacht wird? Wenn Konflikte Wandel anregen, wie prägen sie dann das institutionelle Gefüge, das mit Zuwanderung umgeht? Kann man Kommunen gezielt dabei unterstützen, mit Konflikten, zum Beispiel um Zuwanderung, umzugehen?

Im April und Mai 2020 luden wir auf dem Fachforum „Migration und Konflikt vor Ort – An Konflikten wachsen oder scheitern?“ zur Diskussion dieser Fragen ein. Es fiel in die ersten Wochen der Covid-19-Pandemie und fand daher als digitale Veranstaltung statt. An der Schnittstelle zwischen Wissenschaft, Verwaltung, NGOs und Zivilgesellschaft diskutierten die Teilnehmenden verschiedene Facetten des titelgebenden Veranstaltungsthemas. Neben der (Mit-)Gestaltung sozialen und institutionellen Wandels in der Migrationsgesellschaft wurden Möglichkeiten der Bearbeitung lokaler Konflikte ebenso besprochen wie Voraussetzungen, unter denen diese Konflikte gesellschaftlichen und institutionellen Wandel bewirken können.

Das vorliegende Buch führt nun einige der auf dem Forum begonnenen Diskussionen weiter. Hatte der Fokus des Fachforums noch auf den Themen „Zuwanderung“, ‚institutioneller Wandel‘ und „Erfahrungen im Umgang mit migrationsbezogenen Konflikten“ gelegen, gehen die Beiträge im Buch oftmals darüber hinaus und beschäftigen sich etwas allgemeiner mit Konflikten. Es bildet insofern auch die Entwicklungen unserer Perspektiven im Forschungsteam ab: Debattierten wir zu Beginn unseres Forschungsprojektes noch die Bedeutung und Spezifik des Migrationsbezugs in Konflikten, trat dieser Fokus zunehmend in den Hintergrund zugunsten einer größeren Offenheit gegenüber verschiedenen thematischen Facetten. Es wuchs die Aufmerksamkeit für die Prozesshaftigkeit

von Konflikten, auf deren Spezifik im jeweiligen lokalen Kontext sowie auf Konfliktfaktoren und deren Wechselwirkungen. Dieses Buch versammelt daher Beiträge, die Konflikte bzw. den Umgang mit ihnen weiterdenken. Es bündelt verschiedene Positionen und disziplinäre Hintergründe: aus der Wissenschaft, der Zivilgesellschaft und der Kommunalen Konfliktberatung. Es bringt Perspektiven der sozialen Arbeit sowie planerische, zivilgesellschaftliche, soziologische, sozial-psychologische, konfliktbearbeitungspraktische und geographische Perspektiven auf das Thema „Konflikt“ zusammen. Gleichzeitig lässt es diese Positionen verwischen, denn wo genau wäre hier die Grenze zwischen Wissenschaft und Praxis? Wir hoffen, mit dieser Zusammenstellung sowohl zu einer Erweiterung der Perspektiven der lokal situierten Konfliktforschung und Konfliktbearbeitungspraxis als auch zu einem genaueren Blick auf übergreifende Aspekte beizutragen.

Als Herausgeber:innen möchten wir mit dieser Textsammlung verschiedene Betrachtungsweisen auf die Frage nach dem Wachsen und Scheitern an Konflikten vorstellen und gleichzeitig zum Nachdenken über lokale Konflikte, deren Verläufe und Bezüge zu anderen Themen anregen. Dazu bieten wir eine facettenreiche Annäherung an die Fragestellung, wie Konflikte auf verschiedenen Ebenen – lokal, regional oder national – das gesellschaftliche Leben beeinflussen. Doch bevor wir die einzelnen Beiträge kurz umreißen, erlauben wir uns ein paar Schlaglichter auf übergreifende Themen und konzeptionelle Aspekte, die durch die Artikel aufgeworfen, direkt angesprochen oder zumindest illustriert werden.

Nicht nur die Positionen und Perspektiven der Autor:innen sind vielfältig, es zeigt sich auch ein Konfliktverständnis, das das Vieldeutige und Komplexe betont: den multidimensionalen Charakter von Konflikten, durch

den sich hinter jedem vordergründigen Konfliktgegenstand weitere Themen im Hintergrund entdecken lassen und deren Ursachen demnach verschachtelt sind. Konflikte erscheinen in den Aufsätzen als multifaktorielle Prozesse, deren Anfang und Ende nur eine künstliche Setzung des Betrachtenden sind. Zudem legen viele Beiträge nahe, dass der Raum hier ein Mitspieler ist, der mit weiteren Kontexten in Wechselwirkung steht. Diese Komplexitäten verdienen mehr Aufmerksamkeit, egal ob man Konflikte nun beforschen, verstehen oder bearbeiten möchte. Bevor wir die Texte im Einzelnen vorstellen, wollen wir dazu ein paar Gedanken festhalten.

Im Projekt sind wir mit einem ersten Schritt der Distanzierung von alltagsweltlichen Zugriffen auf Konflikte gestartet (nämlich diese als problematische Ereignisse zu betrachten) und haben stattdessen die – möglicherweise ebenso naive – These verfolgt, sie könnten auch positive Ereignisse sein. Auf einer theoretischen Metaebene schwingt auch in den Beiträgen dieses Buches immer wieder die Hoffnung auf den gesellschaftlichen Fortschritt durch Konflikte mit, wie insbesondere die Aufsätze zu einer postmigrantischen Zukunft und der gleichberechtigten Mitbestimmung über die Ausgestaltung der Gesellschaft zeigen. Auf der praxisnahen Ebene ist eher ein pragmatisches Herangehen zu erkennen: Es geht letztlich doch immer wieder um das Einhegen, Befrieden oder auch Vorbeugen. Kurz: Das Interesse liegt vor allem auf dem „richtigen“ Umgang mit Konflikten, wie die Beiträge zu Aushandlungsformen und die vielen Fragen verdeutlichen, die sich dem Sprechen über Konflikte in Form von Dialogen widmen. So bewegen sich

die Texte schließlich in einem Spannungsfeld, in dem gefragt wird, ob Dialog wirklich möglich ist, während die meisten Autor:innen ihn doch gleichzeitig als den einzigen denkbaren Ansatz beschreiben.

Was die zeitliche Ebene von Konflikten betrifft, haben wir gelernt uns von einem Konfliktverständnis zu emanzipieren, das Konflikte als Ereignis begreift und haben stattdessen ihre Prozesshaftigkeit kennengelernt. Sie werden durch sich aufbauende und abflauende Spannungen getragen, und so haben sie weder einen konkreten Anfang noch ein klares Ende. Aber wie kommt es zu Konflikten und ab wann werden sie bemerkt? Konflikte durchbrechen etwas: eine Normalitätserwartung, eine Routine. In ihnen geht es immer um Macht – die Macht, diese Erwartungen und Routinen anzufechten oder sie durchzusetzen. Konflikte sind also stets dynamische Gebilde, die immer zugleich „sind“ (Momentaufnahme) und „geworden sind“ (bisherige Entwicklung) sowie „werden“ (Zukunft). Gleichzeitig gibt es dazu verschiedene Vorstellungen und Erzählungen. Ist also das, was wir landläufig als Konflikt bezeichnen, eigentlich eine Vielzahl paralleler Narrative zu einem von Macht durchdrungenen Prozess? Es ist diese Prozesshaftigkeit, die weiterhin die Frage aufwirft, ob Konflikte letztlich als wellenartige, wiederkehrende Prozesse zu verstehen sind. Man könnte sogar fragen, ob es Konflikt(e) überhaupt gibt, oder nicht vielmehr Gesellschaft an sich ein konflikthafter Prozess ist, der mal reibungsvoller, mal reibungsärmer vonstattengeht. Folgt man dem, sind Aushandlungsprozesse immer nur bedingt an einem Gegenstand orientiert, sondern werden an ihm höchstens sichtbar bzw. kristallisieren sich an diesem heraus –

und man ist geneigt, diesen Gegenstand als Konfliktursache zu interpretieren, obwohl viele Faktoren gleichzeitig zusammenkommen.

Auf der räumlichen Ebene fällt mit Blick auf die in diesem Buch versammelten Beiträge auf: Wenn es um Konflikte auf Nachbarschaftsebene geht, dann handelt es sich um lokale Aushandlungen gesamtgesellschaftlicher Entwicklungen wie etwa der „Sommer der Migration 2015“, die „EU-Osterweiterung“ oder die „Corona-Krise“. Das verdeutlicht, dass Konflikte, die sich lokal an solchen Themen kristallisieren, in zweierlei Hinsicht an Raum und Zeit gebunden zu sein scheinen, nämlich in dem sie eine Reaktion auf externe Ereignisse oder gesamtgesellschaftliche Prozesse darstellen und durch lokale Vorgeschichten und Vorbedingungen geprägt werden. Dennoch treten nicht immer aufgrund ähnlicher Gegebenheiten an unterschiedlichen Orten auch ähnliche Konflikte auf; eher gibt es kontextgebundene Konfliktpotentiale, die lokal kulminieren. Insofern stellen Konflikte auch Momentaufnahmen der gesellschaftlichen Verfasstheit und deren Möglichkeiten für den Umgang mit Konflikten dar. Für die Forschung gibt es hier noch sehr viel zu entdecken, für die Praxis bedeutet diese Erkenntnis hingegen auch, dass es kein Rezeptwissen für den Umgang mit Konflikten geben kann.

In diesem Buch erfahren die Leser:innen viel über potentiell Wachsen oder Scheitern an Konflikten – weniger durch die Beschäftigung mit der titelgebenden Frage selbst, sondern vielmehr durch die Auseinandersetzung mit einzelnen Konflikten und ihrem Kontext. Oftmals findet sich in einem Konflikt beides – Wachsen und Scheitern. Wie dies zu bewerten ist, muss letztlich offenbleiben. Trotz oder gerade wegen der bewussten Vereinfachung und Verkürzung durch das Gegenüber von „Wachsen“ und

„Scheitern“, ist die Frage, welches von beidem maßgeblich ist, letztlich doch kaum zu beantworten, da die Bewertung in Abhängigkeit von Position, Perspektive und Maßstab (zeitlich und räumlich) sehr unterschiedlich sein kann. Nicht nur die Ausgangsbedingungen für Konflikte sind auf unterschiedlichen Ebenen angesiedelt und derart komplex, dass sie nie vollumfänglich erfasst werden können, sondern auch die Konfliktwirkungen. Während „Wachsen“ gedanklich unterschiedliche Grade der Entwicklung zulässt, kennt „Scheitern“ nur zwei Ergebnisse (gescheitert oder nicht), was die Gegenüberstellung der Begriffe noch erschwert. Es muss gefragt werden, was denn überhaupt wachsen soll oder kann. Implizit ist ein Fortschritt hin zu einer demokratischeren Gesellschaft gemeint. Ist aber jede ausbleibende Fortentwicklung im Konflikt gleich ein Scheitern? Aus diesen Fragen können wir nur schlussfolgern, dass es gar nicht immer um entweder/oder und auch nicht in jedem Falle um eine Auflösung des Konfliktes geht, sondern oft auch um ein Aushalten von Konfliktsituationen und das Bewahren von Haltung. Möglicherweise braucht es sogar häufiger ein proaktives Eingehen auf Konflikte, wenn es darum geht, bestehende (unbenannte) Ungerechtigkeiten und Demokratiedefizite zu thematisieren und zu verändern. Geht man von einer dynamischen Stabilisierung von Konflikten aus, kann es jedoch kein abschließendes Urteil über das Wachsen *oder* Scheitern geben.

Die in den vergangenen Jahren prominent vertretene These, dass Konflikte als Zeichen gelingender Integration interpretiert werden können, haben wir mit Interesse verfolgt. Im Buch wird diese These nicht explizit besprochen, sie schwingt im Hintergrund aber oft mit, wenn von Wachsen und Scheitern die Rede ist. In den Beiträgen des Buches bezieht sich diese These in erster Linie auf Konflikte, in denen Zugewanderte eine aktive Akteursrolle

innehaben. Einige Autor:innen befassen sich aber auch mit der Rolle derjenigen, die Zuwanderung aktiv ablehnen. In einem weiteren behandelten Konflikt wird die Aufnahmegesellschaft zum passiven Hintergrund der Auseinandersetzung. Hier lernen wir einerseits etwas über die Beziehungen zwischen verschiedenen Communities, andererseits etwas über die Rolle des Konflikts in der Migration. Ja, genau: über die Rolle des Konflikts in der Migration. Davon angeregt könnte man sagen, Migration und Konflikt stehen in einer Wechselbeziehung, und diese Beziehung ist durchzogen von Macht, Ansprüchen und Normen. Hier zeigt sich, dass Migration nicht isoliert betrachtet werden kann, auch sicher nie in Reinform als „die“ Ursache oder „der“ Anlass für Konflikte existiert. Dennoch ist sie ein thematischer Bezugspunkt für die Auswahl der Beiträge und die Art der Konflikte, die in diesem Buch vertreten sind. Migration zeigt sich dabei als nur einer von mehreren Faktoren in Konflikten, die erst mit Blick auf das Zusammenspiel verständlich und bearbeitbar werden. In vielen Beiträgen illustrieren die Beispiele diese Multidimensionalität von Konflikten: Es geht eben nicht um Konflikte etwa zwischen Ost und West, Gartenachbarn oder Einkommensgruppen, sondern um Konflikte, die den Wandel der Gesellschaft zum Thema haben. Die Beiträge verdeutlichen hierbei, dass eine zunehmende Internationalisierung immer auch mit anderen Ungleichheiten und Formen von Differenz und Machtunterschieden zusammenwirkt.

Das Buch betrachtet Konflikte also aus verschiedenen Blickwinkeln. Es ist daher in fünf Abschnitte gegliedert: Teil 1 umfasst Artikel, die Konflikte konzeptionell und theoretisch weiterdenken. Er bietet Reflexionen zum Thema und neue Verknüpfungen an. Eröffnet wird er von *Wolfgang Dörner*, *Annegret Haase*, *Christoph Hedtke* und *Madlen Pilz*, die sich in ihrem Diskussionsbeitrag auf die Suche

nach dem Gegenteil von Konflikten begeben. Im Gespräch entwickeln sie Gedanken zu verschiedenen Erscheinungsformen von Konflikten und ihren Gegenbildern. Im Zentrum steht dabei das gemeinsame Interesse an ihren unterschiedlichen Perspektiven: Während Wolfgang Dörner aus langjähriger praktischer Erfahrung mit der kommunalen Konfliktbearbeitung im In- und Ausland spricht, nähern sich die anderen Autor:innen vorrangig aus ihrer Forschungspraxis dem Gegenstand an. Vor diesem Hintergrund hinterfragen sie ihre eigenen Deutungsmuster und regen weitere Auseinandersetzungen mit dem unterschiedlichen Zugang zu Konflikten an.

Katrin Großmann fragt in ihrem Essay, inwieweit das philosophische Konzept der Würde dem Nachdenken über Konflikte eine normative Orientierung geben kann. Würde, verstanden als der Wert bzw. der moralische Status von Menschen und sozialen Gruppen, ist in Konflikten immer wieder präsent, doch meist als intuitive moralische Kategorie. Würdeverletzungen werden als Konfliktursache benannt, die Anerkennung von Würde als Teil der Konfliktlösung. Konzeptionell kann Würde über drei Aspekte operationalisiert werden: Anerkennung, Selbstachtung und Selbstbestimmung. Großmann kommt zu dem Schluss, dass alle drei Aspekte nur relational – auf den Kontext und den Vergleich bezogen – handhabbar sind, und dass so betrachtet Würde zwar instruktiv ist, aber alles andere als eindeutig und einfach.

Maria Budnik beleuchtet das zwiespältige Verhältnis von Emotion und sachlicher Argumentation in gesellschaftspolitischen Debatten und in der wissenschaftlichen Auseinandersetzung. Sie fragt, wie Emotionen in Debatten mitmischen und betrachtet das Problem zunächst mit Blick auf die öffentliche Medienberichterstattung sowie aus der Sicht der Emotionsforschung. Für ihre Überlegungen zum

praktischen Umgang mit Emotionen in konflikthaften Auseinandersetzungen, stellt Budnik Dissenskultur als einen zugleich emotionalen und rationalen Ansatzpunkt ins Zentrum ihrer Betrachtung. Ihr Aufsatz ist als Anregung gedacht, sich mit der Frage des Umgangs mit Emotionen in Konflikten interdisziplinär weiter zu beschäftigen.

Alexander Krahmer geht der Beobachtung nach, dass nicht nur im Alltagsverständnis eine Art „notorischer Dualismus“ unser Nachdenken und Sprechen über Konflikte beherrscht – und zum Teil auch deren Bearbeitung. Eine kurze Bilanz ihrer Erscheinungswelt fördert zutage, dass diese Dichotomie nicht nur in der Populärkultur, sondern selbst im wissenschaftlichen Konfliktvokabular und bei theoretischen Klassikern verbreitet ist. Auch wenn man sich hin und wieder auf die Rolle „Dritter“ besonnen hat, (ver)führten offenbar verschiedene Einflüsse immer wieder zur bloßen „Zweikampf-Perspektive“. Erst der Blick auf jüngere gesellschaftliche Tendenzen, so Krahmer, lässt hoffen, dass die Dominanz des Dualismus mehr und mehr an Plausibilität verliert.

Abschnitt 2 bettet Konflikte in verschiedene Kontexte ein. Er versammelt Beiträge, die fragen, in welcher Beziehung Konflikte zu spezifischen Themenstellungen wie Migration, sozialen Ungleichheiten und politischem Wandel stehen. *Annegret Haase* beschäftigt sich mit der Frage nach der Bedeutung von Konflikten im Diskurs zur Gegenwart und Zukunft einer postmigrantischen Gesellschaft. Sie zeigt am Beispiel verschiedener Diskursbeiträge auf, wie konflikthafte als Bestandteil postmigrantischer Realitäten thematisiert wird und welche Schlussfolgerungen für das gesellschaftliche Zusammenleben bzw. das demokratische Miteinander daraus gezogen werden können. Dazu werden die Prämissen aus dem Diskurs zur postmigrantischen Gesellschaft mit

einem breiteren Denkraum, insbesondere mit Ideen radikaldemokratischer Theorien sowie Analysen zum Charakter der spätmodernen Gesellschaft, verknüpft.

Sandra Huning sucht nach Parallelen zwischen der positiven Deutung von Konflikten in der aktuellen Migrationsforschung und der Entwicklung der Zweiten Frauenbewegung. An Beispielen aus der Architektur und Stadtplanung aus den 1980er Jahren zeichnet Huning feministische Anerkennungskonflikte nach. Sie nutzt dabei das „Integrationsparadox“ als Interpretationsfolie: Je mehr Konflikte bestimmte Gruppen mit der Gesellschaft verhandeln, desto größer sind die Chancen auf mehr gesellschaftliche Teilhabe. Der Aufsatz illustriert besonders deutlich, dass Akteur:innen in großen gesellschaftlichen Konflikten einen langen Atem brauchen und die Konfliktbearbeitung über Jahrzehnte hinweg neue Wendungen nimmt.

Dieter Reinhardt befasst sich mit paradigmatischen Veränderungen der deutschen Einwanderungs- und Integrationspolitik. Am Beispiel des Berichts der Beauftragten der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration zeigt er, dass sich auf bundespolitischer Ebene eine Abkehr von ‚Leitkultur‘-Ansätzen vollzieht und sich zunehmend liberalere Positionen durchsetzen. Anschließend zieht er Parallelen zwischen der „gemäßigt neoliberalen“ Position der Bundesregierung und dem „inklusiv-demokratischen“ Ansatz der „postmigrantischen Gesellschaft“. Beiden ist Reinhardts Ansicht nach gemein, dass sie eine innenpolitische Öffnung verfolgen, jedoch nicht gleichermaßen die außenpolitische Schließung berücksichtigen.

Boris Krumnow und *Ricardo Glaser* laden zum Nachdenken über die Proteste gegen die Infektionsschutzmaßnahmen und das „Ende der Eindeutigkeit“ ein. Zunächst

wagen sie einen Versuch der Einordnung und zeigen, dass die verbreiteten Etikettierungen für dieses Protestphänomen oft unzureichend sind. Sie führen stattdessen zur Beschreibung den Begriff „hybride Ideologien“ ein. Aus wissenschaftlicher Perspektive sei dies zwar nicht besonders konsistent, es funktioniere aber in einer poststrukturellen gesellschaftlichen Realität sehr gut. Anschließend erproben sie mögliche Erklärungsansätze und warnen sowohl davor, die Proteste „als Wahn abzutun“, als auch davor, die von ihnen ausgehende Gefahr zu ignorieren.

Die Beiträge in Abschnitt 3 beleuchten Formen des Konfliktaustrags sowie der Bearbeitung von Konflikten und Fragen nach der eigenen Rolle im Konflikt. Hier kommen verschiedene Perspektiven der praktischen Konfliktbearbeitung, aber auch der Konfliktforschung zum Ausdruck. *Marika Blunck* nimmt die Position der Kommunalen Konfliktbearbeitung ein. Sie stellt die herausfordernde Beziehung zwischen Konfliktbeteiligten und Berater:innen heraus. Dabei thematisiert Blunck die Vor- und Nachteile einer gewissen Distanz der Beratungsteams zum Konfliktgeschehen. Sie fragt, an welchen Stellen die Kommunale Konfliktberatung jedoch Gefahr läuft, nicht nur extern oder ‚Dritte‘ zu sein, sondern zur Außenseiterin zu werden. Blunck beschäftigt sich mit den blinden Flecken der Kommunalen Konfliktberatung und regt dabei eine Weiterentwicklung der Rolle der externen Beratung an.

Sylvia Lustig, Christina Pauls, Christoph Weller und *Michaela Zöhrer* treten in einen Dialog über die Konfliktforschung und Konfliktbearbeitung. Dabei zeigen sie auf, wie sich Forschung und Praxis gegenseitig befruchten, anregen und irritieren. Die Kommunale Konfliktberatung stellt demnach den Gegenstand, die Praxiserfahrung und den Reflexionsraum dar, um mit der Friedens- und Konfliktforschung in einen auf Erkenntniszuwachs

ausgerichteten Dialog zu treten, Begrifflichkeiten abzugleichen und wissenschaftliche Erkenntnisse mit praktischer Erfahrung in Verbindung zu bringen.

Der *Initiativkreis.Menschen.Würdig* wirft mit der Frage nach dem Wachsen und Scheitern einen reflektierenden Blick auf die jahrelange Arbeit einer zivilgesellschaftlichen Initiative. Schnell wird deutlich, dass diese Frage gar nicht so einfach zu beantworten ist. Es wird gezeigt, wie die Initiative, die sich vor dem Hintergrund rassistischer Mobilisierungen und menschenunwürdiger Lebensbedingungen von Geflüchteten gründete, immer wieder aktiv Konflikte eingeht und so selbst zur Beteiligten wird. Während an einigen Stellen Teilerfolge erzielt werden konnten, erlebt sie auch ein Scheitern an eigenen Ansprüchen. So bewegt sich die Initiative kontinuierlich im konflikthaften Spannungsfeld zwischen eigener politischer Haltung, langfristigen Forderungen und den kleinschrittigen realpolitischen Veränderungen.

In Abschnitt 4 gehen die Autor:innen konkreten Situationen der Aushandlung von Konflikten vor Ort nach und nehmen hier die Formen der Kommunikation sowie die Folgen in den Blick. Er umfasst Beiträge, die sich mit der Positionierung von Akteuren beschäftigen, sowohl im Sinne einer sozialen Positionierung als auch im Sinne von Haltung. Die Autor:innen betrachten darüber hinaus Formen der Aushandlung und des Dialogs. *Stella Nüschén, Nora Rebekka Krott* und *Andreas Zick* berichten aus ihrer Forschung in einer schrumpfenden Kommune, die in der Vergangenheit einen gestiegenen Zuzug von Menschen aus Rumänien und Bulgarien verzeichnete. Dieser Zuzug führte in Kombination mit einem seit Jahren anhaltenden regionalen wirtschaftlichen Niedergang der Region zu lokalen Konflikten zwischen Alteingesessenen und Zugezogenen. Die Autor:innen berichten, wie sich der für

die Befriedung der Situation eingerichtete Bürger:innen-dialog zu einem Monolog der Mehrheitsgesellschaft über Entwicklungsperspektiven der Stadt entwickelte und fragen, wie solche Formate anders gestaltet werden können, um gleichberechtigte Teilhabe zu erreichen.

Heike Radvan und *Michael Raab* führen ein Gespräch über Dialogveranstaltungen in einer Stadt mit extrem rechter Mobilisierung. Sie sprechen über den Verlauf von Bürger:innendialogen und fragen, auf welche Art und Weise soziale Probleme auf solchen Veranstaltungen thematisiert werden und welche Problemdeutungen sich dabei als die entscheidenden durchsetzen. Radvan und Raab führen aus, warum die von den Veranstalter:innen erhofften Wirkungen – eine Beruhigung der Situation, aber auch eine Demokratisierung durch Zuhören und die Möglichkeit, „Dampf abzulassen“ – nicht eintreten und leiten Schlussfolgerungen für Kommunen ab, die gegen rassistische Eskalationsdynamiken bei Bürger:innendialogen vorgehen wollen.

Christoph Hedtke widmet sich in seinem Diskussionsbeitrag den in kommunalen Konflikten häufig genutzten Bürger:innendialogen in Form von großformatigen Versammlungen, die in der Vergangenheit oft eher zur Eskalation als zur Beruhigung oder Beilegung der Konflikte beigetragen haben. Er zeigt, welche Herausforderungen und Fallstricke mit dieser Art der Dialogveranstaltung einhergehen und stellt das Format als hilfreiches Mittel des Konfliktaustrags in Frage. Da er die Notwendigkeit des Dialoges anerkennt, gibt Hedtke abschließend einige Hinweise, welche Aspekte seiner Ansicht nach bei der Durchführung solcher Versammlungen zu berücksichtigen sind.

Ornella Gessler betrachtet am Beispiel der Stadt Köln den Umgang mit der Erinnerungskultur im Zusammenhang mit rassistischen Gewalttaten. Anlass ist der Konflikt um ein Mahnmal, das an die beiden Anschläge des NSU in der Kölner Keupstraße in den Jahren 2001 und 2004 erinnern soll. Gessler zeichnet die Entwicklung der Debatte seit 2016 nach und legt einen besonderen Fokus auf die Perspektive der Betroffenen. Sie arbeitet heraus, dass es bei der Forderung nach einem Mahnmal in der Keupstraße um mehr geht als um eine bloße Erinnerung an die Vergangenheit, nämlich vor allem darum, vor Rassismus zu warnen, Ausgrenzung sichtbar zu machen und Gesellschaft gemeinsam weiterzudenken. Gleichzeitig sehen wir an diesem Beispiel die Verquickung der Auseinandersetzungen um das Denkmal mit weiteren Faktoren, etwa dem Wohnungsmarkt.

Abschnitt 5 enthält Artikel, die Konflikte auf der Nachbarschaftsebene nachzeichnen, transnationale Beziehungen beleuchten und die Rolle von Narrativen für die Konfliktwahrnehmung in den Blick nehmen. Er wird eingeleitet von *Nihad El-Kayed*, *Sebastian Juhnke* und *Leoni J. Keskinliç*, die Ergebnisse aus ihrer Forschung zu Mustern konflikthafter Reaktionen auf den Zuzug Geflüchteter nach dem Sommer 2015 vorstellen. Vergleichend stellen sie lokale Reaktionen in vier unterschiedlichen Städten einander gegenüber. Sie gehen dabei über verbreitete Formen der Analyse hinaus, indem sie nicht nur individuelle Einstellungsmuster betrachten, sondern diese mit öffentlich wahrnehmbaren Protest- und Unterstützungsreaktionen in Beziehung setzen. Dabei machen sie deutlich, dass verbreitete Einstellungen nicht immer mit denen übereinstimmen, die die öffentliche Aushandlung dominieren, und leiten daraus Schlussfolgerungen für lokale Konfliktbearbeitungen ab.

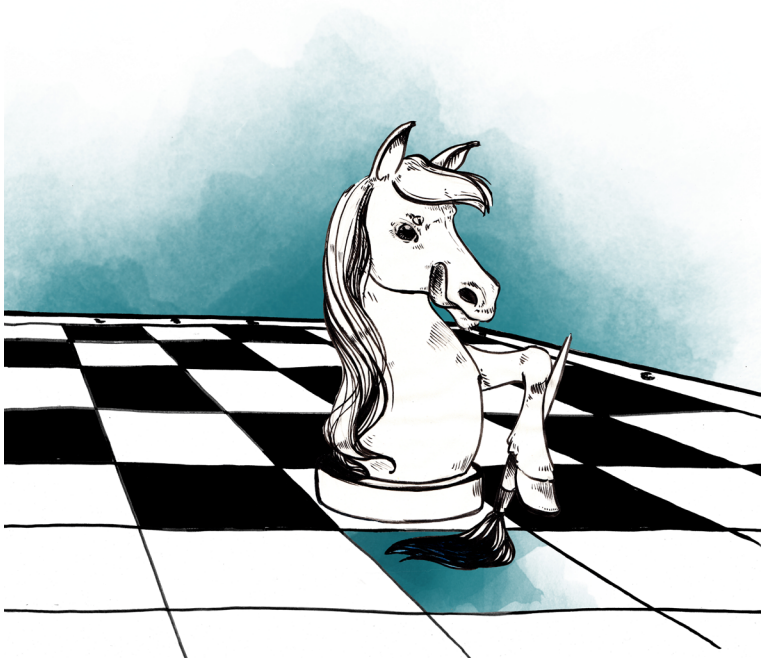
Dirk Halm und *Yunus Ulusoy* nehmen die verbreitete Annahme hinsichtlich durch Migration „importierte“ Konflikte zum Anlass, das Konflikterleben türkeistämmiger Migrant:innen in Deutschland zu betrachten. Sie zeigen, dass die sogenannten „Herkunftslandkonflikte“ vor dem Hintergrund des intergenerationalen Wandels und des Erlebens rassistischer Diskriminierungen in Deutschland kaum noch eine Rolle spielen und vor allem durch Angestellte in Politik und Verwaltung thematisiert und reproduziert werden. Von größerer Bedeutung sind demnach hingegen die Erfahrungen von Benachteiligung sowie politischer und sozialer Desintegration, die über politische Konfliktlinien hinweg zu einem gemeinsamen Konflikt mit der deutschen Hegemonialgesellschaft führen.

Azizur Rahman Khan thematisiert das Wechselverhältnis von Integrationsverständnis und religiöser Orientierung innerhalb der bangladeschischen Diaspora in Deutschland und fragt nach der Rolle von Konflikten in der Herkunftsgesellschaft für die migrantische Gesellschaft. Er analysiert die Eigen- und Fremdwahrnehmung und zeigt in seinem Beitrag auf, wie die Community sich selbst im transnationalen Raum zwischen Deutschland und Bangladesch verortet. Er typologisiert die Einordnungen aus dem Feld in einem Kontinuum, das er zwischen widerständigen und solidarischen Positionen aufspannt. Khan schlussfolgert, dass für eine gelingende Integration neben strukturellen Gesichtspunkten auch politische Aspekte, wie etwa gruppenspezifische Identitätskonflikte, in der Ankunftsgesellschaft thematisiert werden sollten.

Sebastian Salzmann widmet sich der Rolle von Erzählungen und Narrativen sowie deren Wirkungen auf Konfliktverläufe. Dabei geht er davon aus, dass Erzählungen politisch und sozial wirksam sind, sich auf die

Wahrnehmung im Konfliktgeschehen auswirken und mit den Positionierungen beteiligter Akteur:innen zusammenhängen. Salzmann arbeitet heraus, dass die Verschiedenheit von Erzählperspektiven die Identifikation von Konfliktursachen erschweren kann und zeigt auf, welche Herausforderungen sich daraus für die Konfliktbearbeitung ergeben.

Unser Dank gilt allen Beteiligten, die an der Entstehung dieses Buches mitgewirkt haben – den Autor:innen, Anne Wessner für das gründliche und hilfreiche Lektorat, Nora Kühnhausen für die Illustrationen und Karen Wolf für Satz und Layout sowie die organisatorische Unterstützung. Weiterhin danken wir allen Kolleg:innen aus dem Projektverbund sowie den Praxis- und Interviewpartner:innen für anregende Gespräche im Verlauf des Forschungsprojekts.



Teil 1

Konflikte weiterdenken

Reflexionen und neue Verknüpfungen

Konflikte und ihre Gegenbilder

Ein Gespräch

Wolfgang Dörner, Annegret Haase, Christoph Hedtke und Madlen Pilz

Unser Dialog begann auf dem Fachforum über migrationsbezogene Konflikte des Projekts MigraChance im Frühjahr 2020, als die Frage aufkam, was das Gegenteil von Konflikten sei. In der Folge diskutierten wir diese Frage und dachten über Begriffe wie Frieden und Harmonie oder Schweigen und Missmut nach sowie über das Potenzial durch die Auseinandersetzung mit dem Gegenteil, Konflikte besser zu verstehen. Unser Beitrag dokumentiert in dialogischer Form einige zentrale Ausschnitte aus unserer Suchbewegung.

Annegret Haase (AH): Als Madlen auf unserer Konferenz die Frage nach dem Gegenteil von Konflikt aufgeworfen hat, habe ich mich gefragt, nicht nur bezogen auf mein aktuelles Forschungsprojekt zur Analyse migrationsbezogener Konflikte in Städten, sondern generell: Was lernen wir über Konflikte, wenn wir uns vorstellen, was ihr Gegenteil sein könnte? Was sagt uns das über die gesellschaftlichen Kontexte des Konfliktgeschehens? Hilft uns die Frage nach dem Gegenteil, etwas über die Beschaffenheit des Konflikts sowie die Interessen und Ziele der Konfliktparteilichen zu erfahren?

Wolfgang Dörner (WD): Mich hat die Frage nach dem Gegenteil von Konflikt angezogen, weil generell gilt: etwas davon abzugrenzen, was es *nicht* ist, hilft zu klären, um

was genau es geht. Meiner Ansicht nach wird der Begriff Konflikt ‚zu inflationär‘ verwendet, oft auch synonym mit anderen Dingen und damit ungenau. Da hilft es zu schauen, wo die Grenzen eines Begriffs liegen. Das schärft das Denken und gibt Orientierung, in meinem Falle mit der Perspektive auf die Konflikttransformationsarbeit im In- und Ausland.

Cristoph Hedtke (CH): Ich fand die Überlegung auch deshalb spannend, weil ich den Eindruck habe, dass das Gegenteil von Konflikt, zumindest im Alltagsverständnis, häufig erstmal nur durch dessen Abwesenheit charakterisiert wird. Also als irgendwie konfliktfreie Situation, ohne dass dieser Zustand darüber hinaus genauer definiert würde. Das hat meiner Meinung nach sowohl mit der mehrheitlich negativen Konnotation von Konflikten als auch mit der bereits angesprochenen unpräzisen und bisweilen sehr weiten Verwendung des Konfliktbegriffes zu tun.

Madlen Pilz (MP): Ich habe mich bislang eher mit den „großen“ sozialen Konflikten in Gesellschaften – meist in Umbruchsituationen wie dem Postsozialismus oder jetzt nach dem „langen Sommer der Migration“ 2015 – beschäftigt. Dabei habe ich das Gegenteil zu den von mir beforschten konflikthaften Situationen bisher wenig berücksichtigt. Ich sehe aber, dass diese eine wichtige Rolle in jedem Konflikt spielen und für die Beteiligten handlungsleitend sind. Bislang habe ich das Gegenteil von Konflikt mit dem Ergebnis des Kampfes – mit der Verbesserung der Situation oder der Abschaffung von Benachteiligung, Marginalisierung oder Stigmatisierung – gleichgesetzt. Doch das ist noch keine Auseinandersetzung mit dem Gegenteil, nur damit, dass der Ist-Zustand als nicht gut wahrgenommen wird. Die Beschäftigung mit dem Gegenteil müsste auf die handlungsleitenden Visionen im Konflikt, quasi

auf die entworfenen Gegenbilder zum gesellschaftlichen Ist-Zustand abzielen. Die haben, wenn ich an verschiedene Konflikte zurückdenke, viel mit der Herstellung einer Balance oder einem Ausgleich von Ungerechtigkeit oder ungleicher Verteilung zu tun.

AH: Ganz ähnlich denke ich, dass man das Gegenteil von Konflikt umschreiben kann als eine Vorstellung anderer Verhältnisse. Ich stelle mir vor, dass ein friedliches, ziviles, gewaltfreies etc. Miteinander möglich ist, wenn beide Seiten eine Vorstellung vom Gegenteil oder Gegenbild des Konflikts teilen, welche auf gleichen Grundwerten beruht. In diesem Fall könnten die Ziele der Konfliktaushandlung das darstellen, was mit Gegenteil gemeint ist, oder es ist bereits der Prozess der Einhegung oder Transformation eines Konflikts gemeint.

WD: Durch Eure Ausführungen wird mir gerade deutlich, dass ich unter ‚Gegenbild von Konflikt‘ etwas Anderes verstehe. Das Bild oder die Vorstellung, wie eine Situation anders aussehen soll, ist für mich eher die Motivation dafür, in einen Konflikt einzutreten, etwas einzufordern, damit Position zu beziehen und möglicherweise einen gemeinsamen Aushandlungsprozess zu beginnen. Das Gegenteil von Konflikt müsste eher etwas Dynamisches, ein Prozess sein, aber nicht ein Zustand oder ein Ziel, das am Ende herauskommen soll.

CH: Ich glaube, eure Vorstellungen sind sich näher als es gerade klingt. Wenn wir das Gegenteil von Konflikt als Vorstellung einer anderen Situation verstehen, dann kann dies Motivation und Zielpunkt der Konfliktaushandlung zugleich sein. Dein Hinweis zur Prozesshaftigkeit und Dynamik kann also noch weitergedacht werden: Beim Gegenteil handelt es sich eher um ein Spektrum als um einen klar ausbuchstabierten oder gar konfliktfreien

Endzustand. Deshalb ist es in einem Konfliktaustrag durchaus möglich, eine Situation zu erreichen, in der die Differenz zu einem darüber hinausgehenden Zielzustand so gering ist, dass die Konfliktparteien damit leben können, den Kompromiss eingehen und die Aushandlung in Folge der teilweisen Verbesserung der Situation beilegen. Das heißt jedoch nicht, dass es sich dabei zwangsläufig um einen konfliktfreien Zustand handelt. Denn möglicherweise hat sich zwar das Konflikterleben der einen, aber nicht das der anderen Seite aufgelöst. Und da Konflikte immer relationale Verhältnisse sind, kann darüber hinaus die Veränderung einer Situation und Position im Gefüge auch neue Konflikte hervorrufen. Das Ende der Aushandlung bedeutet also nicht gleichzeitig auch das Ende des (Ausgangs-)Konfliktes.

AH: Deine Ausführungen beruhen auf der Annahme, dass zumindest auf einer Seite der Beteiligten ein Interesse an der kooperativen Veränderung der Konfliktsituation vorhanden ist. Das muss aber in der Realität nicht immer so sein. Die Beteiligten können durchaus verschiedene Vorstellungen davon haben, was das Ende des Konflikts sein könnte. Vorstellungen vom Ende eines Konfliktes müssen nicht produktiv bzw. kooperativ bzw. lösungsorientiert sein. Sie können auch schlicht in dem Bestreben bestehen, die eigenen Interessen weitestgehend durchzusetzen. Hier würde der Konflikt trotz Aushandlung bestehen bleiben.

WD: Dieses Szenario würde ich als Verharren (Stillstand) oder Verschärfung des Konfliktes, jedenfalls als dessen Fortbestehen einstufen – nicht als ein Gegenteil. Von euren Beiträgen angeregt möchte ich doch noch mal zwei wesentliche Aspekte hervorheben, die zu einem Konflikt gehören. Erstens: Eine (mögliche) Veränderung muss anstehen, etwas muss entschieden werden, wobei es wenigstens zwei, sich (zumindest scheinbar) ausschließende,

konkurrierende Versionen des Fortgangs nach der Entscheidung gibt. Zweitens: Die beiden Versionen, bzw. deren Vertreter*innen, ringen miteinander. Wer sich durchsetzen wird, ist noch nicht klar. Das heißt auch, es genügt, wenn nur eine Seite auf Veränderungen (mit konkreten Konsequenzen) drängt, auch wenn die andere Seite keine zulassen möchte. Entscheidend dabei ist: Eine Veränderung wird angestrebt und es ist noch nicht entschieden, welche Position sich durchsetzen wird. Somit ist ein Gegenteil von Konflikt nicht einfach mit der Abwesenheit von Konflikt zu definieren oder mit dem erreichten oder gewünschten Zielzustand, sondern das Gegenteil sollte die Art und Weise der Veränderung der Situation beschreiben, es sollte mit der Veränderung von Beziehungen der Konfliktparteien zu tun haben. Ein Gegenteil von Konflikt könnte die einvernehmliche Einigung sein, das Annehmen eines Vorschlages oder das gemeinsame ‚Erfinden‘ einer Lösung, bzw. der anstehenden Veränderung.

MP: Aus der Perspektive der Konflikttransformationsarbeit mögen Konflikt und Veränderung die zwei zusammengehörenden Bestandteile eines Prozesses sein und das Gegenteil die unterschiedlichen oder gemeinsam ausgehandelten Ziele der Beteiligten. In meiner Erforschung gesellschaftlicher Konflikte waren die Momente der öffentlichen Artikulation des Konflikts selten derart nah am Prozess der Veränderung oder gemeinsamen Zielfindung, falls sie so etwas überhaupt zur Folge hatten. Der Konflikt wird durch das Anzeigen eines Missstands gesellschaftlicher Situationen, Prozesse und Strukturen öffentlich. Das ist der Moment, in dem die Forschung in der Regel beginnt, den Prozess zu beobachten, zu begleiten. Die Verhandlung zwischen den Protestierenden und den Adressaten findet häufig nicht am selben Ort und in vielen Fällen auch zu einem sehr viel späteren Zeitpunkt statt.

Forschungstechnisch ist es daher oft gar nicht möglich, den Prozess in Gänze zu begleiten. Die ‚Gegenbilder‘ zum Ist-Zustand scheinen mir dabei in zweierlei Weise wichtig zu sein. Sie sind notwendig, um den Missstand klarer zu erkennen; und sie sind die gemeinsame Folie für die Protestierenden, vor deren Hintergrund gemeinsame Ziele formuliert werden.

WD: In deiner konfliktsoziologischen Herangehensweise dient der Konflikt also als ‚heuristisches Instrument‘. Du ‚spürst Konflikte auf‘, du beschreibst sie, um Gegensätze und Machtverhältnisse herausarbeiten zu können, welche die Gesellschaft formen. In meiner Arbeit steht hingegen die konkrete Veränderung von spannungsgeladenen Situationen im Mittelpunkt. Aspekte von Machtgefälle und Kritik an den Verhältnissen sind auch sehr relevant, denn das Ziel ist nicht ‚nur‘ die Vermittlung bzw. die Beseitigung von Konflikten, sondern auch das Wirken in Richtung einer gerechteren Gesellschaft. Ohne diese Ansprüche läuft die Konflikttransformation Gefahr, als Herrschaftsinstrument benutzt zu werden, um Spannungen zu befrieden, ohne dauerhaft etwas in Sachen Gerechtigkeit zu verändern.

AH: Madlen hat ja zuvor die Idee der Balance ins Spiel gebracht. Die Idee finde ich sehr interessant. Denn wenn die eigenen Interessen in der Konfliktverhandlung nicht vollständig durchgesetzt werden können, muss es um eine Balance oder auch um einen Kompromiss gehen, mit dem alle leben können. Eine Balance von Interessen, von Gewinn oder Verlust als Ergebnis einer Konfliktaushandlung würde dann aber auch nicht zwangsläufig das Ende des Konflikts bedeuten, ebenso wenig wie die Durchsetzung der eigenen Interessen, aber doch entweder seine Einhegung oder ‚Zivilisierung‘ oder einen akzeptablen bzw. lebbareren Kompromiss für alle Beteiligten. Das würde also

heißen, das Gegenteil von Konflikt ist nicht zwangsläufig sein ‚ontologisches‘ Ende, sondern die Möglichkeit, mit ihm als Tatbestand und eventuell auch Gesellschaftsverhältnis auf eine Weise umzugehen, die die Zukunft weiter gestaltbar macht.

WD: Die Idee der Balance als Gegenteil von Konflikt finde ich sehr passend. Das ist etwas Dynamisches, das bewahrt werden muss; dafür muss auf stetige Veränderungen und Impulse reagiert werden, es ist ein kontinuierlicher Prozess. Balance ist eine Dynamik, die Bestehendes fortsetzt; Konflikt ist eine Dynamik, die Veränderung vorbereitet. Hier wird auch deutlich, worauf sich der Begriff der Transformation von Konflikten bezieht: Die Situation erfährt eine Transformation, der Widerstreit wird auf eine andere Ebene gebracht. Aber auch auf der anderen Ebene kann die neue Balance wieder aus dem Gleichgewicht gebracht werden.

MP: Ich bin mir nicht sicher, ob oder inwiefern der Aspekt der Konfliktttransformation in meinen Forschungsfeldern, also wenn der Konflikt ein gesellschaftlicher ist, auch zutrifft. Die Transformation beginnt bei dir, Wolfgang, mit dem Verhältnis der Beteiligten zueinander. In den Konflikten, die ich bearbeitet habe, wird die Transformation der Verhältnisse erst denkbar, wenn eine Position gesellschaftlichen Rückhalt erfährt, d. h., wenn sich mehr Unterstützer*innen anschließen, wodurch der Konflikt mitunter eine neue gesellschaftliche Anerkennung erhält. Doch meistens gelingt die Transformation der Beziehung zwischen den Beteiligten nur bis zu einem bestimmten Punkt: Die Protestierenden werden mehr und können dadurch ihren Konflikt mit der Mehrheitsgesellschaft oder den geltenden Regeln in der Öffentlichkeit besser repräsentieren.

WD: Aus meiner Sicht ist das zunächst die Eröffnung und Verschärfung eines Konfliktes. Dies kann die Transformation des Konfliktes einleiten. Aufgrund von steigendem Druck, sich verändernden Machtverhältnissen und der Herausforderung des Bestehenden zeichnet sich die potenzielle Veränderung der Situation ab. Dann kann es zu Zugeständnissen oder Aushandlungen kommen. Oder aber der Status quo wird abgesichert bzw. wiederhergestellt, zum Beispiel durch Anwendung von Gewalt. Die Kunst der Konflikttransformationsarbeit besteht darin, einen Verlauf der Transformation zu vermeiden, der zu stark eskaliert, etwa in Richtung eines offenen Kampfes und die Anwendung von mehr Gewalt. Ein Schritt der Konflikttransformation kann dann sein, bei den (noch) Mächtigen Verständnis dafür zu schaffen, dass Veränderungen notwendig sind, bevor zu ‚härteren Maßnahmen‘ gegriffen wird.

AH: Ich greife noch mal den Punkt auf, dass Konflikt in Verbindung mit notwendiger oder erwünschter Veränderung steht. Darauf aufbauend kann man z.B. weiterdenken und folgern, dass für ein produktives Potenzial im Konflikt auch die Fähigkeit der Beteiligten, daran etwas zu ändern, durchaus ausschlaggebend ist. In diesem Zusammenhang stellt sich für mich die generelle Frage nach der Produktivität von Konflikten bzw. danach, woran diese messbar ist oder wie dies aus der Sicht der Beteiligten aussieht. Grundsätzlich bringen Konflikte ja die Notwendigkeit einer Veränderung auf die Tagesordnung, aber ist das allein schon ein Nachweis ihrer Produktivität? Oder sind v.a. diejenigen Konflikte produktiv, welche das Potenzial haben, sozialen Wandel voranzutreiben?

CH: Die Kategorisierung in produktive und nicht produktive Konflikte finde ich nicht passend und denke, dass gänzlich unproduktive Konflikte nicht existieren. Vielmehr

gehe ich davon aus, dass es immer Veränderung gibt und Konflikte somit immer auch produktiv sind, unabhängig davon, wie jeweils das Resultat, also das Produkt, eines Konfliktes bewertet wird. Ob ein Konflikt produktive oder – was du vielleicht eher meinst – konstruktive Momente für den von dir angesprochenen sozialen Wandel mit sich bringt, hängt sehr von den Ressourcen und Möglichkeiten sowie den Intentionen der jeweils Beteiligten ab. So kann beispielsweise ein Konflikt bzw. dessen Austragung unter Beteiligung machtvoller, jedoch nicht am demokratischen Fortschritt interessierter Akteur*innen, überspitzt gesagt, auch sehr ‚produktiv‘ in eine regressive Gesellschaft führen.

MP: Ich finde die Frage nach produktiven und nicht produktiven Konflikten interessant. Wolfgang hat über die verhandelbaren und nicht verhandelbaren Konflikte gesprochen. In meinem Forschungsbereich ist z.B. relevant, ob Konflikte gesellschaftlich akzeptiert sind oder nicht. Ich finde diesbezüglich den Begriff der Unsagbarkeiten sehr passend. Dabei geht es um Situationen und daraus resultierende Konflikte für die Beteiligten, die gesellschaftlich nicht als solche anerkannt sind und daher von der Mehrheit schlichtweg nicht wahrgenommen oder auch tabuisiert werden. In der Vergangenheit, zum Teil auch heute noch, betraf das etliche migrationsbezogene Konflikte. Daher dreht sich auch ein zentraler migrationsbezogener Konflikt nach wie vor um Sagbarkeitsregime. Wer über (seine) Konflikte reden darf, das hat viel mit der Positionierung des Sprechenden in der Gesellschaft zu tun. Die Vulnerabilität bildet sich auch in den Spielräumen der Konfliktaushandlung ab.

WD: Hier beschreibst du einen zentralen Aspekt der Konflikttransformationsarbeit: daran zu arbeiten, was gesagt werden darf und was verhandelt werden kann. In einem

durch ein Machtgefälle gekennzeichneten Konflikt hat dies übrigens unterschiedliche Konsequenzen für die verschiedenen Akteur*innen. Auf der Seite der Mächtigen, der Mehrheitsgesellschaft oder des ‚Mainstreams‘ kann es darum gehen, dass Raum geschaffen werden muss, etwa durch Sensibilisierung. Auf der Seite der Weniger-Mächtigen, der Marginalisierten, kann es sich darum drehen, auf welche Weise Dinge gesagt und eingebracht werden können: über welche Kanäle, mit welchen Mitteln, in welcher Form. Ein passendes Stichwort wäre hier ‚Empowerment‘ (Befähigung/Ermächtigung). Hier kommt die Frage der normativen Verankerung ins Spiel, zum Beispiel bei Entscheidungen dazu, welchen Themen Raum gegeben werden muss und/oder welchen Gruppen und Positionen Gehör verschafft werden soll. Da stelle ich mir die Frage, was förderlich für mehr Gerechtigkeit ist.

CH: Ich stimme zu, dass es für eine Veränderung des Konfliktzustandes immer eine zentrale Voraussetzung ist, dass durch die Artikulation des Konflikterlebens ein Raum eröffnet wird, in dem der Konfliktzustand offensichtlich, wahrnehmbar und verhandelbar gemacht wird. Denn sowohl individuelles als auch kollektives Konflikterleben erfolgt häufig sehr einseitig, nicht zuletzt auch durch die schon angesprochene gesellschaftliche Positionierung, die meist auch mit einem Machtungleichgewicht einhergeht. Eben dieses Ungleichgewicht und die Existenz marginalisierter und nicht wahrgenommener Positionen bedeuten aber auch, dass das Spektrum der Konfliktartikulationen immer auch solche – sich ermächtigenden – Handlungen umfassen wird, die über ein sachliches Gespräch hinausgehen und somit auf den ersten Blick möglicherweise als ‚unzivil‘ und damit ‚unproduktiv‘ angesehen werden.

AH: Eine Situation wird zum Konflikt, wenn die Gegensätze ausgesprochen werden bzw. sich in Handlungen äußern. Auch ich sehe es anders als du, Wolfgang. Konflikt muss nicht immer automatisch schon mit Veränderung bzw. Veränderungswünschen zu tun haben, aber die Lage wird manifest und im gewissen Sinne öffentlich, also für ein größeres Publikum wahrnehmbar, sei es als laute Auseinandersetzung oder als Shitstorm in den sozialen Medien, schriftliche Beschwerde, Farbbeutelattacke, physische Gewalt, Demonstration etc.

WD: Bei unserer bisherigen Diskussion ist mir deutlich geworden, dass eine saubere Trennung von Begriffen hilfreich oder notwendig ist: Chancenungleichheiten, Ungerechtigkeiten, Benachteiligung, ungleiche Machtverhältnisse und auch verschiedene Positionen sind meiner Meinung nach nicht automatisch gleichzusetzen mit Konflikt. Das sind erst einmal Situationen oder Konstellationen. Zum Konflikt wird etwas, wenn um eine (mögliche) Veränderung gerungen bzw. sich ihr widersetzt wird, wie bereits beschrieben. Typisch ist zunächst, dass sich die Entscheidung, die Änderung, nicht leicht herbeiführen lässt, dass zumindest die Gefahr des ‚Aufschaukelns‘ oder der Eskalation besteht.

MP: Ungleichheiten können nicht automatisch mit Konflikt gleichgesetzt werden, dieser Aussage kann ich prinzipiell zustimmen. Aber sie können durchaus der Anlass für Konflikte sein, kollektive oder des Einzelnen mit der Gesellschaft. Ich denke auch, dass die Frage der Veränderung, der Trias, anderer Meinung zu sein, verändern zu wollen und zu artikulieren, häufig komplizierter zu sein scheint. Mir fallen dazu z. B. die Arbeiten von Michel de Certeau (1988), James Scott (1990) oder auch María Lugones (2010) ein. Sie analysieren Kämpfe, die aus einer Position der Ungleichheit heraus geführt werden.

Sie beschreiben Praktiken wie das Sichentziehen vor dem Zugriff des Fabrikbesitzers oder Vertreters des Zaren, das Hintergehen des Vorgesetzten, die witzige Antwort oder der Spott hinter dem Rücken oder auch die Erkenntnis, jemand anderes zu sein, als die oder der Frau bzw. man gemeinhin bezeichnet wird. Diese Praktiken werden als Formen des (kreativen) widerständigen Umgangs mit Machthierarchien beschrieben, die für diesen einen Moment Ungleichheitsverhältnisse aushebeln und zugunsten des Kämpfenden verschieben. Das sind sehr spezifische Artikulationen, die darauf verweisen, dass die Handelnden bzw. Sprechenden mit der Situation im Konflikt sind. Das sind keine Konflikte, die in die Konfliktberatung oder Mediation kommen. Die Ungleichheit nimmt den Beteiligten die Möglichkeit, ihre Konflikte offen und konfrontativ auszutragen – ihre Konflikte sind nicht anerkannt und offene Kämpfe zu riskant; sie müssen kreativ und findig vorgehen. Der offen artikuliert Konflikt ist ein Privileg, auf das in einer von Ungleichheiten gezeichneten Gesellschaft nicht jeder das Recht hat. Die offene Konfliktartikulation setzt eine spezifische Machtposition, eine gewisse gleiche soziale Position der Beteiligten voraus.

WD: Diese Beispiele scheinen mir Situationen zu skizzieren, in denen eine Konflikttransformation einsetzen könnte. Wenn ich es richtig verstehe, werden Ungleichheiten und Ungerechtigkeiten bereits benannt, allerdings nicht in einer Weise, in der die Situation nachhaltig verändert werden könnte. Witz und Spott können eine Ventilfunktion erfüllen, die auf lange Sicht nicht wirklich etwas verändern, vielleicht sogar Veränderungen verzögern. Diese Situation könnte einen Zustand in Balance beschreiben. Nun würde ich sagen, wir könnten von ‚latenten Konflikten‘ sprechen, wenn die Situation Gefahr läuft zu eskalieren. Eine gezielte Konflikttransformation könnte dann einsetzen, wenn an

die Formulierungen von Bedürfnissen und Veränderungswünschen angeknüpft wird, indem Dinge angesprochen werden, damit sie verhandelt werden können. Voraussetzung ist, dass beide Seiten, vor allem aber auch die ‚nochmächtigeren‘ Akteure, bereit sind, etwas zu ändern. Dies könnte aus verschiedenen Gründen der Fall sein, etwa, weil sie merken, dass ihre Macht schwindet, weil sie von Dritten dazu gedrängt werden oder weil es einen Wandel im Bewusstsein gibt, etwa dahingehend, ungerechte Verhältnisse verändern zu wollen.

AH: Ich stimme erst einmal grundsätzlich zu. Es ist nicht alles Konflikt. In unserer komplexen, widersprüchlichen Gesellschaft gibt es ganz offenbar kein einfaches Konfliktverständnis, dafür aber das Interesse, Konflikte zu instrumentalisieren, zu eskalieren oder zu tabuisieren. Einige unserer lokalen Gesprächspartner*innen im Projekt MigraChance waren zögerlich, manches als Konflikt zu bezeichnen. Dadurch wurde mir bewusst: Wir brauchen hier präzisere Kriterien oder mehr Zurückhaltung bei der Ausweisung einer Situation als Konflikt. Außerdem müssen wir uns mit der Frage auseinandersetzen, wer am Ende definiert, was ein Konflikt ist. Im Projekt waren es zunächst wir Forscher*innen. Das habe ich mir anfänglich nicht problematisch vorgestellt, in einigen Fällen hat sich das jedoch als kompliziert erwiesen. Möglicherweise hat das etwas damit zu tun, dass ein Konflikt im Alltag zwar als Problem, aber eben nicht als etwas Normales oder potenziell auch Produktives betrachtet wird, ungeachtet der Tatsache, dass viele Praxispartner*innen es sehr spannend fanden, einmal nach dem produktiven Potenzial von Konflikten zu schauen. Bestimmt war der Migrationsbezug unserer Fragestellung eine zusätzliche Herausforderung. Wir sollten, glaube ich, nicht unterschätzen, welchen Einfluss die generell polarisierte Debatte zum Migrations- und vor allem zum

Fluchtgeschehen darauf hat, wie mit der Benennung von Konflikten auf lokaler Ebene umgegangen wird. Diese werden oftmals entweder überbetont, also der Migrationsbezug wird per se problemaffin gesehen, oder verdrängt in dem Sinne, dass davon ausgegangen wird, dass es keine Konflikte in diesem Bereich gibt, weil es sie nicht geben darf. Beides ist für eine Konfliktaushandlung bzw. -transformation nicht zielführend.

WD: Dies finde ich eine sehr interessante Beschreibung, aus der ich eine Warnung für Konfliktsituationen ganz allgemein mitnehmen möchte. Es passt allerdings auch sehr gut zu meinem Verständnis von Konflikttransformationsarbeit: Eine Situation, die als problematisch gesehen wird, sollte erst dann als Konflikt bezeichnet werden, wenn die Beteiligten dazu bereit sind. Dies bedeutet indirekt: Wenn eine Bereitschaft gewachsen ist, sich mit einem Thema auseinanderzusetzen, um zu einer Veränderung zu gelangen. Dabei gibt es die Möglichkeit, zunächst von Spannungen zu sprechen. Das Benennen des Themas, um welches es im Kern geht, und die Kenntlichmachung der beteiligten Akteur*innen können schon als ein Schritt in Richtung Transformation des Konfliktes gelten. Methodisch ist dies auch bemerkenswert, weil es damit zu tun hat, ‚wem der Konflikt gehört‘. Für eine nachhaltige Transformation wird ‚die Inbesitznahme des Konfliktes‘ durch die Beteiligten – und dann auch von den Möglichkeiten zur Veränderung und der Folgen – benötigt.

MP: Das würde ja bedeuten, dass sich der Ausdruck ‚unlösbare Konflikte‘ erübrigt. Es kann sein, dass das in der Konfliktbegleitungspraxis eine sinnvolle Einschränkung ist, aber mit Blick auf gesellschaftliche Konflikte würde das eine Engführung darstellen. Protest unterschiedlicher Art kann durchaus eine Konflikttransformation zum Ziel haben, die aber am Ende nicht notwendigerweise erfolgt.

Bei der Erforschung gesellschaftlicher Konflikte spielen Komplexitäten (bspw. die soziale Distanz oder das nur indirekte Aufeinandertreffen der Konfliktbeteiligten) und die Persistenz bzw. eine weniger klare oder auch ausbleibende Abfolge von Erkenntnis, Artikulation, Aushandlung und Transformation eine Rolle, was eine andere Betrachtung des Gegenstands erfordert.

CH: Dazu kommt, dass die Personen, mit denen wir in der Forschung und Konfliktbearbeitung im Gespräch sind, auch ihre eigene Auffassung von Konflikt haben. Als ich beispielsweise in meiner Forschung mit Jugendlichen über Konflikte in ihrem Wohnumfeld gesprochen habe, beschrieben sie erst auf die Frage hin, ob es schwierige Momente im nachbarschaftlichen Zusammenleben gebe, konflikthafte Situationen. Da sie Konflikt mit Problem gleichsetzten, erschienen ihnen die beschriebenen Situationen jedoch als normal und nicht problematisch, so waren es in ihrer Wahrnehmung keine Konflikte. Anders als in Annegrets Beispiel waren es hier also gerade die Normalität und das damit einhergehende andere Verständnis von konflikthaften Situationen, die zu deren Nichtbenennung führten. Bei anderen Gesprächspartner*innen beobachtete ich, dass sie eher aus Sorge vor einer weiteren Stigmatisierung ihres Quartiers nicht von Konflikten, sondern eher von schwierigen Situationen sprachen. Dass der Begriff Konflikt im Alltagsverständnis sehr stark ist, habe ich aber auch in meiner Mediationsarbeit beobachtet. Ergänzend zu Wolfgang würde ich daher noch sagen, dass es auch bei vorhandener Bereitschaft zur Auseinandersetzung hilfreich sein kann, den Konfliktbegriff strategisch nicht zu verwenden, da er durch seine (statische) Zustandsbeschreibung und Problemkonnotation einschüchternd wirken kann. In weniger aufgeladenen Begriffen zur Benennung des konflikthaften Verhältnisses scheint für die Beteiligten eher die Möglichkeit einer Veränderung enthalten zu sein.

Fazit

Unsere Erkundung des Gegenteils von Konflikten hat drei Punkte aufgezeigt, die uns zentral erscheinen: Erstens, dass das Gegenteil ebenso facettenreich ist wie der Konflikt(-begriff) selbst. Es begegnet uns als Folie, an der die Realität bemessen wird, und damit als Ziel der Aushandlung, ebenso wie als Prozess und Transformation.

Zweitens haben wir in unserer transdisziplinären Diskussion schnell gemerkt, dass uns die Auseinandersetzung mit dem Gegenteil auf unsere variierenden Konfliktverständnisse stößt. Sie half uns, das in unseren Disziplinen und Arbeitsfeldern routinierte Sprechen über Konflikte zu verlassen und Grundsatzfragen zu überdenken: Was kann in welchem Kontext unter welchen Bedingungen alles als Konflikt bezeichnet werden? Welche unterschiedlichen Eigenschaften, wie der Wunsch nach oder die Notwendigkeit zur Veränderung, Lösbarkeit und Produktivität, wir die öffentliche Anerkennung und Sagbarkeiten, sind für die Untersuchung und Bearbeitung von Konflikten jeweils relevant?

Drittens machte uns die Diskussion über das Gegenteil von Konflikten deutlich, dass es ein ‚Gegenbild‘ zum konfliktprovozierenden Ist-Zustand darstellen kann, das Ende des Konflikts aber selten sein Ende im Sinne einer ‚harmonischen (Auf-)Lösung‘ bedeutet. Uns wurde bewusst, dass eine Konflikttransformation oftmals ein Spannungsverhältnis nicht vollkommen beseitigt und beispielsweise auch eine ausgehandelte und zu bewahrende Balance, im Sinne ausgeglichener Interessen, weitere Widersprüche und den Keim für neue Konflikte in sich tragen kann.

Im Ergebnis unserer Diskussion können wir nicht auf eine neue gemeinsame Auffassung oder gemeinsam formulierte Definition verweisen. Vielmehr hat sich uns ein

Verständnis für die Perspektiven und den Umgang mit Konflikten in anderen Arbeitsbereichen eröffnet, das hilft, die eigenen Positionen und Deutungsmuster zu hinterfragen, und dient als wertvolle Anregung für unsere jeweiligen Auseinandersetzungen mit Konflikten.

Referenzen

- De Certeau, Michel 1988: Kunst des Handelns. Merve, Berlin.
- Lugones, María 2010: Toward a Decolonial Feminism. In: *Hypatia*, Jg. 25, H. 4, S. 742-759.
- Scott, James C. 1990: *Domination and the Arts of Resistance. Hidden Transcripts*. Yale University Press, New Heaven, London.
- Simon, Fritz B. 2018: *Einführung in die Systemtheorie des Konflikts*. Carl-Auer-Verlag, Heidelberg.

Würde und Konflikt: Ein schwieriges Verhältnis – relational betrachtet

Katrin Großmann

Während es noch immer viele Kolleg*innen in der Soziologie gibt, die meinen, Normativität stehe der Disziplin nicht gut zu Gesicht, sie solle sich mit der Analyse und Erklärung des Gesellschaftlichen befassen und die Finger von „Soll-Aussagen“ lassen, gibt es auch viele, die solche Aussagen treffen, aber leider stets implizit. Ich zähle mich zu einer Gruppe von Kolleg*innen, die Soll-Aussagen nutzen und auch einfordern, dabei aber Wert auf eine Explizierung des Normativen legen. Ob man sich mit Gerechtigkeit in der Stadtentwicklung, mit sozialem Zusammenhalt oder nachhaltiger Entwicklung beschäftigt – wir brauchen normative Theorien, um der Kritik Boden und den transformativen Ansätzen Horizont zu geben.

Ein Begriff, der in der Stadtsoziologie (bzw. in der weiteren sozialwissenschaftlichen Stadtforschung) noch eine eher randliche Bedeutung hat, ist der der Würde. Ich finde diesen Begriff intellektuell attraktiv, da er auf die nicht materielle Seite sozialer Ungleichheit verweist. Wir sind es in der Soziologie gewohnt, über den sozio-ökonomischen Status von Menschen in der Gesellschaft rauf und runter zu debattieren sowie ökonomische Deprivation zu erklären, zu vermessen und deren Existenz oder wenigstens Ausmaß zu kritisieren, doch den moralischen Status von Menschen und die Verletzungen des emotionalen Selbst kennen wir weit weniger gut.

Dieser Essay versucht, Schnittstellen zwischen der Konfliktforschung bzw. Konfliktbearbeitung und dem normativen Konzept der Würde zu erkunden. Als Hintergrund dienen dabei die in diesem Buch besprochenen Konflikte der Einwanderungsgesellschaft: die Auseinandersetzungen um Zugehörigkeit und Teilhabe, die durch anhaltende internationale Migration einerseits und das Erstarken nationalistischer, autoritaristischer politischer Strömungen andererseits gekennzeichnet sind.

Während für uns in den Sozialwissenschaften die Komplexität etwa des Gerechtigkeitsbegriffs völlig evident ist, ist der Begriff Würde im konzeptionellen Sinne unterbeleuchtet. Die sozialphilosophische Literatur zu Würde ist aber genauso reich und kontrovers wie die zu Gerechtigkeit und wird in anderen Disziplinen wie der Biologie auch aufgegriffen, etwa um die ethischen Fragen der Embryonenforschung zu beantworten. „Würde“ bezeichnet den moralischen Status von Menschen in der Gesellschaft (Forst 2011), so wie „Wohlstand“ den sozio-ökonomischen Status bezeichnet. Während sich der sozio-ökonomische Status in Einkommen, Vermögen oder Bildung ausdrücken kann, zeigt sich die Würde eines Menschen etwa in dem Respekt, der einem entgegengebracht wird oder den man für sich selbst empfindet. Würde wird in sozialen Beziehungen hergestellt, geachtet oder verletzt, z.B. in Pflegebeziehungen (Clark-Miller 2017). Würde ist ein sozialphilosophisches Großthema, zu dem ähnlich ausführliche Auseinandersetzungen geführt wurden wie etwa zum Begriff der Gerechtigkeit.

In der Literatur erscheinen mir drei Aspekte als relevant für eine gewisse Operationalisierung des Begriffs, also für die Anwendung auf konkrete Untersuchungs- und Politikfelder. Da ist *erstens* der Begriff des Respekts bzw. der *Anerkennung*, der teilweise synonym mit „Würde“

verwendet wird (etwa bei Fukuyama). Respekt und Anerkennung bedeuten hierbei die Realisierung der Ebenbürtigkeit in den Beziehungen – die Anerkennung des Anderen als prinzipiell (gleich-)wertig. Der zweite Aspekt ist die *Selbstachtung*, die besonders plastisch in Ernst Blochs Metapher vom aufrechten Gang ausgedrückt wird. Eva Weber Guskar (2017: 221ff.) führt dazu aus, dass das Empfinden von eigener Würde bedeutet, seinem eigenen normativen Selbstbild entsprechen zu können – die Person zu sein, die man sein möchte. *Drittens* ist Würde *Selbstbestimmung*, d.h. die Fähigkeit, die eigenen Ziele und die Mittel, die genutzt werden um diese zu erreichen, selbst zu definieren. Während Respekt und Anerkennung in der Literatur häufiger genannt werden, bekommt die Selbstbestimmung oft ein höheres Gewicht. Dietmar von der Pfordten (2016) z.B. bezeichnet sie als die „große Menschenwürde“, während ein gehobener Status für ihn nur die kleine Menschenwürde markiert. Forst (2011: 968) definiert Selbstbestimmung als Freiheit von Willkür: Als Recht darauf, als autonomes und unabhängiges Wesen behandelt zu werden, was dem Begriff eine politische Komponente gebe. Mit Würde behandelt zu werden – von Subjekten wie von Autoritäten – bedeute demzufolge, als Gleicher unter Gleichen respektiert zu werden und ein Recht darauf zu haben, dass andere ihre Handlungen rechtfertigen bzw. legitimieren müssen. Wird Würde verletzt, drückt sich das in Demütigungen, Abhängigkeit und Paternalismus, Verlust der Selbstachtung, Scham und Gefühlen von Minderwertigkeit aus.

Würde ist in der Konfliktforschung und Konfliktbearbeitung mit Blick auf zwei Aspekte im Gespräch: Einerseits gelten Würdeverletzungen als Ursachen von Konflikten und andererseits wird die Beachtung der Würde der jeweiligen Gegner als Weg aus Konflikten begriffen. Ersteres ist aktuell in den Interpretationsangeboten zum

Erstarken nationalistischer und autoritaristischer Bewegungen präsent. Für die USA etwa zeigen qualitative Arbeiten wie die von Arlie Russel Hochschild (2016) oder Justin Gest (2016) zur weißen unteren Mittelschicht, quasi Ethnographien der Trump-Wähler*innen, dass sich in den Peripherien des Landes Abstiegs Erfahrungen und Selbstwertverletzungen stapeln. Francis Fukuyama (2018), der allerdings mit globaler Geste argumentiert, behauptet mit Rückgriff u.a. auf philosophische Klassiker, dass die Suche nach Anerkennung der eigentliche Motor gesellschaftlicher Entwicklung sei und dass, was als Verteilungskonflikte geframt werde, letztlich im Kern der Kampf um Anerkennung, Respekt und damit Würde sei. So erklärt sich auch der Untertitel seines Buches, der ins Deutsche übersetzt wurde mit „Wie der Verlust der Würde unsere Demokratie gefährdet“.

Wir kennen diese Argumente auch aus der deutschen Debatte. Gerade mit Blick auf Ostdeutschland und die Frage, wieso ausgerechnet dort rechtes Gedankengut und rechte Strukturen so leicht Verbreitung finden, ist eine bekannte Interpretation, dass die nicht aufgearbeiteten Demütigungen aus der Nachwendezeit hier zumindest mitverantwortlich sind. Eine Dokumentation der Anhaltspunkte und der Zeitgeschichte findet sich in Petra Köppings Buch „Integriert doch erst mal uns“ (2018), in dem sich die Motive aus Hochschilds „Strangers in their own land“ wiederholen: Demütigungserfahrungen in Bezug auf die eigene Berufsbiographie, entwertete Bildungsabschlüsse, Arbeitslosigkeit und Sinnentleerung sowie das Gefühl, von der politischen Elite nicht gesehen und von den Medien nicht repräsentiert zu werden. Dazu kommen private Erfahrungen, verlassen worden zu sein – man findet sich auf der Seite der Verlierer*innen. Diese Erfahrungen schlagen dann um in Aggressionen, offene Konflikte und den berühmten Tritt nach unten auf die nächst Schwächeren.

Auch in der internationalen Friedensarbeit ist der Claim, Würdeverletzungen führten zu Konfliktpotenzial, präsent. Donna Hicks, eine bekannte und erfahrene Persönlichkeit in der internationalen Friedensarbeit, beschreibt in „Dignity and its Essential Role in Conflict Resolution“, wie sie entdeckt habe, dass Würdeverletzungen die eigentliche Ursache („root cause“) von Konflikten sei. Mit dieser Hypothese, bzw. Diagnose, sei es ihr gelungen, schwere Konflikte anzugehen, die Menschen an den Tisch der Konfliktlösung zu bringen und damit der Konfliktbearbeitung eine komplett neue Tür zu öffnen. In der Eröffnungssequenz des Buchs schildert sie, wie sie nach Jahren der Friedensarbeit in einer besonders verfahrenen Situation in einem lateinamerikanischen Land, in der sie einen Workshop halten sollte, um die Konfliktparteien ins Gespräch zu bringen, intuitiv entschieden habe, jetzt ihre These zur Bedeutung von Würdeverletzungen zu nutzen. Sie habe dem Haufen mürrischer Männer, die obendrein wenig Motivation für diesen Workshop hatten, angekündigt, dass sich die nächsten zwei Tage um Würde drehen würden. Nicht nur, dass alle die kompletten zwei Tage bei der Stange geblieben seien, am Ende habe sich einer der Generäle im Raum bei ihr dafür bedankt, dass sie nicht nur einen wesentlichen Durchbruch für den Konflikt erreicht, sondern möglicherweise auch seine Ehe gerettet habe (Hicks 2011: 2).

Wenn das alles so wäre, wäre damit eigentlich – überspitzt gesagt – eine einfache Formel für den Weltfrieden gefunden. Keine Würdeverletzungen mehr, Anerkennung und Respekt als Ebenbürtige, und wir müssten in der Lage sein, einem Großteil von Spannungen vorbeugend oder zumindest einfacher nachsorgend begegnen zu können. Dagegen spricht viel. Es fängt damit an, dass ich nicht an „root-causes“ glaube, also an die eine Wurzel des Übels, die man anpacken und ausreißen kann, und auch nicht an

mehrere Wurzeln. Gesellschaft bewegt sich m.E. in Interdependenzen und Wechselwirkungen über die Zeit. Doch will ich im Folgenden gar nicht so sehr auf eine erweiterte Debatte von Konfliktursachen hinaus, sondern ich möchte versuchen, das Würdeargument zu vertiefen. Mit Rückgriff auf sozialphilosophische Arbeiten zum Thema Würde möchte ich dazu einladen, die Bedeutung von Würde in Konflikten auf konzeptionelle Beine zu stellen – und in die dabei entstehenden Schwierigkeiten und Komplexitäten vorzudringen.

Der Begriff der Menschenwürde wird häufig intuitiv entsprechend des Zeitgeists verwendet, als etwas, das Menschen besitzen oder besitzen sollten, weil wir alle damit geboren werden. So verwendet auch Donna Hicks ihn: Würde sei ein Geburtsrecht, sie wohne dem Menschen inne. Die Philosophie nennt dieses heutige Verständnis von Würde den universalistischen Würdebegriff, der unser kontemporäres Begriffsverständnis präge (Rankine 2017). Alle haben demnach dieselbe Würde, zumindest im Moment der Geburt, und das gilt für die ganze Welt und überall gleich. Dieses Begriffsverständnis ist aber noch sehr jung und hat sich erst in den letzten gut 100 Jahren so durchgesetzt, nicht zuletzt mit der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte Mitte des 20. Jahrhunderts, in der es heißt, dass alle Menschen frei und in Würde geboren werden. Auch nationalstaatliche Verfassungen haben diese Begrifflichkeit oft übernommen. Der Satz „Die Würde des Menschen ist unantastbar“ des deutschen Grundgesetzes ist quasi die Muttermilch der politischen Bildungsarbeit vom Kindergarten an.

Daneben kennen wir Verwendungen des Begriffs, die dazu eigentlich kaum passen: Ein Moment oder eine Handlung ist besonders würdevoll, jemand trägt sein Schicksal mit Würde, jemand ist ein Würdenträger oder

jemand habe durch das Abrutschen – etwa in die Drogensucht – und den Verlust von Selbststeuerung – seine Würde verloren. Diese Begriffsverwendungen verweisen auf frühere Verständnisse von Würde, meist als die Statuswürde bekannt, die formal logisch nicht zur Idee einer universal geltenden, angeborenen Würde passen, denn dann kann sie nicht der eine tragen und der andere nicht, und verlieren kann man sie dann auch nicht. Der Begriff des Würdenträgers verweist auf ein historisch überkommenes Verständnis von Würde als Statusbegriff, das in vergangenen Jahrhunderten präsent war. In Europa wurden kirchliche Würdenträger mit einem besonderen, herausgehobenen moralischen Status bedacht. In Japan waren die Samurai eine Würde tragende Elite, die einen herausgehobenen Status besaß, weil sie ihr Leben der Verteidigung der Gesellschaft widmeten. Der Begriff der Menschenwürde ist kontingent, seine Bedeutung verschiebt sich über die Zeit und wechselt mit der Verwendung in verschiedenen Kontexten (Weber-Guskar 2017). Die darin präsenten Bedeutungen tragen die Spuren vergangener Kontexte in sich.

Neuere Schriften weisen auf eine notwendige Klärung nicht nur im Alltagsverständnis von Würde, sondern auch in der wissenschaftlichen Beschäftigung damit hin: auf die Notwendigkeit, Würde relational zu verstehen. Hier schließe ich mich mit einem soziologisch-geographischen Herz, das gelernt hat, Gesellschaft und Raum relational zu begreifen, leidenschaftlich an. Ein relationales Verständnis begreift Gesellschaft und Raum als kontingent, multiperspektivisch und konstituiert über die Beziehungen zwischen gesellschaftlichen Elementen, Individuen, Institutionen oder auch der materiellen Welt. Würde ist ebenso relational, weil sie sich nur intersubjektiv herstellen oder verletzen lässt (Zylberman 2018, Clark-Miller 2017). Wie dies geschieht, ist eingebettet in gesellschaftliche Strukturen und geteilte Werte. Würde entsteht in Relation zu

Leitbildern und Vorstellungen des Guten und Normalen. Würde ist nicht universell, Würde wird gemacht und wahrgenommen über Beziehungen in konkreten Kontexten. Forst (2011) weist mit dem Begriff der aktiven Würde auf diese Kontextgebundenheit hin. Auf den ersten Blick ähnliche Lebensumstände können in einem Kontext ein würdevolles Leben bedeuten, in einem anderen dagegen nicht. Im Kontrast dazu ist passive Würde die Forderung nach einer Befriedigung von Grundbedürfnissen – ein Minimum für ein würdevolles Leben. In dieser Unterscheidung sitzt m.E. der Kern eines relationalen Würdebegriffs, der mit relational mehr meint als dass Würde intersubjektiv ist und in Beziehungen stattfindet. Relational meint, dass Würde in Relation zum weiteren gesellschaftlichen Kontext entsteht oder nicht, und dass das Individuum bzw. die soziale Gruppe, um deren moralischen Status es geht, in verschiedene gesellschaftliche Relationen eingebunden ist, in Macht- und Abhängigkeitsstrukturen sowie in ein System von Normen und Werten, die wiederum unmittelbaren Einfluss darauf haben, ob man Respekt, Selbstachtung und Selbstbestimmung überhaupt erreichen kann.

Betrachten wir die drei oben genannten Dimensionen von Würde einmal relational. *Respekt und Anerkennung* sind in ein kontingentes, relationales Geflecht von Normen und Werten eingebettet. Ob man Anerkennung und Respekt erfährt, hängt davon ab, wie andere die eigene Person und Situation bewerten. Die empfundene Missachtung, Demütigung oder der fehlende Respekt verweisen auf eine Diskrepanz zwischen der eigenen Erwartungshaltung und der konkreten Erfahrung, wie man durch andere oder durch Institutionen behandelt wird. Das können Erfahrungen von Diskriminierung sein, die sich in Konflikten und teilweise in sozialen Bewegungen zuspitzen, wie etwa den „marches for dignity“ im von der Austeri-

tätspolitik gebeutelten Spanien, zu denen sich zweieinhalb Millionen Menschen zusammenfanden (Narotzky 2016). Aber: Es können auch verlorene Privilegien ein Anlass für empfundene Demütigungen sein, für die Wahrnehmung mangelnden Respekts. Mit anderen Worten: Die Herabsetzung aus einem vormals gehobenen Status auf eine „lediglich“ gleichgestellte Position kann als Demütigung der eigenen Person oder Gruppe gelesen werden, und diese Demütigungen werden sehr real erlebt und sind wirkmächtig. Hochschilds Befunde zu den „Fremden im eigenen Land“, den Trump-Wähler*innen, die sich übergangen, abgehängt und nicht respektiert fühlen, wirft natürlich die Frage auf, ob wir hier nicht die Verletzung einer Gruppe vor uns haben, die an Status verloren hat: weiße Männer und Frauen, die aus Wut über den Verlust ihrer – zumindest gegenüber Schwarzen und Armen – privilegierten Stellung in der Gesellschaft (den sie u.a. den Großmächten globaler Ökonomie verdanken) das liberale Projekt (bei uns analog das „links-grün-versifft“ Projekt) zum Gegner erklären und im Wunsch nach Wiederherstellung von Privilegien Trump wählen. Denn mal ehrlich: „America First“ klingt nicht nach einem Ruf nach Anerkennung, dann müsste es ja „Respect America“ heißen.

Genauso kann es sich mit der eigenen *Selbstachtung* verhalten, auch die hängt relational von den Normen und Werten des Kontexts ab. Was die Frage anbetrifft, ob jemand die Person sein kann, die er sein möchte, ob sie ihrem normativen Selbstbild entsprechen kann, muss zunächst beachtet werden, dass normative Selbstbilder relational konstruiert werden. Sie entstehen (und verändern sich unablässig) in Beziehung zu anderen und in Auseinandersetzung mit den Orientierungen, die in einem bestimmten Kontext gelten. Gefühle von Scham und mangelndem Selbstwertgefühl können Ausdruck von moralischer Unterdrückung sein und es scheint uns

gerechtfertigt, wenn Menschen in Konflikten dafür streiten, das eigene Selbstwertgefühl wiederherzustellen. Solange Gruppen im Blick sind, die den Anspruch erheben, gleichgestellt zu sein und sich nicht minderwertig fühlen zu müssen, ist dies ein Motiv, das in der Bearbeitung von Konflikten als legitimer Anspruch gilt. So beschreibt auch Donna Hicks ihren Zugang in der Konfliktarbeit mit Kriegsparteien.

Normative Selbstbilder können jedoch auch über eine Gleichstellung mit anderen hinausweisen und dazu führen, dass Menschen eine Höherwertigkeit beanspruchen. Sie orientieren sich (auch) an gesellschaftlichen Leitbildern, die sie nach einer privilegierten Stellung streben lassen – und verweisen damit andere unter sich bzw. hinter sich, die dann ihr normatives Selbstbild nicht erreichen können. Auch können Leitbilder unrealistisch und völlig unerreichbar sein, was beim Blick etwa auf Schönheitsideale evident ist. Hier führen in unserer aktuellen Gesellschaft gesellschaftliche Leitbilder zu einem Wettbewerb um den eigenen Selbstwert und unterminieren so den Selbstwert anderer. Die Chancen auf Würde sind also an soziale Ungleichheiten gekoppelt (Jütten 2017), dies hat dann auch ein Echo in nationalistischen und rassistischen Orientierungen. Selbstachtung ist also für den Umgang mit Konflikten unter den Bedingungen sozialer Ungleichheit ein zweiseitiges Ziel.

In Gruppierungen mit nationalistischer und autoritaristischer Orientierung ist zudem *Selbstbestimmung* ein ambivalentes Thema: Während für die eigene Gruppe die Selbstbestimmung über die eigenen Belange eingefordert wird, werden andere Gruppen in ihrer Selbstbestimmung klar beschränkt. Migrant*innen etwa wird nicht das Recht zugesprochen, sich frei zu bewegen und über ihre Zugehörigkeit zu Gruppen und Orten selbst zu bestimm-

men, da dies die Selbstbestimmung über die Identität der eigenen Gruppe – was auch immer das ist – in Frage stellen würde. Andererseits werden Hierarchien in autoritären Gruppierungen oft weit stärker anerkannt als in anderen, liberal orientierten Gruppen. Teilweise wird innerhalb der eigenen Gruppe sogar die Fremdbestimmung gesucht, Verantwortung delegiert und die Anstrengung der eigenen Orientierung in der Welt bereitwillig abgegeben, um Komplexität auf ein aushaltbares Maß zu reduzieren. Aber das führt wahrscheinlich in ein anderes Thema.

Das Konzept der Würde liefert also interessante Anhaltspunkte, die gerade bei der Erklärung von Konflikt-dynamiken sehr bereichernd sein können, da Würdeverletzungen zumindest zum Aufbau von Spannungen und Gewalt beitragen. Um von hier ins Handeln zu kommen, ist es möglicherweise richtig, Würdeverletzungen zu thematisieren. Vielleicht ist die bei Hicks dargestellte Herangehensweise auch der geeignete Weg, im oder nach dem Moment einer Eskalation mit den Konfliktparteien wieder in ein Gespräch einzutreten. Dann wären Würde und Würdeverletzung allerdings nicht Gegenstand der Konfliktbearbeitung, sondern das geeignete Framing, um diese in Gang zu setzen. Hierbei könnte dann explizit über Respekt und Anerkennung, Selbstbilder und Selbstachtung sowie Selbstbestimmung verhandelt werden – und über die Frage nach deren gleicher Gültigkeit für alle Menschen.

Damit Würde zu einem nutzbaren normativen Konzept für Gesellschaftsanalysen und Konfliktbearbeitung werden kann (und nicht nur ein diffuser moralischer Begriff bleibt), muss sie aber relational weitergedacht werden – und das macht die Sache kompliziert. Ein erster Schritt wäre, dies weiter zu durchdenken. Ich sehe hier zwei wichtige Komplikationen und möchte versuchen, sie noch

einmal auf den Punkt zu bringen. Die erste ist, dass Würde ein normatives Konzept ist, das sich einem nicht messbaren, sondern nur wahrnehmbaren Status von Menschen in der (Welt-)Gesellschaft widmet. Dieser Status entscheidet sich in den konkreten Beziehungen zwischen Individuen, Gruppen oder Institutionen, also im Kontext. Während Armutskonzepte mit relativen Indikatoren operieren können und z.B. sagen können, jemand hat vergleichsweise so viel wie die Mitte der Gesellschaft (das Einkommen liegt im Median bezogen auf einen nationalen oder lokalen Kontext), ist die Frage, ob jemand über genug Anerkennung, Selbstachtung und Selbstbestimmung verfügt, viel schwieriger zu beantworten. Wie soll man intersubjektiv entscheiden, welcher Maßstab hier gelten darf? Wie sieht eine Gefährdung von Würde aus, woran erkennt man sie?

Das zweite Problem ist die Reziprozität, oder mit Kant: Was für einen selbst gilt, soll auch für andere gelten. In Konflikten um Zuwanderung, die ein wichtiger Aspekt dieses Buches sind, ist umkämpft, für wen welcher Maßstab gilt bzw. welche Rechte gelten dürfen. Privilegien werden verteidigt oder eingefordert, wenn Grenzen geschlossen gehalten werden sollen oder Zuwandernde kein Anrecht auf staatliche Unterstützung haben sollen, weil sie für diese Gesellschaft ja noch nichts geleistet hätten etc. Gerade die Anerkennungsthese (Konflikte tauchen auf, weil soziale Gruppen sich mit Abstieg, Marginalisierung und mangelnder Anerkennung konfrontiert sehen) dreht sich im Kern um ein nicht reziprokes Bild der Lebenschancen in einer Gesellschaft. Arlie Russel Hochschild bringt dieses Bild für die USA auf den Punkt. Sie beschreibt es als Warteschlange, in der man ansteht und auf die Erfüllung des amerikanischen Traums wartet. Die Verletzungen, die hier thematisiert werden, drehen sich um die Wahrnehmung, dass man von anderen in der Schlange überholt wird, weil der Staat ihnen besondere Unterstützung gibt,

während man selbst immer fleißig und eigenverantwortlich gehandelt hat, also etwas geleistet hat, aber nicht vorankommt (Hochschild 2016). Inwieweit dieses Bild auf Deutschland übertragen werden kann, ist natürlich eine offene Frage. Trotzdem erinnert allein der Titel von Petra Köppings Buch „Integriert doch erst mal uns“ deutlich an diese Metapher. Sie beinhaltet aber ein System unterschiedlicher Berechtigungen – die Schlange hat ein Vorne und ein Hinten. Wie kann also verhindert werden, dass die Wiedergutmachung der Würdeverletzung des einen – das Erreichen des eigenen normativen Selbstbildes und von Selbstbestimmung – auf Kosten der Würde anderer ausgetragen wird? Sollte Fukuyama Recht damit haben, dass Auseinandersetzungen um materielle Ungleichheit im Grunde ein Kampf um Anerkennung sind und dies eine viel wichtigere Bedrohung unserer Demokratie ist, und damit ein enorm wichtiger Faktor in der Entstehung von Konflikten, dann muss die Sozialwissenschaft hier konzeptionell viel mehr Klarheit erreichen. Vielleicht ist das gar nicht so schwer, vielleicht braucht es nur endlich eine explizite Debatte dazu.

Referenzen

- Bloch, Ernst 1983: Naturrecht und menschliche Würde. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Clark-Miller, Sarah 2017: Reconsidering Dignity Relationally. Ethics and Social Welfare. In: Ethics and Social Welfare, Jg. 11, H. 2, S. 108-121.
- Debes, Remy 2017: Dignity: A History. Oxford philosophical concepts. Oxford; New York: Oxford University Press.
- Forst, Rainer 2011: The Ground of Critique – On the Concept of Human Dignity in Social Orders of Justification. In: Philosophy & Social Criticism, Jg. 37, H. 9, S. 965-976.
- Fukuyama, Francis 2018: Identity: The Demand for Dignity and the Politics of Resentment. Farrar, Straus and Giroux, New York.
- Gest, Justin 2016: The New Minority. Oxford University Press, New York.
- Hochschild, Arlie Russel 2016: Strangers in Their Own Land. Anger and Mourning on the American Right. The New Press, New York.
- Hicks, Donna 2013: Dignity: Its Essential Role in Resolving Conflict. New Haven and London: Yale University Press.
- Jütten, Timo 2017: Dignity, Esteem, and Social Contribution: A Recognition-Theoretical View. Journal of Political Philosophy, Jg. 25 H. 3: S. 259 – 280.
- Köpping, Petra 2018: „Integriert doch erst mal uns!“ – Eine Streitschrift für den Osten. Ch. Links Verlag.

Narotzky, Susana 2016: Between Inequality and Injustice: Dignity as a Motive for Mobilization During the Crisis. In: *History and Anthropology*, Jg. 27, H. 1, S. 74-92.

Von der Pfordten, Dietmar 2016: *Menschenwürde*. C.H. Beck Verlag, München.

Weber Guskar, Eva 2017: Menschenwürde: Kontingente Haltung statt absoluter Wert. In: Brandhorst, Mario; Weber-Guskar, Eva (Hg.): *Menschenwürde – Eine philosophische Debatte über Dimensionen ihrer Kontingenz*. Berlin: Suhrkamp, S. 206-233.

Zylberman, Ariel 2018: The Relational Structure of Human Dignity. In: *Australasian Journal of Philosophy*, Jg. 96, H. 4, S. 738-752.

Dissenskultur: Ein Ansatz zum Umgang mit Emotionen in sozialen Konflikten?

Maria Budnik

Der vorliegende Essay beleuchtet das zwiespältige Verhältnis zwischen Emotion und sachlicher Argumentation in gesellschaftspolitischen Debatten und in der wissenschaftlichen Auseinandersetzung. Er fragt, wie Emotionen in gesellschaftspolitischen Debatten mitmischen und stellt Überlegungen zum praktischen Umgang mit ihnen in konflikthaften Auseinandersetzungen an. Der Essay betrachtet das Problem zunächst aus zwei Perspektiven: Zum einen aus der der politischen Öffentlichkeit im Sinne der öffentlichen Medienberichterstattung, zum anderen aus der Sicht der Emotionsforschung. Weder die Bandbreite der medialen Berichterstattung noch die umfangreiche Literatur der Emotionsforschung wurden dafür systematisch analysiert. Der Essay greift eher selektiv auf einzelne Beiträge zurück. Ganz konkret frage ich im letzten Teil des Beitrages, wie ein Umgang mit Emotionen in Konflikten aussehen könnte. Dazu stelle ich Dissenskultur als einen zugleich emotionalen und rationalen Ansatzpunkt ins Zentrum meiner Überlegungen. Der Essay ist als Anregung gedacht, sich mit der Frage des Umgangs mit Emotionen in Konflikten interdisziplinär weiter zu beschäftigen.

Beobachtungen zur gesellschaftspolitischen Bedeutung von Emotionen

In aktuellen gesellschaftspolitischen Auseinandersetzungen zeigt sich, wie Emotionen darin mitmischen. Beispielhaft möchte ich das mit einem Blick auf aktuelle identitätspolitische Debatten zeigen. Solche Debatten werden zwar schon länger geführt, in Deutschland aber meines Erachtens erst seit wenigen Jahren unter diesem Label diskutiert. Sie drehen sich inhaltlich um die Frage, wie Gesellschaften mit Differenz umgehen sollten und wie gesellschaftliche Gleichbehandlung zu erreichen ist. Auch wenn der Begriff neu erscheint, gehen die damit verbundenen Forderungen auf die Frauenbewegung in Westeuropa und den USA ab Mitte des 20. Jahrhunderts und auf die antirasistische Bürgerrechtsbewegung der 1950er/1960er Jahre zurück (van Dyk 2019: 27). Identitätspolitische Forderungen wurden insofern schon früher von sozialen Bewegungen in die Öffentlichkeit getragen. Dass das auch heute so ist, demonstrieren etwa #MeToo, Black Lives Matter oder die heterogene LSBTIQ-Community. Teile der identitätspolitischen Debatten wurden und werden stark emotional verhandelt und zwar zum einen, weil die Inhalte emotionale Erfahrungen betreffen, indem sie auf Verletzungen, Diskriminierung und fehlende Anerkennung hinweisen. Zum anderen rufen sie ihrerseits emotionale Reaktionen hervor, das Emotionale an der Debatte wird aufgegriffen und zum Teil strategisch eingesetzt. Bewegungen, wie etwa die der Identitären, nutzen Emotionen, um sich abzugrenzen und als Gegenbewegung zu inszenieren, z.B. indem sie geschlechtersensible Sprache als „Genderwahnsinn“ bezeichnen und Versuche ablehnen, die deutsche Sprache dahingehend zu verändern.

Des Weiteren wurden in der medialen Öffentlichkeit die Anerkennung des sogenannten dritten Geschlechts sowie die Etablierung genderneutraler Toiletten diskutiert.

Beispielhaft sei hier die Karnevalsrede der ehemaligen CDU-Chefin Annegret Kramp-Karrenbauer genannt, die 2019 über die Einführung von Toiletten für das dritte Geschlecht witzelte (dpa 2019a). Die Einführung diskriminierungsarmer Räume galt – so ist mein Eindruck – in der Öffentlichkeit tendenziell als übertrieben und ‚zu emotional‘. So wurde z.B. die Debatte um sogenannte ‚Safe Spaces‘ – Räume zum Schutz vor Diskriminierung – als „reine Vermeidung von Themen und Reizen, die einem Unbehagen auslösen“ und insofern als kontraproduktiv eingeordnet (Amelung 2017). Anfang des Jahres 2021 erschienen verschiedene Beiträge in großen deutschen Wochenzeitungen, die diese Beobachtung untermauern. So heißt es etwa in einem Artikel der ZEIT, dass Identitätspolitik „unter einem gewissen Heititeiti-Verdacht steht: Da geht es doch nur um Worte, um Gefühle, um Identitäten. Und das lenkt doch ab, von der Politik nämlich, von der Befreiung der Unterdrückten“ (Mayr 2021). In der Öffentlichkeit werden identitätspolitische Debatten nicht als ein Kampf um Gleichbehandlung interpretiert. Sie werden zum Teil als gefühlsgesteuert delegitimiert und der Kampf um gruppenspezifische Rechte wird als falsches Ziel deklariert, so auch die Einschätzung der Forscher:innen Kastner und Susemichel (2019). Überspitzt formuliert bleibe Identitätspolitik bei Diskriminierungserfahrungen und Verletzungen von Minderheiten stehen und verhindere damit im Prinzip die Teilhabe derselben, auch weil „Differenzen stärker betont werden als Gemeinsamkeiten“ (Strauß 2019: 4). In den genannten Beispielen zeigt sich, dass Emotionen ein Aktivierungspotential in gesellschaftlichen Auseinandersetzungen haben, das bis zur strategischen Nutzung und politischen Mobilisierung reicht. Um ihre Rolle wird aber weiter gestritten.

Das Thema öffentliche Streitkultur soll als ein zweites Beispiel dienen, an dem sich zeigen lässt, wie Emotionen in gesellschaftspolitischen Debatten mitspielen. So gibt es in der politischen Öffentlichkeit Forderungen nach einer ‚vernunftbasierten Streitkultur‘, die Aggressionen stärker kontrollieren und einen respektvollen Umgang miteinander ermöglichen soll. In seiner Weihnachtsansprache 2018 stellt Bundespräsident Steinmeier fest, dass „wir wieder lernen müssen zu streiten, ohne Schaum vorm Mund“ (Der Bundespräsident 2018), und auf der Hochschulrektorenkonferenz 2019 weist er auf „ein Problem mit unserer Streitkultur“ (dpa 2019b) hin. Gesellschaftlicher Streit wurde in den letzten Jahren auch medial vermehrt als eigenes Format etabliert. 2017 ging beispielsweise das Format „Streitkultur“ beim Radiosender Deutschlandfunk an den Start. Seit 2019 gibt es bei der ZEIT das Ressort „Streit“, das unter dem von Helmut Schmidt geprägten Motto „eine Demokratie, in der nicht gestritten wird, ist keine“ zur Debatte einlädt.¹

Diese Entwicklungen können auch als Antwort auf die emotionalisierte Mobilisierung aufstrebender rechter Parteien in Deutschland und Europa verstanden werden. Diese nutzen aus meiner Sicht die Emotionalisierung ihrer Themensetzungen, um auf Stimmenfang zu gehen. Die AfD machte z.B. im Wahlkampf zur Bundestagswahl 2017 Stimmung gegen Fluchtzuwanderung, schürte Angst vor dem Islam und bewertete das Gendern als Bedrohung für die deutsche Sprache. Auch auf internationaler Ebene wurde der emotionale Sprachgebrauch gestärkt, etwa durch den Ausspruch „America First“ des ehemaligen US-amerikanischen Präsidenten Donald Trump. Emotional sendete er damit ein klares Signal u.a. an die weiße amerikanische Mittelschicht: Er werde deren soziale Abstiegssängste in seiner Politik an die erste Stelle setzen.

¹ <https://www.zeit.de/streit/index>

Ich möchte hier die These aufstellen, dass die politische und mediale Betonung von ‚vernunftbasierter Streitkultur‘ in Deutschland als Abgrenzung zu emotionalisierten politischen Mobilisierungen interpretiert werden kann. Mit Blick auf die gesellschaftspolitische Bedeutung von Emotionen liegt die Schlussfolgerung nahe, dass sie entweder strategisch vermieden oder strategisch eingesetzt werden, um ganz bestimmte Formen von ‚Streitkulturen‘ zu etablieren. In unterschiedlichen Debatten wird dabei scheinbar entweder emotional gerungen oder aber Sachbezug gefordert. Demnach gibt es entweder ‚rational‘ oder ‚emotional‘ geführte Debatten, die in ihrer Anlage nicht kompatibel zu sein scheinen.

Sozialwissenschaftliche Perspektiven auf Emotionen

Wenden wir uns nun der wissenschaftlichen Beschäftigung mit Emotionen zu. Die Trennung von ‚emotional‘ und ‚rational‘ war ein Leitgedanke, der auch in den Sozialwissenschaften lange verfolgt wurde. „Wenn diese der emotionalen Vergesellschaftung überhaupt Aufmerksamkeit geschenkt haben, so sind sie gleichsam evolutionistisch von einer sich durchsetzenden Trennung zwischen sachlich-rationalen und stärker emotional geprägten sozialen Sphären oder gar von einer Überwindung ‚emotionaler Vergemeinschaftungen‘ durch ‚rationale Vergesellschaftungsformen‘ ausgegangen“, schreibt der Emotionsforscher Rainer Schützeichel (2006: 8). Daraus folgert er jedoch keineswegs, dass nun „Emotionalität an die Stelle von Rationalität“ treten sollte, sondern er verweist darauf, dass die beiden vermeintlichen Gegenspieler aufeinander „angewiesen sind“ (ebd.: 9). Diese Sichtweise hat sich in den Sozialwissenschaften heute weitestgehend durchgesetzt. Die Hinwendung zu Emotionen wird seit einigen Jahren unter dem Begriff des *emotional turn* diskutiert

(Flam 2002). Im Wesentlichen geht es um die Erkenntnis, dass Emotionen und Vernunft zusammengehören. Mit dem *emotional turn* wurde ein interdisziplinärer Wandel eingeleitet. Ausgangspunkt waren neurowissenschaftliche Methoden, welche die Rolle von Gefühlen sichtbar machen konnten. „Demnach sind es Emotionen, die einen kognitiven Inhalt erst mit jener Bedeutsamkeit ausstatten, die ihn deutbar macht; ohne emotionale Bedeutungsbelegung wäre die Welt in ihrer Komplexität differenzlos und der Mensch handlungsunfähig. Erst im Licht unserer emotional gesteuerten Aufmerksamkeit gewinnen Aspekte der Welt jene Relevanz, die wir zur kognitiven Bearbeitung und Orientierung benötigen“ (Schaal, Heidenreich 2013).

Bargetz und Sauer (2010) arbeiten heraus, dass in der liberalen Demokratie Emotionen letztendlich als Gegenteil von Vernunft deklariert wurden. Das sei ein gängiges altes Verständnis vom Verhältnis der beiden Begriffe (ebd.: 141). Die Forderung nach vernünftigem Streiten in politischen Diskussionen steht daher in der Tradition des liberalen Denkens. In Folge der Aufklärung wurde der politische Prozess rationalisiert. Tendenziell wurde dabei alles Emotionale als „irrational“ gebannt (Schaal, Heidenreich 2013). Rüb (2015) gibt zu bedenken, dass die Politikwissenschaft in ihrer Tradition jedoch sehr viel mehr Emotionswissenschaft sei, als es in der einseitigen Rezeption ihrer zentralen ideengeschichtlichen Texte sichtbar werde. Genauso alt wie die Auseinandersetzung mit Emotionen sei der Versuch ihrer Regulierung durch Institutionen (ebd.: 163f.). Die Bedeutung von Emotionen rückt so weitestgehend in den Hintergrund, denn „die rationalisierende Wirkung von Diskursen beruht darauf, dass Begründungen für Argumente vorgetragen werden, die individuelle Erfahrung und Betroffenheit transzendieren und auf Generalisierung zielen“ (Schaal, Heidenreich 2013). Daraus leitet

sich das Ziel ab, dass vor allem Interessen „und nutzenmaximierend eine für alle Beteiligten kalkulierbare Lösung“ erreicht werden soll. Gleichzeitig verkleinert sich so der Bereich des Politischen: „Das Emotionale charakterisiert zwar das gesellschaftliche Leben (zum Beispiel in Form von Anerkennungsverhältnissen, die für unsere psychische Integrität zentral sein können), es darf jedoch als Politisches nicht thematisiert werden“ (ebd.). In der ideengeschichtlichen Entwicklung der Politikwissenschaften hat insofern eine strikte Trennung von Emotionen und Vernunft stattgefunden.

So entstand ein neues Forschungsfeld, das sich dem Einfluss von Emotionen auf die Gesellschaft widmet. Demnach weisen „viele Indizien darauf hin, dass die Ver-gesellschaftung der Individuen immer mehr und immer stärker über Emotionen hergestellt wird“ (ebd.: 7). Als ein Beispiel für die politische Bedeutung von Emotionen beschreibt Schützeichel (2006) unter anderem Vertrauen als „wichtigste Reflexionsgröße in politischen Entscheidungsprozessen“ und er betrachtet die heutige Politik als eine Form von „Emotionsmanagement“ (ebd.: 9). Vertrauen als eine positive Emotion in seiner gesellschaftspolitischen Rolle rechnet er ein großes Gewicht zu. Auch Andreas Pettenkofer (2006) zeigt, wie Emotionen in sozialen Bewegungen positiv wirken, indem sie zu einer „Gemeinsamkeitswahrnehmung“ beitragen (ebd.: 264). Die Wahrnehmung von Gemeinsamkeiten übernimmt dabei eine doppelte Funktion: Zum einen bestätigt sie „die Gültigkeit der eigenen Überzeugung“ und zum anderen „entstehen aber auch positive Emotionen in Bezug auf die anderen Mitglieder“ (ebd.). Die Bestätigung der eigenen Überzeugung sowie die „Bindung an andere“ steigert sich nach Pettenkofer gegenseitig. Diese Gemeinsamkeitserfahrung kann demnach zu einer positiven Integration in Gruppen beitragen (ebd.).

Zusammenfassend kann bis hierhin festgehalten werden, dass Emotionen auf verschiedene Weise in gesellschaftspolitischen Debatten mitmischen und in der Wissenschaft besprochen werden. Am Beispiel der Identitätspolitik wurde gezeigt, wie Emotionen Gegenstand von Auseinandersetzungen werden. Sie werden strategisch genutzt, um Themen zu setzen. Sie werden als Vorwurf verwendet mit dem Ziel, Forderungen abzuschwächen. Sie werden zum Ausdruck öffentlicher Verunsicherung über gesellschaftliche Veränderungsprozesse. Beim Thema ‚Streitkultur‘ zeigt sich, wie umstritten die Rolle von Emotionen in gesellschaftspolitischen Debatten ist: Zum Teil werden sie in ihrer Relevanz zurückgedrängt und sollen einer ‚vernunftbasierten Streitkultur‘ weichen. Im Wahlkampf hingegen werden sie strategisch eingesetzt, um Wählerstimmen zu gewinnen. In sozialwissenschaftlichen Debatten war die gesellschaftliche Rolle von Emotionen lange Zeit umstritten. So fand eine Trennung von Vernunft und Emotionen sowohl in den Sozialwissenschaften als auch in der Denktradition der liberalen Demokratie statt. Mittlerweile hat sich die Erkenntnis durchgesetzt, dass Emotionen erstens mit rationalem Verhalten verbunden sind und zweitens, dass positive Emotionen, wie Vertrauen und Gemeinsamkeitserfahrungen, eine wesentliche Rolle in der Gesellschaft spielen.

Dissenskultur: Überlegungen zum Umgang mit Emotionen

Die Beantwortung der eingangs gestellten Frage, wie der Umgang mit Emotionen in Konflikten vorstellbar wäre, ist noch offen. Dazu möchte ich hier ein paar Gedanken-spiele anbieten. Wie oben beschrieben, wird Gemeinsamkeitserfahrung vor allem innerhalb der eigenen Gruppe gemacht, die oft anderen gegenübersteht. In der Regel integrieren sich Individuen in ihre Gruppe in Abgrenzung

zu anderen, ggf. als fremd wahrgenommenen Gruppen. Konflikte mit diesen Gruppen stärken oft den Zusammenhalt der eigenen. Die Erfahrung von Fremdheit und Verschiedenheit zwischen der eigenen und der fremden Gruppe bezeichnet Liebsch (2006) als Dissens-Erfahrung. Im Dissens erfahren wir, „dass Andere die Dinge auf nicht selten befremdliche Art und Weise anders sehen, wobei die eine ‚Sicht‘ der anderen nicht widerspricht, sondern auf unaufhebbare Weise widerstreitet“. Liebsch schlussfolgert, dass sich in der Dissenserfahrung zeigt, „wie verschieden wir sind – bis hin zur nicht mehr kommunizierbaren Fremdheit“ (ebd.: 20). Für den Umgang mit widerstreitenden Erfahrungen führt er den Begriff der *Dissenskultur* ein. Ich greife den Begriff im Folgenden auf und nehme ihn als Ausgangspunkt meiner Überlegungen zum Umgang mit Emotionen in sozialen Konflikten.

Ich gehe davon aus, dass Dissenserfahrungen Anlass zur Kommunikation sein können, wenn die Bearbeitung von Konflikten für das Sprechen über emotionale Erfahrungen geöffnet wird. In meiner Vorstellung einer gleichzeitig rationalen und emotionalen Dissenskultur ließe sich die Idee einer ‚vernunftbasierten Streitkultur‘ um die Bedeutung von Emotionen ergänzen, wenn emotionale individuelle und kollektive Erfahrungen in Debatten geltend gemacht werden können. Das Potential einer Dissenskultur in diesem Sinne besteht zunächst in der Erkundung des Zusammenspiels und der Wechselwirkungen von Emotionen und sachorientierten Argumenten im Konflikt. So könnte im Umgang mit Konflikten ganz praktisch ausprobiert werden, ob ‚Streitkulturen‘ an diesem Vorhaben wachsen oder scheitern. Das setzt eine gewisse Ergebnisoffenheit voraus. Jedenfalls stellt es einen Versuch dar, dem in Öffentlichkeit und Wissenschaft längst präsenten Thema eine praktische Umgangsform hinzuzufügen. Der Ansatz lädt zur Erprobung von Formaten ein, die das

Sprechen über emotionale Erfahrungshorizonte in öffentlichen Konflikten ermöglichen. Eine für Emotionen offene Konfliktbearbeitung müsste daher Teil einer Dissenskultur sein.

Methodisch ließe sich hier an verschiedene Formen des Perspektivwechsels anknüpfen, z.B. dem „dialogischen Reflexionsansatz“², der es Beteiligten ermöglichen soll, sich in das Gegenüber hineinzusetzen. Der Perspektivwechsel gilt als Grundprinzip mediativer Verfahren und bietet aus meiner Sicht konkrete Ansatzpunkte für Emotionen offene Formate in öffentlichen Auseinandersetzungen anzuwenden. Emotionen ermöglichen einen Zugang zum Sprechen über Betroffenheit, das in einer nur als ‚vernunftbasiert‘ gedachten Streitform nicht vorgesehen scheint. Der dialogische Reflexionsansatz bietet konkrete Hinweise, wie verschiedene Formen von Diskriminierung besprochen und bearbeitet werden können, wie Chernivsky et al. (2020) am Beispiel der außerschulischen Bildungsarbeit zu den Themen alltägliche Diskriminierung, Rassismus und Antisemitismus zeigen. Als Herausforderung beschreiben sie die Notwendigkeit, eine Brücke zu bauen zwischen den zu besprechenden Themen und den Menschen „samt ihren Wahrnehmungen, Positionen und Distanzierungsbedürfnissen“ (ebd.: 13f.). Diese Brücke wird ganz explizit über einen Einbezug von Emotionen hergestellt und setzt bei den individuellen und kollektiven Erfahrungen der Teilnehmenden an. „Der Blick auf Geschichte und Biografie, Herkunft und Identität, auf politische und soziale Realitäten, auf den Kampf um Sprache, Zugehörigkeit und Autonomie, auf Brüche und Widersprüche formt die Gespräche“ (ebd.: 28). Die besondere methodische Herausforderung, die sich im Umgang mit Konflikten ergibt, ist aus meiner Sicht die gleichzeitige Bearbeitung der ‚rationalen‘ Sachebene und der ‚emotionalen‘ Beziehungsebene im Konflikt.

² vgl. <https://www.zwst-perspektivwechsel.de/reflexionsansatz>

Es ist vorstellbar, dass diese ersten Gedanken zu Ansatzpunkten einer gleichzeitig emotionalen und rationalen Dissenskultur Fragen aufwerfen, zum Beispiel die, welche Emotionen berücksichtigt werden sollen und aus wessen Perspektive ein Konflikt als emotional gerahmt wird. Während Protest beispielsweise einerseits als emotional wahrgenommen werden kann, kann es sich gleichzeitig für die Protestierenden um eine sachorientierte Forderung handeln, die der Vernunft entspringt. Dabei kann infrage gestellt werden, ob die Einordnung als emotional unbedingt immer in der Wahrnehmung begründet liegt oder ob sie auch als ein machtvolles strategisch Instrument eingesetzt wird – z.B. wenn etwas als emotional und als nicht sachbezogen bezeichnet wird, um es abzuwerten. Frauen, die Gleichbehandlung fordern, werden bspw. oft als hysterisch markiert und ihren Forderungen wird somit der Vernunftbezug abgesprochen. Eine weitere offene Frage wäre daher, welche Wirkung Emotionen auf den Konfliktprozess haben und wie in dessen Verlauf damit umgegangen werden kann. Klar ist, dass Emotionen Teil von Auseinandersetzungen sind, offen ist jedoch, was es für öffentliche Konflikte bedeutet, mit ihnen umzugehen. Das alles sind Fragen, die hier nicht abschließend geklärt werden können, aber ich möchte dazu einladen, die Gedanken dazu weiterzuführen.

Mit Blick auf die Frage, die wir uns in diesem Buch stellen, ob Gesellschaften an Konflikten wachsen oder scheitern, möchte ich mich abschließend dem möglichen Ziel einer zugleich rationalen und emotionalen Dissenskultur nähern. Ein Ziel wäre aus meiner Sicht, das zwiespältige Verhältnis von Emotionen und sachlicher Argumentation bewusst anzugehen und Formen eines gezielten Umgangs mit Emotionen in Konflikten auszuprobieren. Dieser Versuch kann an verschiedenen Orten und in variierenden Kontexten unterschiedlich gut gelingen. Es ist möglich

daran zu scheitern, weil unklar ist, welche Emotionen in der Aushandlung zum Tragen kommen und inwiefern der Umgang mit starker Wut zum Beispiel auch zu einer Verstärkung von ‚Fremdheitserfahrungen‘ oder Konflikt-dynamiken in Form von Hatespeech oder Shitstorms beiträgt. Es ist aber ebenso denkbar, dass es gelingt, daran zu wachsen und mit der Öffnung einer ‚vernunftbasierten Streitkultur‘ für Emotionen zum Beispiel mehr ‚Gemeinsamkeitswahrnehmungen‘ zu fördern. Zu klären wäre dabei, ob dabei gegenseitiges Verständnis als Wirkung beabsichtigt ist, die Versöhnung zwischen pluralen Identitäten im Vordergrund steht oder die Transformation der Beziehungen der Konfliktbeteiligten erreicht werden soll. Emotionen sind längst ein Thema, das Gesellschaft, Politik und Wissenschaft gleichermaßen beschäftigt. Auch wenn ihre Rolle im Konflikt vorerst zwiespältig bleibt, möchte ich zur Erprobung eines aktiveren Umgangs mit Emotionen ermutigen und die Potentiale von Dissens für die soziale Integration hervorheben.

Referenzen

- Amelung, T. R. 2017: Schutz vor Diskriminierungen. Ein Safe Space kann nur eine Utopie sein. In: Der Tagesspiegel. Verfügbar: < <https://www.tagesspiegel.de/gesellschaft/queerspiegel/schutz-vor-diskriminierungen-ein-safe-space-kann-nur-eine-utopie-sein/19836850.html> > (Zugriff: 2021-07-01).
- Bargetz, B.; Sauer, B. 2010: Politik, Emotionen und die Transformation des Politischen. Eine feministisch-machtkritische Perspektive. In: Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft (ÖZP), Jg. 39, H. 2, S. 141-155.

- Chernivsky, M.; Friedrich, C.; Scheuring, J. (Hg.) 2020: Praxiswelten – Zwischenräume der Veränderung. Neue Wege zur Kompetenzerweiterung. Verfügbar: <https://zwst-kompetenzzentrum.de/wp-content/uploads/2020/09/200713_PW_Praxiswelten_Auflage2_Web.pdf> (Zugriff: 2021-06-20).
- Der Bundespräsident (Hg.) 2018: Weihnachtsansprache. Verfügbar: <<https://www.bundespraesident.de/SharedDocs/Reden/DE/Frank-Walter-Steinmeier/Reden/2018/12/181225-Weihnachtsansprache-2018.html>> (Zugriff: 2021-04-22).
- dpa - Deutsche Presseagentur 2019a: Kramp-Karrenbauer, Karneval und Grenzen des guten Geschmacks. In: Zeit Online. Verfügbar:<<https://www.zeit.de/news/2019-03/04/kramp-karrenbauer-karneval-und-grenzen-guten-geschmacks-190304-99-237064>> (Zugriff:2021-06-14).
- dpa - Deutsche Presseagentur 2019b: Hochschulrektorenkonferenz. Steinmeier: Streitkultur wieder neu lernen. Verfügbar: <<https://www.zdf.de/nachrichten/heute/steinmeier-hrk-streitkultur-wieder-neu-lernen-100.html>> (Zugriff: 2021-06.22).
- Flam, H. 2002: Soziologie der Emotionen. Eine Einführung. UVK Verlagsgesellschaft, Konstanz.
- Kastner, J.; Susemichel, L. 2019: Zur Geschichte Linker Identitätspolitik. In: APUZ – Aus Politik und Zeitgeschichte: Identitätspolitik. Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn, S. 11-17.
- Liebsch, B. 2006: Differenz und Dissens. In: Kruij, G. (Hg.): Schatten der Differenz. Das Paradigma der Anerkennung und die Realität gesellschaftlicher Konflikte. LIT Verlag, Hamburg, S. 15-44.

- Mayr, A. 2021: Soziale Ungleichheit. Auf dem Rücken der Arbeiter und der Armen. Verfügbar: < <https://www.zeit.de/2021/11/soziale-ungleichheit-identitaetspolitik-diskriminierung-armut-bildung>> (Zugriff: 2021-06-20).
- Pettenkofer, A. 2006: Die Euphorie des Protests: Starke Emotionen in sozialen Bewegungen. In: Schützeichel, R. (Hg.): Emotionen und Sozialtheorie. Campus, Frankfurt am Main, S. 256-289.
- Rüb, F. W. 2015: Emotionen und Politik: Wie emotionslos kann und soll politisches Entscheiden sein? In: Korte, K.-R. (Hg.): Emotionen und Politik. Begründungen, Konzeptionen und Praxisfelder einer politikwissenschaftlichen Emotionsforschung. Nomos, Baden-Baden, S. 155-186.
- Schaal, G.S.; Heidenreich, F. 2013: Politik der Gefühle. Zur Rolle von Emotionen in der Demokratie. Verfügbar: <<https://www.bpb.de/apuz/165744/zur-rolle-von-emotionen-in-der-demokratie>> (Zugriff: 2021-06-28).
- Schützeichel, R. 2006: Emotionen und Sozialtheorie. Disziplinäre Ansätze. Campus, Frankfurt am Main, New York.
- Strauß, S. 2019: Bürgerliche Bekenntniskultur statt Identitätspolitik. In: APUZ – Aus Politik und Zeitgeschichte: Identitätspolitik. Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn, S. 04-09.
- van Dyk, S. 2019: Identitätspolitik gegen ihre Kritik gelesen. Für einen rebellischen Universalismus. In: APUZ – Aus Politik und Zeitgeschichte: Identitätspolitik. Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn, S. 25-32.

Alles auf Zweikampf?

Oder: Konfliktbetrachtung unter dem Vorzeichen der Pluralität

Alexander Kraemer

„Falsche Dualität des Menschen, lass mich ein wenig über deinen Trugschluss sinnieren.“

(Aragon 1926: 13)

Neben der Annahme, Konflikte seien ein per se schlechtes Omen und ihre rasche „Lösung“ deshalb oberstes Gebot, gibt es einen weiteren Trugschluss, der sich beharrlich hält. Die Rede ist vom Dualismus, also der Annahme, dass sich jeder Konflikt auf einen einfachen Gegensatz, ein bloßes Entweder-Oder, Pro oder Contra, Freund oder Feind herunterbrechen lasse oder darauf hinauslaufe. Nachweisen lässt sich dieser Dualismus nicht nur im „Alltagsdenken“ (Bühl 1973) und in der Konflikttheorie, sondern auch in antiken Darstellungen, in neuzeitlichen Ritualen, im Sport und im zeitgenössischen Film (wo er häufig aus „dramaturgischen“ Gründen Einsatz findet). Noch das Gesellschaftsbild des Rechtspopulismus (Heitmeyer 2018: 248), die angebliche Spaltung in „wir“ gegen „sie“ zehrt von dessen suggestiver Kraft, die sich auch in der Sprache tief verwurzelt zeigt.

Sucht man nach Ursachen für diesen notorischen Dualismus, so führen die Spuren nicht nur zu kulturhistorischen Erbschaften und ins metaphysische Hinterland mancher

Denktradition, sondern auch in den Konflikt selbst. So wies schon Freund (1983) auf einen Mechanismus hin, der im „Herzen des Konflikts“ zur Kontraktion aller Kontrahentinnen auf nur zwei Pole führe. Diesen Ursachen und der ständigen Dichotomisierung ist gemein, dass sie die sozialen Konflikte unangemessen vereinfachen und uns infolge ihre tatsächliche Komplexität unterschätzen lassen.

Nachdem ich im folgenden Abschnitt zunächst die phänomenale Verbreitung und sprachliche Verankerung des Dualismus an Beispielen illustriere, möchte ich im Anschluss daran auf besagte Ursachen und Hintergründe eingehen. Der letzte Abschnitt soll dafür verwandt werden, auf einige Tendenzen hinzuweisen, die anzeigen, dass der Dualismus inzwischen vermehrt unter Druck gerät, was ein Aufbrechen seiner bisherigen Beharrlichkeit in Aussicht stellt.

„Unauslöschbarer“ Zweikampf?

Schon der Blick in die Erscheinungswelt des Konflikts macht deutlich, dass der Dualismus hier eine Art Leitmotiv bildet. Bereits in der Antike ist er ein „langlebiger Topos“ (Tilg/von den Hoff 2018) und hat bis heute zahlreiche Derivate hervorgebracht, nicht nur in Kunst und Kultur. So zeigt er sich im Zweikampf, der im Laufe des 16. und 17. Jahrhunderts zuerst vom Adel kultiviert und als „Duell“ ritualisiert wurde, bevor er sich in dieser Form weiter verbreitete. In der heutigen (Pop-)Kultur sind Zweikämpfe ebenfalls keine Seltenheit, man denke nur an unzählige Blockbuster, die – ganz wie der klassische Western – am Ende des Spannungsbogens noch immer eine Art bipolaren Showdown präsentieren. Auch Serienformate wie „Star Wars“ oder „Game of Thrones“ bilden hier keine Ausnahme. Versprechen ihre Titel durchaus multipolare Weltordnungen, spitzt sich die Handlung dennoch

ständig und zuverlässig auf einen final dann auch ausgetragenen Dualismus zu. Im Sport sind duale Konstellationen ebenfalls üblich, u.a. beim Boxen und Fechten oder in zahlreichen Mannschaftssportarten. Kommt es z.B. im Fußball zum Wettbewerb, so wird meist mit einer Art multipolaren Bipolarität begonnen (mit Zweikämpfen mehrerer Mannschaften), die sich dann sukzessive – parallel zur ansteigenden Spannung – abbaut, um als finaler Zweikampf entschieden zu werden. Ähnliches lässt sich in medialen Präsentationen von Politik beobachten: Hier wird die sperrigere Form pluralistischer oder parlamentarisch-demokratischer Politikaustragung inzwischen häufig in „TV-Duelle“ übersetzt – und man hat längst damit begonnen, jene Techniken der Zuspitzung aus dem Sport zu übernehmen.

Unbestreitbar, so können wir festhalten, lassen sich Konflikte als Dualismus, als Konfrontation zweier Individuen oder Kollektive darstellen. Denkt man an binationale Kriege, an Tarif- oder Gerichtsverhandlungen, an den Nachbarschafts- oder Ehestreit, ja selbst ans Schachspiel, so ist uns das durchaus vertraut. Gut lassen sich hier die unmittelbaren Konfliktfolgen ablesen: die Spannungszunahme, das Ausblenden der Umwelt und nicht zuletzt die sich verstärkende Bindung zwischen den Kontrahenten. Dennoch machen uns schon Film oder Spiel darauf aufmerksam, dass ein Konflikt ohne weitere Beteiligte, hintergründige Interessen und auch ohne die Vielstimmigkeit der Betroffenen zwar im Auf und Ab seines *Doing Conflicts* gut nachvollzogen werden kann, der Dualismus aber gleichzeitig kaum preisgibt, was aus dem Hintergrund heraus die Dynamik ständig weiter (vor)antreibt. Konflikte sind zwar „logisch in Zweierkonflikte auflösbar, nicht jedoch soziologisch“ (Bühl 1973: 26, 41).

Werden Konstellationen dualistisch präsentiert, suggerieren sie uns im Grunde etwas, was das Miterleben von Konflikten selten bietet: Überblick, Eindeutigkeit und Einfachheit. Die Gruppen der jeweiligen Kontrahentinnen erscheinen äußerlich homogen, während sie in der Gegenüberstellung umso kontrastreicher wirken. Auch schafft der Dualismus nahezu unbemerkt das „Problem der Unvorhersehbarkeit“ (Galtung 1973: 124ff.) aus dem Weg: Mit einem klaren Gegnerpaar wirkt auch die Zukunft weniger offen und ambivalent – sie wird ein Stück weit antizipierbar gemacht. Mit der „Zweiergegnerschaft“, wie sie Luhmann deshalb auch theoretisch favorisiert (1984: 488ff.), gelingt ein ordentliches Maß an „Komplexitätsreduktion“.

Gibt uns diese Alltagsphänomenologie bereits eine Ahnung von der Verbreitung des Dualismus, zeigt uns die Etymologie von Konfliktbegriffen an, wie tief er bereits in der Sprache verankert ist. „Gegner“ oder „Widersacher“ gehen unzweifelhaft auf Zweierkonstellationen zurück. Die frühesten Nachweise sind allesamt Streitfälle vor Gericht (vgl. „Gegner“, „Widersacher“ in: Grimm/Grimm 2007, außerdem DWDS 2021). Ähnlich ist es im Fall des „Rivalen“ (lat. *rivalis*; „Rivale“ in: ebd.), also des „Mitberechtigten an einer Wasserrinne“, der auf eine antike Aufteilung zwischen zwei „Kanalnachbarn“ hinweist. Der „Antipode“ schließlich (gr. *antí* und *poús*, „Gegenfuß“; „Antipode“ in DWDS 2021) deutet auf die noch spätantik verbreitete Vorstellung des „Gegenfüßlers“ hin, also darauf, dass auf der anderen Erdseite ein Pendant zur diesseitigen Person vermutet wurde. Selbst der Begriff der „Opposition“ (ebd.), der aus dem mittelalterlichen Prüfungswesen hervorging, bezieht sich ursprünglich wie auch heute auf eine Zweierkonstellation.

Zwar verweisen Etymologien auf tendenziell Vergangenes, doch auch die Konfliktforschung der Gegenwart zeigt einen solchen Hang zum Dualismus. Diesbezüglich

sind Flüchtigkeitsfehler, Versprecher, selbst nicht korrigierte „Verschreiber“ verräterisch, da sie uns – wie Freud meinte – auf nicht-bewusste Motivlagen hinweisen können. Zeigen sich entsprechende Fehlleistungen im Kollektiv, können sie aber auch kulturhistorisch gedeutet werden (s.u.). Auffällig ist etwa, dass viele Autoren, die sich mit Konflikten beschäftigen, zwar anfangs häufig von „zwei oder mehreren Individuen oder Gruppen“ (Giesen 1993: 92; Aubert 1973: 178) bzw. „Aktoren“ (Glasl 2013: 17) ausgehen, im Anschluss aber regelmäßig diese Vorannahme zu vergessen scheinen und den Beteiligtenkreis schnell auf den Zwei-Seiten-Konflikt reduzieren (so auch Simmel, vgl. ders. 1908: u.a. 247, 309). Aubert (1973: 179) etwa spricht zunächst von „zwei (oder mehreren) Individuen“, geht dann aber nur noch auf „Ego“ und „Alter“ ein (ähnlich Thiel 2003: 56f.); und in Glasls bekanntem Buch zum Konfliktmanagement (2013: 17f.) ist gleichermaßen wiederholt von nur „einer Partei“ oder der Gegenpartei die Rede. Selbst Giesen (1993) spricht in einer relativ kompakten Einleitung zur Konflikttheorie wieder und wieder von nur zwei Beteiligten (siehe ebd.: 93, 101, 117, 124; auch Galtung 1972: 79ff., 1973: 133; Wikipedia 2021). Diese Nachlässigkeit muss überraschen, nicht nur, weil sie die eigene Begriffsbestimmung ignoriert, sondern auch, weil sie eine häufig – etwa am Marxismus – geübte Kritik an zu einfachen Dualismen übergeht (Bühl 1973). Letztlich scheint es dann beinahe konsequent, wenn etwa Freund (1983: 66f.) seine Konfliktdefinition gleich gänzlich auf „zwei Lebewesen oder Gruppen derselben Art“ begrenzt.

Doch auch in elaborierteren Modellen stoßen wir auf diese Simplifizierung. Mit Simmel wurde schon ein Vertreter genannt, der trotz subtiler Einsichten über den Konflikt hin und wieder derselben verfällt. Ein weiteres Beispiel geben die Autoren des „Manifests der kommunistischen Partei“, das die Menschheitsgeschichte bekanntlich

als „Geschichte von Klassenkämpfen“ präsentiert (Marx/Engels 1847: 462). Dass Marx und Engels Letztere stets auf Dualismen zurückführen, macht die folgende Reihung deutlich, wonach sich in den historischen Kämpfen jeweils nur „Freie und Sklaven, Patrizier und Plebejer, Baron und Leibeigene“ begegneten. Ist eine Kampfphase noch unübersichtlich, prognostizieren die Autoren mit geschichtsphilosophischem Weitblick deren baldige Zuspitzung auf „zwei große feindliche Lager“ (ebd.: 463), ganz wie in der aktuellen Gesellschaftsformation zwischen Bourgeoisie und Proletariat (ebd.: 475).

Uns näher und doch an Marx und Engels orientiert ist die als Gesellschaftstheorie angelegte Konfliktsoziologie Ralf Dahrendorfs. Bekanntlich hat auch sie das Nachdenken über Konflikte im 20. Jahrhundert wesentlich geprägt. Dahrendorf adaptierte das Klassenkampf-Theorem, verabschiedete die Geschichtsteleologie und verallgemeinerte mittels der Herrschaftstheorie Max Webers die zentrale Dichotomie. D.h. auch er formuliert den zentralen Widerstreit dualistisch, was insbesondere in „Elemente einer Theorie des sozialen Konflikts“ (vgl. Dahrendorf 1972: 20ff.) sichtbar wird. Der zentrale Antagonismus, dessen „schöpferische Kraft“ Dahrendorf immer wieder betont, besteht demnach zwischen „Herrschern und Beherrschten“. Das ändert sich auch in späteren Schriften nicht und selbst die unterschiedlichen „Rangverhältnisse“, welche Dahrendorf aufmacht (*Gleiche contra Gleiche, Übergeordnete contra Untergeordnete, Ganzes contra Teil*; ebd.: 27f.), können nicht darüber hinwegtäuschen, dass es sich nur um eine Differenzierung des ursprünglichen Dualismus handelt.

Wie oben bereits angedeutet, lässt sich auch in der Systemtheorie eine deutliche Sympathie für die Reduktion des Konflikts „auf eine Zweigeignerschaft“ nachweisen (Luhmann 1984: 534). Nach Luhmann (2012: 126) macht sie sich

selbst im Politischen als „Spaltung der Spitze“ bemerkbar. Und noch in der derzeit prominentesten Konflikttheorie – dem agonalen Pluralismus – stoßen wir erstaunlicherweise auf eine allzu bereitwillige Dichotomisierung (Mouffe 1999, 2005, 2010). So verteidigt Mouffe (1999) einerseits zwar „die inhärent“ pluralistische und „konfliktorische Natur“ alles Sozialen (2010: 106) und auch des Politischen (Mouffe 2005: bes. 47). Sieht man sich andererseits die von ihr präsentierte „multipolare Weltordnung“ (2005: 151) etwas genauer an, stößt man darin überraschend oft auf eine bipolare Präsentation des „unauslöschbaren Antagonismus“ (Mouffe 1999: 756). So folgt dessen Darstellung z.B. in „Über das Politische“ oder in „Das Demokratische Paradox“ stets dem Gegensatz von „wir“ gegen „sie“ oder auch von „rechts und links“ (2005: z.B. 8, 12, 42). Mouffe hebt sogar an einer Stelle hervor, dass ein „Verschwimmen“ (vgl. Mouffe 2010: 109, 113) dieser Differenz, der Verlust der Wir-Sie-Unterscheidung, gefährlich werden kann. Dualitäten seien zentral und gäben „legitimen Konflikten“ ihre Form (ebd.: 115). Nicht nur für die Etablierung politischer Identitäten (Mouffe 2005: 25), so darf man hier also schlussfolgern, sondern für den Konflikt überhaupt erscheint der Dualismus als „conditio sine qua non“.

„Unsichtbare“ Dritte

Bisher habe ich v.a. die Verbreitung und Verankerung des Dualismus in Kultur, Alltag, Sprache und auch in der Konfliktforschung dargestellt. Es darf freilich nicht unerwähnt bleiben, dass sich bereits verschiedentlich mit der Rolle von „Dritten“ auseinandergesetzt wurde. Schon Simmel unterschied bekanntlich verschiedene Dritte, während Aubert (1973: 194) im Übergang von der Konflikt-Dyade zur -Triade gar einen entscheidenden Schritt zu „Lösung“ des Konfliktes ausmachte. Dachte er vorrangig an

die Intervention von Autoritäten (wie Polizei, Gerichte), so wies Simmel auf die tatsächliche Vielgestaltigkeit des Dritten hin. Neben der Figur des *Tertius gaudens* („Lachenden Dritten“) besprach er etwa auch das Prinzip des *divide et impera* („teile und herrsche“; Simmel 1908: 14ff.), das uns darauf aufmerksam macht, dass Dritte weder unparteilich noch objektiv (rational) sein und nicht einmal notwendig als Personen verstanden werden müssen. Den meisten der dargestellten Dritten (s. Bühl 1973: 24; Freund 1983: 287ff.; Glasl 2013: 315ff., 407ff.) ist gemein, dass sie oftmals wie ein ‚Publikum‘ wirken bzw. so, als kämen sie erst zu einem bereits bestehenden Konflikt(dualismus) hinzu.

Deutlich seltener, so mein Eindruck, wird über „Dritte“ in dem Sinne nachgedacht, dass sie bereits Teil eines breiteren sozialen „Untergrunds“ an Beziehungen (Bühl 1973: 46) sind, aus denen die duale Konfliktkonstellation erst hervorgeht bzw. „auskristallisiert“ (ebd.). Beim ‚Ausleuchten‘ des besagten Untergrunds werden einige Vorbedingungen sichtbar, die auch den heute noch allgegenwärtigen Dualismus stützen:

Zuerst ist festzuhalten, dass Theorien – (auch) über Konflikte – niemals im ‚luftleeren‘ Raum entstehen, sondern unter konkreten *kulturgeschichtlichen* Vorbedingungen, die über diverse Annahmen, anerkannte Begriffe und Argumente mit in sie eingehen. Entsprechende Hinweise geben uns deren eigene Interpretationen historischer Veränderungen, aber auch allgemein ihre historisch-kritische Rekonstruktion (vgl. Bonacker 1996, 2005; Adorno 1968). So wirkte sich beispielsweise die anhaltende Konfrontation im sogenannten Kalten Krieg zwischen „Westmächten“ und „Ostblock“ auch auf Begriffe und Vorannahmen der damaligen Konfliktanalysen aus. Entsprechend schien es offenbar gerechtfertigt, Konfliktformen, die nicht in das

duale Schema passten, als bloße „Stellvertreterkonflikte“ oder „sekundäre Widersprüche“ abzutun. Dass solche kulturgeschichtlichen Hintergründe mitunter äußerst langlebig und weiterhin wirkmächtig sein können, lässt sich an Wahrnehmungs- und Denkgewohnheiten zeigen, die über den Kalten Krieg hinaus andauerten. So vertritt die Theorie des *Clash of Civilizations* (zuerst Huntington 1993) zwar auf den ersten Blick die Annahme, dass der Ost-West-Konflikt von einer multipolaren Weltordnung zwischen (zwölf) verschiedenen Kulturen abgelöst wurde. Bei näherem Hinsehen wird jedoch erneut eine binäre Unterscheidung sichtbar, die Huntington zu der Annahme (ver)führte, dass unter diversen neuen Konfliktkonstellationen letztlich ein *Dualismus* dominiere: Der vermeintliche Kampf zwischen „dem Islam“ und einem inzwischen „untergehenden Westen“.

Bei eingehenderer Betrachtung der oben erwähnten, aber auch anderer konflikttheoretischer Ansätze ist *zweitens* festzuhalten, dass häufig verschiedene *metatheoretische* Grundannahmen vorhanden sind, welche den Dualismus stabilisieren. So taucht z.B. hinter dem Klassenkampf-Dualismus des „Manifests“ als Grundaxiom ein weiterer Gegensatz auf, der diesen absichert. Er wirke, so Marx (1859: 9) in „Zur Kritik der politischen Ökonomie“, unabhängig vom Bewusstsein: Vielmehr sei in Abhängigkeit vom Entwicklungsstand einer Gesellschaftsformation zu beobachten, dass „die materiellen Produktivkräfte der Gesellschaft in Widerspruch mit den vorhandenen Produktionsverhältnissen“ treten. Erst dieser „Widerspruch“, so Marx an der bekannten Stelle, bringe die Bewegung der gesellschaftlichen Verhältnisse bis zu einem Wendepunkt voran, an dem dann die „soziale Revolution“, also der Klassenkampf, ausbreche (ebd.). Noch Adorno (1968: 230) geht von der Existenz dieses (dualen) Antagonismus aus und auch davon, dass er die

„Grundprozesse der Gesellschaft“ vorantreibe und „die Klassen hervorbringe“, selbst wenn ein „greifbarer Gegner“ heute verschwunden scheint (ebd.: 232f.).

Dahrendorf, der zum historischen Materialismus auf Distanz ging, da die „Dichotomien der modernen Gesellschaft mit denen von Marx wenig zu tun [haben]“ (Dahrendorf 1972: 72), hielt, wie schon gesehen, am Dualismus dennoch fest und berief sich sogar explizit auf ein „dichotomisches“ Weltbild (ebd.: 29). Grundaxiom darin ist der „Zwangscharakter“ jeder Sozialordnung, der letztlich alle Gesellschaften in „explosive, weil zwiegespaltene Gebilde“ verwandle (ebd.: 31). Demnach müsse früher oder später überall der Konflikt zwischen Herrschern und Beherrschten (neu) ausbrechen. Und selbst die schon referierte Theorie des „agonistischen Pluralismus“ von Mouffe (vgl. 2005: 17ff., 150ff.) baut überraschenderweise auf einem dualistischen Grundaxiom auf. Dieses entnahm sie der politischen Philosophie des Staatsrechtlers Carl Schmitt. Letzterer bestimmte bekanntlich das Politische ontologisch, „seinsmäßig“ (Schmitt 1932: 26), und griff dafür als axiomatische Erstbeziehung die „Unterscheidung von *Freund* und *Feind*“ auf (ebd.: 25). Schmitt war überzeugt, dass dieses Gegensatzpaar auf nichts anderes zurückführbar sei und somit einer existentiellen Konfliktverfassung entspreche. So aber wird hier der Extremfall auch methodologisch zum Ausgangspunkt erklärt und darauf fußend eine Art archetypischer Dualismus verteidigt. Mouffe (vgl. 2015: 77ff.) wandelt diesen archetypischen Antagonismus in ihrer Demokratietheorie in einen agonistischen Dualismus um.

Eine *dritte* Ausgangsbasis oder Vorbedingung des Dualismus kann schließlich als *konfliktimmanentes Moment* verstanden werden. Schon der eingangs zitierte Aragon (1926: 15) gibt uns den Hinweis, dass „unser Leben“

von Konflikten „bevölkert“ sei, die ihm „Rausch“ und „Würze“ geben. Weniger poetisch als soziologisch beobachtet auch Freund (1983), dass das Miterleben des Konflikts eine hohe Intensität und auch „mitreißende Wirkung“ (ebd. 123) entfalten kann. Letztlich führe das nicht selten dazu, dass sich der Konflikt „über sich selbst zusammenschließt“ und so Äußerliches fast vollständig ausblendet (ebd. 122). Unter anderem deshalb zeige er ein hohes Potential zur „Ansteckung“ (ebd. 123), aber auch den Hang zur „Übertreibung“ jeglichen Anfangsproblems (ebd. 69). Auf dem Weg zum höchsten Punkt der Spannung und insbesondere in der Phase der Polarisierung könne das zu einer Kontraktion führen, welche alle Kontrahentinnen auf nurmehr zwei verbleibende Pole zusammenziehe und dritte Parteien tendenziell zur „Auflösung“ zwinge (ebd. 178).

Dualismus unter Druck? Konflikte unter dem Vorzeichen der Pluralität

In seinem Verriss des „dyadischen“ Konfliktmodells wendet sich der Soziologe und Konfliktforscher Bühl nicht nur gegen eine dualistische, sondern v.a. gegen eine „asoziale Konzeption“ von Konflikten. Häufig würden diese dargestellt „wie reinigende Gewitter“, die sich „elektrisch aufladen“, polarisieren und schließlich wie Blitze entladen (Bühl 1973: 44). Vergessen werde nicht nur, dass eine Polarisierung weder notwendig noch hilfreich ist, sondern ebenso, dass Konflikte komplizierte soziale Tatbestände sind. Dementsprechend plädiert er für eine komplexe und pluralistische Konflikttheorie (ebd.: 14). Dass dieses Plädoyer – wie deutlich wurde – bisher kaum Durchschlagskraft entwickeln konnte, hängt wohl weniger mit einem Mangel an Aufklärung oder Willenskraft zusammen. Entscheidender scheint mir hier der

gerade angedeutete soziale „Untergrund“ an (kulturhistorischen, metatheoretischen und womöglich konfliktimmanenten) Vorbedingungen zu sein, die sich (wie an Huntington demonstriert) als durchaus widerständige Ausgangsbasis erweisen können.

Zum Abschluss möchte ich dennoch auf einige Tendenzen hinweisen, die dem Dualismus und einer dichotomen Wahrnehmung des Konflikts heute zunehmend Plausibilität entziehen. Ich begreife sie als Teil eines gesellschaftlichen Wandels, der zu einer Pluralisierung auf unterschiedlicher Ebene beiträgt, die natürlich vor Konfliktbeziehungen nicht haltmacht. Sollten diese Beobachtungen stimmen, ist damit zu rechnen, dass der Dualismus zumindest in der Konfliktbetrachtung zukünftig an Überzeugungskraft verliert, und zwar deshalb, weil gewissermaßen der Konflikt selbst beginnt, sich aus dem zu engen dualistischen Korsett zu lösen und unter pluralistischer Perspektive zu entfalten.¹

Eine erste solche Tendenz begegnet uns im dynamischen Urbanisierungsprozess der letzten rund 70 Jahre. Während noch Mitte des 20. Jahrhunderts der Anteil der Stadt- an der gesamten Weltbevölkerung bei rund 30% lag, änderte sich das in den Folgejahrzehnten dramatisch. Unser In-der-Welt-Sein gleicht heute zunehmend einem In-der-Stadt-Sein (Lefebvre 2014; Soja 2000) und das Städtische ist „überall und in allem“ aufzufinden (Brenner 2014; Mongin 2015). Parallel zur Annäherung an diesen „kritischen Punkt“ (Lefebvre 2014: 111) macht sich eine Qualitätsverschiebung bemerkbar insoweit selbst nicht urbane Phänomene beginnen, einen scheinbar immer ‚städtischen‘ Charakter zu entwickeln. Lefebvre verstand darunter

¹ Die im Folgenden angesprochenen Tendenzen bieten *per se* natürlich noch keine ausreichende Gewähr gegen politische Versuche – etwa des eingangs erwähnten Rechtspopulismus (Heitmeyer 2018) – dichotome, ja manichäische Weltbilder zu verbreiten bzw. zu unterstützen.

eine zugleich synchrone und intensiviertere Wahrnehmung von Objekten, Menschen und Ereignissen, was Unterschiede, aber auch diverse Details stärker hervortreten lasse. Damit erhöht sich auch für Konflikte die Chance, nicht vereinfacht dualistisch, sondern in komplexerer Form wahrgenommen zu werden.

Migration, die ein wichtiger Motor der Urbanisierungsprozesse war und ist, wirkt – v.a. wenn sie in großer Zahl und kurzen Zeitabständen erfolgt – mitunter als Konflikt-auslöser. So ist auch in Deutschland beobachtbar, dass sie vermehrt als „Metanarrativ“ fungiert (Foroutan 2019: 12f., 31), mit dem andere Hintergründe und auch soziale Problemlagen verdeckt werden. Gleichzeitig haben sich weitere neue theoretische Perspektiven entwickelt. So gibt es in der Debatte um postmigrantische Gesellschaften ebenfalls die Annahme, dass Migration über die Pluralisierung sozialer Zusammenhänge *tendenziell* den Dualismus „unschärfer“ macht (Foroutan/Hensel 2020: 14). „Die Zeit der binären Codierung der Welt“ sei vorbei (ebd.: 62, 331), da die einst „Fremden“ die vormals dualistischen Konstellationen immer häufiger irritierten. Als „drittes Element“ übernehmen sie dabei eine Rolle, die laut des Dualismus gar „nicht sein sollte“ (Foroutan 2019: 47). Umso häufiger jedoch auf diesem Wege die „Plausibilität der Dichotomie“ an sich infrage gestellt wird, desto stärker rückt möglicherweise *Pluralität selbst* in den Rang eines neuen Streitgegenstands (ebd.: 57; Foroutan/Hensel 2020: 317). Die politische Sprengkraft, die daraus resultieren kann, kündigte sich zuerst in den „urbanen Alltagsarenen“ (Hüttermann 2018: 9) an insofern gerade hier Pluralität „sichtbarer, manifester, physischer“ ist (Foroutan 2019: 161).

Parallel zur ‚Wiederentdeckung‘ dieser komplexen städtischen Arenen wird heute vermehrt nach neuen Wegen der Konfliktbearbeitung gesucht. Ein vielversprechender

Ansatz scheint mir hier die Kommunale Konfliktberatung zu sein, welche im vorliegenden Band in mehreren Beiträgen eine Rolle spielt. Nicht nur in Nordrhein-Westfalen kommt sie zum Einsatz, um den „Zusammenhalt in der Einwanderungsgesellschaft“ nachhaltig zu stärken (NRW 2020: 20). In ihrem Zentrum steht dabei klar die kommunale Akteurslandschaft (vgl. ebd.: 30), welche „prozessorientiert“ und v.a. als „System interagierender Elemente“ analysiert wird (VFB Salzwedel 2018: 20). Dieser differenzierende Blick steht dem Dualismus insofern diametral entgegen, als hier nicht mehr nach „(Haupt-) Verantwortlichen“ oder der einen Hilfsmaßnahme gefragt wird – und auch nicht werden kann. Statt eines vereinfachten Schemas wird ein Mehrebenenansatz in Anschlag gebracht, der von Vornherein viele Beteiligte bzw. „mehrere Andere“ sichtbar macht (Bühl 1973: 46; anschaulich: ForumZFD 2018: 70f.). Die ursprüngliche – wie auch jede spätere – Konfliktkonstellation wird hier nicht dichotomisiert, sondern konsequent unter dem Vorzeichen der Pluralität reflektiert.

Zusammengenommen geben die Tendenzen Anlass zu der vorsichtigen Hoffnung, dass alle „an Konflikten wachsen“ können: Zu simple, dualistisch zugespitzte Wahrnehmungen und Theorien des Konflikts wirken vor diesem Hintergrund weniger plausibel, weniger anschlussfähig. Ob der Dualismus auch praktisch (z.B. als Spaltung in „wir“ gegen „sie“) abgewendet werden kann, hängt freilich von weiteren Kontextfaktoren, vom sozialen und politischen „Untergrund“, ab. Letzteren schafft ein konkreter Konflikt niemals selbst, sondern findet ihn zunächst einmal vor.

Referenzen

- Adorno, Theodor .W. (1968): Anmerkungen zum sozialen Konflikt heute. In: Bonacker, T. (1996): Konflikttheorien. S. 225-239.
- Aragon, Louis (1976/1926): Le paysan de Paris. Éditions Gallimard, Paris.
- Aubert, Vilhelm (1973): Interessenkonflikt und Wertkonflikt: Zwei Typen des Konflikts und der Konfliktlösung. In: Bühl, W.L. (Hg.) (1973): Konflikt und Konfliktstrategie. Ansätze zu einer soziologischen Konflikttheorie, Nymphenburger Verlagsgesellschaft, München, S. 178-205.
- Brenner, Nigel (Hg.) (2014): Implosions – Explosions: Towards a Study of Planetary Urbanization. Jovis, Berlin.
- Bühl, Walter L. (Hg.) (1973): Konflikt und Konfliktstrategie. Ansätze zu einer soziologischen Konflikttheorie, Nymphenburger Verlagshandlung, München.
- Dahrendorf, Ralf (1972): Konflikt und Freiheit. Auf dem Weg zur Dienstklassengesellschaft. Piper, München.
- DWDS (2021): Digitales Wörterbuch der deutschen Sprache. Das Wortauskunftssystem zur deutschen Sprache in Geschichte und Gegenwart, hrsg. v. d. Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften. Online unter: <http://www.dwds.de/> (Zugriff: 2021-03-01).
- Foroutan, Naika (2019): Die postmigrantische Gesellschaft: ein Versprechen der pluralen Demokratie. transcript, Bielefeld.

- Foroutan, Naika; Hensel, Jana (2020): Die Gesellschaft der Anderen. Unter Mitarbeit v. M. Nedo. Aufbau Verlag, Berlin.
- Forum ZFD (2018): Grundlagen der Kommunalen Konfliktberatung – Ein Handbuch für Lehre und Weiterbildung. Forum ZFD, Köln.
- Freund, Julien (1983): Sociologie du conflit. PUF, Paris.
- Galtung, Johan (1972): Modelle zum Frieden: Methoden und Ziele der Friedensforschung. Jungdienst-Verlag, Wuppertal.
- Galtung, Johan (1973): Institutionalisierte Konfliktlösung. Ein theoretisches Paradigma. In: Bühl, W.L. (Hg.) (1973): Konflikt und Konfliktstrategie. S. 113-178.
- Giesen, Bernhard (1993): Die Konflikttheorie. In: Endruweit, G. (Hg.). Moderne Theorien der Soziologie: strukturell-funktionale Theorie, Konflikttheorie, Verhaltenstheorie. Ein Lehrbuch. Stuttgart: Ferdinand Enke, 87-134.
- Glasl, Friedrich (2013): Konfliktmanagement. Ein Handbuch für Führungskräfte, Beraterinnen und Berater. Bern, Stuttgart, Wien, Stuttgart: Haupt; Verlag Freies Geistesleben.
- Grimm, Jakob; Grimm, Wilhelm (2007): Deutsches Wörterbuch v. J. & W. Grimm (1865ff.). Hirzel, Stuttgart.
- Heitmeyer, Wilhelm (2018): Autoritäre Versuchungen, Berlin: Suhrkamp.
- Huntington, Samuel P. (1993): The Clash of Civilizations? In: Foreign Affairs, Jg. 72, H. 3, S. 22-49.

- Hüttermann, Jörg (2018): Figurationsprozesse der Einwanderungsgesellschaft – Zum Wandel der Beziehungen zwischen Alteingesessenen und Migranten in deutschen Städten. transcript, Bielefeld.
- Lefebvre, Henri (2014): Die Revolution der Städte. Neuauflage (und -übersetzung). CEP Europäische Verlagsanstalt, Hamburg.
- Luhmann, Niklas (1984): Soziale Systeme: Grundriß einer allgemeinen Theorie. Suhrkamp, Frankfurt a.M.
- Luhmann, Niklas (2012): Die Zukunft der Demokratie. In: Ders. (2012): Soziologische Aufklärung 4: Beiträge zur funktionalen Differenzierung der Gesellschaft. Springer Nature eBooks, S. 126-132.
- Marx, Karl (1981/1859): Zur Kritik der Politischen Ökonomie. In: MEW 13. Dietz Verlag, Berlin, S. 3-161.
- Marx, Karl; Engels, Friedrich (1980/1847): Manifest der Kommunistischen Partei. In: MEW 4. Dietz Verlag, Berlin, S. 459-493.
- Mongin, Oliver (2015): La condition urbaine. La ville à l'heure de la mondialisation. Editions du Seuil, Paris.
- Mouffe, Chantal (1999): „Deliberative Democracy or Agonistic Pluralism?“ In: Social Research, Vol. 66 (3), S. 745-758.
- Mouffe, Chantal (2007/2005): Über das Politische – Wider die kosmopolitische Illusion. Suhrkamp, Frankfurt a.M.
- Mouffe, Chantal (2010): Das demokratische Paradox. Durchgesehene Neuauflage. Verlag Turia + Kant, Wien.

NRW (Hg.) (2020): Kommunales Konfliktmanagement fördern. Teilhabe und Integration konstruktiv gestalten – Ein Handbuch für die Praxis. Hg. v. Land Nordrhein-Westfalen vertreten durch die Bezirksregierung Arnsberg, Dezernat 37 – Landesweite Koordinierungsstelle Kommunale Integrationszentren (LaKi), Dortmund.

Schmitt, Carl (2009/1932): Der Begriff des Politischen – Text von 1932 mit einem Vorwort und drei Corollarien. 8. Auflage. Duncker & Humblot, Berlin.

Simmel, Georg (1908): Soziologie. Untersuchungen über die Formen der Vergesellschaftung. Duncker & Humblot, Leipzig.

Soja, Edward W. (2000): Postmetropolis. Critical Studies of Cities and Regions. Blackwell Publishers, Oxford.

Thiel, Ansgar (2008): Soziale Konflikte. transcript, Bielfeld.

Tilg, Stefan; von der Hof, Ralf (2018): Zweikampf. In: Compendium heroicum. „Helden – Heroisierungen – Heroismen“ (Sonderforschungsbereich 948). Albert-Ludwigs-Universität Freiburg, Freiburg i.B.

VFB Salzwedel (Hg.) (2018): Demokratieförderung durch Kommunale Konfliktberatung in der Altmark. Verfasst durch H. Berndt, U. Gatzemeier, A. Stein. VFB, Salzwedel.

Wikipedia (2021): Konflikt. In: <https://de.wikipedia.org/wiki/Konflikt> (Zugriff: 2021-05-12).



Teil 2

Konflikte einbetten

**Migration, soziale Ungleichheiten und
politischer Wandel**

Zur Rolle von Konflikt im diskursiven Ringen um die postmigrantische Zukunft

Annegret Haase

Das Ringen um die Deutung der Zukunft der postmigrantischen Gesellschaft gehört zu den großen Themen unserer Zeit. Es hat sich ein Diskurs zur Frage entwickelt, wie die Gesellschaft mit wachsender Heterogenität, Differenz, Ambivalenz und Unübersichtlichkeit umgeht und zukünftig umgehen soll. Ebenso wird diskutiert, was die immer stärkere postmigrantische Prägung und Durchdringung der gesellschaftlichen Realität für das Miteinander im Alltag, das Selbstverständnis, die Identität und Zugehörigkeit sowie Teilhabechancen bedeutet. Ein Teil dieses diskursiven Ringens bezieht sich auch auf die Rolle von „Konfliktformationen“ (Foroutan 2018: 18) bei der Ausgestaltung einer postmigrantischen Zukunft. Dabei stellt sich die Frage, welche Diskrepanzen und Ambivalenzen wahlweise auszuhalten oder zu verhandeln sein werden in einer immer stärker postmigrantisch geprägten Zukunft – einer Zukunft, welche immer stärker durch die Wirkungen im Ergebnis von Migration, Internationalisierung und daraus entstandener sozialer Heterogenität geprägt sein wird. Welche Interpretations- bzw. Deutungsangebote gibt es dazu im aktuellen Diskurs und was lässt sich aus ihnen folgern für die Rolle von Konflikt für die Zukunft einer postmigrantischen Gesellschaft?

Dazu stellt der folgende Beitrag Überlegungen an. Dabei wird Konflikt als heuristisches Instrument verstanden und schließt (potentiell) Konflikthaftes wie Paradoxa,

Widersprüche, Kontroversen, Diskrepanzen oder auch Ambivalenzen ein. Eine ausgewogene oder gar vollständige Darstellung der Debatte kann aufgrund der Kürze hier nicht stattfinden. Vielmehr möchte ich anhand einiger ihrer Beiträge zeigen, wo und wie Konflikthaftes für die Diskussion zur postmigrantischen Zukunft eine Rolle spielt, und überlegen, wie sich diese Deutungen in einen breiteren Diskurs zu Konflikt und spätmoderner Gesellschaft einordnen lassen. Dazu beziehe ich Beiträge aus der Debatte ein, welche die postmigrantische Realität als einen Fakt begreifen, mit dem es umzugehen heißt und der unumkehrbar und konstitutiv für die Zukunft unserer Gesellschaft ist. Postmigrantisch wird somit auch als Analyseperspektive (Foroutan 2018: 15) verstanden. Ich werde bewusst nicht auf die Deutungsangebote der neuen Rechten eingehen.

Im Ringen um die postmigrantische Zukunft ist Konflikthaftes deshalb so zentral, weil hier ganz offensichtlich zahlreiche Aspekte eines breiteren gesellschaftlichen Wandels aufeinandertreffen, welche mehr oder weniger explizit mitverhandelt werden. Migration, ihre Auswirkungen auf die Gesellschaft und der zunehmend postmigrantische Charakter derselben sind dabei nur eine Facette dieses Wandels und auf das Engste verwoben mit anderen. Grob vereinfacht lässt sich dies wie folgt zusammenfassen: Erstens geht es um eine Veränderung von Gesellschaft, die deren Selbstverständnis, Fragen von Identität, Zugehörigkeit und Teilhabe sowie Etablierten- und Machtpositionen fundamental herausfordert. Diese Herausforderungen treffen, zweitens, auf einen Kontext ebenso fundamentaler wirtschaftlicher und sozioökonomischer Veränderungen, welche wachsende systemische Ungleichheiten und eine regressive Modernisierung (Nachtwey 2016) einschließen, die wiederum die Gesellschaft vor gewaltige Verteilungs-, Anerkennungs- und Auf- bzw. Abwertungsfragen stellen. Damit im Zusammenhang stehen, drittens,

die politische und gesellschaftliche Polarisierung und der Rechtsruck in Politik und Gesellschaft sowie die Entfremdung zwischen wahrgenommenen Eliten und „politisch Verlassenen“ (Hillje 2018). In der Tiefe geht es um Chancen(un)gleichheit, Abwertungsprozesse, real und gefühlt, Prekarisierung und Peripherisierung sowie Misstrauen zwischen Regierenden und Regierten und um die immer klarer zutage tretenden Folgen des neoliberalen Umbaus von Wirtschaft und Gesellschaft auf vielen Ebenen. Das macht, viertens, die Auseinandersetzung mit den angesprochenen Veränderungen so komplex und kompliziert. Dies trifft insbesondere auf das oftmals komplizierte Zusammendenken und Zueinander-in-Bezug-Setzen der verschiedenen Aspekte zu, welches aber unabdingbar für angemessene Schlussfolgerungen ist.

Im Folgenden zeige ich anhand einiger Beispiele aus der postmigrantischen Debatte, wie Konflikthafes in selbiger thematisiert wird und wie sich die kurz umrissene komplexe Gemengelage darin widerspiegelt bzw. aufgegriffen wird. Konkret geht es um den migrationsbezogenen Konflikt i.S. einer Stellvertreterfigur für größere, breitere oder tieferliegende Spannungen (Pienig 2018), eines normativen Paradoxons (Foroutan 2019) oder eines Erfolgsindikators für fortgeschrittene Integration (El-Mafaalani 2018).

Pienig spricht von der „Stellvertreterrolle“ von Migration, die als vermeintliche Konfliktursache für breitere, tieferliegende gesellschaftliche Spannungen herhalten muss, wobei oftmals nicht nur der Prozess der Ortsveränderung selbst, sondern v.a. das postmigrantische Miteinander in der Gesellschaft gemeint ist. D.h. es werden „Ventile“ oder Schuldige gesucht, welche die im vorhergehenden Abschnitt angesprochenen aktuellen Probleme gesellschaftlicher Zukunft vermeintlich verursachen. Die

Forschung spricht hier wahlweise von einer „Chiffre für reale und konstruierte, soziale und symbolische Ungleichheiten“ oder einer „Chiffre, hinter der sich vielfältige Konflikte im Umgang mit Pluralität verstecken“ (Piening 2018: 19, 21). Es handelt sich dabei um eine Vereinfachung oder Reduktion eines tieferliegenden Problems und seiner Symptome auf einen klar zu benennenden Gegenstand bzw. auch klar zu definierenden „Gegner“. Dies zeigt sich vor allem dort, wo migrations-skeptisches bis -feindliches Verhalten auftritt. Migration nimmt die Rolle einer „Proxy-Variable“ (Foroutan 2021) oder eines Vordergrundes tieferliegender Probleme ein, welche historisch vielfältig eingebettet und auf verschiedenen Ebenen verortet sind (Mullis, Zschocke 2019: 22) und so ihren Weg zur Oberfläche finden. Interessanterweise zeigen Analysen wie z.B. Naika Foroutans vergleichende Studie zu „ost-migrantischen Analogien“ bzw. der Konkurrenz um Anerkennung zwischen Ostdeutschen und Muslim*innen aus dem Jahr 2019, dass Konflikte hinsichtlich der Zugehörigkeit, Anerkennung und Teilhabe in einem postmigrantischen Kontext nicht mehr ausschließlich oder immer weniger entlang der Linie migrantisch/nichtmigrantisch verlaufen, sondern dass die Lage noch komplexer, komplizierter und ambivalenter ist. Die Studie zeigt aber auch, wie die Fokussierung/Beschränkung auf die vermeintliche Konfliktursache Migration in die Irre führt und neue, übergreifende Betroffenheiten durch Abwertung, Prekarisierung und Ausschluss verschleiert, weil diese eben nicht entlang der Migrations(hintergrund)linie verlaufen.

Konflikthaftes, v.a. in Form von *Diskrepanzen*, taucht aber sowohl als *Bestandteil als auch Herausforderung für ein postmigrantisches Miteinander auf*. Ein Interpretationsangebot dazu stammt von Foroutan, die existierende Diskrepanzen vor allem zwischen der diskursiven Forderung und der gelebten bzw. politisch-gesellschaftlichen Realität

tät sieht; postmigrantischen Gesellschaften sei ein „signifikantes Konfliktpotential inhärent“ (2018: 23). Foroutan stellt Ambivalenzen von politischem Anspruch und empirischer Wirklichkeit in den Mittelpunkt und spricht von einem „normativen Paradoxon“ (2019: 109). „Die Fragen, denen weiter nachgegangen werden muss, lauten, ob diese normativen Paradoxien destruktiv auf die Gesellschaft wirken und wie es möglich ist, bei dieser Ambivalenz das gesellschaftliche Selbstbild einer modernen und aufgeklärten Demokratie aufrechtzuerhalten [...].“ Spannungen sieht Foroutan vor allem im Widerspruch zwischen empirisch nachweisbaren Anerkennungsdefiziten und der demokratischen Norm bzw. dem Versprechen der pluralen Demokratie, alle Menschen gleichermaßen an den zentralen Ressourcen der Gesellschaft teilhaben zu lassen. Dies seien Spannungen, die ein hohes Empörung- und Eskalationspotential haben: „Kurz: Löst die Ambivalenz vielleicht die ‚große Gereiztheit‘ aus?“ Sicher ist: Mehrdeutigkeit und Ambivalenz können irritieren (ebd.: 111) und stellen vermeintliche Sicherheiten und Etabliertenverhältnisse infrage: „Etablierte Ordnungen werden entlang der Migrationsfrage brüchig.“ (ebd.: 165). Unbehagen löse dies vor allem bei denjenigen aus, für die Pluralität und die damit verbundenen Mehrdeutigkeiten, Unschärfen und Ambivalenzen in erster Linie Unordnung und die Infragestellung erlernter Codes darstellt (ebd.). Foroutan beschreibt Ambivalenz sehr treffend als „Normalität und Notstand“ zugleich (ebd.: 219), einen Dauerkreislauf von Anerkennung und Abwehr, Ansprüchen und deren Verteidigung, Durchsetzung bzw. Zurückweisung, des Beharrens auf und des Infragestellens etablierter Positionen, Strukturen und Ungleichheiten. „Dieser dynamische Konfliktzirkel mit seinen Gleichzeitigkeiten ist es, der die postmigrantische Gesellschaft antreibt und die derzeitige Situation so extrem ambivalent erscheinen lässt.“ (Foroutan 2018: 19)

Eine ganz andere Rolle wird Konflikt in der Interpretation der postmigrantischen Realität in den Arbeiten von Aladin El-Mafaalani zum Integrationsparadox (2018, 2019) zugewiesen. Hier gehört der Konflikt zwar auch zum Instrumentarium des postmigrantischen Zusammenlebens, aber es steht nicht die Herausforderung des Umgangs mit Diskrepanzen im Zentrum, sondern die Interpretation von *Konflikt als Erfolgsgeschichte, als Anzeiger gelungenen sozialen Wandels in Richtung postmigrantische Gesellschaft*. Die konfliktreiche postmigrantische Gesellschaft ist für El-Mafaalani also alles andere als ein Problem. Im Gegenteil, sie ist für ihn der Beweis einer Erfolgsgeschichte. Er beruft sich auf die Klassiker der Konfliktsoziologie bzw. -theorie wie Simmel (1908) oder Coser (1956) und will damit zeigen, wie sich das Verständnis von Konflikt als Anzeiger des und Katalysator für sozialen Wandel durch die gesamte Debatte um soziale Konflikte zieht. Allerdings ist sein Verständnis von Wandel dann doch ein sehr positivistisches, gar teleologisches, denn mehr Konflikte sind für ihn ein Indikator gelungener Integration und demzufolge höherer Ansprüche auf gleichberechtigte Teilhabe. Anders ausgedrückt: Es kommt zu mehr Streit, weil die weniger gewordene Diskriminierung stärker ins Bewusstsein gerät und thematisiert wird. Man fühlt sich hier an das Tocqueville-Paradoxon¹

¹ „Dieses Paradox besagt, dass die revolutionär erkämpfte oder aber durch Reformen bewirkte Angleichung sozialer Lebenslagen am Ende für weit mehr Frustrationen und auch Proteste sorgen könnte als die Reproduktion ‚alter‘ und vergleichsweise eklatanter Ungleichheiten. Während nämlich diese alten und gravierenden Ungleichheiten vom Volk lange Zeit als ‚naturegegeben‘ und damit unveränderlich hingenommen wurden, führt die Erfahrung einer revolutionären Veränderbarkeit bestehender Klassenunterschiede gerade nicht zu einer Befriedung des Volkes. Zwar nehmen die sozialen Ungleichheiten objektiv tatsächlich ab, so Tocqueville, doch führt dies paradoxerweise subjektiv zu einem wachsenden und verfeinerten Anspruchsniveau: Je deutlicher das Volk die wenigen verbleibenden Ungleichheiten als durch und durch ‚menschengemacht‘ erkenn[t], desto empfindlicher wird es für eben diese Differenzen und umso mehr Empörung wird den Herrschenden entgegenschlagen.“ (<https://philosophie-indebate.de/tag/tocqueville-paradox/>, Zugriff: 2021-06-02).

erinnert, welches besagt, dass mit der Abnahme von (objektiven) Ungleichheiten oder Ungerechtigkeiten die subjektive Sensibilität für die verbleibenden zunimmt und dass sozialer Wandel nicht zu weniger, sondern zu mehr Konflikt, Streit oder Empörung führt. Mit Sicherheit kann man El-Mafaalani vorwerfen zu vereinfachen und ein zu einseitiges positivistisches Bild von Konflikt zu entwerfen, welches problematische Aspekte und Konstellationen ausblendet und die Idee eines destruktiven Konflikts nicht wirklich zulässt, sondern maximal als Zwischenstufe auf einem beschwerlichen Weg zum besseren Ziel begreift („Zusammenwachsen dauert und tut weh“ [ebd.: 21], d.h. das Ziel ist unausweichlich und positiv). Er verweist auf zwei wichtige Punkte: Zum einen plädiert er für den Blick auf die produktiven Momente von Konflikten für den sozialen Wandel – er versteht sie als unabdingbare Voraussetzung für Wandel generell. Zum anderen versteht er Konflikte in der postmigrantischen Gesellschaft nicht als klassische Etablierten-Außenseiter-Konflikte, sondern weist auf das emanzipatorische Moment des Integrationsparadoxons hin, indem er sagt, es gehe um Ansprüche auf gleichberechtigte Mitsprache und Zugehörigkeit. Man sitzt nicht mehr am Katzentisch, sondern an der richtigen Tafel, wo auf Augenhöhe mitentschieden wird über die Zukunft und wo auch die Regeln für das Miteinander gemeinsam festgelegt werden: „Das Konfliktpotenzial steigert sich weiter, denn nun geht es um die Rezeptur und die Ordnung der offenen Tischgesellschaft.“ (ebd.: 78)

Was ist aus diesen Deutungen nun über die Rolle von Konflikthaftem im diskursiven Ringen um die postmigrantische Zukunft zu lernen? Die Interpretationsangebote, die migrationsbezogene Konflikte i.S. einer Stellvertreterfigur, eines normativen Paradoxons oder als Erfolgsindikator für fortgeschrittene Integration erklären/verstehen, sind selektiv gewählt und angesichts einer wachsen-

den Debatte natürlich unvollständig. Sie sollen v.a. eines zeigen: Konflikthafes steht in verschiedener Weise im Zentrum der postmigrantischen Debatte; es ist vielleicht sogar eines ihrer Kerncharakteristika. Ebenso wird deutlich, dass das Ringen um die Zukunft der postmigrantischen Gesellschaft mehr ist als ein Migrationsthema. Es geht auch weit über das Postmigrantische, wie es zumeist verstanden wird, also die Realität einer durch Migrationsfolgen unumkehrbar geprägten Gesellschaft, hinaus. Man könnte sogar den Begriff des Postmigrantischen selbst infrage stellen bzw. überlegen, ob postmigrantische Streitthemen nicht schon so sehr mit zahlreichen anderen Fragen des gesellschaftlichen Wandels verknüpft sind, sodass sie vielmehr soziale als migrationsbezogene Fragen sind. Laut Foroutan (2019: 216) ist die Migrationsfrage zu einer neuen Linie geworden, entlang derer die großen sozialen Streitfragen nunmehr verhandelt werden: „Der Kampf um gleiche Rechte, um Anerkennung, Chancengleichheit und Teilhabe wird heutzutage über die Migrationsfrage geführt. Die Migrationsfrage ist somit zur neuen sozialen Frage unserer Zeit geworden.“ Ich möchte diese Frage gar nicht beantworten, ich möchte vielmehr zeigen, auf welcher verschiedenen Weise das Ringen um die postmigrantische Zukunft als spezielle Debatte Teil eines breiteren Zukunftstreits geworden ist, der verschiedene Facetten wie Selbstverständnis und Identität, Zugehörigkeit und Teilhabe miteinander verknüpft.

So ist das diskursive Ringen um die Deutung der postmigrantischen Zukunft letztlich auch ein Ringen um das Verständnis einer „anderen Gesellschaft“ (Axster, Berek 2020: 58). Die Kontroverse selbst kann als Indikator für Wandel begriffen werden, wie El-Mafaalani (2018: 167-68) es formuliert: „dass wir die ganzen Diskurse führen, zeigt, dass sich die Gesellschaft verändert (hat)“ und interpretiert auch das Konflikthafte als ein Ringen um soziales

Fortschreiten unter neuen Bedingungen. Möglicherweise ist eine solche lineare oder positivistische Annahme in dieser Form nicht angebracht oder realistisch, auch wenn doch viele Ansätze der Konfliktbearbeitung im postmigrantischen Bereich mehr oder weniger offensiv mit einer solchen Grundannahme arbeiten bzw. sich zumindest vom produktiven Potential, das auftretende Konflikte für verhandelbare Zukünfte versprechen, leiten lassen. An dieser Stelle lohnt der Blick über die postmigrantische Debatte im engeren Sinne hinaus.

Schaut man etwa ins Deutungsrepertoire radikaldemokratischer Ideen, findet man Ansätze, die das Konflikthafte als stetes (diskursives) Ringen verschiedener hegemonialer Ideen zur postmigrantischen Zukunft verstehen, ganz im Sinne des agonistischen Prinzips, wie es etwa Chantal Mouffe (z.B. 2014: 11) entworfen hat. Interessant dabei ist neben der Idee eines niemals endenden Ringens auch der Gedanke, dass dieses für alle beteiligten Seiten stets offen, sowohl gewinn- als auch verlierbar ist und es kein Ende geben kann – und demzufolge auch keinen positiven oder erwünschten Endzustand, in dem alle großen Kämpfe gekämpft und im Sinne des sozialen und demokratischen Fortschritts entschieden sind. Konflikte sind demnach unabdingbar für ein Fortbestehen der Demokratie; Antinomien von Positionen und Gegenpositionen bilden den Grundstoff ihres Funktionierens. Was bedeutet das für die postmigrantische Zukunft? Werden die Paradoxien und Diskrepanzen, wie sie etwa von Foroutan oder El-Mafaa-lani thematisiert werden, ihre steten Begleiter sein? Wird die postmigrantische Gesellschaft gar nur eine von mehreren dauerhaft konkurrierenden Hegemonialideen der demokratischen Zukunft sein? Auch wenn die Aussicht auf Dauerstreit auf den ersten Blick nicht sonderlich attraktiv scheint, so ist die Annahme der radikaldemokratischen Theorie, dass jeder Konflikt grundsätzlich demokratisch

ist (Vasilache 2019), doch beruhigend. Fruchtbar ist in diesem Zusammenhang auch das Sich-bewusst-Machen der Tatsache, dass das Neue aus einer Art von Auseinandersetzungen entsteht, die gewinnbar-, aber auch verlierbar sind und deren offener Charakter immer konstitutiv ist. Der Gedanke, dass das Produktive genau darin liegen könnte und auch das Verlieren einschließt, geht vielleicht weg von El-Mafaalanis Idee, er lässt aber meiner Ansicht nach das Produktive erst vollständig und (im demokratietheoretischen Sinne) realistisch erscheinen. Konflikte tragen geradezu zur Legitimierung des demokratischen Gedankens bei, „weil in ihnen Möglichkeiten zum Widerspruch gegenüber Bestehendem und zur Neugestaltung angelegt sind“ (Flügel-Martinsen 2020: 109). Dabei ergeben sich Sinn und Funktion des Konflikts auch immer „aus den konkreten Praktiken der Infragestellungen selbst, die ein mögliches Andersseinkönnen von Ordnungen aufscheinen lassen“ (ebd.: 121). Es gibt also keinen Determinismus, wie ihn El-Mafaalanis Bild vom Integrationsparadox impliziert.

Einen eher abwägenden Blick auf die (postmigranti-sche) Spätmoderne hat z.B. Reckwitz (2019: 16), der vom „Ende der Illusionen“ spricht, Desillusionierung aber als Chance denkt. Er hält weder „schlichte Fortschrittsnarrative“ noch „alarmistische Verfallsdiagnosen“ für angebracht und „einfache Lösungen“ für nicht erwartbar. Vielmehr gehe es um das „Aushalten von Ambivalenzen“. Hier könnte man einen parallelen Denkmechanismus zu El-Mafaalanis Integrationsparadox entdecken, etwa: Sind die Illusionen erst verschwunden, sieht man realistischer auf die ambivalente Realität und hat bessere Chancen, diese zu gestalten. Reckwitz resümiert: „Der Aufklärungsgewinn – der analytische Fortschritt – besteht vielmehr gerade darin, die Paradoxien und Ambivalenzen sichtbar zu machen, dadurch auf sie reflektieren zu

können und über diesen veränderten Blick auf die Lage der Dinge realistische Schritte zu ihrer Veränderung zu ermutigen.“ Allerdings, so räumt er ein, „hat die Ambiguitätstoleranz im gegenwärtigen Debattenklima mit seinen klaren Freud-Feind-Unterscheidungen einen schweren Stand“ (ebd.).

Das Produktive des Konflikts liegt demnach gerade nicht darin, dass am Ende alle Probleme gelöst sind. Erwartbar ist dagegen ein Dauerstreit – ein anhaltender Deutungskampf, der „auszuhalten ist“ und den man entweder schlicht als Realität (Mouffe) oder sogar als Chance (i.S.v. Erkenntnisgewinn) begreift. Hier trifft sich die Position von Reckwitz mit Argumenten aus der Kontroverse zu Identitätspolitik und Postkolonialismus, die eine Tendenz der Vereinfachung von Komplexität und die Blockade offener Prozesse durch moralisch-emotionale Glaubensfragen und Schubladendenken in dieser Kontroverse kritisieren (Stegemann 2021). Das Produktive von Konflikthaftem – z.B. im Ringen um die postmigrantische Gegenwart und Zukunft – liegt offenbar genau im Streit der sich wechselseitig als legitim anerkennenden Positionen, in der Möglichkeit der Infragestellung und in der manchmal schwer erträglichen Ergebnisoffenheit agonistischen Streitens. Damit würde das „produktive Moment“ eine viel weiter gefasste Bedeutung haben als jene, die El-Mafaalani mit seiner These von Konflikten als Anzeiger von Gelingen oder Gelungenem vertritt; und das Streitgeschehen um die postmigrantische Zukunft ist demnach weitaus weniger paradox im normativen Sinne als Foroutan vermutet. Problematisch würde das Streiten erst in dem Moment, in dem Verfechter*innen von Gegenpositionen gegenseitig versuchen, die jeweils andere Position zu illegitimieren und die Lösung eines Konflikts in der Außerkraftsetzung der jeweils anderen Position gesehen wird.

Das diskursive Ringen um die postmigrantische Zukunft als Dauerstreit bzw. Deutungskampf zwischen Fortschritts- und Rückschritts- bzw. Aufschwungs- und Niedergangsnarrativen, der für alle Seiten offen ist und stets gewonnen oder verloren werden kann – ist das ein eher optimistisch oder pessimistisch stimmender Befund? Die Antwort darauf fällt meinerseits eher optimistisch aus. Beruhigend finde ich vor allem die Erkenntnis, dass der Streit oder Kampf um die hegemoniale Ordnung nie aufhört und dass etwa manifeste Prozesse regressiver Modernisierungen oder eines Rechtsrucks selbst dort, wo sie an Macht gewonnen haben, diese auch wieder verlieren können, wie z.B. die letzte US-Wahl im Herbst 2020 gezeigt hat. In diesem Sinne sind dann auch verlorene Kämpfe um eine demokratische, postmigrantische Zukunft nicht nur desaströs oder hoffnungslos, sondern ein temporäres „pessimistisches Bild mit optimistischen Handlungsoptionen“, wie es der Kulturwissenschaftler Joseph Vogl (2020: 20) formulierte. In diesem Sinne sind weitere Auseinandersetzungen bzw. Konflikte nicht nur nicht zu verhindern, sondern auch ausdrücklich zu wünschen.

Referenzen

- Axster, F.; Berek, M. 2020: Zwischen Postnazismus und Post-Migration: Jüdische Perspektiven auf die Wende- und Nachwendezeit. In: Lierke, L.; Perinelli, M. (Hg.): *Erinnern stören*. Verbrecher Verlag, S. 31-66.
- Coser, L.A. 1956: *The functions of social conflict*, Free Press.
- El-Mafaalani, A. 2018: *Das Integrationsparadox*. Kiepenheuer & Witsch.
- Flügel-Martinsen, O. 2020: *Radikale Demokratietheorien*. Junius.
- Foroutan, N. 2018: *Die postmigrantische Perspektive. Aushandlungsprozesse in pluralen Gesellschaften*, in: Hill, Marc/ Yildiz Erol (Hrsg.): *Postmigrantische Visionen. Erfahrungen – Ideen – Reflexionen*, transcript, S. 18-25.
- Foroutan, N. 2019: *Die postmigrantische Gesellschaft*. transcript.
- Foroutan, N. 2021: *Pluralität, Parität und Identität. Zur Ambivalenz politischer Versprechen in pluralen Demokratien*. Vortrag auf der Tagung „Schwindet der Grundkonsens? Identitätskonflikte und politische Partizipation in ziviler Gesellschaft“ am 27.05.2021.
- Hillje, J. 2018: *Rückkehr zu den Politisch Verlassenen. Das progressive Zentrum e.V.*
- Mouffe, C. 2014: *Agonistik*. Suhrkamp.
- Mullis, D.; Zschocke, P. 2019: *Regressive Politiken und der Aufstieg der AFD – Ursachensuche im Dickicht einer kontroversen Debatte*. PRIF Report 5/2019. Frankfurt/M.

- Nachtwey, O. 2016: Die Abstiegs-gesellschaft. Suhrkamp.
- Piening, G. 2018: Die Macht der Migration. Zehn Gespräche zu Mobilität und Kapitalismus. Unrast.
- Reckwitz, A. 2019: Das Ende der Illusionen: Politik, Ökonomie und Kultur in der Spätmoderne. Suhrkamp.
- Simmel, G. 1908: Soziologie. Untersuchungen über die Formen der Vergesellschaftung. Leipzig.
- Stegemann, B. 2021: Anerkennung kostet nichts. In: Spiegel 2 vom 09.01.2021, S. 110-111.
- Vasilache, A. 2019: Dissens/Konflikt/Kampf. In: v. Comtesse, D. et al. (Hg.): Radikale Demokratietheorie. Ein Handbuch. S. 492-503.
- Vogl, J. 2020: Der Mensch zerstört die Umwelt nicht, der Kapitalismus tut es. Interview im Freitag 48, 26.11.2020, S. 20.

Ein Stück vom Kuchen reicht nicht: Durch Konflikte zu neuen Rezepten?

Erfahrungen aus feministischen Debatten

Sandra Huning

In seinem Buch „Das Integrationsparadox“ beschreibt der Bildungs-, Migrations- und Stadtforscher Aladin El-Mafaalani (2018) Konflikte als ein gutes Zeichen gelungener Integration. Ihre Entstehung führt er darauf zurück, dass neue Akteure am Tisch sitzen (dürfen) und Anspruch auf ein Stück vom Kuchen erheben, der am Tisch verteilt wird. Dass sie überhaupt am Tisch Platz nehmen können, ist seiner Meinung nach ein Erfolg, denn es zeigt, dass kaum noch jemand ihr Anrecht darauf bestreitet. Die Verteilung des Kuchens muss nun aber neu verhandelt werden. Das ist schmerzhaft und erzeugt Konflikte. Hinzu kommt mit der Zeit noch ein anderer Konflikt:

„In der dritten Generation geht die Reise noch mal weiter. Die Enkel der Migranten möchten nicht mehr nur am Tisch sitzen und ein Stück vom servierten Kuchen bekommen. Sie wollen mitbestellen. Sie wollen mitentscheiden, welcher Kuchen auf den Tisch kommt. Und sie wollen die alten Tischregeln, die sich entwickelt und etabliert haben, bevor sie dabei waren, mitgestalten. Das Konfliktpotenzial steigert sich weiter, denn nun geht es um die Rezeptur und die Ordnung der offenen Tischgesellschaft“ (ebd.: 78).

Dieser Anspruch erinnert in mancherlei Hinsicht an das Selbstverständnis und die Ziele der Zweiten Frauenbewegung. „Raum greifen und Platz nehmen“ – so lautete das Motto der 1. Europäischen Planerinnentagung in Berlin, deren Dokumentation in der Zeitschrift *Frei-Räume* (Streitschrift der Feministischen Organisation von Planerinnen und Architektinnen – FOPA e.V.) erschien (FOPA Berlin 1993). Die Veranstalterinnen wollten bei dieser Tagung nach einer 15-jährigen Debatte über feministische Forschung und Praxis in eine „neue Phase der Öffnung und Auseinandersetzung“ eintreten (ebd.: 7). In einer „Charta von Berlin“ formulierten die Teilnehmerinnen „Grundlagen einer neuen räumlichen Ordnung“ (ebd.: 228ff.): Städtische Lebensräume sollten an unterschiedliche Bedürfnisse angepasst sein und allen Stadtbewohner*innen ein selbstbestimmtes Leben erlauben. Das Verkehrssystem sollte die gefahrlose, bequeme und kostengünstige Erreichbarkeit unterschiedlicher Orte ermöglichen. Der sparsame und ökologische Umgang mit Ressourcen war für die Verfasserinnen selbstverständlich. Geschrieben war die Charta in einem „utopischen Präsens“: Das bedeutet, dass gleiche Rechte und Lebenswirklichkeiten von Frauen und Männern nicht als fernes Ziel angestrebt, sondern als gegeben vorausgesetzt wurden (ebd.: 226). In diesem Beitrag möchte ich fragen, inwiefern sich aus dem Verlauf und heutigen Stand feministischer Auseinandersetzungen mit Blick auf die o. g. „neue Tischordnung“ etwas lernen lässt.

Zur Erinnerung: Als die Zweite Frauenbewegung in den 1960er und 1970er Jahren in der Bundesrepublik entstand, war mit Blick auf die formale rechtliche Gleichstellung der Geschlechter durchaus einiges erreicht. Aber es war noch „Luft nach oben“, wie eine bunte Zusammenschau der Frauenzeitschrift „Freundin“ aus dem Jahr 2013 zeigt: Erst ab 1969 waren Frauen voll geschäftsfähig. Bis

1977 durften verheiratete Frauen nur dann einen Beruf ausüben, wenn der Ehemann fand, dass sie damit „ihre familiären Pflichten“ nicht vernachlässigten. Wer Alice Schwarzers „Der kleine Unterschied“ aus dem Jahr 1975 zur Hand nimmt, kann dort sehr eindrücklich nachlesen, wie Frauen gesellschaftlich und in ihren Ehen niedergehalten wurden. Vergewaltigung in der Ehe war erst ab dem Jahr 1998 eine Straftat; noch im Jahr 1966 urteilte der Bundesgerichtshof, die Ehe erfordere „Opferbereitschaft“, so dass es sich Frauen verbiete, „beim Beischlaf Gleichgültigkeit oder Widerwillen zur Schau zu stellen“.

Die dargestellten Fakten dürften bei vielen – vor allem jüngeren – Leser*innen erstauntes Kopfschütteln hervorrufen. Dass viele der genannten Konflikte um berufliche und sexuelle Selbstbestimmung aus heutiger Sicht schließlich zugunsten der Gleichstellung von Frauen gelöst werden konnten, lag aber ganz sicher nicht daran, dass die Zweite Frauenbewegung die damaligen Entscheider*innen in vernünftigen Gesprächen durch rationale Argumente davon hätte überzeugen können. Vielmehr waren offene Konfrontation, öffentlicher Protest und individuelle Beharrlichkeit erforderlich, damit große und kleine Schritte in Richtung der „tatsächlichen Gleichberechtigung“, wie sie im westdeutschen Grundgesetz seit 1949 gefordert wurde, gegangen wurden – und zwar gegen alle Widerstände und Gegner*innen, die versuchten und bis heute versuchen, die Bewegung und ihre Protagonist*innen zu diskreditieren.

Einige Beispiele aus Architektur und Stadtplanung: Auch hier drehten sich viele Konflikte um die berufliche Anerkennung. Sehr eindrücklich ist das Beispiel der Internationalen Bauausstellung (IBA) in Berlin 1984/87. IBAs sind räumlich und zeitlich begrenzte Großprojekte der Stadtentwicklung, bei denen unterschiedliche Akteure

experimentelle Lösungen für aktuelle Herausforderungen der Stadtgesellschaft suchen und erproben. In Berlin waren zu den frühen Planungssitzungen für die IBA 1984/87 ausschließlich männliche Experten eingeladen. Feministische Planerinnen und Architektinnen blockierten eine Sitzung mit einem Go-in, nahmen auf den Stühlen Platz und sich selbst das Rederecht heraus, um in sieben Vorträgen ihre Forderungen nach einer Thematisierung der Haus- und Reproduktionsarbeit im Rahmen der IBA vorzutragen:

„Wir standen nicht auf dem Programm, waren nicht eingeladen. Es hatte sich aber in der Stadt herumgesprochen, damals war ja die Frauenbewegung noch etwas basisorientierter. Es kamen etwa 70 ‚Lila-Latzhosen-Frauen‘ und setzten sich in der Mittagspause einfach auf die Plätze der Männer mit den grauen Anzügen. Als diese dann vom Mittagessen kamen, mussten sie stehen und waren überrascht, was da geschah.“ (Architektin und Stadtsoziologin Kerstin Dörhöfer im Gespräch mit Sonja Hnilica 2003: 113)

Den Frauen war klar, dass sie ihrem Ansehen als Wissenschaftlerinnen und Planerinnen mit diesem „faux pas“ schadeten (ebd.). Es ist jedoch davon auszugehen, dass es den Planern ohne diese und ähnliche streitbare Aktionen vermutlich nicht einmal aufgefallen wäre, dass weibliche Stimmen fehlten. Ein Erfolg dieser Aktion war die Integration eines sogenannten „Frauenblocks“ in die IBA 1984/87, d. h. eines Baublocks, in dem emanzipatorische Wohnformen und experimentelle Wohnungstypen (z. B. Wohnungen für alleinerziehende Frauen) verwirklicht werden sollten. Aus heutiger Sicht absurd erscheint,

dass die männlichen Experten zunächst selbstverständlich davon ausgingen, dass der Frauenblock von männlichen Planern und Architekten gebaut werden sollte. Es brauchte erst noch weitere Protestaktionen, damit die Architektinnen und Planerinnen Zaha Hadid, Christine Jachmann und Myra Warhaftig zum Zuge kommen konnten.

Bei der nachfolgenden IBA Emscher Park (1989 bis 1999) im nördlichen Ruhrgebiet hatten ganze fünf von 81 Projekten einen impliziten oder expliziten Bezug zu den vom Arbeitskreis „Frauen und IBA“ erarbeiteten Interessen. Die Soziologin Gabriele Sturm kritisierte die medienwirksame Vermarktung der Frauenprojekte durch die IBA und bezeichnete sie als „Spielwiese“, „ohne dass die Gesamtstruktur in Frage gestellt würde“ (1993: 147). Die Planerin Christine Grüger bilanzierte später im Rückblick auf 20 Jahre Gender Planning:

„Auf männliche Einsicht zu setzen in der Hoffnung, dass Verbesserungsmaßnahmen eingeleitet werden, wenn fachlich fundiert die strukturellen Benachteiligungen von Frauen aufgezeigt werden, reichte in der Vergangenheit nicht aus. Frauen dürfen zwar auf der ‚Bühne‘ der Raumplanung mitspielen, die ‚Spielregeln‘ bleiben jedoch weiterhin in Männerhand.“ (Grüger 2000: 27)

Ein weiteres Beispiel für einen Konflikt um die berufliche Anerkennung von Frauen in Architektur und Stadtplanung sind die Erfahrungen einer Berliner Architektin mit dem ehemaligen Eintragungsausschuss der Berliner Architektenliste (Unterausschuss des Senats für Bau- und Wohnungswesen). Obwohl sie alle formal notwendigen Nachweise und Papiere beibrachte, um als Architektin

arbeiten zu können, forderte der Ausschuss immer neue Belege und zog den Wahrheitsgehalt der eingereichten Dokumente in Zweifel: Es gebe noch Bedenken, die ausgeräumt werden müssten; Akten verschwanden (Rabenschlag 1983). Offenbar lag es außerhalb der Vorstellungskraft der zuständigen Bearbeiter*innen, dass eine Frau selbständig eine Bauleitung übernehmen könnte. Erst die Androhung einer Klage gegen das Land Berlin beendete das kafkaeske Verwirrspiel. Hier zeigt sich, dass Institutionen selbstverständlich nicht „neutral“ waren (und sind) und alle Menschen gleichbehandeln. Vielmehr wirken sich auch institutionelle Logiken sowie Einstellungen und „Glaubenssätze“ der dort Beschäftigten auf institutionelle Entscheidungen aus, was für die Betroffenen natürlich frustrierend ist. Ähnliche Erfahrungen dürften viele gemacht haben, die sich an einen Ort begeben, an dem sie gesellschaftlich scheinbar nicht vorgesehen sind oder den Erwartungen nicht entsprechen.

Heute ist der Anteil von Männern und Frauen unter den Studierenden in Architektur und Stadtplanung vielerorts ausgewogen. Bis in Professuren und Führungsetagen hat sich diese Geschlechtergleichheit allerdings noch nicht gleichermaßen fortgesetzt. Geschlechterungleichheit gibt es aber nicht nur hier, sondern nach wie vor in vielen gesellschaftlichen Bereichen, wie auch die COVID-19-Pandemie eindrücklich gezeigt hat: Die Frage, welcher Elternteil die Kinderbetreuung in Zeiten geschlossener Kitas und Schulen übernimmt, wird zwar nicht in allen, aber doch in vielen Familien eher traditionell beantwortet. Dafür gibt es natürlich Gründe: Manche finden es vielleicht einfach „normal“; viele Väter verdienen mehr als ihre Ehefrauen; Männern ist das Vatersein beim beruflichen Aufstieg nicht so hinderlich wie Frauen das Muttersein; und sicherlich hat es auch mit individuellen Präferenzen zu tun (wobei man natürlich darüber diskutieren kann, wie individuelle

Präferenzen durch gesellschaftliche Strukturen und Erwartungen erst geprägt werden). Wie dem auch sei: In den allermeisten Fällen dürfte Männern das Mitmachen in der Krabbelgruppe nicht ansatzweise so schwer gemacht werden wie Frauen der Aufstieg in die Chefetage. Es sind vor allem Macht- und Entscheidungspositionen, die bis heute umkämpft sind.

Zwar beschwören Politik und Medien regelmäßig die Chancengleichheit der Geschlechter und stellen diese als selbstverständlich dar. Trotzdem muss aber offenbar immer wieder über #MeToo, über Quoten in Aufsichtsräten, den Gender Pay Gap und die gesellschaftliche Anerkennung von Kinderbetreuung diskutiert werden, weil sich von allein zu wenig tut. In vielen Feldern mühen sich Politiker*innen redlich, gesellschaftliche Strukturen so umzugestalten, dass die Chancengleichheit für Frauen verbessert und ihre Diskriminierung bekämpft wird. Und tatsächlich bekommen viele Frauen heute auch ein Stück vom gesellschaftlichen Kuchen, um zum Eingangsbild zurückzukehren. An die Spitze, wo Spielregeln verhandelt und Entscheidungen getroffen werden, schaffen es allerdings immer noch viel zu wenige. Dass dies nur wenig mit fehlenden Qualifikationen zu tun hat, dürfte aufmerksamen Beobachter*innen in der Vergangenheit nicht entgangen sein; Qualifikationen sind nicht notwendigerweise das zentrale Kriterium bei der Besetzung von Machtpositionen, auch wenn häufig so argumentiert wird.

Die in der o. g. „Charta von Berlin“ vorausgesetzten „gleichen zivilen, politischen, wirtschaftlichen, kulturellen und sozialen Rechte und Wirklichkeiten“ für Frauen und Männer (FOPA 1993: 229) sind also nach wie vor nicht gegeben. Diese waren aber ja gar nicht das eigentliche Ziel der Charta, sondern wurden nur als notwendige Voraussetzung für eine räumliche Ordnung benannt, die allen

Menschen ein selbstbestimmtes, auskömmliches und unabhängiges Leben ermöglicht. Anders ausgedrückt: Dass Frauen und Männer gleiche Stücke vom Kuchen bekommen, war hier sozusagen gesetzt. Die „Charta von Berlin“ zielte darauf ab, sozialräumliche Strukturen grundsätzlich – z. B. mit Blick auf Funktionsmischung, den Stellenwert von Familienarbeit, das Verhältnis von Öffentlichkeit und Privatheit oder Mobilitätsangebote – neu zu gestalten. Dies ist bisher noch nicht zufriedenstellend gelungen. Viel zu häufig werden feministische Anliegen immer noch verkürzt als Konflikte um die Gleichverteilung gesellschaftlicher Ressourcen und Macht wahrgenommen. Die weitergehende Frage nach einer anderen (besseren, gerechteren, klimagerechten ...) Welt – oder einem anderen Kuchen – gerät darüber häufig in Vergessenheit.

Wenn es um gesellschaftspolitischen Wandel geht, ist das Am-Tisch-Platznehmen also nur der erste Schritt. Durch eine neue Zusammensetzung der Tischgemeinschaft besteht theoretisch die große Chance, dass nicht nur weitere (Gruppen von) Personen den vorhandenen Kuchen mitessen, sondern auch gemeinsam neue Rezepte ausprobiert werden. Die bis heute andauernden feministischen Konflikte zeigen, wie lange das dauern kann: Auch ein halbes Jahrhundert nach Beginn der Zweiten Frauenbewegung (von der Ersten Frauenbewegung und deren Vorläufern ganz zu schweigen) ist das Platznehmen für (viele Gruppen von) Frauen* nicht selbstverständlich. Viele Konflikte konnten zwar zugunsten einer egalitären Gleichstellungspolitik gelöst werden, andere sind aber noch genauso akut wie vor fünfzig Jahren. Dennoch hat die Bereitschaft, feministische Konflikte auszutragen, insgesamt abgenommen, weil viele sich mit den bisherigen Gleichstellungserfolgen schon zufriedengeben. Solange die Benachteiligung von Frauen unbestritten war, konnte die Zweite Frauenbewegung viele Mitstreiter*innen für

ihre Anliegen gewinnen. Das ist inzwischen nicht mehr so, zumal Debatten um Intersektionalität auf die Verwobenheit sozialer Ungleichheitskategorien wie *gender*, *race* und *class* (und andere) aufmerksam gemacht und die (auch vorher schon trügerische) Geschlossenheit der feministischen Bewegung erschüttert haben.

Aber gerade dadurch ergeben sich auch Chancen, Privilegien und Diskriminierung jenseits identitätspolitischer Debatten (ohne diese damit zum Verstummen zu bringen) themenbezogen von verschiedenen Standpunkten aus zu hinterfragen und zu diskutieren: Je mehr Leute am Tisch sich einig sind, dass es neue Rezepte braucht, und je mehr von ihnen sich auch aktiv und konfliktbereit dafür einsetzen, umso wahrscheinlicher ist es, dass diese neuen Rezepte auch ausprobiert werden. Das Beispiel feministischer Konflikte zeigt, wie schwierig es ist, Machtkritik über die Frage gleich großer Kuchenstücke bzw. über unmittelbare Gleichstellungsfragen hinaus nachhaltig in einen gesellschaftspolitischen Wandel zu überführen. Aber so, wie in vielen wissenschaftlichen Disziplinen heute z. B. feministische und postkoloniale Perspektiven aufeinander bezogen werden, kann auch in mancherlei Hinsicht die Machtkritik unterschiedlicher Bewegungen strategisch zusammengebracht werden. Wie El-Mafaalani in seinem Buch über die dritte Generation schreibt, geht es darum, die Konflikte nicht auf die Auseinandersetzung um gleich große Kuchenstücke zu reduzieren. Die aktuellen gesellschaftspolitischen Herausforderungen gehen weit darüber hinaus. Die Frage, die sich stellt, lautet: In welcher Gesellschaft wollen wir leben, und wie können wir sie zusammen gestalten? Mit dem Platznehmen allein ist es nicht getan, die Konflikte gehen weiter. Aber das ist irgendwie auch eine gute Nachricht.

Referenzen

- El-Mafaalani, Aladin 2018: Das Integrationsparadox. Warum gelungene Integration zu mehr Konflikten führt. Kiepenheuer & Witsch, Köln.
- FOPA Berlin 1993: Raum greifen und Platz nehmen. Dokumentation der 1. Europäischen Planerinnentagung. Frei-Räume Sonderheft 1992/93. Edition Ebersbach, Zürich.
- Grüger, Christine 2000: Nachhaltige Regionalentwicklung und Gender Planning. Das Beispiel der Regionalplanung beim Verband Region Stuttgart. Informationskreis für Raumplanung, Dortmund.
- Hnilica, Sonja 2003: Eine Frage der Generation? Interviews mit Kerstin Dörhöfer, Christiane Erlemann, Myra Warhaftig und Ulla Terlinden. In: Kuhlmann, Dörte; Hnilica, Sonja; Jormakka, Kari (Hg.): building power. Architektur Macht Gender. edition selene, Wien, S. 105-138.
- Rabenschlag, Anne 1983: Architekt sein – ist nicht schwer. Architektin werden aber sehr. In: Frei-Räume, H. 1, S. 70-71.
- Schwarzer, Alice 1975: Der kleine Unterschied und seine großen Folgen. Frauen über sich – Beginn einer Befreiung. Fischer Taschenbuch Verlag, Frankfurt/Main.
- Sturm, Gabriele 1993: Die Hälfte der Planung? Das Beispiel der Beteiligung von Frauen an (Wohn) Projekten der Internationalen Bauausstellung Emscher Park. In: Müller, Sebastian; Schmals, Klaus M. (Hg.): Die Moderne im Park? Informationskreis für Raumplanung, Dortmund, S. 133-148.

„Multikulti“ im Bundeskanzleramt und postmigrantische Gesellschaft in der abgeschotteten EU-Festung?

Dieter Reinhardt

Seit 1990 haben sich die Definition der Ziele und Instrumente staatlicher Integrationspolitik und die entsprechende Gesetzgebung in Deutschland sehr verändert. Unter Kanzler Helmut Kohl (1983 – 1998) hielten die Bundesregierungen noch an einem Integrationsbegriff fest, der sich auf die ‚deutsche Leitkultur‘ bezog. In den rot-grünen Bundesregierungen 1998 – 2005 und später unter Kanzlerin Angela Merkel vollzogen sich dann langsam eine Abkehr von diesem Leitkultur-Konzept und eine Annäherung an eine Integrationspolitik, die Deutschland als Einwanderungsland bezeichnet. Nunmehr wird Einwanderung als ökonomische Notwendigkeit betrachtet und eine wachsende kulturell-religiöse Vielfalt als Ausdruck einer modernen weltoffenen Gesellschaft bewertet. Allerdings wird dieser Wechsel nicht von allen Bundesministerien, Landesregierungen und Kommunen gleichermaßen mitgetragen. Auch bei migrantischen Organisationen gibt es starke Unterschiede in der Definition der Ziele der Integrationspolitik, z.B. zwischen säkular oder religiös ausgerichteten Organisationen.

Im Folgenden werden zunächst vier idealtypische Grundpositionen der Integrations- und Einwanderungspolitik beschrieben, denen die verschiedenen Positionen in der deutschen Integrations- und Einwanderungsdebatte zugeordnet werden können. Am Beispiel von

Stellungnahmen der Beauftragten der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration und des Konzepts der ‚postmigrantischen Gesellschaft‘ wird anschließend die (bundespolitische) Abkehr vom Leitkultur-Konzept dargestellt.

Das in den Berichten der Beauftragten entwickelte Integrationskonzept wird vom von der Bundeskanzlerin Angela Merkel vertretenen liberalen Konservatismus-Flügel der CDU/CSU unterstützt und das postmigrantische Konzept ist ein prominentes aktuelles Beispiel für eine prinzipielle Überwindung der Trennung zwischen sogenannter ‚deutscher Gastgesellschaft‘ und zu integrierenden Migrant:innen. Es existiert eine überraschend große Übereinstimmung in den Grundpositionen beider Konzepte, was die Möglichkeit einer breiten politischen Allianz im Bereich einer neuen Integrationspolitik eröffnet. Das Verhältnis zwischen einer neuen, modernen Integrationspolitik auf der einen und der Abschottungspolitik sowie der zukünftigen Regelung der Einwanderungs- bzw. Flüchtlingspolitik an den EU-Außengrenzen auf der anderen Seite wird allerdings von beiden Konzepten nicht thematisiert bzw. bleibt unklar.

Vier Grundpositionen der Integrations- und Einwanderungspolitik

In der Debatte um die Integrations- und Einwanderungspolitik möchte ich – in Anlehnung an Petrus Hahn (Hahn 2016: 330-332) und Krassimir Stojanov (Stojanov 2020: 101-114) – vier idealtypische Grundpositionen unterscheiden und zwar die rechtsextremistisch-völkische, die national-konservative, die neoliberale und die inklusiv-demokratische Position. Für die Vertreter:innen der rechtsextremistisch-völkischen Position basiert der Nationalstaat auf

einer ‚völkisch‘ definierten ‚homogenen‘ Gesellschaft; für jene der nationalkonservativen Position hingegen auf dem Prinzip der ‚deutschen Leitkultur‘, der sich Minderheiten unterordnen müssen. Sowohl die Vertreter:innen der neoliberalen als auch die der inklusiv-demokratischen Position lehnen diese beiden Ansätze vehement ab, allerdings aus sehr unterschiedlichen Gründen. Diejenigen, die sich der neoliberalen Position zurechnen lassen, betonen die Freiheitsrechte der Individuen, ihre unterschiedlichen Qualifikationen und ihre sich daraus ergebenden verschiedenen sozio-ökonomischen Funktionen und Nutzen in einer globalisierten Marktwirtschaft. Die Vertreter:innen der inklusiv-demokratischen Position befürworten hingegen eine inklusive egalitäre sozio-ökonomische Entwicklung auf der Grundlage einer pluralen multikulturellen Gesellschaft.¹ In der Integrationsdebatte werden häufig Elemente dieser vier Grundpositionen in unterschiedlicher Form miteinander kombiniert.

Sowohl auf der kommunalen als auch auf der Landes- und Bundesebene, in Parlamenten und politischen Organisationen, werden alle vier Grundpositionen vertreten. Während bundespolitisch seit 1989 der Einfluss der nationalkonservativen Position kontinuierlich zurückgegangen ist, werden nationalkonservative und rechtsextremistisch-völkische Ansätze auf der kommunalen Ebene und in Länderparlamenten, nach wie vor vertreten. In einigen Kommunen existieren sogar rechtsextreme Mehrheiten und die Flüchtlingsdebatte hat zwischen 2015 und 2018 den Rechtspopulismus auch auf der Bundesebene wieder gestärkt.

¹ Vgl. zum Inklusionsbegriff in der Integrationspolitik Scherr (2019).

Vorübergehende Stärkung rechtspopulistischer Positionen

Nationalkonservativen und rechtsextremistisch-völkischen Gruppierungen ist es in vielen EU-Ländern seit 2015 gelungen, insbesondere den schnell wachsenden Zuzug von Geflüchteten aus dem Nahen Osten politisch zu instrumentalisieren. Ein gestärkter Rechtspopulismus trug in Großbritannien dazu bei, dass 2016 in einer Volksabstimmung eine Mehrheit den EU-Austritt befürwortete.

Auch in Deutschland dominierte in den Jahren 2015 bis 2018 die Flüchtlingsdebatte die Innenpolitik. Die AfD zog in immer mehr Landesparlamente ein und erhielt 2017 bei der Bundestagswahl 12,6 % der Stimmen. Der damals offen ausgetragene Konflikt zwischen der Kanzlerin Angela Merkel und dem Innenminister und CSU-Politiker Horst Seehofer über den Umgang mit der schnell wachsenden Anzahl von Geflüchteten war nicht nur eine Auseinandersetzung innerhalb der CDU/CSU, sondern spiegelte auch den Konflikt zwischen kontroversen Positionen in der Gesellschaft wider. Die Kanzlerin vertrat eine humanitär-liberale, der Bundesinnenminister hingegen eine nationalkonservative Programmatik. Horst Seehofer beantwortete 2016 in einem Interview die Frage, ob er die Bundesregierung und damit die Kanzlerin tatsächlich, wie er in vorherigen Stellungnahmen indirekt angedeutet hatte, verklagen wolle, wie folgt: „Wir haben im Moment keinen Zustand von Recht und Ordnung. Es ist eine Herrschaft des Unrechts. Wenn wir politisch die Wiederherstellung von Recht und Ordnung nicht erreichen, dann müssen wir das eben juristisch angehen.“ (Seehofer 2016) Zwei Jahre später, 2018, sagte er in einem Interview: „[...] die Migrationsfrage ist die Mutter aller politischen Probleme in diesem Land. Das sage ich seit drei Jahren [...] Viele Menschen verbinden jetzt ihre sozialen Sorgen mit der Migrationsfrage.“ (Seehofer 2018)

Ebenfalls 2018 wurde das Bundesministerium des Inneren umbenannt in das Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat.

Dieser Phase der Stärkung rechtspopulistischer Positionen folgte jedoch eine Phase ihrer teilweisen Schwächung. Der Konflikt in der Flüchtlings- und Migrationspolitik wurde innerhalb der CDU/CSU nach 2018 nicht mehr offen ausgetragen und die Position der Kanzlerin scheint nunmehr von einer Mehrheit sowohl in der CDU als auch in der CSU mitgetragen zu werden. Die Wahl von Armin Laschet, der seit langem dieselbe Position wie die Kanzlerin vertritt, zum neuen CDU-Vorsitzenden Anfang 2021 und seine Ernennung zum Kanzlerkandidaten der Union bestätigt diese Entwicklung. Im Vordergrund stehen seit 2020 die Pandemie-Bekämpfung und die Auseinandersetzung mit der gestärkten Partei Bündnis 90/Die Grünen in der Klimapolitik.

Stärkung einer offeneren gegenüber der konservativen Integrationspolitik in der Bundespolitik

Seit dem Jahr 2000 veröffentlicht der Bundesinnenminister im Namen der Bundesregierung jedes Jahr einen Migrationsbericht. Im „Migrationsbericht 2019“ vom Dezember 2020 finden sich einige neue Wortschöpfungen wie „Asylmigration“ und „Asylzuwanderung“ (Bundesregierung 2020a). In seinem Vorwort schreibt Horst Seehofer: „Nach dem Anstieg der Asylmigration im Jahr 2015 ist die Einwanderung nach Deutschland insgesamt in den letzten vier Jahren zurückgegangen.“ (ebd.: 5) Der Bericht spricht auch von einer „Entwicklung der Asylzuwanderung“ (ebd.: 19). In diesen Wortschöpfungen dürfte noch etwas von dem älteren Vokabular, wie z.B. ‚Asylmissbrauch‘, mitschwingen, nicht mehr aber in der folgenden

Ankündigung des Berichts: „Zudem sollen die Möglichkeiten für ‚Vorintegrationsangebote‘ und ‚Sprachkurse im Herkunftsland‘ erweitert werden, um die Attraktivität Deutschlands als Einwanderungsland für ausländische Fachkräfte zu steigern.“ (ebd.: 28) Noch vor zwanzig Jahren lehnte es die CDU/CSU vehement und geschlossen ab, Deutschland als Einwanderungsland zu bezeichnen.

Nach der Verabschiedung des „Migrationspaketes“ im Bundestag traten im Jahr 2019 und 2020 mehrere Bundesgesetze in Kraft; dazu zählen u.a. das Fachkräfteeinwanderungsgesetz, das Ausländerbeschäftigungsförderungsgesetz, das Gesetz über Duldung bei Ausbildung und Beschäftigung, das Gesetz zur Entfristung des Integrationsgesetzes, das Dritte Gesetz zur Änderung des Asylbewerberleistungsgesetzes und das Dritte Gesetz zur Änderung des Staatsangehörigkeitsgesetzes (ebd.: 12, 13). Im November 2020 wurde schließlich der „Maßnahmenkatalog des Kabinettsausschusses zur Bekämpfung von Rechtsextremismus und Rassismus“ verabschiedet (Bundesregierung 2020b). Der Ausschuss tagte unter dem gemeinsamen Vorsitz der Kanzlerin und des Bundesinnenministers Horst Seehofer (BPA 2020). Diese Maßnahmen und einige dieser Gesetze stellen eine Abkehr von einer nationalkonservativen Programmatik und eine Liberalisierung des sogenannten Ausländer- und Asylrechts dar.

Für die Migrations- und Flüchtlingspolitik sind sowohl das Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat und das ihm untergeordnete Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) als auch die im Bundeskanzleramt ansässige Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration zuständig. Die amtierende Beauftragte ist die Staatsministerin des Bundeskanzleramtes Annette Widmann-Mauz. Das Amt dieser Beauftragten wurde 2005 vom Bundesfamilien-

ministerium in das Bundeskanzleramt verlagert und damit aufgewertet. Seit 2005 erstellen die Beauftragten im Durchschnitt alle zwei Jahre einen umfassenden Bericht. In dieser administrativen Aufteilung sind Spannungen zwischen dem Bundesministerium und dem Kanzleramt bzw. der Kanzlerin angelegt. Die Berichte der Beauftragten und die seit 2000 jährlich vom Bundesinnenministerium erstellten „Migrationsberichte“ weichen sowohl bei den inhaltlichen Schwerpunkten als auch in der Diktion deutlich voneinander ab.

Kommunale Ebene: starkes Städtebündnis, schwache Integration durch politische Partizipation

Auch auf kommunaler Ebene gibt es Initiativen, die eine Abkehr von nationalkonservativen Positionen vollziehen. Dazu zählt das im Juni 2019 gegründete Bündnis „Städte Sicherer Häfen“ mit den zwölf Gründungsmitgliedern Berlin, Detmold, Freiburg, Flensburg, Greifswald, Hildesheim, Kiel, Krefeld, Marburg, Potsdam, Rostock und Rottenburg am Neckar. Ihm gehörten Anfang 2021 fast 230 Städte aus allen Bundesländern an (Stand April 2021, Seebrücke 2021). Die Stadt Potsdam übernimmt seit 2019 die Koordination des Bündnisses, dessen Ziele in der 2019 verabschiedeten Potsdamer Erklärung beschrieben werden: „Als ‚Städte Sicherer Häfen‘ fordern wir von der Bundesregierung und dem Bundesinnenminister die schnellstmögliche Zusage, dass wir aufnahmebereiten Kommunen und Gemeinden die aus Seenot im Mittelmeer geretteten Geflüchteten auch aufnehmen können [...] Wir fordern zu diesem Zweck eine Bund-Länder-Vereinbarung im Sinne einer direkten Aufnahme von aus Seenot Geretteten von Bord in die aufnahmewilligen Kommunen und Gemeinden [...] Den aus Seenot Geretteten muss selbstverständlich der Zugang zu einem

fairen, rechtsstaatlichen Asylverfahren gewährt werden.“ (Potsdamer Erklärung 2019) Im Juni 2021 initiierten die Städte Palermo auf Sizilien und Potsdam die Gründung des europäischen Städtebündnis „Internationale Allianz Städte Sicherer Häfen“, das die Rettung von Geflüchteten im Mittelmeer unterstützt; die teilnehmenden Städte sind bereit sie aufzunehmen (Erklärung der Bürgermeister 2021). Es gibt allerdings hinsichtlich der Vertretung von Migrant:innen in politischen Entscheidungsgremien sowohl auf kommunaler als auch auf Landes- und Bundesebene sehr große Defizite. Auch die in sehr vielen Kommunen seit den 70er Jahren arbeitenden Integrations(räte bzw. Ausländerräte, die nur eine beratende Funktion haben, können dieses Defizit kaum beheben. Circa 400 dieser Räte haben sich in fast allen Bundesländern zu Landesvereinigungen zusammengeschlossen, die im Bundeszuwanderungs- und Integrationsrat, der früher Bundesausländerbeirat hieß, zusammenarbeiten (Bundesregierung 2019: 286).

Positionen der Beauftragten der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration

Der im Dezember 2019 von der Beauftragten der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration veröffentlichte 12. Bericht enthält einige bemerkenswerte Aussagen, die einen Gegenentwurf zu nationalkonservativen Positionen darstellen. Er trägt den Titel „Deutschland kann Integration: Potenzial fördern, Integration fordern, Zusammenhalt stärken“ und stellt auf über 350 Seiten detailliert Ergebnisse der Migrationsforschung, Integrationsprobleme und geplante Maßnahmen vor (Bundesregierung 2019).

Der Bericht lehnt einen Integrationsbegriff ab, der sich primär auf eine „kulturelle und ethnische Herkunft oder eine vermeintliche Gruppenidentität“ (ebd.: 37) von Migrant:innen bezieht, und beschreibt die Schwächen des Begriffs Migrationshintergrund: „Besonders irritierend wirkt dieser Begriff in der Beschreibung der Menschen mit Migrationshintergrund, die als Deutsche in Deutschland geboren sind. Spätestens hier stellt sich die Frage, ob eine statistische Aufteilung der Bevölkerung entlang des Merkmals ‚mit und ohne Migrationshintergrund‘ sinnvoll ist. Es bedarf einer deutlichen Differenzierung.“ (ebd.: 25) Weiterhin heißt es: „[...] Menschen mit Migrationshintergrund sind nicht nur ethnisch, kulturell und religiös verschieden. Sie unterscheiden sich darüber hinaus – ebenso wie Menschen ohne Migrationshintergrund – in Bezug auf zahlreiche weitere Identitätsmerkmale wie etwa Alter, Geschlecht, sexuelle Orientierung, soziale Herkunft, Einkommen, Bildungsniveau und Arbeitsfelder.“ (ebd.: 38) Daraus leitet der Bericht die Notwendigkeit eines „Perspektivwechsels von einer Defizit- zu einer Potenzialorientierung“ der Integrationspolitik ab, die „die individuellen Qualifikationen, Kompetenzen, Erfahrungen, Talente und Interessen einer Person in den Blick nimmt, die diese in ein Unternehmen, eine Organisation oder Verwaltungen einbringen kann“ (ebd.: 37). Es werde „immer wichtiger, mehrdimensionale, potenzialorientierte Integrationsansätze zu entwickeln und die Vielfalt als gesellschaftlichen sowie wirtschaftlichen Mehrwert zu erkennen“ (ebd.: 36).

Das Ziel der Integrationspolitik – so der Bericht – müsse auch sein, die strukturelle sozio-ökonomische Benachteiligung der Gruppe von Personen mit Migrationsgeschichte zu überwinden. Diese Gruppe habe durchschnittlich einen geringeren Bildungsabschluss, ein niedrigeres Einkommen und ein höheres Armutsrisiko als die Gruppe ohne solch eine Geschichte. Innerhalb der Migrationsgruppe

sind Frauen davon noch stärker betroffen als Männer (ebd.: 43). „Mit 28,6 % ist das Armutrisiko bei Menschen mit Migrationshintergrund mehr als doppelt so hoch wie in der Bevölkerung ohne Migrationshintergrund. Hier lag das Armutrisiko bei 11,8 %.“ (ebd.: 25, bezogen auf 2017).

Postmigrantische Gesellschaft und Allianzen

Eine der prominentesten Vertreterinnen des Ansatzes der ‚postmigrantischen Gesellschaft‘ ist Naika Foroutan. Ihr Buch „Die postmigrantische Gesellschaft: Ein Versprechen der pluralen Demokratie“ (Foroutan 2019) steht in einer republikanischen Demokratie-Tradition, die die Staatsform der Republik als Gegenmodell zum Nationalstaat begreift.² Die Gründung der Republik durch die Französische Revolution basierte programmatisch auf dem Staatsvolk der Citoyens, die einer politischen Verfassung zustimmen, ohne einer bestimmten Ethnie oder Kultur angehören zu müssen. Der Nationalstaat, wie z.B. das 1871 gegründete Deutsche Reich, definiert hingegen das Staatsvolk als ethnisch bzw. ‚völkisch‘ homogene Gruppe. Nach Foroutan basiert aber eine entwickelte postmigrantische Gesellschaft auf Individuen, die völlig unabhängig von ihrer Migrationsgeschichte gleichberechtigte Staatsbürger:innen sind. Ihr Konzept entspricht damit der Definition einer Republik.

Die Autorin bezeichnet Gesellschaften als postmigrantisch, wenn sie zum einen faktisch „Einwanderungsgesellschaften“ sind, in denen vielschichtige intensiviert und konfliktive Aushandlungsprozesse stattfinden und in denen die „binäre Codierung in Einheimische und Eingewanderte“ sich in Auflösung befindet. Zum anderen

² Vgl. zu früheren Versionen postmigrantischer Konzepte und zur Kritik an ihnen Mecheril (2014) und Yıldız (2019, 2010).

existieren in ihnen neue breite politische „Allianzen“, die sich für eine „plurale Demokratie“ einsetzen und rechts-populistische Angriffe auf diese Demokratie abzuwehren versuchen (ebd.: 19). Das Spektrum „postmigrantischer Allianzen [...] ist sehr heterogen und umfasst Konservative, Liberale und Linke, Alte wie Junge, migrantische und nicht-migrantische Personen gleichermaßen entlang der Haltung, ob Demokratien grundsätzlich allen Menschen gleiche Rechte zukommen lassen sollen“ (ebd.: 225).

Für Foroutan ist die „Migrationsfrage zur neuen sozialen Frage“ (ebd.: 216) und „zu einer Chiffre für den Umgang mit Differenz, Hybridität und Ambiguität“ geworden (ebd.: 61). Die „dominanten Konflikte der Aushandlung sozialer Gerechtigkeit bleiben weiterhin rund um die ökonomische Frage gruppiert, jedoch werden sie flankiert“ von „Gleichheitskämpfen“ um die „Gleichberechtigung der Geschlechter“ und gegen die „Diskriminierung in all ihren kulturellen, ethnischen, religiösen, nationalen und klassenspezifischen Spielarten“ (ebd.: 78). Ähnlich wie der vorgestellte 12. Bericht der Beauftragten der Bundesregierung beschreibt die Autorin die strukturelle Diskriminierung von Migrant:innen insbesondere im Bildungssektor, auf dem Arbeitsmarkt und bei der „Repräsentation“ in politischen Entscheidungsgremien in den Kommunen, Landtagen und im Bundestag sowie in der Verwaltung.

Postmigrantische Gesellschaft und Regelung der zukünftigen Einwanderung

Das vorgestellte postmigrantische Konzept bezieht sich auf die innenpolitische Ebene und klammert das Thema der zukünftigen Regelung der Einwanderung und des Grenzübertritts von Geflüchteten in den EU-Schengenraum fast vollständig aus. Foroutan leitet aus dem „Versprechen der

pluralen Demokratie“ Konsequenzen für innenpolitische Integrationspolitik nicht aber gleichermaßen auch für diese außenpolitische Regelung ab.

Die Autorin differenziert zwischen verschiedenen Typen politischer Allianzen in der postnationalen Gesellschaft. Während „radikale Allianzen“ Maximalforderungen wie „offene Grenzen“ vertreten würden, seien die Forderungen der beiden Allianzen „nicht-dominanter Gruppen“ und der „Mitte“ moderater (Foroutan 2019: 202-208). „Radikale Allianzen“ könnten „diskriminierende Strukturen sichtbar“ machen (ebd.: 203). „Allerdings kann die Grenzüberschreitung, die in der Radikalisierung mit einprogrammiert ist, auch diese Allianz selbst delegitimieren.“ (ebd.: 203) Eine Allianz, die „offene Grenzen“ befürwortet, als „radikal“ zu bezeichnen, ist hinsichtlich ihres humanitären Aktionismus und eines praktisch umgesetzten moralischen Rigorismus gerechtfertigt. Aber auch diese Allianz kann sich auf das „Versprechen der pluralen Demokratie“ berufen, deren Normen und Werte in analytisch-theoretischer Hinsicht radikal-universalistisch sind.

Es existiere eine u.a. durch „Überfremdungsängste“ verursachte „Migrationsabwehr“ in der „Mitte der Gesellschaft“ (ebd.: 196, 197) und bei „nicht-dominanten Gruppen“ eine Ablehnung von „neu Hinzugekommenen“: „So konnte im Zuge der Fluchtmigration (ab 2015, D.R.) beobachtet werden, dass von Seiten der bereits in Deutschland lebenden Migrant:innen teilweise flüchtlingsaversive bis -feindliche Positionen vertreten wurden.“ (ebda.: 194)

Aus politisch-pragmatischer Sicht kann argumentiert werden, dass es sinnvoll ist, die beiden Themenkomplexe der innenpolitischen Konsolidierung einer Gleichberechtigung aller Bürger:innen in einer „pluralen Demokratie“

und der zukünftigen Regelung der Einwanderung bzw. des Grenzübertritts von Geflüchteten zu trennen. Aus theoretisch-analytischer Sicht ist jedoch auch diese Regelung ein immanenter Bestandteil eines Demokratie-Modells, das auf universell gültigen Menschenrechten und deren zahlreichen Kodifizierungen innerhalb und außerhalb des UN-Systems basiert. Foroutan stellt aber in ihrem theoretisch-analytischen Konzept nur die Schlussfolgerungen des „Versprechens der Demokratie“ (ebd.: 226) für innenpolitische Strukturen vor. Insofern beschreibt ihr postmigrantisches Konzept nur die eine Hälfte dieses Versprechens der Demokratie. Der von der Autorin als „normatives Paradoxon“ bezeichnete Widerspruch zwischen den demokratisch-menschenrechtlichen Normen und ihrer nie vollumfänglich zu erreichenden praktischen Umsetzung existiert nicht nur innerhalb demokratisch verfasster Staaten, sondern auch in der Regelung der Einwanderung bzw. des Grenzübertritts von Geflüchteten und der Politik der ‚Grenzsicherung‘.

Eine Einbeziehung dieser Regelung und Politik in ein postmigrantisches Konzept könnte problemlos anknüpfen an das bereits in der Aufklärung formulierte „Weltbürgerrecht“ Immanuel Kants (1795/1977): „Da es nun mit der unter den Völkern der Erde [...] (engeren oder weiteren) Gemeinschaft so weit gekommen ist, dass die Rechtsverletzung an *einem* Platz der Erde an *allen* gefühlt wird: so ist die Idee eines Weltbürgerrechts keine phantastische und überspannte Vorstellungsart des Rechts, sondern eine notwendige Ergänzung des ungeschriebenen Kodex, sowohl des Staats- als Völkerrechts zum öffentlichen Menschenrechte überhaupt, und so zum ewigen Frieden, zu dem man sich in der kontinuierlichen Annäherung zu befinden nur unter dieser Bedingung schmeicheln darf.“

(ebd.: 20/649, Hervorhebungen im Orig.)³ In dieser Weltbürgerrechts-Tradition stehen auch das Konzept der „postnationalen Demokratie“ (Habermas 1998, 2020) und jenes der „cosmopolitical citizenship“ (Balibar 2009). Die historischen europäischen Erfahrungen mit dem Kolonialismus, den Kriegen und dem „barbarischen Nationalismus [...] haben das normative Selbstverständnis der europäischen Moderne geprägt, einen egalitären Universalismus, der uns [...] den Übergang zu den anspruchsvollen Anerkennungsverhältnissen einer postnationalen Demokratie erleichtern sollte“ (Habermas 1998: 12). Balibar spricht von dem „regulatory ideal of cosmopolitical citizenship (whose practical side could be an international rule of law enforced by multinational global institutions)“ (Balibar 2009: 211).

„Multikulti“ im Bundeskanzleramt und postmigrantische Gesellschaft in der abgeschotteten EU-Festung?

Im Gegensatz zur Integrationspolitik gibt es bei der Abschottung der EU-Außengrenzen einen weitgehenden Konsens innerhalb der CDU-CSU-SPD-Regierungskoalition. So beruft sich das Bundeskanzleramt der Kanzlerin Angela Merkel in seiner seit 2015 vertretenen Integrationspolitik auch auf menschenrechtliche Normen und Werte, unterstützt aber gleichzeitig die inhumane Abschreckungspolitik an den EU-Außengrenzen. Während innenpolitisch eine ‚unterlassene Hilfeleistung‘ ein Gesetzesverstoß ist, ist dieser Verstoß für die deutsche Regierung und andere EU-Regierungen die wichtigste Strategie der Abwehr von Geflüchteten auf dem Mittelmeer und in den völlig überlasteten Unterkünften und Lagern der Mittelmeeranrainerstaaten. Diese Politik verstößt gegen das internationale Asyl- und Flüchtlingsrecht.

³ Weil Kant in seinen Schriften sowohl universalistische Menschenrechte definiert als auch rassistische Positionen vertritt, wird er auch als „inkonsistenter Universalist“ bezeichnet (Lieder 2021).

Ein Vergleich des 12. Berichts der Beauftragten der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration und des Buches „Postmigrantische Gesellschaft“ von Naika Foroutan, die beide 2019 erschienen sind, zeigt, dass es zwischen der gemäßigt neoliberalen Argumentation des Berichts und der demokratisch-inklusiven Position des Buches zahlreiche Übereinstimmungen gibt. Beide Veröffentlichungen beziehen klar Position sowohl gegen das rechtsextremistisch-völkische als auch gegen das nationalkonservative Konzept, befürworten eine Zunahme der kulturellen Vielfalt und Partizipation und fordern die Beseitigung der strukturellen sozio-ökonomischen Benachteiligung migrantischer Gruppen u.a. in der Arbeitsmarkt-, Bildungs- und Sozialpolitik, insbesondere für Frauen. Beide Veröffentlichungen beschäftigen sich allerdings kaum mit den massiven Menschenrechtsverletzungen an der EU-Außengrenze und mit der zukünftigen Regelung der Einwanderung und des Grenzübertritts von Geflüchteten. Naika Foroutan vertritt aber im Gegensatz zur Bundesbeauftragten eine konsequente inklusiv-demokratische Position und fordert deshalb deutlicher als der Bericht dieser Beauftragten eine stärkere soziale und politische Partizipation aller bis jetzt marginalisierter Gruppen in staatlichen und nicht staatlichen Institutionen. Welche der beiden Positionen die Integrationspolitik zukünftiger Regierungen auf Bundes- und Länderebene prägen wird, hängt von der generellen politischen und sozio-ökonomischen Entwicklung ab. Mittelfristig dürfte die nationalkonservative Position zumindest auf der bundespolitischen Ebene weiterhin geschwächt bleiben.

Das vorgestellte postmigrantische Konzept zieht zwar überzeugend Schlussfolgerungen aus dem „Versprechen der pluralen Demokratie“ für die innenpolitischen Strukturen, nicht aber gleichermaßen hinsichtlich der externen Beziehungen, also der Regelung der Einwanderung und

des Grenzübertritts von Geflüchteten. Es ist nicht auszuschließen, dass sich zukünftig die Akteure einer auch vom Bundeskanzleramt mitgetragenen breiten Allianz von „Konservativen, Liberalen und Linken, Alten wie Jungen, migrantischen und nicht-migrantischen Personen“ (vgl. Foroutan 2019: 225) auf den Kompromiss verständigen, innenpolitisch eine postmigrantische Gesellschaft und außenpolitisch die EU-Festung auszubauen.

Referenzen

Balibar, Étienne 2009: Europe as borderland. In: Environment and Planning D: Society and Space, H. 27, S. 190-215.

BPA – Presse- und Informationsamt der Bundesregierung 2020: Pressemitteilung 417, 25.11.2020. Verfügbar: <<https://www.bundesregierung.de/breg-de/aktuelles/kabinettausschuss-zur-bekaempfung-von-rechtsextremismus-und-rassismus-erarbeitet-umfangreichen-massnahmenkatalog-1819968>>. (2021-06-25)

- Bundesregierung 2019: Deutschland kann Integration: Potenzial fördern, Integration fordern, Zusammenhalt stärken. 12. Bericht der Beauftragten der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration, Staatsministerin Annette Widmann-Mauz (Dez. 2019). Verfügbar: <<https://www.integrationsbeauftragte.de/resource/blob/822390/1699390/98e849dd7baa9d2358553d-bc6aa1d946/lagebericht-12-data.pdf?download=1>>. (2021-06-25)
- Bundesregierung 2020a: Migrationsbericht der Bundesregierung, Migrationsbericht 2019 (BMI/BAMF). Dez. 2020. Verfügbar: <https://www.bmi.bund.de/SharedDocs/downloads/DE/veroeffentlichungen/themen/migration/migrationsbericht-breg-2019.pdf?__blob=publicationFile&v=4>. (2021-06-25)
- Bundesregierung 2020b: Maßnahmenkatalog des Kabinettsausschusses zur Bekämpfung von Rechtsextremismus und Rassismus, 25.11.2020. Verfügbar: <<https://www.bundesregierung.de/resource/blob/997532/1819984/4f1f9683cf3faddf90e27f09c692abed/2020-11-25-massnahmen-rechtsextremi-data.pdf?download=1>>. (2021-06-25)
- Erklärung der Bürgermeister 2021: Erklärung Internationale Allianz Städte Sicherer Häfen Palermo 25. Juni 2021. Verfügbar: https://www.potsdam.de/sites/default/files/documents/erklaerung_der_staedte_und_zusatzerklaerung.pdf (2021-06-25)
- Foroutan, Naika 2019: Die postmigrantische Gesellschaft: Ein Versprechen der Pluralen Demokratie. Bielefeld.
- Habermas, Jürgen 1998: Die postnationale Konstellation und die Zukunft der Demokratie (Text ist die unwesentlich gekürzte Fassung einer Rede, die Jürgen Habermas am 05.06.1998 vor dem „Kulturforum der Sozialdemokratie“ in Berlin gehalten hat). Verfügbar: <<http://library.fes.de/pdf-files/akademie/online/50332.pdf>>. (2021-06-25)

- Habermas, Jürgen 2020: Die postnationale Konstellation. Politische Essays. 6. Auflage (1. Auflage 1989), Berlin.
- Hahn, Petrus 2016: Soziologie der Migration, 4. Auflage, Konstanz.
- Kant, Immanuel 1795/1977: Zum ewigen Frieden. Ein philosophischer Entwurf. In: Weischedel, Wilhelm (Hg.) 1997: Kant-Werke in zwölf Bänden. Bd. 11. Suhrkamp, Frankfurt am Main, S. 20/622-20/712.
- Krassimir Stojanov 2020: Inklusion statt Integration als Leitbegriff für Migrationspolitik? In: Spieker, Michael/ Christian Hofmann (Hrsg.). Integration, Teilhabe und Zusammenleben in der Migrationsgesellschaft, Berlin/ Tutzing, Seite 101-114
- Lieder, Marianna 2021: Kant und der Rassismus. In: Philosophie Magazin, 2. Jan. 2021. Verfügbar: <<https://www.philomag.de/artikel/kant-und-der-rassismus-0>> (2021-06-25)
- Mecheril, Paul 2014: Was ist das X im Postmigrantischen? In: sub\urban, zeitschrift für kritische stadtforschung, Jg. 2, H. 3, S. 107-112.
- Potsdamer Erklärung 2019: Verfügbar: <https://www.potsdam.de/sites/default/files/documents/2019_06_03_potsdamer_erklaerung.pdf>. (2021-06-25)
- Scherr, Albert 2019: Der Inklusionsbegriff. Theoretische Grundlagen und gesellschaftspolitische Implikationen. In: Birsl, Ursula; Kleist, J. Olaf; Scherr, Albert et al. (Hg.): Handbuch Integration. Berlin.
- Seebrücke 2021: 227 Sichere Häfen in Deutschland. Verfügbar: <<https://seebruecke.org/sichere-haefen/sichere-haefen/>>. (2021-06-25)

Seehofer, Horst 2018: Horst Seehofer im RP-Interview „Migrationsfrage ist die Mutter aller Probleme“. In: Rheinische Post, 06.09.2018. Verfügbar: <https://rp-online.de/politik/deutschland/horst-seehofer-lehnt-stichtagsregelung-fuer-fluechtlinge-als-fachkraefte-ab_aid-32736207>. (2021-06-25)

Seehofer, Horst 2016: Seehofer unterstellt Merkel „Herrschaft des Unrechts“, Interview mit Horst Seehofer im Wortlaut. In: Passauer Neue Presse, 09.02.2016. Verfügbar: <<https://www.pnp.de/nachrichten/bayern/Seehofer-unterstellt-Merkel-Herrschaft-des-Unrechts-1958889.html>>. (2021-06-25)

Yildiz, Erol 2019: Postmigrantische Lebensentwürfe jenseits der Parallelgesellschaft. In: Böttcher, Alexander; Hill, Marc; Rotter, Anita et al. (Hg.): Migration bewegt und bildet. Kontrapunktische Betrachtungen. Osnabrück, S. 13-27.

Yildiz, Erol 2010: Die Öffnung der Orte zur Welt und postmigrantische Lebensentwürfe. In: SWS-Rundschau, Jg. 50, H. 3, S. 318-339. Verfügbar: <<https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-381864>>. (2021-06-25).

Das Ende der Eindeutigkeit?

Reflexion über hybride Ideologien und neueste soziale Bewegungen

Boris Krumnow und Ricardo Glaser

Unser Beitrag ist als Essay mit begrenzter Reichweite zu verstehen. Er ist im November 2020 entstanden, in der Zeit der COVID-19-Pandemie und verstärkter Proteste, denen zu diesem Zeitpunkt verschiedene Etikettierungen gegeben wurden. Ziel unseres Beitrags ist die Einladung zum gemeinsamen kritischen Nachdenken über die aktuelle Erregung hinaus.

Teil 1: Die Rebellion der Anderen

Schwierigkeiten mit der Einordnung

In unserer Welt, in der es widerspruchslose Eindeutigkeit gewiss nie gegeben hat, breitet sich das Hadern mit der Kontingenz menschlicher Lebenserfahrungen in rasantem Tempo aus. Die Demonstrationen der „Querdenker“ und „Corona-Leugner“¹ lösen in einem breiten Spektrum sich als links bis liberal-konservativ verortender Menschen Verwunderung, Unverständnis, Ablehnung und Verurteilung aus. Schwierig ist unterdessen die Einordnung des

¹ Obgleich mit dieser Etikettierung eine gewisse Eindeutigkeit nahegelegt wird, handelt es sich vielmehr um ein diverses Spektrum zwischen Verleugnung und Verharmlosung der Pandemie und um Menschen, die sich aus unterschiedlichen Motiven in unterschiedlicher Weise gegen die politischen Strategien der Eindämmung positionieren.

Phänomens und seiner Dynamik. Das Spektrum der kategorisierenden Akteure, von Verfassungsschützer*innen über Journalist*innen bis hin zu zivilgesellschaftlich Engagierten, aktiviert tradierte Deutungsschemen wie bspw. „Rechtsextremisten“ oder „Antisemiten“, um des „Phänomens“ habhaft zu werden. Es fallen auch Zuschreibungen wie „Querfront“, „Nazis und Linke“, „Verschwörungsideologen und Esoterikszenen“ oder „Althippies und Reichsbürger“. Inzwischen ist auch vom neuen „Extremismus sui generis“ die Rede.

Diese hier schlagwortartig skizzierten Raster spiegeln zweifellos einen beachtlichen Teil der beobachtbaren „Realität“ wider und leisten wichtige Beiträge zu deren Erklärung. Uns scheint es jedoch nicht ausreichend, den sich hier zeigenden, fluiden Mobilisierungen vertraute Etiketten anzuheften. Dies könnte zu leicht dazu führen, zur Tagesordnung überzugehen. Wir möchten die Ursachen und Gründe der aktuellen Proteste in den Blick nehmen. Die hybriden ideologischen Projektionen, die wir in dieser neuesten sozialen Bewegung vorfinden, beziehen sich in Zerrbildern auf gesellschaftliche Kontexte, die diese „Rebellion der Anderen“ antreiben. Von den „Querdenkern“ wird die liberale Demokratie als regulierendes System angezweifelt und die linksliberale Zivilgesellschaft als systemtragende Gruppe markiert. Gleichzeitig bedienen sich diese Aktivist*innen aus Traditionslinien des demokratischen Protests und teilweise autoritätskritischer Gegenkultur.

Es zeigt sich ein weiteres Mal, dass das Ende der Geschichte nicht in Sicht ist. Die Rebellion reiht sich ein in eine globale Unruhe, die liberale und demokratische wie auch in spezifischer Weise autoritäre und nichtdemokratische Gesellschaften erfasst hat und durch die deren Legitimitäts- und Deutungserzählungen in Frage gestellt werden.

*„Verschwörungsheilpraxis esoterik meets
Impfgegnerreichsantikapitalismus“*

Die Ideen der „Querdenker- und Anti-Corona-Bewegung“ (im weitesten Sinne) haben nicht nur von vielen Köpfen Besitz ergriffen, sondern können zweifellos viele Menschen ansprechen, aktivieren und mobilisieren. In Leipzig versammelten sich am 7.11.2020 zwanzig- oder sogar vierzigtausend Demonstrant*innen. Ihnen ist es, trotz Auflösung der genehmigten Versammlung, gelungen, den Innenstadtring zu umlaufen und damit symbolisch an die Wochen der friedlichen Revolution in der DDR anzuknüpfen, wobei die Friedlichkeit primär bei den sich anschließenden Tänzen in der Leipziger Innenstadt gewahrt wurde. Am Rande des Aufzugs wurden Polizist*innen, Journalist*innen und Gegendemonstrant*innen gewalttätig von (rechtsextremen) Schlägern attackiert.

Die Bilder der verschiedenen Proteste zeigen Vieles, zum Beispiel Wut, aber auch Angst. Ein Foto zeigt zornige Frauen ohne Maske, die Polizist*innen anschreien. Die Spucke spritzt. Auf einem anderen Bild ist ein älteres Paar mit verzerrten Gesichtern zu erkennen. Sie hält ein Plakat mit dem Schriftzug „Lieber tot als ein ganzes Leben in Angst“, er filmt den gegenüberstehenden Journalisten mit seiner Handykamera. Angst spielt im Leben dieser Menschen eine zentrale Rolle, die Verhaltensakte vermitteln den Eindruck emotionaler Endspiele. Es sind darüber hinaus auch Botschaften und Parolen zu lesen, die manchem Bürgerrechtler und mancher kämpferischen Radikaldemokratin vertraut erscheinen: Ein Demonstrant mit Guy-Fawkes-Maske hält ein Plakat „Nie wieder Diktatur + Totalitarismus“ hoch, andere Statements sind z.B. „Ohne Wahrheit keine Freiheit“, „Keine Totalüberwachung“, „Gib Gates keine Chance“, „Für Freiheit, Würde und gesunden Menschenverstand“, „Nie mehr Faschismus – stoppt G5“.

Was sehen wir da, mit wem haben wir es hier zu tun? Greifen diese Menschen womöglich Anregungen von Hannah Arendt, Michel Foucault oder Erich Fromm auf? Begegnen wir in den Fotografien den letzten Verteidiger*innen des Grundgesetzes oder ist dies der letzte Abgesang auf die Aufklärung?

Reichsfahnen wehen neben den Regenbogenfahnen der Friedensbewegung. Demonstrant*innen tragen Aluhüte. Ohne Zweifel ist das manchmal auch Ironie. Aber Menschen sehen sich in großer Zahl ernsthaft als Opfer staatlicher Verfolgung und Eingriffspolitik, demonstrieren an der Seite von Rechtsradikalen und tragen Masken mit Davidsternen.

Ist das wahnhaftige Hybris? Vermutlich. Sind dies alternative Deutungswelten? Ganz sicher.

Doch wir können auch Versatzstücke von demokratischem Humanismus, Bürgerrechtsideen, Kapitalismuskritik und zumindest nominellen „Antifaschismus“ erkennen. Wenn das als regressive Bewegung zu deuten ist, dann ist es aber keinesfalls etwas Ewiggestriges. Es ist vielmehr eine Innovation, ein Update der politischen Kultur. Dies ist als Erstes zur Kenntnis zu nehmen.

Hybride Ideologien

Von „Hybris“ ist es sprachlich nicht weit bis zur „Hybridität“. Wir schlagen für die zu beobachtenden, in unserem Verständnis neuen Phänomene auf der weltanschaulichen Ebene die Beschreibung „hybride Ideologien“ vor. Dabei verwenden wir „Ideologie“ als kritischen Begriff im Kontext der politischen Theorie. „Hybrid“ ist ein neutraler Begriff, der u.a. in der Soziolinguistik und in den Postcolonial Studies genutzt wird. Unter Hybridität sind

Zusammengesetztheit, Vermischtheit, aber auch Unübersichtlichkeit sowie Uneindeutigkeit in der Zuordnung oder Bewertung zu verstehen. Ein „hybrides Regime“ ist bspw. eine Staatsform, die sich in einer Mischung aus demokratischen und autoritären Elementen (vielleicht ja ein Wunschtraum einiger Protestierender) konstituiert.

Elemente einer Ideologie werden häufig Ideologeme genannt. Eine hybride Ideologie ist eine in neuer Weise aus Ideologemen sehr unterschiedlicher Herkunft zusammengesetzte und hierbei ausgesprochen individuell gemixte Rezeption (ein weiteres Merkmal nach unserer Auffassung) weltanschaulicher Perspektiven. Aus wissenschaftlicher Sicht ist ein solcher Weltanschauungscocktail besonders inkonsistent. Das scheint jedoch kein Problem darzustellen. Hybride Ideologien „funktionieren“ in einer gesellschaftlichen Realität, die durch einen vulgären Poststrukturalismus² geprägt ist.

Von Querfront zu Remix

Natürlich verbinden alle Weltanschauungen verschiedene Elemente aus unterschiedlichen Quellen und kombinieren und arrangieren Ideen in innovativ neuer Weise. So haben bspw. faschistische und völkische Ideologen des 20. Jahrhunderts immer wieder auf linke Ideologeme und esoterische Konzepte zurückgegriffen und diese in neue Deutungszusammenhänge implementiert. Der Begriff „Querfront“ geht in seinem Ursprung auf ein nicht realisiertes, gegen die Weimarer Republik gerichtetes Projekt konservativer Revolutionär*innen und Gewerkschafter*innen zurück. Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde er

² Von der ideologiekritischen Dekonstruktion der Zusammenhänge von Gesellschaft, Diskurs und Macht bleibt nur der Impetus, der Wahrheit als beliebig wandelbare Aussage dechiffriert und in der Willkür alternativer Fakten auflöst.

häufig zu einem Kampfbegriff der radikalen Linken. Seit etwa zehn Jahren wird auch in der medialen Öffentlichkeit über „Querfront“-Phänomene diskutiert. Inzwischen ist der Begriff nahezu entkernt und bereits von neurechten Propagandist*innen angeeignet – als ironische Eigenidentifikation, vor allem aber als Beschreibung der politischen Gegner. Gemeint ist hier die Querfront der „Etablierten“, von CDU bis Die Linke.

Begriffe haben aus unserer Sicht eine Halbwertszeit und eine Bindung an soziale Realitäten. Sie drohen, ihre kritische Substanz und analytische Ressource zu verlieren. Schließlich geht es bei dieser neuen sozialen Bewegung nicht einfach um eine Vermischung von „rechts“ und „links“. Sie ist noch stärker als ihre vermeintlichen oder tatsächlichen Vorläufer (z.B. PEGIDA) eine Erscheinung in der Breite, scheint aus „dem wütenden Maschinenraum“ unserer Gesellschaft zu kommen.

Mythologisierende hybride Cocktails

Diese neue (soziale) Bewegung hat mehrere Kristallisationspunkte, die zunächst nicht ohne weiteres kompatibel sind, aber im Aktivismus des Protestes eine Verbindung eingehen. Hier wären vor allem auch die mannigfachen Anknüpfungen an die Spektren der Neuen Rechten, des gewaltorientierten Rechtsextremismus und des „systemkritischen“ Rechtspopulismus zu nennen.

Nationaler, verschwörungsideologischer Antikapitalismus findet nunmehr seine Entsprechung in Querdenker- und Friedensfahnen-Milieus, die ihre Perspektiven aus den Steinbrüchen der Imperialismus-Theorien und geopolitischen Erzählungen gewinnen. Weitere „Antikapitalismen“ mythologisierte und esoterisch-transzendiertere Art fügen sich im antipolitischen Protest zu einer

gemeinsamen Überschrift „gegen das System“. Originell und kurios zugleich ist hierbei, dass die versprochene Reduktion von Komplexität des politischen und ökonomischen Geschehens über die Personalisierung, Dämonisierung und Institutionalisierung des Bösen nur scheinbar eingelöst wird, da das Ganze damit eine neue, diesmal mythologisch aufgeladene Komplexität³ gewinnt.

Ein weiteres Kristallisationsmoment ist das fundamentale Misstrauen gegenüber einem wahlweise als totalitäre Diktatur, illegitime Pseudostruktur oder linkem „deep state“ gedeuteten, von Eliten gekapertem Staat und die hiermit korrespondierende Selbstwahrnehmung als Opfer und unterdrückte Mehrheit. An diese Narrative docken diverse Formen des Geschichtsrelativismus an, der sich bspw. in der Gleichsetzung der autoritären DDR mit dem liberalen Deutschland zeigt. Mit der Ästhetik von Plakaten und politischem Protest wird eine Re-Inszenierung der friedlichen Revolution als gesellschaftliche Erzählung des „Wir (das Volk) und die da oben (linksliberale Eliten)“ gelebt. Mit dem bereits durch die Vorläufer der Bewegung vertrauten Lügenpresse-Vorwurf wird (zumindest auf der ostdeutschen Seite) in einem hybriden Geniestreich das spätsozialistische Misstrauen gegen die Medien der DDR auf die Medienlandschaft des geeinten Deutschlands übertragen.

Dieser kurze Streifzug kann nur Bruchteil und Auftakt einer notwendigen Gesamtschau der ideologischen Fragmente der Bewegung sein.

Fluider, antipolitischer Protest

Wir nehmen wahr, dass neben den als progressiv gedeuteten „Klimaprotesten“ andere, als regressiv etikettierte Bewegungen auf der Bildfläche erschienen sind und sich

³ Als prominente Beispiele die Mythen von Pizzagate, 5G und Gates.

– regional, national und global unterschiedlich – weiter entfalten. Progressivität und Regressivität sind keine feststehenden Begriffe. Am offensichtlichsten wird Letztere, wenn menschenfeindliche Positionen wie Ungleichwertigkeit, Rassismus oder Maskulinismus artikuliert werden. In Bezug auf die Botschaften der „Corona-Leugner“ sind es vor allem die Verschwörungsnarrative und die Personalisierung des Bösen, die eine solche Zuordnung rechtfertigen.

Darüber hinaus positionieren sich diese regressiven Rebell*innen mit deutlicher Tendenz antipolitisch, mit einer das gesamte demokratische System diskreditierenden Botschaft. Ihre hybriden Vorstellungen bedienen sich an vielen weltanschaulichen Richtungen und integrieren Lifestyle-Tendenzen sowie alternative Lebensentwürfe. Die Covid-19-Pandemie und das Krisenerleben sind umfassende, gesellschaftliche Prozesse, die ein individuelles Echo in jeder und jedem Einzelnen auslösen und katalytisch Identitätsvorstellungen, Zugehörigkeiten und Realitätsannahmen verstärken.

Teil 2: Erklärungsversuche

Keine Frage von Faktenchecks

Eine besondere Aufmerksamkeit verdienen die gesamtgesellschaftlichen Themen, die bei den Protesten verhandelt werden. Dazu gehört bspw. die Gesundheitspolitik. Hier geht es nicht nur um Corona oder Impfungen, sondern vielmehr auch darum, wie eine menschliche und menschenzentrierte Medizin aussehen kann und sollte. Die vielerorts spürbare Reibung zwischen Wissenschaftlichkeit und wissenschaftelnder Esoterik kulminiert in der

Skepsis gegenüber oder der Ablehnung der Schulmedizin, ebenso flimmern naturalistische Sehnsüchte und Natürlichkeitswahn auf. Es werden Fragen aufgeworfen und protestierend vorgetragen, die alle betreffen und breite Aufmerksamkeit verdienen. Außerdem verhandeln die „Querdenker“ öffentlich, was in unserer Gesellschaft als wahr gelten kann. Dass Wahrheit nicht nur eine Frage von Faktenchecks ist, sondern auch eine der Machtpositionen im Diskurs, gilt als etablierte und unverdächtige philosophisch-soziologische Erkenntnis. Welche Konsequenzen folgen daraus im Umgang mit alternativen Wahrheiten? Wer formuliert in unserer Gesellschaft, was als wahr anzunehmen ist, und auf Grund welcher Legitimation?

Es führt kein Weg daran vorbei, Fragen der Wahrheit und Wissenschaftlichkeit breit zu verhandeln und mit den diskursiven Bedürfnissen der Menschen (in digitalisierten Lebenswelten) zu verknüpfen.

Kommunikation und Narrative

Achtung, Allgemeinplatz: Gesellschaftlicher Wandel vollzieht sich häufig in der Folge technischer und medialer Innovationen. Die Entstehung des Buchdrucks sowie von Radio und Fernsehen und deren Nutzung als politische Plattformen veränderten die Kommunikation und mit ihr die Gesellschaften. Geänderte Vergesellschaftungspraxen im Kontext der „Neuen Medien“ haben die gleichen Potenziale. Die aktuell sichtbaren Effekte sind sehr unterschiedlich.

Eine Vielzahl von Sinnstiftungs- und Wahrheitsanbieter*innen erreichen schneller und zielgenauer ihre Rezipient*innen. Diese wirken, eine Verheißung des Web 2.0, selbst aktiv multiplizierend und verhelfen den Botschaften zu neuen Adressat*innen. Menschen werden in

Kommunikationsblasen nicht einfach hineingezogen; sie fällen Entscheidungen und orientieren sich an ihren Bedürfnissen sowie den antizipierten Erwartungen wichtiger Menschen in ihrem sozialen Umfeld. Sie wollen in einer Welt der fluiden Identitäten und Zugehörigkeiten etwas mit Bestand entdecken (und sich in der Filterblase kommod einrichten). Mit dem (vermeintlichen) Ende der Meta-Erzählungen vor gut 30 Jahren sind wir keineswegs automatisch kritisch-selbstbewusste und reflexive Mitgestalter*innen einer globalen Öffentlichkeit und aufgeklärter Wissens-Netzwerke geworden. Aber wer weiß, vielleicht können wir das noch werden.

In der Zwischenzeit dienen sich vertraute Schemen à la „Game of Thrones“ den um Orientierung bemühten Menschen an. Mit Narrativen der verschwörerischen Macht und Mystifizierungen werden komplexe ökonomische und politische Strukturen und Prozesse in Gut-Böse- und Täter-Opfer-Schemen aufgelöst. Konspirologie ist menschlicher als kalte Systemanalyse. Sie bietet Optionen der Ablehnung eigener Mitverantwortung, der Selbstaufwertung durch Zugang zur Wahrheit und eine sinnstiftende Erzählung für die Vergemeinschaftung mit ähnlich Gesinnten. Verstärkend wirken in Deutschland tradierte und zumindest latent weit verbreitete kulturpessimistische Lesarten der gesellschaftlichen Prozesse und Entwicklung. Angst, Unsicherheiten und Entfremdung brauchten einen Zünder, das Corona-Virus mit seinen politisch verfügbaren Zumutungen kam und der Protest kulminierte zum identitätsstiftenden Happening.

Der große Wandel und das Zukunftsversprechen

Die bereits benannten kommunikativ-medialen Innovationen formierten sich parallel zu einem beschleunigten, ökonomischen und sozialen Wandel. Stichworte und theoretische Konzepte sind bspw. Postfordismus, Individualisierung, Digitalisierung, Neoliberalismus, Globalisierung usw. Diese Entwicklung zog und zieht u.a. soziale Umschichtungen und die Infragestellung des westlichen Zukunftsversprechens – „unseren Kindern wird es bessergehen als uns“ – nach sich. Das meritokratische Aufstiegsversprechen wird für Teile der Gesellschaft porös, für andere ist es bereits hohl. Die häufig privilegierte, „regressive Seite“ des „Kampfes um die Zukunft“ ignoriert zumeist, dass bspw. die Teilnehmer*innen an Klimaprotesten genau um diese Zukunftschance ringen. Beide Protestwelten scheinen sich mit sehr unterschiedlichen Deutungen und Agenden gegen neoliberale Politiken zu richten, die in den zurückliegenden Jahrzehnten als erfolversprechende Anpassungen an den großen Wandel galten.

Und der Osten, der hat ...

Der Protest von „Querdenkern“ und „Corona-Leugnern“ hat globale Bezüge und regionale Ausprägungen. Die südwestdeutsche Spezifik können wir an dieser Stelle nicht diskutieren, die ostdeutsche aber wenigstens anreißen. Der mit der deutschen Einheit und der ostdeutschen Transformation für große Teile der Bevölkerung traumatisch verlaufende Anpassungsprozess in den 90er Jahren ist offensichtlich längst noch nicht Geschichte. Durch dieses historische Trauma wird die Verklärung der ordnenden, gestaltenden, Verantwortung annehmenden und allumfassend absichernden Staatlichkeit befeuert. Die in

spezifischen Regionen und Milieus kollektiv tradierten Erzählungen über Zusammenbruchs-, Abstiegs- und Diskriminierungserfahrungen sind anders gestrickt als vergleichbare Narrative im Westen, wo der Strukturwandel zeitlich gestreckt stattfand und stattfindet. Die ostdeutschen Bundesländer sind flächendeckend ökonomisch ärmer und diskursiv unterrepräsentiert. Dies ist eine fruchtbare Grundlage für Skepsis, Argwohn und Ablehnung gegenüber der als westdeutsch gelesenen Elite und „ihrem Staat“. In der kollektiven Aneignung und im Reenactment der 89er Umbrüche nimmt – angereichert durch die Erfahrungen der antimigrantischen und hybriden antipolitischen Bewegungen des letzten Jahrzehnts – ein neues, gesamtdeutsch gedeutetes und gegen das heutige Deutschland (die herrschende Ordnung) gerichtetes Narrativ immer klarere Konturen an.

Posttraditionale Identitätssuche

Das in diesem Text verhandelte Ende der Eindeutigkeit hat eines seiner vielen Vorspiele und Begleitmuster im kontinuierlichen Auflösungsprozess der traditionellen Bindungen und Beziehungsmuster, die den einzelnen Menschen einen zumeist festen Platz in der Gemeinschaft wie auch der Gesellschaft zuwies. Den Freisetzungsgewinnen der Einen stehen eben auch Einbußen der Anderen – erfahren durch den Verlust festgefügt, kollektiv abgesicherter, identitärer Normwelten und das Zurückgeworfen sein auf das eigene Ich – gegenüber. Die alltägliche Ermahnung, sich selbst neu zu erfinden, erleben viele Menschen als eine schwere Bürde.

Es wäre zu einfach, in den Protestierenden nur Jene sehen zu wollen, die sich in ein kulturalistisches, rassistisch begründetes, identitäres Kollektiv flüchten.

Wahrnehmbare Teile der Bewegung – erneut ein Verweis auf deren hybriden Charakter – performen mit ausgesprochen individualistischer Dynamik, ihnen sind Lifestyle und individuelle Selbstbestimmung äußerst wichtige Anliegen. Es ist im Moment noch nicht eindeutig zu erkennen, ob die Mehrheit der Beteiligten die Genderwahn- und Replacement-Konstrukte der neuen und der populistischen Rechten teilt.

Am Ende der Eindeutigkeit

Mit dem, was wir hier diskutieren, wollen wir vor allem eines nicht sagen: Dass alles in Ordnung ist und so bleiben kann, wie es ist. Unser Land, Europa und die Welt brauchen Veränderungen. Soziale Bewegungen und Proteste, gleich welcher Couleur, verweisen auf soziale Brüche und Widersprüche, sie markieren Veränderungsbedarf. Es muss klar sein, dass auch in Krisenzeiten nicht einfach „durchregiert“ werden kann. Diese Krise mahnt an, dass wir eine kritische, gesamtgesellschaftliche Diskussion über Wahrheit und eine glaubwürdige Wissenschaft brauchen, die in aktiver Kommunikation mit der Gesellschaft steht. In die Diskurse der Zeit gehören Fragen der Gerechtigkeit, der Nachhaltigkeit und der Teilhabe für Jede und Jeden in einer lernenden Demokratie. Diese Themen sollten wir der „Rebellion der Anderen“ nicht überlassen.

Wir warnen davor, die Proteste als grundlosen Wahn abzutun, ebenso aber davor, ihre gefährlichen Potenziale und die sie begleitende, nationalradikale Gewalt zu übersehen. Wir warnen aber auch vor bürgerlicher Arroganz und urbaner, moralisierender Herablassung durch eine seit mehreren Generationen ihre Privilegien genießende Bildungsschicht. Ist Letzteres als eine Kritik des Establishments zu deuten? Auch.



Teil 3

Konflikte bewegen

**Austragung, Bearbeitung und die eigene
Rolle**

Eine besondere Beziehung: Die „Insider-Outsider“-Dynamik in der Kommunalen Konfliktberatung

Marike Blunck

„Die Frage ist nicht, wie Konflikte gelöst werden können, sondern wie Konflikte konstruktiv genutzt werden können, um Veränderung zu erwirken.“

(Marshall 2020, eigene Übersetzung)

In der Auseinandersetzung, die Konflikte mit sich bringen, liegt ein transformatives Moment. Konflikte mobilisieren Betroffene und weisen auf Missstände hin, wodurch diese sichtbar und bearbeitbar werden (vgl. Berndt, Gatzemeier 2018). Dies bietet die Chance, nicht nur den Konflikt selbst zu bearbeiten, sondern ihn als „Katalysator für tiefgreifende, dauerhafte, positive Veränderungen“ in Gesellschaften zu verstehen (Kraybill zit.n. Marshall 2020). So lautet ein elementarer Grundgedanke der Konfliktbearbeitung. Je eskalierter und komplexer jedoch ein Konflikt ist, umso wahrscheinlicher ist es, dass die Konfliktparteien nicht (mehr) in der Lage sein werden, diesen ohne Unterstützung in konstruktive Bahnen zu lenken. Ein Handlungsansatz der Konfliktbearbeitung ist demnach das Hinzuziehen einer Drittpartei, welche durch ihre explizit externe Rolle einen frischen und unabhängigen Blick auf die Gemengelage und – daraus resultierend –

auf den Konfliktbearbeitungsprozess werfen soll. Durch das Einbeziehen einer Drittpartei wird diese aber immer auch selbst zu einem Teil des Konfliktsystems, welches sich durch ihre Interventionen verändert. Bereits der Erstkontakt mit der von außen kommenden Drittpartei kann über Konfliktgrenzen hinweg als positives Zeichen für den Wunsch nach Veränderung gewertet werden. Er kann jedoch ebenso Gräben zwischen den Protagonist*innen vertiefen, sollte die Drittpartei als parteiischer Akteur wahrgenommen werden. Daher ist die Frage nach dem „Wachsen“ oder „Scheitern“ an Konflikten – um den Titel dieses Buches aufzugreifen – immer auch eine, die direkt die Rolle derer berührt, die sich aktiv für die konstruktive Bearbeitung von Konflikten einsetzen.

Der vorliegende Beitrag ist eine Reflexion über die herausfordernde Beziehung zwischen vom Konflikt Betroffenen und externen Berater*innen in der Kommunalen Konfliktberatung. Die Hypothese ist, dass eine gewisse Distanz zum Konfliktgeschehen, u.a. erzeugt durch den Einsatz externer Beratungsteams, für den Konfliktbearbeitungsprozess essentiell wie auch problematisch ist. Für den bestmöglichen Umgang mit diesem Dilemma stehen aber bereits eine Reihe von Vorgehensweisen und Methoden zur Verfügung. Dennoch bedarf es einer kritischen Auseinandersetzung mit den „blinden Flecken“ der Intervenierenden wie auch der sie anfragenden Konfliktparteien, denn nur dann, so die zentrale Aussage des vorliegenden Beitrags, kann die Bearbeitung kommunaler Konflikte ständig im Sinne konstruktiver gesellschaftlicher Veränderungen weiterentwickelt werden. Als *Erstes* wird der Ansatz der Kommunalen Konfliktberatung kurz vorgestellt und *zweitens* das Spannungsfeld zwischen vom Konflikt Betroffenen und externen Berater*innen eruiert. *Drittens* werden Impulse aus der internationalen Friedensarbeit aufgegriffen, um den Umgang mit diesem Spannungsfeld

zu reflektieren. *Viertens* wird die Frage aufgeworfen, an welchen Stellen die Rolle der externen Berater*innen in der Kommunalen Konfliktberatung weitergedacht werden könnte und sollte.

Der Ansatz der Kommunalen Konfliktberatung

Die Kommunale Konfliktberatung ist ein systemischer und prozessorientierter Ansatz der Konfliktbearbeitung, der es sich zur Aufgabe gemacht hat, Akteure auf kommunaler Ebene in ihrer Fähigkeit zu stärken, einen konstruktiven und zukunftsgerichteten Umgang mit Konflikten zu finden und umzusetzen (vgl. Lustig 2018). Sie basiert auf dem oben beschriebenen Grundgedanken der transformativen Konfliktbearbeitung, im Kern nicht den Konflikt lösen zu wollen, sondern gesellschaftliche Veränderungen durch die Arbeit an und mit Konflikten zu erreichen. Dabei fokussiert sie sich dezidiert auf die Bearbeitung von Spannungen und Konflikten im öffentlichen Leben von Gemeinden, Städten und Landkreisen: zum einen, da kommunale Systeme direkte Auswirkungen auf die Lebensrealitäten der Menschen vor Ort haben, und zum anderen, da große gesellschaftliche Veränderungen und Herausforderungen häufig auf dieser Ebene als erstes wahrnehmbar – und dadurch überhaupt bearbeitbar – werden (vgl. Berndt et al. 2018). Beratungseinsätze sind immer zeitlich begrenzte Interventionen durch ein Team externer Berater*innen, die bedarfsorientiert auf Langfristigkeit angelegt sind und idealtypisch zwischen einem halben Jahr und drei Jahren oder sogar noch länger dauern (vgl. Berndt/Lustig 2014: 27). Im Fokus stehen die lokal vorhandenen Ressourcen zur Bearbeitung des Konflikts; diese gilt es gemeinsam mit den Empfänger*innen der Beratungsleistung herauszuarbeiten, zielgerichtet und wirksam einzusetzen sowie zu stärken. Die Beratung ist dabei ein Angebot auf Augenhöhe.

Die Berater*innen sind zuständig für die adäquate Gestaltung des Konfliktbearbeitungsprozesses, die Verantwortung für die Bearbeitung des Konflikts bleibt aber fest in den Händen der Akteur*innen vor Ort. Die Beratung ist dann erfolgreich, wenn „Prozesse und Denkansätze“ sich verstetigen und sich die Beratungstätigkeit schlussendlich „überflüssig macht“ (ebd. 2014: 36). Der Ansatz, der maßgeblich von Hagen Berndt und Sylvia Lustig im Rahmen ihrer Tätigkeiten für das Forum Ziviler Friedensdienst (forumZFD) und später an der Dualen Hochschule Baden-Württemberg in Heidenheim entwickelt wurde, wird derzeit sowohl vom forumZFD als auch vom Kompetenzzentrum Kommunale Konfliktberatung des Vereins zur Förderung der Bildung – VFB Salzwedel e.V. angeboten und weiterentwickelt.

Das Spannungsfeld zwischen „Insider“ und „Outsider“ in der Kommunalen Konfliktberatung

Wie aus der Beschreibung der Kommunalen Konfliktberatung hervorgeht, stehen die lokalen Akteure mit ihren Herausforderungen und Herangehensweisen im Mittelpunkt des Ansatzes. Zugleich kommt den Berater*innen eine zentrale Rolle zu, die – neben ihrem Wissen um Konfliktdynamiken und Interventionsmöglichkeiten – untrennbar mit ihrem externen Blick verknüpft ist. Als externe Mittler*innen sind sie „Outsider“ im Konfliktgeschehen im Gegensatz zu den vom Konflikt betroffenen „Insidern“. Aus eben dieser Gegenüberstellung entstehen Möglichkeiten wie Spannungsfelder für die Arbeit an und mit kommunalen Konflikten.

Die externe Rolle der Berater*innen ermöglicht einen frischen und möglichst unvoreingenommenen Blick auf das Konfliktgeschehen, der wiederum den Konfliktparteien

mit einer emphatischen und allen Seiten gegenüber transparenten Haltung zurückgespiegelt werden kann. In dem Zurückspiegeln gewonnener Erkenntnisse durch eine externe, aber im Rahmen des Beratungsprozesses vertraut gewordene Person liegt ein zentrales Moment der Konfliktbearbeitung. Berndt und Lustig (2014: 34) beschreiben es folgendermaßen: „Der externe Blick der Berater*innen erlaubt es, neue Sichtweisen zu entwickeln, da sie nicht Teil der lokalen Konflikte, Meinungen und Vorurteile sind. Sie können die Wahrnehmung der Empfänger*innen von Beratung hinterfragen und ggfs. erweitern. Hierdurch eröffnen sie den lokalen Akteuren den Blick auf das Gesamtgeflecht der Beziehungen im jeweiligen Sozialraum.“ Die „Outsider“-Funktion ist demnach ein zentrales Werkzeug der Konfliktbearbeitung durch die Beratung.

Zugleich sind Konfliktkontexte und ihre internen Dynamiken von Nuancen, kulturellen Gepflogenheiten und Historien geprägt, die für Außenstehende häufig nur bedingt zugänglich sind. Zum Beispiel können kollektive historische Erfahrungen, die maßgeblich Einfluss auf Konfliktkonstellationen oder Dynamiken haben, durch Gespräche zwischen Betroffenen und Berater*innen zwar dargestellt, aber nie erfahrbar gemacht werden. Mehr noch, kulturelle Unterschiede in Sprache und Handeln sowie Unwissenheit über jahrzehntelang entstandene Beziehungsgeflechte erschweren das Durchdringen des Konfliktkontextes. Die daraus entstehende Distanz zwischen den betroffenen „Insidern“ und den beratenden „Outsidern“ ist daher ebenso essentiell für die Konfliktbearbeitung wie problematisch, denn neben einem guten Verständnis des Gesamtkontexts sind ein hohes Maß an Vertrauen und Legitimität entscheidend für den Erfolg eines konstruktiv verlaufenden Prozesses.

Genau hier entstehen zentrale Spannungsfelder im Konfliktbearbeitungsprozess: zwischen dem unvoreingenommenen, externen Blick, der sich seine Unabhängigkeit bewahren und zugleich beständig lokale Facetten verstehen und integrieren (können) muss, und zwischen dem Andocken an die Perspektiven und Lebenswelten der Konfliktpartei sowie dem Aufbau von Vertrauen bei gleichzeitiger Wahrung des zeitlich wie thematisch begrenzten Beratungseinsatzes und der dadurch definierten Rolle.

(Was) Können wir aus der internationalen Friedensarbeit für die Beratungstätigkeit in Kommunen lernen?

Das Spannungsfeld zwischen „Insider“ und „Outsider“ wird in der internationalen Friedensarbeit auf noch markantere Weise sichtbar. Lebenswelten sind offensichtlicher voneinander entfernt, gängige Finanzierungsmodelle erschweren den Austausch auf Augenhöhe und die Frage nach der Legitimation und Legitimität einer externen Intervention stellt sich auf noch komplexere Art und Weise. Dadurch wirft die internationale Friedensarbeit Fragen auf, die es auch für den kommunalen Kontext zu beantworten gilt.

In der internationalen Friedensarbeit – konkret: aus internationalen Dialog- und Mediationsprozessen – ist der Begriff „Insider Mediator“ entstanden. Dieser beschreibt lokale Akteure, die *Teil des Konfliktgeschehens* sind, in diesem aber eine *zentrale Mittlerrolle* einnehmen. Sie können als „respektierte Eingeweihte der im Konflikt stehenden Gesellschaft definiert werden, denen Vertrauen von allen Ebenen der Gesellschaft entgegengebracht wird, die ein tiefes Wissen über die Dynamiken und den Kontext des Konflikts besitzen und die durch ihre Sensibilität zu der Erarbeitung von Lösungen beitragen, die von allen

Parteien anerkannt und wertgeschätzt werden“ (Hislaire et al. 2011, zit. n. Dworack et al. 2020: 115). Dabei müssen „Insider Mediatoren“ nicht zwingend unabhängig sein. Es sind häufig ihr langjähriges Engagement sowie ihre klare Verortung im sozialen Gefüge des Konfliktgeschehens, welche ihnen ihre Sonderrolle ermöglichen. Sie müssen aber glaubhaft einen als unabhängig wahrgenommenen Prozess vertreten, entweder durch ihr Verhalten vis-a-vis allen Konfliktparteien und/oder durch das Auftreten in einem Team über Konfliktgrenzen hinweg.

Der Blick auf die Rolle von „Insider Mediatoren“ zeigt zwei wichtige Aspekte für die Bearbeitung kommunaler Konflikte auf: zum einen, dass die „Insider-Outsider“-Beziehung immer eine relative ist. Berater*innen können außerhalb des ursprünglichen Konfliktkontexts stehen, aber in ihrer Beratungsarbeit merken, dass Dynamiken wie z.B. die zwischen Ost- und Westdeutschland eine zentrale Rolle spielen, die wiederum eigene Erfahrungen berühren, welche sie zu „Insidern“ in Bezug auf andere, für den lokalen Kontext ebenfalls relevante, Konfliktodynamiken machen. Zum anderen sind es nicht die Attribute „intern“ bzw. „extern“ per se, die es Berater*innen ermöglichen, eine bestimmte Rolle einzunehmen. Vielmehr müssen bestimmte Funktionen im Konfliktbearbeitungsprozess glaubhaft erfüllt und teilweise hart erarbeitet werden, damit neue Impulse in das Konfliktgeschehen eingebracht und von den Konfliktakteuren aufgenommen werden (können). Die Frage, die es zu beantworten gilt, ist, welche Funktionen erfüllt sein müssen, damit eine konstruktive Bearbeitung kommunaler Konflikte im Spannungsfeld zwischen „Insidern“ und „Outsidern“ möglich ist.

Die Praxis und Praxisreflexion der Kommunalen Konfliktberatung geben hier bereits eine Vielzahl an Antworten. *Erstens* ist der Beziehungs- und Vertrauensaufbau

zentral, der sich bestenfalls sukzessive im Beratungsprozess weiter aufbaut. Hier spielt die offene und empathische Haltung der Berater*innen allen am Konfliktbearbeitungsprozess beteiligten Akteuren gegenüber ebenso eine Rolle, wie Kontinuität und ein langfristiges Engagement. „Insider“ können schneller eingeordnet werden, müssen aber deutlich mehr Kraftanstrengungen aufbringen, um allen Konfliktparteien glaubhaft ihre Unabhängigkeit (Allparteilichkeit) darzustellen. Manche Ämter, Rollen oder auch persönliche Historien machen dieses Unterfangen schlichtweg unmöglich. Auch externe Berater*innen müssen ihre allparteiliche Haltung immer wieder durch ihr Verhalten und die einzelnen Schritte im Beratungsprozess verständlich machen (Doetsch 2011). Sie müssen sich unter Umständen auf lange bzw. wiederkehrende Phasen des „Getestetwerdens“ einlassen, bevor ihre allparteiliche Haltung glaubhaft gemacht werden und ihre Wirkung entfalten kann. Gelingt dies, können Goldmomente der Konfliktbearbeitung entstehen, in denen schwierige Konfliktthemen an die Konfliktparteien zurückgespiegelt werden und in vertrautem (und vertraulichem!) Rahmen daraus keine Ablehnung entsteht, sondern erste Handlungsoptionen sichtbar werden. An dieser Stelle bietet die externe Rolle größeren Schutz davor, die für den Beratungsprozess zugesicherte Vertraulichkeit zu wahren und dadurch einen geschützten Raum für Konfliktgrenzen überschreitendes Nachdenken zu schaffen. Die Distanz, die die externe Rolle mit sich bringt und die durch Beziehungsarbeit überbrückt werden muss, bietet zugleich Schutz davor, dass vertrauliche Aussagen direkt in konflikthafte Beziehungsgeflechte weitergetragen werden. Externe Berater*innen können sich leichter äußerem Druck entziehen, Informationen an andere weiterzugeben, als lokal verortete Personen, die sich täglich in den sozialen Gefügen bewegen. Die permanente, aktive Reflexion der

eigenen Rolle vis-a-vis den oben beschriebenen Anforderungen hat damit eine zentrale Brückenfunktion im Spannungsfeld zwischen „Insider“ und „Outsider“.

Zweitens: Die klare Mandatierung eines jeden Beratungsprozesses stellt eine weitere Brückenfunktion dar, die den Beratungseinsatz legitimiert. Die Kommunale Konfliktberatung arbeitet immer auf Basis eines klar definierten und lokal vergebenen Mandats, das meistens durch demokratisch legitimierte Entscheidungsträger*innen an der Spitze der kommunalen Verwaltung erteilt wird. Kooperationsvereinbarungen, die am Beginn eines jeden Beratungsprozesses stehen, formulieren die Ziele der Zusammenarbeit und erteilen den Auftrag. Dabei betrifft der Auftrag den Prozess und dessen Ziele, nicht aber seine Gestaltung z.B. im Sinne einer Konfliktpartei (vgl. Berndt, Lustig 2014). Die Verantwortung dafür bleibt bei den Berater*innen. Die Mandatsgeber*innen können nicht erwarten, dass die Berater*innen ihnen im Sinne ihrer Interessen im Konfliktgeschehen zuarbeiten. Das beständige Überprüfen des Mandats – besonders im Gespräch mit jeweils neu in den Konfliktbearbeitungsprozess einbezogenen Akteuren – ist eine wichtige Aufgabe, da hier der Ankerpunkt für das externe Engagement in einem kommunalen Kontext liegt. Teilweise arbeiten die Berater*innen auch mit lokalen Partner*innen, die in für die Konfliktbearbeitung relevanten Bereichen aktiv sind, um den externen durch einen internen Blick zu erweitern sowie um Zugänge zu erlangen. Darüber hinaus können Personen, die als „Insider“ in ihrem Kontext vermittelnd aktiv werden, häufig unmittelbarer wirken. Ihr Tun „wirkt damit dezentral, passgenau und frühzeitig“ (Doetsch 2011: 14).

Die Kommunale Konfliktberatung ersetzt solche Initiativen nicht, vielmehr verfolgt sie, *drittens*, eine weitere Brückenfunktion in ihrem Ansatz: die klare Trennung zwischen Konfliktberatung und Konfliktbearbeitung. Erstere liegt bei den Berater*innen, die für die angemessene Gestaltung des Beratungsprozesses verantwortlich sind; und Letztere bleibt in den Händen der Akteure vor Ort. Diese Trennung ist eine weitere Stellschraube im Umgang mit der „Insider-Outsider“-Dynamik. Handlungsmöglichkeiten werden in einem gemeinsamen Prozess identifiziert und benannt, die Entscheidung dafür und ihre Umsetzung aber liegt bei den lokalen Akteuren, die wiederum im Sinne einer konfliktensiblen Durchführung ihres Vorhabens von den Berater*innen begleitet werden.

Um als Berater*in möglichst passgenau mit gesellschaftlichen Konflikten umgehen zu können, wurden, wie oben beschrieben, Vorgehensweisen und Methoden entwickelt und verfeinert, um die „Insider-Outsider“-Spannung im Sinne der Konfliktbearbeitung bestmöglich nutzbar zu machen. Zugleich bleiben Lücken, die es mindestens zu berücksichtigen und, wo möglich, (weiter) zu überbrücken gilt.

(Wo) Muss die Rolle der externen Berater*innen weitergedacht werden?

Wenn Berater*innen den Grundgedanken der Konfliktbearbeitung von Konflikten als „Katalysator“ für gesellschaftliche Veränderungen ernst nehmen (Kraybill zit.n. Marshall 2020), ebenso wie die Wechselwirkung zwischen Konfliktsystem und Berater*in, gilt es, die eigene Position zu reflektieren. An welchen Stellen läuft die Kommunale Konfliktberatung Gefahr nicht nur extern, sondern Außenseiterin zu bleiben? Wo liegen die blinden Flecken in der Kommunalen Konfliktberatung?

Die Rolle von kulturellen Unterschieden wurde insbesondere in Bezug auf Verhandlungs- und Mediationsstile im internationalen Rahmen vielfach diskutiert (vgl. LeBaron 2003; Ropers 2014). Doch, wie oben angerissen, geht mit der „Outsider“-Rolle auch in kommunalen Kontexten in Deutschland einher, dass Berater*innen sich immer wieder mit neuen (kulturellen) Umgängen konfrontiert sehen – von sprachlichen wie nonverbalen Hindernissen über unterschiedliche Zeitverständnisse bis hin zu stark variierenden Umgängen mit „Unsicherheit und Ambiguität“ (Hofstede zit. n. LeBaron 2003), um nur ein paar wenige Beispiele zu nennen. Doch welche politischen und kulturellen Linien verlaufen durch kommunale Kontexte, denen im Rahmen der Kommunalen Konfliktberatung (mehr) Beachtung geschenkt werden sollte? Braucht es diversere Beratungsteams in Bezug auf besondere Dynamiken zwischen Ost- und Westdeutschland, Stadt-Land-Anbindungen, Migrationserfahrungen und/oder Geschlecht, um an sensiblen Stellen die „Insider-Outsider“-Dynamik überbrückbar zu halten? Reicht es, unterschiedlichen Positionen in Beratungsprozessen Gehör zu verschaffen, oder würden diversere Beratungsteams Machtungleichheiten noch klarer erkennen, benennen und dadurch auch verändern können? Welche Politik-Verständnisse untermauern kommunales Handeln? „[Es] kann nützlich sein, einen Schritt zurückzutreten und zu versuchen, uns selbst und andere aus der Distanz zu betrachten, so dass die Muster und Gewohnheiten, die definieren, was [...] „normal“ ist, als das untersucht werden können, was sie sind: kulturell gebundener und kulturell definierter ‚gesunder Menschenverstand‘“ (ebd., eigene Übersetzung). In Bezug auf die Kommunale Konfliktberatung könnte dies bedeuten, neben dem steten Versuch, die Diversität von Meinungen in Konfliktkontexten abzubilden, verstärkt eigene blinde Flecken aufzudecken, um bestehende gesellschaftliche Konfliktpotentiale nicht zu reproduzieren, sondern begleitend zu transformieren.

Fazit

„Kommunale Konfliktberatung leistet einen Beitrag dazu, Gesellschaft zukunftsfähig zu machen, neue Wege aus bestehenden Konfrontationen heraus zu entwickeln und das positive Potential zu entdecken, das in gesellschaftlichen Auseinandersetzungen liegt.“

(Berndt, Lustig 2014: 4)

Im Fokus der Kommunalen Konfliktberatung stehen die Konflikte sowie die damit befassten bzw. davon betroffenen Akteure in ihren jeweiligen kommunalen Kontexten. Ein zentrales Werkzeug, das genutzt wird, um einen konstruktiven Umgang mit Konfliktlagen sowie deren nachhaltige Weiterentwicklung zu erreichen, ist das Hinzuziehen externer Berater*innen. Deren „Outsider“-Status ist im Ansatz der Kommunalen Konfliktberatung explizit vorgesehen, zugleich werden jedoch Vorgehensweisen und Methoden aufgeführt, um die darin inhärente Entfernung zum Konfliktgeschehen wie zu den Konfliktparteien zu überbrücken. In der Auseinandersetzung mit dem Konzept der „Insider Mediatoren“, die in der internationalen Friedensarbeit eine wichtige Rolle einnehmen, wird zum einen deutlich, wie relativ die Begriffe „Insider“ und „Outsider“ sind, und zum anderen, dass es gilt, die Funktionalität der externen Rolle genau zu beleuchten. Vertrauens- und Beziehungsaufbau durch u.a. eine allparteiliche Haltung, ein klares, lokal vergebenes Mandat, ein auf Langfristigkeit angelegtes Engagement, das Sicheinlassen auf das „Getestetwerden“ durch Konfliktakteure und die unter Umständen lange Phase des Vertrauensaufbaus sowie die Trennung zwischen Konfliktberatung und Konfliktbearbeitung übernehmen wichtige Funktionen, um das Spannungsfeld zwischen „Insidern“ und „Outsidern“ zu überbrücken.

Dabei geht es an keiner Stelle um die Auflösung zwischen „Insider“ und „Outsider“, d.h. zwischen vom Konflikt Betroffenen und Personen, die für die Bearbeitung des Konflikts hinzugezogen werden. Erstere erfahren einen direkten Leidens- und ggfs. Handlungsdruck, der aus ihrer Position im Konfliktsystem resultiert und nicht negiert werden soll. Vielmehr geht es um die Ausdifferenzierung der Rolle und anzuwendenden Methodik Letzterer, um passgenaue Einsätze im Sinne einer transformativen Bearbeitung von Konflikten zu ermöglichen. Eben diese Auseinandersetzung wiederum eröffnet die Notwendigkeit der Selbstreflexion, bei der die Berater*innen ihre eigenen blinden Flecken hinterfragen und angehen. Indem sie durch ihre Beratungstätigkeit selbst zum Teil des Konfliktsystems werden, stoßen sie auf kritische Ereignisse und Anfragen durch Konfliktparteure, die interessante – wenn auch nicht immer komfortable – Anlässe für diese Reflexion bieten. Bezüglich welcher (gesamtgesellschaftlichen, also über den kommunalen Kontext hinausgehenden) Konfliktdynamiken sind Berater*innen „Insider“ bzw. „Outsider“? Dies nach und nach zu beantworten, würde einen Beitrag zum „Wachsen an Konflikten“ leisten – für Betroffene wie auch Berater*innen.

Referenzen

- Berndt, Hagen; Lustig, Sylvia 2014: Kommunale Konfliktberatung: Konzeption zur Beratung von Kommunen im Wandel. forumZFD, Köln.
- Berndt, Hagen; Gatzemeier, Ulrike 2018: Konflikt als Motor für Bürgerbeteiligung – Kommunale Konfliktberatung in der Altmark. In: eNewsletter Netzwerk Bürgerbeteiligung 02/2018. Netzwerk Bürgerbeteiligung, Bonn.

- Berndt, Hagen; Gatzemeier, Ulrike; Stein, Anna
2018: Demokratieförderung durch Kommunale
Konfliktberatung in der Altmark. VFB Salzwedel,
Salzwedel.
- Doetsch, Peter 2011: Mediation intern oder extern?
Handlungshilfe. Nicht nur externe Personen, auch die
eigenen Führungskräfte können helfen, Konflikte in
Unternehmen frühzeitig zu lösen. In: Personalmagazin,
H. 2.
- Dworack, Sebastian; Lüttmann, Christoph; von Messling,
Brigitta; Vimalarajah, Luxshi 2020: Die Rollen und
Beiträge von multilateralen und nichtstaatlichen
Akteuren im Bereich Friedensmediation. In: Holper,
Anne; Kirchhoff, Lars (Hg.): Friedensmediation:
Spannungsfeld aus Methodik, Macht und Politik.
Nomos Verlag, Baden-Baden, S. 111-119.
- LeBaron, Michelle 2003: Culture-Based Negotiation Styles.
In: Beyond Intractability. Verfügbar: <https://www.beyondintractability.org/essay/culture_negotiation>
(Zugriff: 2020-11-12).
- Lustig, Sylvia 2018: Grundlagen der Kommunalen
Konfliktberatung: Ein Handbuch für Lehre und
Weiterbildung. forumZFD, Köln.
- Marshall, Ellen Ott 2020: Conflict As an Opportunity? In:
Conflict Transformation. Emory University, Atlanta.
Verfügbar: <<https://www.coursera.org/learn/conflict-transformation>> (Zugriff: 2020-11-12).
- Ropers, Norbert 2014: Insider Mediation as a Tool of
Collaborative Security: Trends, Discourses and Insights
from Asia. In: International Studies, Jg. 49, H. 3-4, S.
165-188.

Wenn es knallt

Konfliktforschung und Konfliktberatung im Dialog

Sylvia Lustig, Christina Pauls, Christoph Weller und Michaela Zöhrer

Forschung und Praxis können sich befruchten, anregen und irritieren, sowie im Austausch und Konflikt voneinander lernen und aneinander wachsen. So stellt im konkreten Fall Kommunale Konfliktberatung den Gegenstand und bietet die Praxiserfahrung und den Reflektionsraum, um mit der Friedens- und Konfliktforschung in einen auf Erkenntniszuwachs ausgerichteten Dialog zu gehen, Begrifflichkeiten abzugleichen und wissenschaftliche Erkenntnisse mit praktischer Erfahrung in Verbindung zu bringen. Im Rahmen einer Lehrveranstaltung zu Kommunalen Konfliktberatung, die Dipl.-Soz. Sylvia Lustig (Konfliktberaterin beim Forum Ziviler Friedensdienst) und Prof. Christoph Weller (Inhaber des Lehrstuhls für Politikwissenschaft, Friedens- und Konfliktforschung der Universität Augsburg) gemeinsam durchgeführt haben, begann ein inspirierender Austausch. Um diesen Dialog zwischen Konfliktforschung und Konfliktberatung zu intensivieren, initiierten die Lehrstuhlmitglieder Christina Pauls (M.A.) und Dr. Michaela Zöhrer ein gemeinsames Gespräch. Dessen vorliegende (redigierte) Transkription lädt dazu ein, sich anregen und irritieren zu lassen.

Michaela Zöhler (MZ): Christoph, du arbeitest seit mehreren Jahren mit dieser Unterscheidung von Konfliktaustragung und Konfliktbearbeitung – und du, Sylvia, hast sie in einem gemeinsamen Blockseminar mit Christoph kennengelernt und fandest sie inspirierend. Wollt ihr beide einfach mal damit beginnen, euch zurückzuerinnern, worum es in der Lehrveranstaltung ging, und verdeutlichen, warum die Unterscheidung für euch wichtig oder eben hilfreich ist?

Christoph Weller (CW): Ich habe unsere gemeinsame Lehrveranstaltung über Kommunale Konfliktberatung noch in sehr lebendiger Erinnerung, das war ein guter Abend. Also, es war der erste Tag der Blockveranstaltung und es war schon ziemlich spät, es war draußen schon dunkel und der Plan war, dass ich am ersten Tag noch mein Konfliktanalyse-Tool (Weller 2014) erkläre, was ich ja schon vielfach gemacht habe und was daher in der Gefahr steht, einen Routine-Charakter zu bekommen. An diesem Tag war die Situation aber ganz anders, denn die Leute waren sehr neugierig und wollten es ganz genau wissen.

Sylvia Lustig (SL): An deine Flipchart-Präsentation erinnere ich mich sehr gut, Christoph, das hat echt Spaß gemacht!

CW: Also für euch, die ihr nicht dabei wart: Ich wollte eben deutlich machen, dass ein Konflikt nichts Materielles in der Welt ist, sondern dass wir ihn immer als soziale Konstruktion hervorbringen. Um das metaphorisch zu verdeutlichen, habe ich einfach mal mit der Hand auf das Flipchart draufgehauen. Das knallte ziemlich, alle sind erschrocken und waren dann irritiert, weil ich sagte: „Jetzt habe ich ihn gekriegt, den Konflikt!“ Das war natürlich ironisch gemeint. Aber so wollte ich verständlich machen, dass ein Konflikt eben nicht wie eine Fliege ist, die du

irgendwie fangen kannst, sondern dass wir den Konflikt konstruieren, ihn sprachlich in die Welt bringen, indem wir sagen oder wahrnehmen: „Da ist er. Das ist ein Konflikt.“ Und das hat ziemlich gut funktioniert, eine Art Spontan-Didaktik zum Sozialkonstruktivismus von Konflikten.

SL: Daran erinnere ich mich auch sehr gut. Im Rahmen der Veranstaltung hast du zudem von Konfliktaustragungsformen gesprochen, und das hat mich für die Beratungspraxis inspiriert. Ich dachte mir: „Lasst uns mal explizit auf Formen der Konfliktaustragung schauen, von denen uns berichtet wird, wenn wir in eine zu beratende Kommune kommen – und dies abgrenzen von Institutionen der Konfliktbearbeitung, die schon bestehen oder sich auch erst noch entwickeln im Laufe der Beratung.“ Und damit bin ich in die Praxis und habe mir zusammen mit Kolleg*innen während der Erstellung einer Konfliktdiagnose angeschaut, was wir mit diesem Fokus entdecken. Wir haben dabei festgestellt, dass wir zu Konfliktaustragungsformen spontan einige Stichworte sammeln konnten, wir aber alle zu den Institutionen der Konfliktbearbeitung nichts aufgeschrieben hatten. Und auch das ist ein Erkenntnis für uns in der Praxis. Und so benannten wir dann zunächst Formen der Konfliktaustragung, wie wir sie verstanden hatten, nämlich als jegliche Aktivitäten, mit denen Menschen versuchen, mit Konflikten umzugehen, die sie aber noch nicht zwingend als Konflikte begreifen oder benennen. Formen des Umgangs mit einer Situation wie zum Beispiel: „Ich vermeide jetzt den Konflikt, bleibe innerhalb meiner Gruppe, meiner Abteilung oder meiner Organisation und gehe nicht mehr in Kontakt mit ‚den Anderen‘.“ Hier entscheidet sich jemand für Trennung oder Distanz – das findet sich ja auch als eine Form von Konfliktaustragung in der Praxis – und das zu erkennen, ist wertvoll für die Beratungspraxis.

Christina Pauls (CP): Christoph, was genau verbirgt sich nun für dich hinter der Unterscheidung von Konfliktaustragung und Konfliktbearbeitung?

CW: Die Unterscheidung begleitet mich schon lange. In diesem Buch von 1988 (Efinger, Rittberger, Zürn 1988) – ich hab damals in Tübingen studiert – wollten Efinger, Rittberger und Zürn als Friedens- und Konfliktforscher eben den Ost-West-Konflikt analysieren und haben sich mit der ganzen soziologischen Konflikttheorie auseinandergesetzt, und da gibt es keinen reflektierten analytischen Begriff von Konfliktbearbeitung, es ist sozusagen nur die Überschrift. Und das Wichtige, was sie in ihrem Buch nun begrifflich vom Konflikt als solchem unterscheiden, sind Konfliktaustragungsformen – das ist das, was wir empirisch beobachten können, und eben nicht die Ursache oder der Inhalt des Konflikts, sondern wie die Beteiligten im Konflikt handeln. Und das finde ich einfach eine hilfreiche Unterscheidung: Wenn wir davon ausgehen, dass Konflikte alltäglich sind, dann können wir alle mit Konflikten umgehen. Und wir müssen es auch gar nicht als Konflikt erkennen, sondern wir denken es halt als ein Spannungsverhältnis, eine Meinungsverschiedenheit oder einen Streit, aber wir handeln spezifisch. Also den Begriff „Konflikt“ brauchen wir zunächst gar nicht, wir brauchen noch nicht mal das Bewusstsein, dass wir uns in einer konfliktiven Interaktion befinden.

CP: Und wo kommt nun die *Konfliktbearbeitung* ins Spiel, bei der es sich ja um einen konzeptionell nochmals anspruchsvolleren Begriff als bei dem der Konfliktaustragung handelt?

CW: Das ist ein Gedanke, der vor allem in der Auseinandersetzung und Zusammenarbeit mit Rebecca Gulowski entstanden ist (Gulowski, Weller 2017): dass wir

eben bestimmte Konfliktaustragungsformen abgrenzen wollten, die sich dadurch auszeichnen, dass bewusst und intentional mit Konflikten umgegangen wird. Konfliktbearbeitung findet dann statt, wenn von den Beteiligten anerkannt wird: „Da ist eine Uneinigkeit, ein Konflikt, eine Situation, die sozial schwierig ist.“ Und dann stellt man sich die Frage: „Wie kann ich jetzt angemessen handeln?“ Um intentional bezogen auf einen Konflikt zu handeln, muss man zunächst erkennen, dass man in einer Konfliktsituation gelandet ist. Deshalb sind uns diese zwei Kennzeichen – bewusst und intentional – an der Stelle so wichtig. Aber es geht nicht darum, dass man etwas unbedingt „Konflikt“ nennt, sondern nur darum, dass die Uneinigkeit als ein soziales Problem erkannt und damit intentional umgegangen wird.

MZ: Wenn ich mich recht erinnere, geht es in Rebeccas und deinem Aufsatz aber insbesondere um Formen Ziviler Konfliktbearbeitung als Teil größerer, nicht zuletzt politisch mitgestalteter Vergesellschaftungsprozesse?

CW: Ja, denn auch im gesellschaftspolitischen Bereich sind ja Konflikte eine Selbstverständlichkeit, und angesichts dieser Erfahrung haben Gesellschaften eben Institutionen der Konfliktbearbeitung erfunden und etabliert, in denen die Uneinigkeit anerkannt wird und dann entlang von bestimmten Regeln damit umgegangen wird. Wir sehen das immer wieder: Es gibt Konfliktparteien, die nicht alleine mit ihren Spannungsverhältnissen zurande kommen. Und dann muss einfach die Gemeinschaft jemanden oder eben eine Institution bereitstellen als Hilfestellung für die Konfliktbearbeitung. Das kann dann die Dorfälteste sein oder ein institutionalisiertes Rechtssystem, um den Betroffenen im Umgang mit ihrer Uneinigkeit zu helfen. Und das sind Institutionen der Konfliktbearbeitung. Aber die kommen genauso in einer partnerschaftlichen

Beziehung vor, in der man sich einfach so ganz gut kennt und gewisse Routinen im Umgang miteinander hat. Und da weiß man dann auch, da hat sie oder er einfach seine Schwachpunkte und deshalb macht man lieber einen Umweg darum: „Den Konflikt haben wir schon zehnmal ausgetragen, und es hat nie zu einem irgendwie guten Ergebnis geführt.“ Und da würde ich eben sagen: Der Konfliktaustragung aus dem Weg zu gehen, den Konflikt nicht unmittelbar anzugehen, ist eben auch eine Form der Konfliktbearbeitung, weil: „Ich erkenne ihn, also ich bin mir bewusst, dass da ein Konflikt ist, und ich handle intentional bezogen auf den Konflikt, auf die soziale Konstellation der Uneinigkeit.“ Das ist das Argument, bei dem wir sagen, das ist Konfliktbearbeitung, und bei dieser handelt es sich eben auch um Arbeit. Es ist halt ein zusätzlicher, zumindest gedanklicher Aufwand. „Ich anerkenne jetzt, dass ich eben in einem sozialen Spannungsfeld bin. Und jetzt darf ich mich nicht mehr nur an den Inhalten der Uneinigkeit und meinen darauf bezogenen Interessen orientieren und entsprechend handeln, sondern jetzt muss ich diesen mühsamen Weg der Konfliktbearbeitung gehen.“

MZ: Ich erinnere mich, dass wir mal im Team über die Unterscheidung Konfliktaustragung und Konfliktbearbeitung diskutiert haben, und wir haben mit Beispielen gearbeitet wie dem streitenden Paar: Wann wird da wirklich jetzt aus der Austragung eine Bearbeitung? Das hast du jetzt gerade bei mir nochmal getriggert, Christoph. Und ich weiß, wir haben damals darüber nachgedacht, dass das Türzुकnallen – keineswegs nur deshalb, weil es sehr affektgeladen ist – eine Form von Austragung ist. Das wäre jetzt eben noch keine Institution der Konfliktbearbeitung, während wenn sie zum Beispiel davor mal ausgehandelt hätten: „Hey, komm, wenn wir merken,

wir können nicht mehr, lass uns ausmachen, dass wir aus dem Raum gehen“, dann habe ich eine Form oder Institution der Konfliktbearbeitung.

CP: Mir ist in Teilen noch unklar, wie Konfliktaustragung und Konfliktbearbeitung konkret zusammenhängen. Denn wenn eine außenstehende Beobachterin etwas empirisch beobachtet und etwas Konflikt nennt, das ist dann ja diese sozialkonstruktivistische Beobachtungsebene. Also es ist oft eine dritte Partei, die den Konflikt durch das Erkennen oder Beobachten von Konfliktaustragung konstruiert. Aber als Beobachter*innen wissen wir ja gar nicht, ob sich die Beteiligten wirklich in einem Konflikt befinden. Es kann ja sein, dass wir nicht genug Vorwissen haben. Vielleicht ist es in unserer Beobachtung eine Form von Konfliktaustragung, aber für die beteiligten Personen ein ganz normales alltägliches Handeln ohne Konfliktbezug.

CW: Ja, Konfliktaustragung ist nur eine Bezeichnung für das alltägliche empirische Handeln, dem wir als Beobachter*innen eine Bedeutung zuweisen wollen, damit wir es einordnen oder verstehen können, und das geschieht dadurch, dass wir eine Uneinigkeit unterstellen, die das beobachtete Handeln verständlich macht.

MZ: Ist es nicht viel wichtiger, ob die Parteien das selber als Konflikt oder als Problem empfinden? Ist das nicht die viel entscheidendere Frage als die Frage, ob irgendein Beobachter nach irgendwelchen Kriterien von außen das als Konflikt ausmachen kann? Christina, ist es das, was du meinst?

CP: Ja, ich denke gerade vermutlich mehr auf einer psychologischen Ebene. Also ich kann ja einen Konflikt haben und ihn vielleicht verschlucken oder in mir damit

anders umgehen, was dann zu destruktiven Konfliktaustragungsformen führen kann, also zu solchen, unter denen ich und auch andere leiden. Wenn diese Situation als Konflikt erkannt wird, ist dann die Beobachtung dieser Konfliktaustragungsform schon ein ausreichender Schritt zur Konfliktbearbeitung? Denn das Handeln im Konflikt muss ja von mir ausgehen. Wenn ich nicht bereit bin, diese Konfliktbearbeitung zu tun, dann bleibt es in diesem Fall doch eine Form von Leiden.

SL: Ja, und das kann der Einstieg in eine *Konfliktberatung* sein: Die Betroffenen leiden unter einer bestimmten Situation, nehmen wahr, dass es Probleme, Differenzen oder Uneinigkeit gibt und finden alleine keinen Weg, mit den Spannungen so umzugehen, dass sie damit zufrieden sind. Und ein Schritt in der Analyse innerhalb einer Konfliktberatung als Form der Konfliktbearbeitung wäre dann, dass wir die schwierigen, belastenden und teils destruktiven sozialen Interaktionen als Konfliktaustragung erfassen, zu verstehen versuchen und möglicherweise mit den Betroffenen zusammen Alternativen finden, die dann eine *Konfliktbearbeitung* sind.

CP: Mich würde interessieren, Sylvia, wenn du jetzt als dritte Partei einen Konflikt identifizierst und als solchen gegenüber den Konfliktparteien benennst – also wir haben das Intervention genannt –, was macht das mit der Situation? Das ist ja auch eine Macht, die da reinkommt und die Konstellation der sozialen Beziehung verändert.

SL: Ja, es verändert die Konstellation immer, so viel wissen wir. Die Frage ist eher: Mit wie viel Fingerspitzengefühl, Bewusstsein, Klarheit und auch Wissen gehen wir in eine Konfliktberatung? Und inwieweit holen wir die Gesprächspartner*innen dort ab, wo sie sind, oder wie schnell legen wir unsere eigene Schablone darauf. Nehmen wir

an, wir kommen in eine Kommune, weil der Bürgermeister dort die Wahrnehmung hat, dass gewalttätige Konflikte in einem öffentlichen Park vorrangig mit einer Gruppe Jugendlicher mit Migrationsgeschichte zu tun haben. Und nach kurzer Erläuterung wünschen sich einige – vielleicht uneinige – lokale Akteure von uns eine Einschätzung dieser Situation und am besten auch gleich eine Lösung. Unser prozessorientierter Beratungsansatz enttäuscht solche Bitten um schnelle Lösungen und bietet gleichzeitig an, zunächst die Perspektiven unterschiedlicher lokaler Beteiligter auf die lokalen Dynamiken kennenzulernen und zu einem Konfliktsystem zusammenzufügen. Wenn wir es schaffen, unseren Einfluss so zu nutzen, dass schließlich gemeinsam auf das Zusammenspiel von Einflussfaktoren geschaut wird, haben wir unsere Macht zusammen mit den Akteuren genutzt und zu einem Miteinander beigetragen, aus dem Bearbeitungsstrategien hervorgehen können, die sich wesentlich unterscheiden von den schnellen Lösungen.

MZ: Also ich frage mich gerade: Welchen Unterschied macht es, ob sozusagen eine dritte Partei reingeholt wird – also wie bei einer Mediation zum Beispiel – oder ob jemand ungefragt eingreift. Denn so was Übergriffiges ist ja nochmal eine andere Form von einer Praxis Dritter in einem Konflikt, als wenn jemand angefragt wird: „Bitte, bitte helft uns, wir brauchen eure Expertise.“

SL: An dieser Stelle ist zu unterscheiden zwischen Konfliktbearbeitung und Konfliktberatung. Die Konfliktbearbeitung ist das intentionale Handeln in Bezug auf einen Konflikt. Bei der Beratung hingegen ist natürlich immer die dritte Instanz da, also die Berater*innen. Damit ist die Anfrage nach Konfliktberatung ja gewissermaßen bereits eine Form der Konfliktbearbeitung für die Konfliktparteien: Sie sind sich bewusst geworden, dass ihre Probleme

mit Konflikten zusammenhängen und haben sich intentional für die Konfliktberatung durch Dritte entschieden. Wobei man genau hinschauen muss: Wir kommen rein in eine Stadtverwaltung und es ist zunächst vielleicht eine Oberbürgermeisterin, die sagt: „Wunderbar! Herzlich willkommen.“ Dann gibt sie die Zuständigkeit weiter an ihren Referenten, und nun kann es sein, dass wir zuerst eine Abklärung brauchen, inwieweit wir tatsächlich in deren alltäglichen Umgang mit Konflikten Einblick bekommen und unsere Expertise willkommen ist – und es soll ja auch deren Konflikt bleiben, das ist ja in unserem Ansatz der Kommunalen Konfliktberatung (Berndt, Lustig 2016) beinhaltet, dass wir die Konfliktbearbeitung unterstützen im Sinne und unter Beachtung der Ressourcen derer, die betroffen sind.

CW: Zugleich könnt ihr interventionistisch unterwegs sein, wenn ihr – mal das einfache Beispiel – wenn ihr dann diesem Referenten sagt: „Okay, das klang vorhin, als die Oberbürgermeisterin uns das erklärt hat, aber ganz anders. Ich glaube, Sie zwei haben einen Konflikt miteinander!“ Dann ist *das* gewissermaßen die ungefragte Intervention, weil zu diesem Konflikt seid ihr nicht eingeladen worden.

SL: Die Frage nach der Klärung, welcher Konflikt bearbeitet werden soll, ist ja schon ein Teil der Konfliktbearbeitung und Beratung. In der Praxis holt sich die Kommunale Konfliktberatung immer wieder ein Mandat von den lokalen Partner*innen. Allerdings arbeiten wir nicht „aufdeckend“, sondern zeigen viel eher auf, welche Wirkung zum Beispiel wenig Austausch zwischen zwei Verwaltungseinheiten auf den Ursprungskonflikt im Stadtteil hat. Mangelnde Kommunikation kann ja auch eine Form der Konfliktaustragung sein, die dann im besten Fall durch die Betroffenen von einer intentionalen und konstruktiveren

Konfliktbearbeitung abgelöst wird. Der Gewinn dieser begrifflichen Unterscheidung liegt für uns in der Beratungspraxis darin, dass der Blick auf Formen der Konfliktaustragung unsere Aufmerksamkeit zunächst darauf lenkt, dass Menschen, bevor wir als Berater*innen kommen, ja auch schon einen Umgang mit dem, was wir dann Konflikt nennen, haben. Und das zu sehen und an die Oberfläche zu holen, dabei hat mir dieser Begriff geholfen: Jetzt habe ich einen Begriff dafür, eine Brille, die ich aufsetzen kann, und durch diese kann ich andere Dinge sehen als zuvor.

MZ: Und ich kann mir vorstellen, dass ihr in der Praxis damit ja auch weiter arbeitet. Also ihr zieht ja wahrscheinlich auch Schlüsse daraus, welche Austragungsformen vor dem Beginn des Beratungsprozesses wählbar waren und welche nicht. Das kann euch über den Konflikt ja auch viel verraten – und über Potenziale, damit weiterzuarbeiten.

SL: Das ist tatsächlich unterschiedlich in den verschiedenen Prozessen. Es hängt sehr davon ab, wie bewusst sich die Berater*innen darüber sind, wie sich das, was sie sehen, durch die Anwendung einer begrifflichen Unterscheidung verändern kann und inwieweit das nutzbare Erkenntnisse bringen kann über das, was vor Ort passiert. Daher habe ich die Unterscheidung zwischen Konfliktaustragung und Konfliktbearbeitung gezielt in ein Gespräch mit Kolleg*innen gebracht und sie gefragt, was sie davon halten. Und die Resonanz war ganz unterschiedlich. Die einen haben gesagt: „Ja, machen wir schon! Eh klar.“ Und die anderen haben gesagt: „Hm. Da könntest für uns was drinstecken, da könnten wir mal gezielt hinschauen.“ Und das hat mich bestärkt darin, dass wir diese Unterscheidung als einen festen Bestandteil von Konfliktanalyse aufnehmen sollten.

CW: Genau deshalb ist mir die genaue Betrachtung der Konfliktaustragung bei der Konfliktanalyse immer ganz wichtig: Die Analyse beginnt nicht mit einer irgendwie naheliegenden Zuordnung zu einem Label wie ‚Machtkonflikt‘ oder so, sondern mit der Befragung oder besser eben Analyse der empirisch beobachtbaren Interaktion: Wie handeln die Konfliktparteien und wie begründen oder rechtfertigen sie das? Wo liegen die Differenzen? Was ist der Konfliktgegenstand, dass sich die Konfliktparteien so verhalten, wie sie sich – in der Konfliktaustragung – verhalten?

CP: Okay, Konfliktaustragung ist alles, was empirisch beobachtbar ist, aber wie kommt es dann zur Konfliktbearbeitung? Wie kommen die Konfliktparteien dazu, ihre Interaktion als Konflikt zu erkennen?

MZ: Ich hätte gedacht, dass hierbei nicht nur das Bewusstsein über die Existenz des Konflikts wichtig ist, sondern schon auch die Idee „es anzugehen“ – mit dem Willen, etwas zum Positiven zu verändern, zu transformieren, zu lösen. Oder ist das mit Intentionalität gemeint? Denn das macht für mich einen Unterschied – also: Konfliktaustragung kann potenziell total destruktive Formen annehmen, Konfliktbearbeitung hingegen hängt mit der Idee zusammen, irgendwie etwas Produktives, Gutes draus zu machen.

CW: Ja, wobei, mit dem Guten würde ich vorsichtig sein, weil es kann natürlich sein, dass meine Konfliktbearbeitung für mich am Ende zum Guten führt, aber für die andere Konfliktpartei zum Schlechten. Das heißt, Konfliktbearbeitung kann trotz guter Intention selbst zu negativen Ergebnissen führen, wenn vielleicht nicht für mich, dann doch für andere. Aber trotzdem wäre es Konfliktbearbeitung. Von der Grundauffassung her würde ich Dir schon

zustimmen, also dass man etwas in eine nicht destruktive Richtung lenken will. Das war diese Diskussion, die wir auch mal hatten, wo ich mal dieses Argument ausgetestet hatte: „Ist nicht auch der Krieg eine Institution der Konfliktbearbeitung?“ – worauf ich ja engagiertesten Widerstand geerntet habe, berechtigterweise. Und da würde ich gerne mitgehen und sagen: Das wollen wir nicht Konfliktbearbeitung nennen, auch wenn manche Kriege vorgeblich mit guten Intentionen geführt werden.

SL: Ist das tatsächlich so? Bezeichnet ihr Krieg nicht als Institution der Konfliktbearbeitung?

CW: Tja, wir sind ja die Definierenden, von daher: Nein, das machen wir einfach nicht [lacht].

MZ: Also ich würde das machen [lacht]. Ich war bei der Diskussion wohl nicht mit dabei?

CW: Da kommt die Soziologin [lacht].

MZ: Da sind wir glaube ich bei der Frage: Wollen wir ein normatives Ziel, zum Beispiel gesellschaftlichen Frieden, an die Definition von Konfliktbearbeitung knüpfen? Dann müssen wir sagen: Wir haben nicht nur einen analytischen, definitorischen, vielleicht auch funktionalen Begriff, sondern wir haben auch eine normative Idee. Davon hängt für mich ab, wie meine persönliche Antwort auf die Frage ausfällt, ob Krieg eine Institution der Konfliktbearbeitung ist. Und ich glaube Sylvia, deine Irritation geht wahrscheinlich in eine ähnliche Richtung, oder?

SL: Ja, meine Neugierde tatsächlich. Wahrscheinlich prägt mich da ebenfalls mein soziologischer Blick. Ich würde erst mal sagen, ja, Krieg ist eine Institution der Konfliktbearbeitung, sogar sehr bewusst und intentional und

verbunden mit Machtinteressen und so weiter. Und wenn es aber darum geht, dass wir diese Worte wie destruktiv oder konstruktiv verwenden, dann ist es der Versuch, wegzukommen von normativen Einschätzungen und Prämissen wie Gut und Böse [lacht]. Das ist jedoch nicht wirklich gelungen, denn es bleibt diffus, was man tatsächlich damit meint. Ich verwende das auch viel und gerne und gleichzeitig rattert es dann so im Hinterkopf: „Was meint konstruktive Konfliktbearbeitung?“ Die einzige Antwort ist, dass die Konfliktbearbeitung zu etwas führen soll, das wir friedliches Miteinander nennen. Und dann habe ich in dem Sollen das Normative drin.

CW: Und das müssen wir letztendlich den Kriegführenden auch zugestehen. Also das fällt uns ja glücklicherweise schwer, aber sozusagen diejenigen, die über Krieg und Nicht-Krieg entscheiden, die entscheiden sich ja nicht für den Krieg, weil sie sagen: „Jetzt wollen wir mal so eine richtig destruktive Eskalation.“ Sondern sie entscheiden sich ja für den kriegerischen Austrag, weil sie sagen: „So, jetzt mal kurz Gewalt anwenden und dann wird alles gut.“

SL: Also das würde ich in Frage stellen. Ich glaube, ja, das gibt es. Und gleichzeitig habe ich gerade vorhin was mitgeschrieben, das ich interessant fand: Einen Konflikt zu bearbeiten, kann mit der Intention passieren, dass es nur für mich gut ausgeht – oder aber für alle Betroffenen. Und das finde ich eine super hilfreiche Unterscheidung, denn wenn ich Krieg führe – egal, ob im Kleinen oder im Großen, also zwischen Staaten oder zwischen einzelnen Menschen oder Organisationen –, dann wird es oft deshalb kämpferisch und kriegerisch, weil ich nur meine eigenen Interessen im Blick habe und nur möchte, dass es für mich gut ausgeht. Arbeit hingegen ist es dann, wenn ich mich darum bemühe, dass es für alle gut ausgeht, weil das hat, glaube ich, kaum einer von uns automatisch im Blick,

sondern das bedeutet immer, sich ein Stück weit loszulösen von den eigenen Interessen und dem, dass wir alle in irgendeiner Form immer erst mal versuchen wollen, unseren Kopf durchzusetzen. Unterstelle ich jetzt mal.

CW: Heyheyhey! [lacht]

SL: Also bis auf so ein paar Menschen wie wir hier [lacht] oder diejenigen, die als dritte Parteien unterwegs sind wie beispielsweise Mediator*innen oder eben auch Konfliktberater*innen.

CP: Deshalb würde ich auch sagen: Wenn wir Konfliktbearbeitung an eine normative Idee binden, ist das Weggehen oder die Trennung, von der wir ja vorhin gesprochen haben, keine Institution der Konfliktbearbeitung für mich. Denn wenn es dann nur um mein Interesse geht, weggehen zu wollen, dann gebe ich die Beziehung auf, die ja auch der Ort, der Ursprung dieses Konfliktes war. Also da müssen wir ausbuchstabieren, was ist dieses Normative, was ist dieser Frieden, von dem wir sprechen? Und wenn das gemeinsame Ziel mit dem Erhalt von Verbindung oder mit Gemeinschaft zu tun hat, dann kann Trennung keine Institution der Konfliktbearbeitung sein, oder?

MZ: Ein guter Punkt. Ich würde da verschiedene Trennungsbegriffe unterscheiden wollen. Ein Sich-Trennen im räumlichen Sinne ist ja etwa einer der Ratschläge zur Konflikt-Deeskalation im häuslichen Rahmen. Ähnlich wie wenn man ein Codewort vereinbart, um sich wechselseitig anzuzeigen: Man kommt in dem Moment gemeinsam nicht weiter, die Streiddynamik soll unterbrochen werden. Eine Bekannte, von der ich die Idee kenne, hat mit ihrem Freund etwa das Codewort „Watumba“ vereinbart. Für mich ist Watumba damit eine Konfliktbearbeitungsinstitution. Man unterbricht dann den Streit, die

Konfliktaustragung. Und das ist ja nochmal etwas anderes, als den Kontakt mit jemandem komplett abzubrechen. Da würde ich auch sagen, das ist keine Bearbeitung. Also zumindest nicht Bearbeitung im Sinne von Prozessualität.

CW: Ja, man ist nicht in jeder Situation gleich gut in der Lage, Konflikte zu bearbeiten – da kann ein Vertagen und sich erst mal zu separieren durchaus produktiv sein, aber das Konfliktpotenzial ist damit nicht aus der Welt, auch wenn die nächste Begegnung scheinbar harmonisch abläuft. Und ich bin ja auch kein so großer Harmonie-Freund. Aber wir müssen halt in der Lage sein, es gut „knallen“ zu lassen und dann können wir das als Konfliktbearbeitung bezeichnen – das ist so der beste Frieden, den wir irgendwie kriegen können. Weil dann geht's voran, dann sind wir ideenreich, dann kommen wir zu Erkenntnissen. Stell dir mal vor, wir hätten ein völlig harmonisches Lehrstuhlteam – wir kämen ja nie zu irgendeiner neuen Einsicht.

MZ: Ich würde gerne Sylvia abschließend fragen: Wenn Ihr in kommunalen Konflikten berätet, ist da Trennung eine Option?

SL: Also wenn zum Beispiel unvereinbare Positionen zwischen verschiedenen sozialen Trägern in einem bestimmten Stadtgebiet vorhanden sind, dann wäre eine Form von konstruktiver Konfliktbearbeitung die Trennung – so, dass etwa jeder Träger dort arbeitsteilig tätig ist. Das ermöglicht wiederum im besten Fall, dass sie die Bereitschaft haben, in bestimmten Gremien konstruktiv miteinander umzugehen. Sie können sich ja oftmals nicht komplett aus dem Weg gehen, aber sie können Streitigkeiten vermeiden, die dadurch entstehen, dass sie im selben „Revier“ unterwegs sind. Und für mich ist hilfreich anzuschauen, mit Blick worauf machen wir eigentlich diese Bearbeitung von dem, was wir Konflikt nennen.

Und das eine kann tatsächlich sein: „Ich habe den Blick darauf, dass ich eine harmonische Beziehung haben möchte mit demjenigen, mit dem ich mich gerade fetze.“ Es kann aber auch sein: „Ich möchte eine Klärung.“, und dann sind die passenden Aktionen ganz andere. Oder es kann sein, ich strebe ein friedliches Zusammenleben in einem größeren Kontext in einer größeren Gemeinschaft an. Dann sind die zwei Individuen oder die zwei Gruppen, die sich gerade streiten, nur Teil von diesem Gesamtsystem, und es kann dienlich sein, dass die sich trennen. Das dient dann dem friedlichen Zusammenleben innerhalb dieser Gemeinschaft, der größeren. Was aber ein Unterschied dazu ist, wenn ich sagen würde: „Naja, wir gehen uns jetzt einfach aus dem Weg.“, aber die Dinge sind gleichzeitig total ungelöst und ständig liegt diese Spannung in der Luft. Das ist dann nicht besonders hilfreich für jegliches friedliche Zusammenleben, egal wie groß ich das soziale System nehme. Das wurde mir gerade klar. Super, danke! Nun ist es schon spät geworden. Ich freu mich auf eine Fortsetzung!

Referenzen

- Berndt, Hagen; Lustig, Sylvia 2016: Kommunale Konfliktberatung – ein Beitrag zum Umgang mit Fragen des Zuzugs und der Integration. In: Warndorf, Peter K. (Hg.): Integration – zwischen Konflikt und Prävention. MV-Wissenschaft, Dortmund, Band 3.
- Efinger, Manfred; Rittberger, Volker; Zürn, Michael 1988: Internationale Regime in den Ost-West-Beziehungen. Ein Beitrag zur Erforschung der friedlichen Behandlung internationaler Konflikte, Frankfurt a.M.
- Gulowski, Rebecca; Weller, Christoph 2017: Zivile Konfliktbearbeitung. Kritik, Konzept und theoretische Fundierung. In: Peripherie, Jg. 37, H. 148, S. 386-411.
- Weller, Christoph 2014: Konfliktanalyse in der Konfliktforschung. In: Bock, Andreas; Henneberg, Ingo (Hg.): Iran, die Bombe und das Streben nach Sicherheit. Strukturierte Konfliktanalysen. Baden-Baden, S. 15-34.

Der ambivalente Kampf um das selbstbestimmte Wohnen von Geflüchteten in Leipzig

Reflexion eines steinigen Weges

Initiativkreis: Menschen.Würdig. (IKMW)

Was bedeutet es, an Konflikten zu wachsen oder zu scheitern? Wer wächst überhaupt, wer scheitert? Und woran? Gibt es überhaupt eine eindeutige Antwort? Unser Beispiel aus Leipzig zeigt, dass dies nicht immer so einfach zu beantworten ist.

Der „Initiativkreis: Menschen.Würdig.“ (IKMW) gründete sich vor der Kulisse einiger ineinandergreifender Konflikte. Zivilgesellschaftliche Initiativen, die sich gegen die Unterbringung von Geflüchteten in Massenunterkünften und für selbstbestimmtes Wohnen einsetzten, gab es zum Gründungszeitpunkt schon sehr lange. Sie konstituierten sich als Bewegung, als die Stadt Leipzig im Jahr 2009 eine neue Massen-Container-Unterkunft am Stadtrand in der Wodanstraße plante. Die Aktiven organisierten sich unter dem Label „Initiativkreis für die Integration von Asylbewerber*innen“¹, starteten eine Petition und organisierten Kundgebungen sowie öffentliche Veranstaltungen. Zudem begannen sie, Kontakte zu den Bewohner*innen der Sammelunterkunft in der Torgauer Straße 290 zu knüpfen. Die anfängliche Idee, hier Freizeitangebote zu schaffen, scheiterte. Der später aus diesem Initiativkreis

¹ <http://initiativkreisintegration.blogspot.de>, zuletzt abgerufen am 05.05.2021.

entstandene Zusammenhang „No Heim“ konzentrierte sich auf die rechtliche Unterstützung von Bewohner*innen, woran später der Infobus mit dem noch heute bestehenden Angebot der ehrenamtlichen Asylverfahrensberatung anknüpfte. Die Einrichtung in der Torgauer Straße sollte ursprünglich zugunsten des Containerneubaus geschlossen werden. Die Unterkunft befand sich in einem miserablen Zustand und ist weit vom Stadtzentrum in einem Gewerbegebiet gelegen. Der damalige Sächsische Ausländerbeauftragte Martin Gillo kritisierte die Zustände in seinem Heim-TÜV 2011.² Der Plan für den Container-Neubau wurde seitens der Stadt, auch wegen der Proteste, jedoch fallen gelassen.

Durch die Interventionen der Zivilgesellschaft und eine starke Aktivenlandschaft gelang es, das Paradigma des selbstbestimmten Wohnens Geflüchteter als Alternative zu setzen. Im Jahr 2010 mündete dies in einem Stadtratsantrag der Fraktionen DIE LINKE und Bündnis 90/ Die Grünen, mit dem diese beehrten, dezentrales Wohnen in eigenen Wohnungen als oberstes Prinzip bei der Unterbringung von Geflüchteten umzusetzen. 2012 legte die Stadtverwaltung auf dieser Basis ein Unterbringungskonzept vor: Erklärte Ziele waren nun die Schließung der Torgauer Straße 290, die Etablierung von kleinen Gemeinschaftsunterkünften in den Stadtteilen und die Ausweitung der selbstbestimmten Unterbringung von Geflüchteten in Wohnungen.

² Der Heim-TÜV wurde als ein Instrument des Freistaats Sachsen zur Evaluierung der Unterbringung von geduldeten Ausländer*innen und Asylbewerber*innen für alle sächsischen Gemeinschaftsunterkünfte eingeführt. Weitere Informationen finden sich hier: <https://sab.landtag.sachsen.de/de/themen/unterbringung-asylsuchende/unterbringung-asylsuchende-6772.cshtml> (zuletzt abgerufen am 05.05.2021).

Recht schnell kam es daraufhin in einigen Leipziger Stadtvierteln zu rassistischen Mobilisierungen gegen die Aussicht auf dezentrale Unterbringungen in der Nachbarschaft. So gründete sich beispielsweise eine rassistische Bürgerinitiative. Medial und in der politischen Auseinandersetzung standen die Gegner*innen der neuen Unterkünfte im Mittelpunkt, die Wünsche und Bedürfnisse der künftigen Bewohner*innen blieben hingegen unsichtbar.

Vor diesem Hintergrund gründete sich zunächst die Kampagne „Dezentralisierung jetzt“, die mit der Initiative „NoHEim“ als Nachfolgerin des „Initiativkreises für die Integration von Asylbewerber*innen“ zum „Initiativkreis: Menschen.Würdig“ (IKMW) fusionierte. Ziel des Engagements war es zunächst, dem von Rassismus geleiteten Diskurs in Leipzig etwas entgegenzusetzen. Der IKMW verfolgte von Anfang an aber auch das Anliegen, die Diskussion um das städtische Konzept der dezentralen Unterbringung und dessen Umsetzung kritisch zu begleiten und immer wieder darauf hinzuweisen, dass dieses Konzept nur ein erster Schritt zur gesellschaftlichen Teilhabe von Geflüchteten und Asylsuchenden sein kann. In der Unterbringungspolitik der Stadt Leipzig sah und kritisierte der IKMW einen paternalistischen Ansatz, der darin bestand, den Menschen ihr Recht zur selbstbestimmten Wahl des Wohnortes abzusprechen; denn die Stadtverwaltung sah und sieht weiterhin die Notwendigkeit, neu ankommende Schutzsuchende anfangs in Sammelunterkünften unterzubringen und sie erst nach einer „Bewährungsphase“ in eine eigene Wohnung ziehen zu lassen. In der Logik der Praktik kommt dies einer „Entlassung“ gleich, die erst erfolgt, nachdem sich die Bewohner*innen als tauglich erwiesen haben. Dem IKMW war es dagegen immer wichtig, die Perspektive der Betroffenen sicht- und hörbar zu machen und ihre grundlegenden Rechte einzufordern, die ihnen zustehen, ohne, dass sie sich beweisen müssen.

Der IKMW flankierte die gesellschaftliche Debatte mit einer Kampagne, die den Ansatz der Stadt kritisch unterstützte. Er startete eine Unterschriftenkampagne, betrieb sehr aktive Pressearbeit und organisierte Kundgebungen. Grundtenor war hierbei auch die grundlegende Kritik an der Sammelunterbringung von geflüchteten Menschen. Mit der Reihe „Auf gute Nachbarschaft“³ gab es den Versuch, rassistischen Einstellungen in den jeweiligen Stadtteilen entgegenzutreten und vor Ort eine Willkommenskultur zu fördern. Wichtig waren aber auch konkrete Interventionen wie zum Beispiel der Besuch der Stadtbezirksbeiratssitzungen. Hier ging es neben der reinen Beobachtung von Reaktionen der anwesenden Stadtteilbewohner*innen darum, den rassistischen Ausfällen von Gegner*innen der dezentralen Unterbringungen etwas entgegenzusetzen und antirassistisch eingestellten Menschen einen Anknüpfungspunkt zu bieten.

Die Debatten in den Stadtteilen wirkten auf die gesamtstädtische Politik zurück und es kam auch zur Frontenbildung. Auf der einen Seite stand die rassistische Bürgerinitiative, auf der anderen standen die antirassistische Zivilgesellschaft und die Stadt. Diese zweite „Front“ hatte eine große Wirkungsmacht und konnte sehr stark Einfluss auf die Debatte nehmen, was auch durch deren Flankierung durch Teile der Stadtratsfraktionen gelang. Im Juli 2012 wurde das Unterbringungskonzept von einer großen Mehrheit des Stadtrates beschlossen.⁴

Später, 2013/2014, flammte der Konflikt vor allem im Stadtteil Leipzig-Schönefeld wieder auf. Dort wurde aufgrund der langsam steigenden Zahlen von Geflüchteten

³ Vgl. <https://www.menschen-wuerdig.org/veranstaltungsreihe-auf-gute-nachbarschaft-in-wahren/>, zuletzt abgerufen am 05.05.2021.

⁴ [https://notes.leipzig.de/appl/laura/wp5/kais02.nsf/docid/0B185DEEF2854883C125795A002E9AC1/\\$FILE/V-ds-1904-nf-anlage.pdf](https://notes.leipzig.de/appl/laura/wp5/kais02.nsf/docid/0B185DEEF2854883C125795A002E9AC1/$FILE/V-ds-1904-nf-anlage.pdf), zuletzt abgerufen am 05.05.2021.

ein Notquartier in einer ehemaligen Schule neben einer anderen Schule, die in Betrieb war, eingerichtet. Dagegen gab es von Anfang an rassistische Proteste, zum Beispiel von Elterngruppen der benachbarten Schule, die gute Verbindungen zur Neonazi-Partei NPD unterhielten. Vor allem das Bündnis „Refugees Welcome“⁵ nahm sich dieses Konfliktes an; hier beteiligten sich auch Aktive aus dem IKMW. In diesem Kontext gab es verschiedene Konfliktlösungsversuche. Die Nachbarschaftsarbeit wurde ebenso wie die Reihe „Auf gute Nachbarschaft“ aufgegriffen. Auch das „Interkulturelle Konversationscafé Leipzig“ für Schüler*innen entstand. Aufgrund der hohen Frequenz von neonazistischen Interventionen waren die Monate geprägt von zahlreichen spontanen antirassistischen und antifaschistischen Mobilisierungen. Die harte Polarisierung auf der Straße führte zu weitreichenden Perspektivwechseln in der Stadtteilgesellschaft. Sowohl der Bürgerverein als auch die Kirchgemeinde und verfasste Schulgremien stellten sich alsbald klar auf die Seite der Antirassist*innen und damit auf die Seite der Geflüchteten und formierten eine Willkommensinitiative.

Die Konfliktkulissen führten zu einer gewissen Ambivalenz. Die Aktiven, auch vom IKMW, forderten stets, dass es keine großen Unterkünfte geben sollte. Gleichzeitig bestand eine große Solidarität mit jenen, die in den Massenunterkünften wohnen mussten. Es gab also gleichzeitig die Forderung, Massenunterkünfte abzuschaffen, und die Forderung, die Bedingungen dort zu verbessern und die Unterkünfte zu schützen. Die Stadtverwaltung – als die Instanz, die Geflüchtete in Massenunterkünften am Stadtrand verwalten wollte – war anfangs eine klare Gegnerin. Den Vorläufern des IKMW gelang es jedoch, die politische Position für selbstbestimmtes Wohnen innerhalb der Stadt wirkungsmächtig zu machen, sowohl in

⁵ refugeeswelcome.blogspot.eu

der Stadtgesellschaft als auch in der institutionalisierten Stadtpolitik. So wurde die Stadtverwaltung schließlich zur Verbündeten gegen rassistische Proteste – und blieb doch immer Adressatin für die Forderung nach der kompletten Auflösung aller Lager und der Gewährung eines selbstbestimmten Lebens von Geflüchteten. Eine gewisse Leerstelle bleibt die aktive Einbeziehung der Betroffenen in die vielfältige Arbeit der Initiativen für dezentrale Unterbringung. Waren diese anfangs stärker in die Proteste für eine menschenwürdige Unterbringung involviert, fand insbesondere die Auseinandersetzung mit rassistischen Bürgerinitiativen stark entfernt von den betroffenen Menschen statt.

Sind wir – die Gruppen und Initiativen, die sich für die Rechte und Selbstbestimmtheit von Geflüchteten einsetzen, und vielleicht sogar die Stadtgesellschaft – nun an den Konflikten gewachsen oder gescheitert?

Die Konflikte waren insofern von positiven Effekten geprägt, als dass die Lebenssituation marginalisierter Menschen in den Fokus gerückt und die grundlegende Position für menschenwürdiges, selbstbestimmtes Wohnen von Geflüchteten in der Stadtgesellschaft und -politik gesetzt werden konnte. Das Engagement war sehr vielfältig, es gab sehr viele verschiedene Formate und die Aktiven gingen damals interventionistisch direkt *in* die Situation, statt zum Beispiel „nur“ Demonstrationen anzumelden oder „nur“ im Internet aktiv zu sein. Sie suchten damals auch die direkte Auseinandersetzung mit Rassist*innen. Eine solche direkte Konfrontation muss in anderen Kontexten abgewogen werden. Sie ist nicht in jedem Fall erforderlich oder auch nur angebracht oder geeignet, aber in dem beschriebenen Kontext war sie unumgänglich und trug zur Polarisierung des Konfliktes bei. Diese war notwendig, um überhaupt erst die im Konflikt vorhandenen

Positionen sichtbar zu machen. Da waren eben nicht nur die rassistischen Positionen, sondern auch andere, stillere Stimmen. Es war notwendig, diesen Stimmen zur Seite zu stehen und sie zu verstärken. Menschenfeindliche Positionen konnten so wahrnehmbar zurückgedrängt und dazu alternative Positionen und Netzwerke in den Stadtteilen gestärkt werden. Die genutzten Zugänge waren teilweise neu und auch in späteren Konflikten hilfreich.

Zivilgesellschaftliche Initiativen schlossen sich zusammen, neue Formate konnten erprobt werden und offen rassistischen Bewegungen wurde konkret entgegengetreten. Einer breiten Bewegung gelang es, ein Thema in der Stadt zu setzen und die Stadtpolitik wirksam mitzugestalten. Bis in konservative Teile der Stadtpolitik und Stadtgesellschaft ist es heute das geteilte Verständnis, dass auch Geflüchtete zumindest die Möglichkeit erhalten sollten, eine eigene Wohnung zu suchen.

All das ist Teil des Wachsens. Daher würden wir sagen: An einem Konflikt, der auch mehr oder weniger gelöst wurde, konnte man wachsen. Auf der anderen Seite stehen weitere Konfliktspekte, wie das Paradigma der generellen Unterbringung in Sammelunterkünften – statt einer generellen Unterbringung in Wohnungen – oder rassistische Ausschlüsse auf dem Wohnungsmarkt.

In der dargestellten Situation hat sich die antirassistische Position durchgesetzt. Das können wir als eine Teillösung des Konfliktes werten, doch strahlten diese Erfolge nicht langfristig nachhaltig aus. Als 2015, im sogenannten Sommer der Migration, erwartbar viele Menschen neu in Leipzig untergebracht wurden, verblassten die Erfolge im Kampf um selbstbestimmtes Wohnen hinter Notstandsargumenten und einem erneuten Ruck in Richtung Ordnungs- und Verwaltungspolitik, die die Unterbringung

nach wie vor stark prägt. Trotzdem entstanden in dieser Zeit Projekte wie die „Kontaktstelle Wohnen“, die – finanziert durch Land und Stadt – den Auszug von Geflüchteten in eigenen Wohnraum forciert und begleitet.

Es ist viel geschehen seit 2012. Gerade in Leipzig gibt es sehr viele kleinteilige Unterkünfte, rund 30% der Geflüchteten im Asylverfahren leben in einer eigenen Wohnung mit eigenem Mietvertrag – im Gegensatz zu einer Wohnung, die von der Stadt zugewiesen wurde, ohne eigenen Mietvertrag (Stand Ende März 2021).⁶ Weiterhin leben allerdings viel zu viele Menschen mit Asyl- und Flüchtlingsstatus viel zu lange in Sammelunterkünften, weil sie keine bezahlbaren Wohnungen finden.⁷ Und: Die größte Massenunterkunft Leipzigs in der Torgauer Straße, die in fast jeder der unterbringungsbezogenen Auseinandersetzungen in Leipzig Dreh- und Angelpunkt war – die gibt es immer noch.

⁶ Unterbringung von Geflüchteten in der Zuständigkeit der Stadt Leipzig - Stand: I/2021; <https://www.menschen-wuerdig.org/wp-content/uploads/2021/08/Unterbringung-von-Gefluechteten-in-der-Zustaendigkeit-der-Stadt-Leipzig-Stand-I-2021.pdf>, S. 7, zuletzt abgerufen am 04.08.2021

⁷ Unterbringung von Geflüchteten in der Zuständigkeit der Stadt Leipzig - Stand: I/2021; <https://www.menschen-wuerdig.org/wp-content/uploads/2021/08/Unterbringung-von-Gefluechteten-in-der-Zustaendigkeit-der-Stadt-Leipzig-Stand-I-2021.pdf>, S. 12, zuletzt abgerufen am 04.08.2021



Teil 4

Konflikte besprechen

**Positionierungen, Aushandlungen und
Formen des Dialogs**

Reden über, aber ohne die anderen

Wie ein *Bürgerdialog* in ein monologisches Wir verfällt

Stella Nüsch, Nora Rebekka Krott und Andreas Zick

Dieser Beitrag beruht auf Forschungen zu Konflikten, die sich im Rahmen der Einwanderung von Menschen aus Bulgarien und Rumänien in einer ländlichen Kleinstadt entzündeten. Der Konflikt entwickelte sich im Kontext größerer Migrationsbewegungen. In Deutschland wandern unterschiedlichste Gruppen auf verschiedensten Wegen und aus sehr vielfältigen Gründen ein. Neben der starken Fluchtzuwanderung 2015/16 aus Kriegs- und Krisenregionen immigrierten auch viele andere Menschen aus ganz anderen Gründen, etwa im Zuge von Familiennachzügen oder weil die Chancen auf Arbeit, Bildung und soziale Sicherheit in Deutschland besser erscheinen oder Menschen direkt angeworben wurden (vgl. Hanganu et al. 2014). Die Zuwanderung aus den EU-2-Ländern Bulgarien und Rumänien ist in den meisten Fällen mit einer Verbesserung der ökonomischen Situation der Migrant:innen durch bessere Arbeitsbedingungen sowie auch einem Schutz vor Diskriminierung verbunden, was insbesondere für Sinti:z(z)e und Rom:nja zutreffend scheint (vgl. Brücker et al. 2013). Rumänien und Bulgarien gelten gemessen am Bruttoinlandsprodukt als ärmste Länder der Europäischen Union und die damit verbundene soziale Ungleichheit und Unsicherheit ist für viele Menschen besonders groß (Eurostat 2020). Durch die Erweiterung

der EU nach Osten und die damit einhergehende Personenfreizügigkeit erfolgte vermehrt Migration, unter anderem nach Deutschland (vgl. Brückner et al. 2013: 2). Die meisten Migrant:innen ziehen in deutsche Großstädte, aber auch in kleineren Kommunen ist eine verstärkte Zuwanderung zu beobachten (ebd.: 6). Dabei entstehen kommunale Konfliktlagen zwischen schon länger Anwesenden und Neuankommenden. Hierzu liegt bislang wenig Forschung vor, die jedoch nötig wäre, um diese Konflikte zu umgehen (Faller, Zick 2019).

Der Fall Rohn

Im Folgenden richten wir den Fokus auf die Situation in einer ländlich gelegenen Kleinstadt, die wir pseudonymisiert „Rohn“ nennen. Dort kam es zu besonderen Konflikten um die Einwanderung, nachdem sich bulgarische Immigrant:innen vor Ort niedergelassen hatten. Die in Nordrhein-Westfalen liegende Kleinstadt hatte in der Vergangenheit mit wirtschaftlichen Einbußen zu kämpfen. Ein dort ansässiges Unternehmen, welches Fliesen herstellte,¹ ging bankrott und war gezwungen, nach und nach die Mitarbeiter:innen zu entlassen, die in den meisten Fällen in Rohn lebten. Der Wegfall dieses Unternehmens führte zu erhöhter Arbeitslosigkeit und geringerer Kaufkraft, wodurch die Innenstadt des Ortes viele Einzelhandelsunternehmen verlor. Seit der Insolvenz der großen Fliesenfirma Anfang der 2000er Jahre machte die

¹ Zur Wahrung des Datenschutzes sind Einzelheiten abgewandelt.

wirtschaftliche Situation in Rohn Rückschritte. Der Tourismus ging zurück, die Innenstadt war weniger belebt und auch Lokale und Gaststätten schlossen. Diese rezessive Phase hielt über längere Zeit an und die Situation wurde zur Normalität.²

Im Jahr 2017 immigrierten Menschen aus den EU-2-Ländern auch in die Kleinstadt Rohn. Die während der Feldphase konsultierten Verwaltungsmitarbeiter:innen der Stadt erklärten den Zuzug nach Rohn mit der Arbeit in einer Lederfabrik, die zwar 75 Kilometer entfernt liegt, wo aber viele der aus Rumänien und Bulgarien immigrierten und in Rohn lebenden Menschen arbeiten. Es hieß, die Zugezogenen würden aus Rohn mit Bussen abgeholt, um dort zu arbeiten, was sich trotz des logistischen Aufwands für die Lederfabrik lohne, da sie den Zugewanderten einen geringen Lohn zahle. Weiterhin war stets die Rede von „Hintermännern“, die Immobilien in Rohn aufkauften und an die Zugezogenen vermieteten. Dahinter stand die Vermutung des Sozialhilfebetrugs, da diese „Hintermänner“ auch bei der Beantragung von staatlichen Hilfgeldern unterstützen und sich dabei einen Großteil davon zu eigen machten. Diese Aussagen wurden während der Feldphase in Rohn gesammelt und stammen von Verwaltungsmitarbeiter:innen der Stadt, einigen Bürger:innen und aus Zeitungsartikeln.

Die Zeitungen trugen sowohl auf regionaler wie auch auf überregionaler Ebene dazu bei, dass die beschriebene Situation bekannt wurde, breitere Aufmerksamkeit erhielt

² Die Entwicklung der Stadt wurde durch die Berichterstattung verschiedener regionaler wie auch überregionaler Zeitungen rekonstruiert. Im Jahr 2011 wurde von einem großen Anteil leerstehender Häuser berichtet. Im Jahr 2013 wird der Begriff „Schrottimmobilien“ verwendet. Erst wieder im Jahr 2017 wird die Thematik des Leerstands aufgegriffen und als problematisch beschrieben. Im Jahr 2019 wurde der Bürgerdialog medial aufgegriffen und als eine Neubelebung der Stadt dargestellt.

und vermehrt auch in der Kleinstadt selbst thematisiert wurde. Fraglich ist, ob die dortige Diskussion aufgrund der örtlichen Entwicklungsvorhaben, wie dem *Bürgerdialog*,³ zustande kam oder ob der Dialog als Reaktion darauf installiert wurde.

In den Zeitungen wurden Probleme wie Vermüllung, Lärmbelästigung und fehlendes Sozialverhalten kommuniziert, woraufhin die Bürger:innen Rohns teilweise von ortsfremden Menschen mit der Frage, was denn in ihrem Ort los sei, auf diese Berichterstattung angesprochen wurden. Eine Lokalzeitung berichtete von einer Bürgerversammlung im September 2019, die von „Beleidigungen“ und „Gewalt“ geprägt gewesen sei. In dieser sei den Zugezogenen vorgeworfen worden, dass sie der Grund dafür seien, dass die Stadt auf Außenstehende unattraktiv wirke, und dass sie auch nicht in die Gemeinschaft passen. Diese Vorwürfe wurden der Berichterstattung zufolge lauthals während der Versammlung postuliert. Die Journalist:innen berichteten über eine hoch emotionalisierte und heikle Situation.

Ein *Bürgerdialog* für die „Etablierten“ und die „Außenseiter“

Wie in der berühmten sozialwissenschaftlichen Studie von Norbert Elias und John L. Scotson (1993) beschrieben, die in den späten 50er Jahren durchgeführt wurde und von den „Etablierten und Außenseitern“ handelt, fand auch in Rohn eine Spaltung zwischen denen, die seit längerem im Ort wohnen, und denen, die erst neu

³ Der Dialog wird in der Kleinstadt Rohn als *Bürgerdialog* kommuniziert, weshalb diese Bezeichnung in diesem Beitrag weiterverwendet und auf eine geschlechtsneutrale Formulierung verzichtet wird. Da der *Bürgerdialog* der Forschungsgegenstand dieser Untersuchung ist, gehen wir von ihm als im Feld konstruiertes Konzept aus, was durch die Kursivschrift deutlich werden soll.

hinzugekommen sind, statt. Vor allem während der Bürgerversammlung war diese Spaltung in der Gemeinschaft laut Medienberichten und Erfahrungsberichten einiger Teilnehmer:innen deutlich zu erkennen.

In der sozialwissenschaftlichen Figurationstheorie beschreiben Elias und Scotson eine Machtasymmetrie zwischen zwei Personengruppen. Die Menschen, die schon seit Generationen im Ort leben, grenzen sich den Neuhinzugekommenen gegenüber ab. Diese Abgrenzung hat verschiedene Funktionen, beispielsweise das Sichern von Ressourcen oder die Aufwertung des eigenen und die Abwertung des anderen Kollektivs. Die Asymmetrie zwischen den beiden Gruppen hat ihren Ursprung darin, dass das eine Kollektiv den bewohnten Raum für sich beansprucht, da es dort bereits lange lebt. Das Wechselspiel von Zeit und Lokalität begünstigt eine asymmetrische Beziehung zwischen den zwei Gruppen, wobei die eine als angesehener gilt als die andere. Die Gruppe der Alteingesessenen grenzt die Gruppe der Zugezogenen systematisch aus. Die Abgrenzung einer Gruppe von einer anderen und die Ausgrenzung dieser Anderen stärken den Zusammenhalt innerhalb der Gruppe und werten das Kollektiv auf. Die soziale Kohäsion der Alteingesessenen wird dabei durch deren Machtüberlegenheit bestärkt. Anhand der Werte, die die Alteingesessenen geprägt haben, werden die Neuhinzukommenden be- und abgewertet (vgl. Elias, Scotson 1993).

Um dieser Spaltung in „Alteingesessene“ und „Zugewanderte“, die schon von Rohns Sozialarbeiter:innen beobachtet wurde, entgegenzuwirken, wurde ein systematischer Versuch unternommen, ein Miteinander zu schaffen und die Integration zu befördern. Dazu wurde das Format des *Bürgerdialogs* von städtischen Sozialarbeiter:innen ins Leben gerufen und etabliert. Die erste

Einführungsveranstaltung, in der bereits Arbeitsgruppen gebildet wurden, fand im September 2019 statt. Der *Bürgerdialog* sollte gegenseitiges Verständnis herstellen, die Möglichkeit geben, die andere Kultur kennenzulernen, und Partizipation an den gesellschaftlichen und politischen Vorhaben der Stadt ermöglichen. Der Dialog erhielt von einer regionalen Integrationsbehörde Unterstützung. Eingeladen wurden die Bürger:innen der Stadt mithilfe von Postern in der Stadt und der Veröffentlichung einer (deutschsprachigen) Einladung auf deren Homepage und in sozialen Netzwerken.

Nachdem die Arbeitsgruppen zu Beginn des *Bürgerdialogs* nach Stadtteilen gebildet worden waren, wurden sie später umstrukturiert und nach thematischen Schwerpunkten geformt, sodass alle sich nach ihren Interessen einordnen konnten. Hierbei konnten die Bürger:innen sich den Themenkomplexen zuwenden, die sie für besonders wichtig erachteten oder bei denen sie ihre eigenen Stärken am besten einsetzen konnten. Außerdem gab es auch stets Sitzungen im Plenum, um kontinuierlich über Zwischenstände und das weitere Vorgehen zu informieren. Somit wurde den Bürger:innen die Mitsprache bei der Entwicklung des *Bürgerdialogs* und das Einbringen von für sie wichtigen Aspekten ermöglicht sowie den Mitarbeiter:innen der Stadt eine Kontrolle auferlegt. In den Plenarsitzungen stellten die Mitarbeiter:innen der Verwaltung dar, was sie in der vergangenen Zeit umgesetzt hatten und wie sie mit dem, was die Teilnehmer:innen erarbeitet hatten, umgegangen waren.

Die verschiedenen thematischen Schwerpunkte

Von den ursprünglich insgesamt fünf Arbeitsgruppen, die im Rahmen des *Bürgerdialogs* entstanden sind, wurden die folgenden zwei aufgrund ihrer Kontinuität herausgegriffen. Eine dieser Arbeitsgruppen beschäftigte sich vor allem mit dem Thema „Immobilien“. Hier wurden Immobilien des Ortes, die aufgrund eines heruntergekommenen Zustands oder unordentlichen Äußeren besonders auffielen, benannt, woraufhin diskutiert wurde, was wegen dieser zu unternehmen sei. Die Teilnehmenden dieser Arbeitsgruppe erwiesen sich als besonders motiviert, die Gemeinde zu modernisieren und zu verschönern. Eine weitere Arbeitsgruppe diskutierte im Besonderen das Thema „Sicherheit und Ordnung“ in der Kleinstadt. Zwei dieser Sitzungen wurden videografisch aufgezeichnet und mithilfe der ethnomethodologischen Konversationsanalyse untersucht. Sie dauerten jeweils etwa 1,5 Stunden und wurden auch teilnehmend beobachtet.

In den Diskussionen der Arbeitsgruppen wurden vielfach punktuelle Schwierigkeiten thematisiert und diskutiert. Dabei ging es beispielsweise darum, dass Zugewanderte ihre Autos nicht ummelden würden. Das wurde von einem Bürger als Problem betrachtet, da es seiner Ansicht nach ein Anzeichen für mögliche Steuerhinterziehung sein könnte. Er formulierte es folgendermaßen:

„Wenn jemand seinen permanenten Wohnsitz verlegt, muss er umgehend das Fahrzeug ummelden, sonst, äh, macht er, hinterzieht Steuern, fährt nicht zum TÜV pipapo, und was mich eigentlich an dem Thema am meisten gestört hat, ist: Die Leute kommen mit ihrem Fahrzeug hierher, gehen zur Behörde, sagen ‚Ich hab hier ein Fahrzeug.‘, melden sich und

dann bekommen die hier ein Dokument von der Stadt, ja in Anführungsstrichen ein Dokument, ein Anwohnerparkausweis und das war's. Die Stadt müsste an der Stelle eigentlich tätig geworden sein und sagen ‚Hör mal lieber Junge, du musst erst ummelden.‘, aber dieser Hinweis oder überhaupt die Kenntnis über die Rechtslage ist bei der Stadt hier nicht vorhanden.“⁴

Mit dieser Aussage kritisiert er in erster Linie die Verwaltungsangestellten, die in seinen Augen mangelnde Kenntnis oder mangelndes Durchsetzungsvermögen zu haben scheinen. Die Art, wie er ein Gespräch zwischen den Angestellten und den betroffenen Zugewanderten imitiert, weist auf seine Emotionalität bezüglich des Themas hin.

Einige Bürger:innen boten Lösungsvorschläge für die Behebung der Probleme und deren Ursachen an. Ein Bürger formulierte es folgendermaßen:

„Wir sind ja nicht nur hier in Rohn mit dieser Problematik betroffen, ich denke an Juliushausen, ich denke an Bad Derbenfeld, und da läuft das gleiche ab, und ich denke mal, die Leute, die da im Hintergrund die Fäden ziehen, die auch, äh, die bulgarischen Mitbewohner immer wieder hin und her schieben, die machen das nicht nur in Rohn, die machen das auch in Bad Derbenfeld und die tauchen in Juliushausen auf. Dass man eine übergeordnete Partnerschaft hat, damit man diese Strukturen, die dahinterstecken, dass man die auch erkennt.“

⁴ Alle Zitate zitiert nach eigenem Protokoll.

Was direkt auffällt, ist die Formulierung der „Problematik“, ohne diese tatsächlich zu benennen. Es scheint nicht vonnöten, sie zu erläutern, da die Meinung von den Teilnehmenden geteilt wird. Zu erkennen ist auch, dass hier über die Zugewanderten gesprochen wird und nicht mit ihnen. Grundsätzlich findet keine Unterscheidung zwischen den Menschen statt, die in beschriebene ‚Strukturen, die dahinterstecken‘ eingebettet sind, und denen, die unabhängig von diesen ‚Strukturen‘ eingewandert sind.

„Mich haben in den letzten Monaten immer Leute angesprochen: ‚Du bist doch in diesem Ausschuss da, ja habt ihr das jetzt mit den Bulgaren gelöst das Problem?‘ *Gelächter* Das Bulgarenproblem, das ist ja, was in den Köpfen der Leute ist.“

Auch dieses Zitat verdeutlicht die geteilte Meinung, die nicht nur die Teilnehmenden des *Bürgerdialogs* haben, sondern auch andere Bürger:innen der Stadt. Dies lässt auf einen kollektiven Konsens schließen, sodass nicht erläutert werden muss, worum es genau geht. Die Bürger:innen der Stadt scheinen eine gemeinsame Wissensbasis und geteilte Wissensbestände zu haben, die in ihrer Lebenswelt rekonstruiert wurden und werden (vgl. Schütz, Luckmann 2003; Berger, Luckmann 1967).

Das Projekt des *Bürgerdialogs* wurde vor allem in den Arbeitsgruppen kontinuierlich weitergeführt und bearbeitet. Die Ergebnisse wurden regelmäßig geteilt und weiter diskutiert. Es wurden konkrete Pläne erarbeitet, wie die Stadt verschönert werden sollte, die auf einer Stadtkarte visualisiert und in einem schriftlichen Entwurf festgehalten wurden. Diese Entwicklungen zeigen, dass das Format des *Bürgerdialogs* die Kleinstadt in Bewegung brachte.

Zu beobachten war aber auch, dass sich der ursprüngliche Fokus des *Bürgerdialogs* änderte. Anfangs war es die Absicht der Sozialarbeiter:innen, einen Dialog zwischen den Alteingesessenen und den Zugewanderten herzustellen, da sich zwischen diesen beiden Gruppierungen Konflikte entwickelt hatten, die in der ersten Bürgerschaftsversammlung deutlich wurden. Seitdem wurde das Thema der Integration nicht weiterverfolgt, sondern vielmehr die Modernisierung der Stadt in den Blick genommen. Ab diesem Zeitpunkt fanden sich immer wieder Arbeitsgruppen zusammen, die sich ihren sozioökonomischen Daten nach sehr homogen darstellten. Das Alter und das Geschlecht variierten, aber der Großteil der Teilnehmenden war über 60 Jahre alt und männlich. Dennoch nahmen zwar wenige, aber auch junge Frauen teil.

Der Dialog gestaltete sich so, dass diese alteingesessenen Personen, die schon seit Jahrzehnten im Ort lebten, sich zusammenschlossen und den Dialog nutzten, um die Modernisierung der Stadt nach ihren Vorstellungen voranzutreiben. Dass dieses Vorhaben unter dem Deckmantel des Einbeziehens von Zugewanderten stattfand, rechtfertigte die Existenz des Dialoges allemal.

Durch den Dialog kamen jedoch ausschließlich die Bürger:innen miteinander ins Gespräch, die einwandfrei und fließend deutsch sprechen konnten, dauerhaft oder schon seit geraumer Zeit im Ort lebten und gemeinsame Einstellungen und Überzeugungen über „die anderen“ und sich selbst teilten. So gut der Dialog als Format zur Förderung gemeinsamer Kontakte und Erfahrungen gedacht war, um Vorurteile abzubauen, so wenig stärkte er den Prozess der Integration tatsächlich, denn die zugewanderten Personen nahmen nicht teil. Es war ein Dialog ohne jene, die zumindest sein Ausgangspunkt gewesen waren, ein Dialog der „Etablierten“ ohne die „Außenseiter“.

Die Arbeitsgruppe zu Immobilien fiel besonders auf. Sie thematisierte das äußere Erscheinungsbild der Stadt und sprach auch über Gebäude, die Menschen gehören, die nicht am Dialog teilnahmen. Innerhalb der Arbeitsgruppe entwickelte sich eine subtile Erwartungshaltung, die an die nicht anwesenden und den Teilnehmenden nicht zwangsläufig bekannten Hauseigentümer:innen gerichtet war. Es wurde erwartet, dass diese dasselbe Interesse an der Verschönerung und Modernisierung der Stadt haben, wie die im Dialog Engagierten. So entstand mehr oder minder auch eine Anspruchshaltung, da die Teilnehmenden die Verschönerung und Modernisierung der Stadt als wichtig erachteten und davon ausgingen, dass Nichtteilnehmende diesen Fokus teilten. Jegliche Diskussion um Immobilien enthielt auch stets die Formulierung eines Änderungsbedarfs, wozu die einzelnen Hauseigentümer:innen durch konkrete Investitionen beizutragen hätten. Die Debatten um die Immobilien anderer Menschen enthielten also stets auch eine Zuschreibung über vorhandene oder mangelnde Fähigkeiten, diese instand zu halten, ohne dass die anderen einbezogen oder dazu befragt wurden. Der Wunsch, die Stadt zu verschönern, wurde als ein genereller kollektiver Konsens begriffen, sodass die individuellen Situationen oder eine faktische Prüfung in den Hintergrund rückten. Beispielsweise wurde während eines Arbeitstreffens deutlich, dass nicht alle die finanziellen Möglichkeiten haben, ihr Eigentum den Wünschen der Teilnehmenden entsprechend zu verschönern.

Um an dem *Bürgerdialog* teilnehmen und den Inhalt verstehen zu können, waren gewisse Vorkenntnisse vonnöten. Zum einen mussten die Sprachkenntnisse sehr gut sein, sodass auch Fachbegriffe verstanden werden konnten. Zum anderen wurden Kenntnisse in politischen und wirtschaftlichen Bereichen vorausgesetzt sowie Wissen

über lokale Ereignisse in der Gemeinde. Diese Voraussetzungen wurden in den ersten Treffen deutlich, in denen bedenkenlos von einer gemeinsamen Wissensbasis ausgegangen wurde. Die Normen des Dialogs und der Teilhabe wurden ohne Rücksicht auf die Anderen gesetzt. Sollte dies Neuhinzugekommene nicht schon abgeschreckt haben, erschwerten weitere Strukturen die Teilnahme, wie sich während der Feldphase zeigte.

Sowohl in der Arbeitsgruppe zu Immobilien als auch in der Arbeitsgruppe zu Sicherheit wurden kriminelle Netzwerke thematisiert, was Vorurteile gegenüber den Zugewanderten erzeugte, weil der Gruppe pauschal negative Stereotype von Kriminalitätsneigung zugeschrieben wurden. Die Arbeitsgruppe, die das Thema Immobilien behandelte, stellte heraus bzw. spekulierte, dass die Migranten von „Hintermännern“ nach Deutschland gelockt worden seien, um mit ihnen Sozialhilfebetrug zu begehen. Diese These wurde von einem Teilnehmer angezweifelt, der fragte, ob es diese kriminellen Strukturen denn tatsächlich gebe. Darauf folgte ein verächtliches Schnalzen eines weiteren Teilnehmers. Der Moderator der Arbeitsgruppe antwortet folgendermaßen auf die Frage:

„Es ist genauso wie mit der vermuteten Prostitution, wo uns aber noch keiner einen konkreten Hinweis gegeben hat, und sagen könnte, an dieser Stelle findet das statt.“

Während der *Bürgerdialoge* wurde aber auch stets auf eine Person verwiesen, die aus einem anderen Land komme, sich aber sehr gut integriert habe. Mit dieser „Ausnahme“ wurde belegt, dass die Möglichkeit der Teilhabe gegeben sei, diese jedoch nur unter bestimmten Bedingungen stattfinden könne und dass es an den Anstrengungen der Zuwandernden liege, ob Integration gelingt.

Die Alteingesessenen sehen sich scheinbar unbeteiligt an der gelingenden Integration. Das bedeutet, die Alteingesessenen, die eine Machtasymmetrie für sich beanspruchen, stellen Kriterien auf, nach denen über Zugehörigkeit entschieden wird. Diese sind meist so unterschiedlich und variabel, dass sie schlichtweg inkonsistent sind. Beispielfähig kann angeführt werden, dass eine Person dann als zugehörig gilt, wenn sie die deutsche Sprache beherrscht. Je nach Sympathie wird dann entschieden, wann das nötige Level der „Sprachbeherrschung“ erreicht ist (vgl. Zick, Preuß 2016; Nüschen et al. 2021).

Die Person, die in diesem Kontext die „Ausnahme“ darstellt, wurde folgendermaßen beschrieben:

„Der hat, als Auswärtiger, er kommt aus [Südamerika], dieser Apotheker, und hat uns Einheimische gefragt, was kann man machen, was passiert hier, was wollen wir machen, und der ist wahrscheinlich auch einer von den Leuten, der sagt, ich komme nicht von hier, ich hab mein Geschäft hier, ich hab das Haus hier, ich möchte was bewegen. Und das wäre auch eine von den Personen, wo ich sagen würde, die fehlt auch noch hier. Ich weiß nicht, wie er so an sich ist, wie er sich hier einbringen könnte, aber ich denke mal, das was er geschaffen hat, Hut ab, und ich denke mal mit sehr viel eigenen Geldern, und das müssen andere Hausbesitzer ja auch machen, Arbeitsleistung auch, ja.“

Bei diesen Ausführungen wird deutlich, dass der Mann, der als „Auswärtiger“ beschrieben wird, hohe Investitionen tätigt, um an den Umgestaltungen teilzuhaben. Neben den Investitionen, die in dem Zitat als Geld und

Arbeitsleistung beschrieben werden, setzt er seine sozialen und sprachlichen Fähigkeiten ein, um sich über die Situation vor Ort zu informieren und sich sozial zu positionieren. Die Investitionen, die dieser Mann fähig ist zu tätigen, sind so hoch, dass sie für die meisten Zugewanderten nicht realisierbar sind, vor allem vor dem Hintergrund, dass viele auch mit dem Ziel einer ökonomischen Verbesserung immigrierten.

Grenzen des Dialoges

Der *Bürgerdialog* sollte ursprünglich die „Alteingesessenen“ und die „Zugewanderten“ einander näherbringen. Dass das Format letztlich existente Ungleichheitsstrukturen aufzeigt, fiel erst einmal nicht auf, da die Arbeitsgruppen die eigens gesetzten Ziele bearbeiteten. Dass diese Ziele wenig mit Integration zu tun hatten, wurde nicht thematisiert. Der Dialog stärkte die Arbeitsgruppen, also das etablierte Kollektiv, und damit die Asymmetrie zwischen den „Etablierten“ und den „Außenseitern“.

Insgesamt führen diese Strukturen zu einer hierarchischen Ordnung zwischen den „Etablierten“ und den „Außenseitern“, die nicht am Dialog teilnehmen, ohne dass dies thematisiert wird. Obwohl ein Dialog zwischen Alteingesessenen und Zugewanderten geplant war, ist fraglich, ob die Bedingungen für diesen geschaffen wurden. Als Bedingung ließe sich beispielsweise die Anwesenheit einer dolmetschenden Person nennen. Die Zugewanderten wurden im Dialog nicht wesentlich beachtet. Dieser fokussierte sich allein auf die autochthone Gemeinde. Unsere Untersuchung konzentrierte sich auf die Zugehörigkeit verwehrenden Akteur:innen und zeigt nicht die Gesamtsituation. Stattdessen wird deutlich, wie

das beschriebene Kollektiv funktioniert, wenn es um die Sicherung von Privilegien, den Statuserhalt und die Stärkung der eigenen Gruppe geht.

Die beschriebenen Prozesse laufen dabei nicht unbedingt offen und für die Teilnehmenden leicht einsehbar ab. Sie sind subtil. Der *Bürgerdialog* schuf in erster Linie vermehrt Kommunikation zwischen den Bürger:innen der Kleinstadt und den Verwaltungsangestellten, aber nicht zwischen den Alteingesessenen und den Zugewanderten, was ursprünglich das Ziel gewesen war.

Was wäre nötig, um das Format zu einem tatsächlichen *Bürgerdialog* zu machen, bei dem alle Beteiligten gleichberechtigt sind? Ein extern beratendes und moderierendes Konfliktmanagement wäre unseres Erachtens eine Lösung. Hierzu sollten die Moderator:innen zu subtilen alltäglichen Rassismen geschult sein, damit das Empfinden von sozialen Situationen bilateral aufgearbeitet werden kann – und nicht nur über andere gesprochen wird.

Zum Hintergrund des Beitrages: Das Forschungsprojekt, dem dieser Beitrag entsprungen ist, ist im Kontext der Studie „ZuGleich – Zugehörigkeit und Gleichwertigkeit“ verortet, welches von der Stiftung Mercator gefördert und vom Institut für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung (IKG, dort von Prof. Dr. Andreas Zick und Dr. Nora Krott) koordiniert wird. Die Erzählung resultiert aus den Beobachtungen einer ethnografischen Fallstudie, die im Rahmen der Masterarbeit von Stella Nüschen erarbeitet wurde.

Referenzen

- Berger, Peter L.; Luckmann, Thomas 1967: The social construction of reality: A treatise in the sociology of knowledge. Anchor Books, New York.
- Brücker, Herbert; Hauptmann, Andreas; Vallizadeh, Ehsan 2013: Zuwanderer aus Bulgarien und Rumänien: Arbeitsmigration oder Armutsmigration? Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, Nürnberg. Verfügbar: <http://hdl.handle.net/10419/158410> (Zugriff: 2021-05-25).
- Elias, Norbert; Scotson, John L. 1993: Etablierte und Außenseiter (1. Aufl.). Suhrkamp-Taschenbuch: Bd. 1882. Suhrkamp, Berlin.
- Eurostat 2020: Europäische Union: Bruttoinlandsprodukt (BIP) pro Kopf in den Mitgliedsstaaten in jeweiligen Preisen im Jahr 2019 [Graph]. In: Statista. Verfügbar: <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/188766/umfrage/bruttoinlandsprodukt-bip-pro-kopf-in-den-eu-laendern/> (Zugriff: 2021-02-17).
- Faller, Kurt; Zick, Andreas 2019: „Wenn die schwarzen Schwäne kommen.“ Präventionspläne für den zivilgesellschaftlichen Zusammenhalt. In: Spektrum der Mediation, H. 78, S. 7-10.
- Hanganu, Elisa; Humpert, Stephan; Kohls, Martin 2014: Zuwanderung aus den neuen EU-Mitgliedsstaaten Bulgarien und Rumänien (Nr. 24). Forschungszentrum Migration, Integration und Asyl, Nürnberg. Verfügbar: <https://www.ssoar.info/ssoar/handle/document/67882> (Zugriff: 2021-05-25).

- Nüschén, Stella; Krott, Nora R.; Zick, Andreas 2021: Negotiations and Misrecognitions of Belonging in „Citizens’ Dialogues“: A case study on Social Security Structures of an Autochthonous Community. Im Erscheinen.
- Schütz, Alfred; Luckmann, Thomas 2003: Strukturen der Lebenswelt (1. Aufl.). UTB, Stuttgart.
- Zick, Andreas; Preuß, Madlen 2016: Einstellungen zur Integration in der Bevölkerung: Kurzbericht zum Projekt ZuGleich – Zugehörigkeit und Gleichwertigkeit. Mercator Stiftung, Essen, Bielefeld, Berlin.

„Wichtig ist es, Position gegen Rassismus und Verschwörungstheorien zu beziehen.“

Ein Gespräch über Dialogveranstaltungen in einer Stadt mit extrem rechter Mobilisierung

Michael Raab und Heike Radvan

*Anfang 2018 steigen die Zahlen der Teilnehmer*innen der migrationsfeindlichen Demonstrationen des Vereins „Zukunft Heimat“, eines Zusammenschlusses extrem rechter und völkisch-autoritärer Gruppierungen in Cottbus, auf mehrere Tausend. Kommunalpolitiker*innen reagieren mit der Initiierung von Bürgerdialogen, die verdeutlichen sollen, dass die Politik die Anliegen der Demonstrant*innen ernst nimmt. Heike Radvan und Michael Raab haben den Verlauf dieser Veranstaltungen untersucht. Sie fragen, auf welche Art und Weise soziale Probleme thematisiert werden und welche Problemdeutungen sich dabei als die entscheidenden durchsetzen. Datengrundlage waren Videoaufzeichnungen von sechs Bürgerdialogen aus dem Sommer 2018, einsehbar auf der Homepage der Stadt. Auf dem Wege maximaler Kontrastierung wurden drei Veranstaltungen für eine vertiefende Auswertung mittels Grounded Theory (Strauss, Corbin 1996) ausgewählt.¹ Ein zentrales Ergebnis der Untersuchung ist, dass die von den Veranstalter*innen erhofften Wirkungen – eine Beruhigung der Situation, aber auch eine Demokratisierung – durch Zuhören und die Möglichkeit,*

¹ Konkrete Angaben zum methodischen Vorgehen finden sich ebenso wie die gesamte Studie unter: https://www-docs.b-tu.de/mikowa/public/MIKOWA_Working_Paper_1_%20Radvan_Raab.V4.pdf (17.2.2021)

*„Dampf abzulassen“ – nicht eintritt. Stattdessen führt der Verlauf der Veranstaltungen dazu, dass völkisch-autoritäres Agendasetting gelingt. Die Ergebnisse (siehe Zusammenfassung am Ende dieses Interviews) wurden Anfang 2020 (Raab, Radvan 2020) veröffentlicht. Die Autor*innen besprechen im Folgenden mit den Herausgebenden des Sammelbandes, welche Konsequenzen wünschenswert wären und wie man die Ergebnisse weiterdenken könnte.*

Alexander Kraher (AK): Sie empfehlen, Bürgerdialoge in vergleichbaren Situationen in anderen Städten stark verändert durchzuführen – zumindest nicht so, wie sie 2018 in Cottbus stattgefunden haben. Warum?

Heike Radvan (HR): Wir fordern eine deutliche und verlässliche Positionierung politisch Verantwortlicher für demokratische Werte; gegen Rassismus und Diskriminierung. Im Sinne demokratischer Kultur und deren Regeln – wir beziehen uns hier auf Oskar Negt (2021: 16-23) und Iris M. Young (2002) – gehört es zur Aufgabe von Politiker*innen sowie von Moderator*innen solcher Veranstaltungen, Schutz vor Diskriminierung und Ausgrenzung zu ermöglichen.² Wir haben bereits auf Bürgerdialogveranstaltungen in Dresden und Leipzig beobachten müssen, dass rassistischen, antisemitischen oder verschwörungstheoretischen Aussagen von Vertreter*innen der völkisch-autoritären Gruppierungen Pegida und Legida nicht oder

² Oskar Negt (2021: 20) beschreibt das Ermöglichen von Teilhabe als notwendige Bedingung für Demokratisierungsprozesse. Teilhabe werde jedoch verhindert durch Gewalt, sei es symbolisch (durch Herabwürdigung) oder strukturell (durch fehlende Teilhabe). Demzufolge ergeben sich – folgt man Negt – bestimmte Aufgaben für diejenigen, die Demokratie zu ermöglichen versuchen: „Wenn also Demokratie im Wesentlichen darin besteht, dass sich die Verhältnisse für Lernprozesse öffnen, dann ist die Kritik am Bestehenden immer damit verknüpft, den Freiheitsraum der Individuen zu erweitern und Bedingungen zu setzen, die Ausgrenzung, Hass und die Verkümmern der Lebensperspektiven verringern.“ (ebd.).

wenig wirksam entgegengetreten wird. Diese Aussagen entfalten Wirkung und dominieren den Diskursverlauf. Betroffene von Rassismus und Diskriminierung werden nicht geschützt. Dies bestätigen und detaillieren nun unsere anwendungsbezogenen Forschungsergebnisse zu den Bürgerdialogen in Cottbus. Auf deren Basis formulieren wir Empfehlungen, wie solche Veranstaltungen anders vorbereitet werden können. Unter anderem sollen verständliche Regeln – vermittelt am Beginn einer Veranstaltung – einen Diskursverlauf ermöglichen, in dem Diskriminierungen und Gerüchten frühzeitig und wirksam entgegengetreten wird.

Michael Raab (MR): Durch eine fehlende Positionierung gegen Rassismus und durch das verständnisorientierte Antwortverhalten stellen sich Politiker*innen – oftmals ohne das zu wollen – auf die Seite von Rassist*innen. Das entsteht zum Beispiel durch den unterschiedlichen Umgang mit Aussagen bei den Bürgerdialogen: Während Kommunalpolitiker*innen und Verwaltung nach offen rassistischen Redebeiträgen häufig betonen, wie ernst sie die Belange der Bürger*innen nehmen, weisen sie andere Fragen oder Bürgerwünsche – Radwege, Infrastruktur etc. – mit dem Verweis auf Sachzwänge kurz und knapp ab. Um mit diesen Veranstaltungen zu einer Demokratisierung beizutragen, müsste man sie grundsätzlich anders gestalten und auch nach Wegen suchen, die tatsächliche Beteiligung möglich machen. Als problematisch arbeiten wir auch heraus, dass auf den Veranstaltungen Migration – bis auf wenige Ausnahmen – als Problem konstruiert wird, u.a. als Bedrohung von Sicherheit, Ordnung und Sauberkeit, als finanzielle Herausforderung oder Ergebnis einer Verschwörung. Zudem wird Migration fast ausschließlich als von extern verursacht gesehen, etwas, das „die Bundespolitik“ zu

verantworten habe und woraus die hochproblematische Situation vor Ort entstanden sei. Diese Position wird von Bürger*innen vertreten, aber auch von Stadtspitze und Verwaltung vorgebracht, um das eigene Handeln zu verteidigen.

HR: Das Problem ausbleibender Positionierung bzw. eines mangelnden Schutzes vor Diskriminierung gibt es nicht nur in Cottbus: Die Fernsehdokumentation „Bautzen“ des Senders arte zeigt eine wenn auch in der Spezifik unterschiedliche, so dennoch vergleichbare Situation. So ist eine Lokalpolitikerin der Partei „Die Grünen“ in Reaktion auf ihre deutlichen Aussagen dazu, dass die Kommune ein Rassismusproblem habe, Gewaltphantasien und Beschimpfungen ausgesetzt. Als sie auf einer Bürgerdialogsveranstaltung verbal angegriffen, beschimpft und aufgefordert wird, die Stadt zu verlassen, interveniert niemand. Diese Zurückhaltung steht im Zusammenhang mit einem Verständnis, demzufolge Lokalpolitiker*innen „für alle da sein sollten“. So jedoch entsteht ein Klima, in welchem Einschüchterung zum legitimen Mittel in der politischen Auseinandersetzung wird und in dem sich (extrem) rechtes Agendasetting entfalten kann.

MR: Der Impuls, bei extrem rechten Erscheinungsformen die Überbringer*innen der schlechten Nachricht zum Problem zu erklären, ist weit verbreitet. Da würde ich auch die Wissenschaft nicht ausnehmen: Wird das extrem rechte Engagement von Studierenden oder Dozent*innen öffentlich thematisiert, reagiert immer ein Teil der Hochschulöffentlichkeit, als ob die Veröffentlichung das eigentliche Problem sei.

Christoph Hedtke (CH): Was sind aus Ihrer Sicht Gründe für ein politisches Klima, in dem nicht der Rassismus, sondern dessen Skandalisierung als Problem gesehen wird?

HR: Ich würde hierbei zuallererst eine historische Perspektive einnehmen: Eine geringe Unterstützung für Betroffene von Ausgrenzung, Antisemitismus und Rassismus hat in unserem Land auch mit der Tätergeschichte im Nationalsozialismus zu tun und einer damit einhergehenden spezifischen Perspektive, aus der diese Probleme oft betrachtet werden. Exemplarisch zeigt sich das im Umgang von Polizei und Verfassungsschutz mit den Opfern und Betroffenen der rechtsterroristischen Gruppierung „Nationalsozialistischer Untergrund“. Rassismus und extrem rechte Ideologie wurden als Tatmotiv ausgeschlossen, in den Fokus der Ermittlungen geraten die Betroffenen von Rassismus. Die Forschung zeigt, dass dies leider kein Einzelfall in der Arbeit gegen Rechtsterrorismus und -extremismus war und ist (vgl. Overdieck 2016) und hier noch viel zu tun ist.

MR: Mit Bezug auf die Bürgerdialoge: Das Problem ist, dass nicht nur „Zukunft Heimat“, sondern auch Bundesinnenminister Horst Seehofer und viele Kommunalpolitiker*innen davon überzeugt sind, dass Migration die „Mutter aller Probleme“ ist. Wenn man aber nicht Rassismus, sondern Migration als das grundlegende Problem sieht, ist es schwierig, Bürgerdialoge zu diesem Thema anders zu gestalten. Was nicht heißen soll, dass dieselben Kommunalpolitiker*innen nicht aufrichtig besorgt über den Rassismus auf der Straße sind. Teil des politischen Klimas ist auch die hohe Verbreitung von Lokalpatriotismus und einer Art „Gemeinschaftstümelei“: Mehrere Gruppen werden auf den Veranstaltungen als von außerhalb kommend und tendenziell feindselig dargestellt. So seien Bundes- und Landespolitik für die Lage verantwortlich, mit deren Bewältigung sie die Kommunen allein ließen, und sie würden mit Antifaschist*innen und überregionaler Presse zusammenarbeiten, um Cottbus zu desavouieren.

Am ausführlichsten geschieht die Abgrenzung gegenüber Geflüchteten: Sie würden mehrheitsgesellschaftliche Normen und Werte nicht teilen und daher nicht zu den Etablierten passen. In vielen Aussagen wird davon ausgegangen, dass neu Zugezogene sich anpassen müssen. Somit konstituiert sich ein lokalpatriotisches „Wir in Cottbus“, eingeklemt zwischen verschiedenen feindselig gesinnten „Anderen“. Nur vereinzelt werden Grenzen zwischen Eigen- und Fremdgruppe als fluide beschrieben oder betont, dass der Kontakt zu Migrant*innen eine Bereicherung – menschlich, sozial, aber auch als Lösung des Fachkräftemangels – sein kann. Diese positiv oder neutral konnotierten Äußerungen werden im Antwortverhalten von Politik und Verwaltung jedoch nur in Einzelfällen aufgegriffen. Sie bleiben somit im Diskursverlauf ohne weitere Wirkung.

AK: Was raten Sie Kommunen, die gegen rassistische Eskalationsdynamiken vorgehen wollen?

HR: Aus meiner praxisbezogenen Erfahrung bei der Amadeu Antonio Stiftung, aber auch aus Sicht der Forschung kann ich sagen: Um Dominanzen in Stadtgesellschaften zurückzudrängen, braucht es zuallererst deutliche und verlässliche Positionierungen von politisch Verantwortlichen und öffentlichen Personen gegen (extrem) rechte Ideologien und Interventionen sowie für demokratische Werte. Es braucht breite Bündnisse demokratischer Akteure und eine sichtbare Unterstützung und Inklusion von Betroffenen rechter Gewalt. Es braucht ein Korrektiv durch lokale Medien, verlässliche Interventionen und eine Positionierung von Polizei und Gerichten. Grundsätzlich gilt: Ohne eine breite, aktive und sprechfähige demokratische Zivilgesellschaft ist eine Veränderung in Richtung demokratischer Alltagskultur in solchen Situationen in Stadtgesellschaften nicht möglich. Es braucht Menschen,

die sich gegen (extrem) rechte Positionen aussprechen, die konfliktorientiert und gut vernetzt sind – über alle Altersgruppen und demokratische, politische Spektren hinweg. Es braucht also die progressive Abgeordnete, den Pastor und das alternative Jugendzentrum, im Idealfall auch den Verwaltungschef oder die Polizeipräsidentin, die in die Auseinandersetzung gehen und sich positionieren. Das kann kommunikativ auf öffentlichen Diskussionsveranstaltungen stattfinden oder durchaus auch symbolisch durch die selbstverständliche Teilnahme an Demonstrationen gegen rechts. Grundsätzlich wichtig ist das Engagement für Veränderungen auf struktureller Ebene in der Stadtgesellschaft.

MR: Kommunalpolitiker*innen sollte in solchen Situationen klar sein, dass es kontraproduktiv ist, Themen extrem rechter Akteure zu übernehmen, ihre Inhalte unwidersprochen stehen zu lassen. Niemand hört auf rassistisch zu sein, weil Kommunalpolitiker*innen ihm oder ihr zuhören. Was stattdessen passiert, hat z.B. das Duisburger Institut für Sprach- und Sozialkritik schon vor 30 Jahren analysiert: Das gezielte Einspeisen von völkisch-autoritären Themen und Schlagwörtern in den politischen Diskurs und dessen Folgen. Zudem gilt es, eine folgenschwere Gleichsetzung von links und rechts – wie sie das Hufeisenmodell der Extremismustheorie nahelegen – kritisch zu hinterfragen: Antifaschistische Akteure, die sich gegen Rassismus und für soziale Rechte für Alle einsetzen, gilt es als Bündnispartner wahrzunehmen – nicht zu diskreditieren, wie es oft geschieht.

HR: Kommunen könnten – das war ja die Intention unserer Forschung – die Studie (Raab, Radvan 2020) nutzen, um Bürgerdialoge in Städten, die vor diesen Herausforderungen stehen, anders zu gestalten. So zeigen unsere Ergebnisse, dass es Regeln zum Schutz vor Diskriminierung,

insbesondere zum Umgang mit rassistischer und antisemitischer Sprache braucht. Dementsprechend könnten die Veranstaltungen auch im Sinne politischer Bildungsarbeit genutzt werden, um in einen Dialog darüber zu treten, wie wir in der Stadt miteinander reden und leben möchten. Also am Beginn von Veranstaltungen ist zu klären, wann diskriminierende Sprache beginnt, warum diese verletzend ist und welche Alternativen es gibt. In der Konzeption der Veranstaltungen und mit der Öffentlichkeitsarbeit wäre sicherzustellen, dass alle Einwohner*innen der Stadt oder des Stadtteils die Chance haben, teilzunehmen und gehört zu werden – also der Anspruch an Diversität sicherzustellen. Zudem lässt sich darüber nachdenken, ob für eine Debatte zu Themen, die von rechts-populistischen Kampagnen strategisch instrumentalisiert werden und zu denen bereits eine höhere Zustimmung innerhalb größerer Teile der Einwohnerschaft vorliegt, andere Veranstaltungsformate zweckdienlicher sind. So empfiehlt Willi Hetze (2020) auf Basis seiner Forschung zu Großgruppenkommunikation, kontroverse und emotional stark besetzte Themen in kleineren Gruppen zu besprechen.

Es wäre aber auch möglich, sich strukturellen Fragen zuzuwenden, die ebenfalls für die Stadtgesellschaft wichtig sind, wie z.B. Infrastruktur, Bezahlbarkeit von Mieten und anderes. Hier ließe sich an eine Strategie politisch linker Akteure anschließen, auf die Chantal Mouffe verweist (2018). So sei es auf Veranstaltungen z.B. in Frankreich gelungen, rechtspopulistischen Teilnehmer*innen zu vermitteln, dass die Ursachen ihrer sozialen Probleme nicht auf Migration, sondern vielmehr auf neoliberale Politiken zurückzuführen sind, von denen auch Migrant*innen betroffen sind. Es ginge also um das Klären der Frage, welche Ursachen soziale Ungerechtigkeit für

verschiedene marginalisierte Gruppen in der Gesellschaft hat und die damit einhergehende Vermittlung, dass der geäußerte Rassismus keine faktisch belegbare und zudem (aus demokratischer, menschenrechtlicher Perspektive) keine legitime Antwort ist. In einem nächsten Schritt wäre es möglich, Solidarität zwischen verschiedenen marginalisierten Gruppen anzuregen, um im Sinne sozialer Bewegungen gemeinsam für ein sozial gerechteres Miteinander einzutreten. Hier ließe sich anschließen an Naika Foroutan und Kolleg*innen (2019), die diese Vision mit ihrer Forschung zu Ausgrenzungserfahrungen von Ostdeutschen und Muslimen in Deutschland als Vision stark machen. Auch wenn diese Argumentation utopische Züge trägt und möglicherweise die Funktion von Rassismus für diejenigen, die sich rassistisch positionieren, unterschätzt, wären wir mit Bezug auf die Bürgerdialoge auf der Ebene von Bildungsveranstaltungen. Hier ginge es um eine positionierte Vermittlung komplexer gesellschaftlicher Zusammenhänge, eine nachvollziehbare Zurückweisung und Delegitimierung von Rassismus und das Eröffnen solidarischer Handlungsoptionen für strukturelle, sozial gerechtere Veränderungen, ausgehend vom Gemeinwesen.

MR: Das würde aber ein ganz anderes Setting, eine ganz andere Zielgruppe und andere Themen nach sich ziehen. Man könnte z.B. konkret fragen, wie man sichere Räume für Migrant*innen schaffen und die Dominanz von Nazis in der Stadtgesellschaft zurückdrängen kann. Das wäre eine Frage für ein Format kritischer politischer Bildung in dem Sinne: Wie können wir uns das zugrundeliegende Problem erklären und wie können wir dagegen gemeinsam handlungsfähig werden? Aber das wäre dann kein Bürgerdialog mehr und wäre sicherlich für die Teilnehmer*innen von „Zukunft Heimat“ nicht interessant. Bildung beruht auf Freiwilligkeit und Rassist*innen wollen

ja vermutlich nicht lernen, wie man Rassismus delegitimiert. Dementsprechend müssten Veranstaltende ganz grundsätzlich klären, was sie mit diesem Format in der beschriebenen Situation extrem rechter Mobilisierung überhaupt erreichen können und wollen. Bürgerdialoge scheitern auch, wenn es im Kern darum geht, die Legitimität schon beschlossener politischer Entscheidungen sicherzustellen oder soziale Konflikte pädagogisch zu lösen. Für die Selbstverständigung einer Stadtgesellschaft über politische Themen mögen Dialogveranstaltungen geeignet sein, es ist aber fraglich, ob eine Organisation unter der Hoheit der Stadtverwaltung für eine solche sinnvoll ist.

CH: Durchaus häufiger wird eine antirassistische Positionierung – so wie Sie sie von Verwaltung und Politik einfordern – als eine Einschränkung der Meinungsfreiheit gesehen, da „von oben“ vorgegeben würde, was eine angemessene Position zu Rassismus sei. Was ist ihre Position hierzu?

MR: Es geht hier ja ganz konkret nicht darum, die Meinungsfreiheit einzuschränken, sondern darum bei der Organisation von Bürgerdialogen darauf zu achten, dass das Zusammenspiel von Fragestellung, Kreis der Teilnehmer*innen und Moderation gerade nicht darauf hinausläuft, „Zukunft-Heimat“ oder „Pegida“ eine bestmögliche Bühne zu bieten. Dazu gehört es, Regeln durchzusetzen, die es der gesamten Zielgruppe real – nicht nur formell – ermöglichen, teilzunehmen, womit sich durchaus ein Verbot von rassistischem Verhalten begründen lässt. Dazu gehört aber auch, eine entsprechende Fragestellung zu wählen, z.B. „Was tun bei, oder besser: gegen rassistische Demonstrationen?“, statt das völkische Lager durch die Übernahme seiner Themen noch zu stärken. Zur Frage der Meinungsfreiheit hat Adorno (2003) auf ein Paradoxon hingewiesen: Sie beruht auf der Idee, dass Freie, Gleiche

und Mündige aufeinandertreffen. Während Adorno diese Ideale in der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft allgemein verstellt sieht, potenziert sich das von ihm angesprochene Problem in einer postmigrantischen Gesellschaft. Reden wir über Demokratie und Rassismus, haben wir zuallererst das Problem, dass Geflüchtete kein Wahlrecht haben und Migrant*innen dieses oft erst in der zweiten oder sogar dritten Generation erhalten. Freiheit und Gleichheit sind schon allein deswegen erst einmal herzustellen, ehe ein herrschaftsfreier Diskurs über Rassismus überhaupt möglich wird. Ohne die genannten Voraussetzungen bedeutet Meinungsfreiheit u.U., dass sich die inhumane Meinung einfach durchsetzt. Demokratisierung als Prozess muss also politisch gestaltende Momente – die Partizipation – möglich machen und bildende Momente – die auf Mündigkeit zielen – enthalten. Verteidigt man dagegen rein formal die real existierende Demokratie, setzt man gegen den Autoritarismus der Rassist*innen den Autoritarismus der Staatsdoktrin.

AK: Es gibt ja auch Stimmen, die sagen, es ist gut, in diesen Konflikten alle Stimmen zu Wort kommen zu lassen und das Wie des Miteinanders im Gespräch auszuhandeln. Was ist hierzu Ihre Position?

MR: „Endlich werden mal alle gehört“ ist m.E. die Tabubrecher-Erzählung, mit der das völkisch-autoritäre Lager seit 30 Jahren operiert: Man behauptet, aus einer Minderheitenposition zu sprechen, auch wenn das, was man sagt, durchaus mehrheitsfähig ist – bei den Bürgerdialogen ist das z.B. die Vorstellung von Migration als Mutter aller Probleme. So lässt sich die (begründete) Entscheidung, dem völkischen Lager keine Bühne zu bereiten, als Verbot umdeuten.

HR: Das Argument übersieht auch, dass durch das rassistisch aufgeladene Klima vor allem people of color, Migrant*innen, aber auch alternative, demokratisch engagierte Jugendliche nicht oder nur eingeschränkt sprechen können. Für sie sind solche Diskursverläufe, zumal wenn der Schutz nicht gesichert ist, durchaus bedrohlich. Oft wird nach wie vor übersehen, dass extrem rechte Akteure Gewalthandeln legitimieren und auch selbst anwenden. Solch eine Dialogveranstaltung allein oder in einer kleineren Gruppe zu verlassen, kann gefährlich sein. Die Vorstellung von „Alle werden gehört.“ übersieht solche Dynamiken. Daher sind das Einnehmen einer Betroffenenperspektive und Empathie mit (strukturell) Marginalisierten ebenso wie eine Analyse sozialer Ungleichheiten und Machtverhältnisse grundsätzlich wichtige Voraussetzungen, um ein demokratisches Miteinander zu ermöglichen.

CH: Die Ergebnisse der Forschung sind im Spätsommer 2020 veröffentlicht. Gab es darauf eine Reaktion? Hat sich in Cottbus durch die Forschung etwas verändert?

HR: Unsere Forschung ist dezidiert kritisch formuliert. Wir setzen voraus, dass politisch Verantwortliche die Ergebnisse nicht als Angriff gegen ihr Handeln, sondern als Angebot für Veränderungen und mögliche Lernprozesse lesen können. Damit erwarten wir durchaus sehr viel. Diese Herausforderung zeigt sich in einem Fernsehbeitrag des rbb, der vor allem Verantwortliche der Bürgerdialoge zu Wort kommen lässt, die von den Ergebnissen unserer Forschung – vorsichtig gesagt – überrascht sind und die Durchführung der Veranstaltungen nach wie vor sehr eindeutig als Erfolg definieren. Zudem gab es differenzierende und wohlwollende Beiträge, die die Intention der Veröffentlichung aufgreifen und versuchen, eine kritische Debatte zu beginnen. Die Frage, ob es Sinn macht,

Personen, die sich überzeugt ausgrenzend und rassistisch äußern, eine öffentliche Bühne zu geben, ist ja nicht neu und bereits mehrfach sehr kritisch beantwortet worden. Dennoch hält sich die Einschätzung, dass Demokratie bedeuten würde, kontextunabhängig und losgelöst von den Inhalten der Aussagen in den öffentlichen Dialog zu treten. Wir versuchen, diese überhöhte und – wie die Forschung zeigt – folgenschwere Wirkungsannahme zu kritisieren und konkrete Alternativen aufzuzeigen. Dementsprechend haben wir nach der Veröffentlichung mit dem Bürgermeister über unsere Forschungsergebnisse und vor allem über unsere Empfehlungen gesprochen. Wir haben vereinbart, dass wir im Zuge der Vorbereitung der nächsten Veranstaltungen mit weiteren Expert*innen gemeinsam überlegen, welche Regeln in welcher Form eingeführt werden können und wie eine größere Diversität der Teilnehmenden auf den Veranstaltungen gewährleistet werden kann.

AK: Wie lassen sich die Ergebnisse der Forschung zusammenfassen?

HR: Die Veranstaltenden hoffen darauf, dass völkisch-autoritäre Einstellungen abnehmen, wenn Teilnehmende die Möglichkeit erhalten, „Dampf abzulassen“. Was geschieht, ist eher das Gegenteil: Eine ausbleibende Benennung des Problems, das zur Initiierung der Bürgerdialoge geführt hat (also extrem rechte Mobilisierungen, rassistische Hetze, Bedrohungen und Gewalt), durch die Veranstaltenden am Beginn der Dialoge geht damit einher, dass Teilnehmende sich mit ihrer Interpretation durchsetzen, derzufolge Zuwanderung bzw. Geflüchtete das zentrale Problem in der Stadt seien. Zudem führt ein Antwortverhalten, das wir als „immanent“ benannt haben, dazu, dass rassistische und verschwörungsideologische Aussagen nicht grundsätzlich widerlegt oder ihnen widersprochen wird.

Vielmehr wird ihnen oft nur partiell entgegengetreten oder mit Verständnis reagiert, wobei die Inhalte der Aussagen fortwirken. Die zudem geringe Diversität der teilnehmenden Bürger*innen, insbesondere die geringe Anwesenheit von marginalisierten Gruppen, führt zu einem Verlauf, in dem hegemoniale Positionen der Mehrheitsangehörigen dominieren. Von Rassismus Betroffene, die sich auf den Veranstaltungen zu Wort melden, sind mit einem „Othering“ und auch mit rassistischen Zuschreibungen konfrontiert. Ein Schutz vor Diskriminierung ist hier kaum oder nicht gegeben.

MR: Durch die rein formal bestimmten „Regeln des Anstands“ und durch die Fokussierung auf die Themen des völkisch-autoritären Lagers erhalten dessen Angehörige eine Bühne, auf der sie den Diskurs bestimmen können. Das tun sie, indem sie die Fragestellungen bestimmen und die Antworten vorgeben. Probleme, die von anderen Teilnehmer*innen eingebracht werden – wie z.B. mangelnde Beteiligungsmöglichkeiten, fehlende soziale Infrastruktur, Erwerbslosigkeit – werden so als Ergebnis von Migration besprochen. Wir problematisieren dies als „Migrantisierung“ sozialer Probleme. Um diesen Raumgreifungsstrategien wirksam zu begegnen, ist es sehr wichtig, dass es Akteure gibt, die eine antirassistische Haltung vertreten und die den Konflikt nicht scheuen.

Referenzen

- Adorno, Theodor W. 2003: Meinung Wahn Gesellschaft.
In: Ders. (Hg): Kulturkritik und Gesellschaft II.
Gesammelte Schriften Band 10.2. Frankfurt am Main,
S. 573-594.
- Foroutan, Naika; Kalter, Frank; Canan, Coşkun; Simon,
Mara 2019: Ost-Migrantische Analogien I. Konkurrenz
um Anerkennung. Unter Mitarbeit von Daniel Kubiak
und Sabrina Zajak. DeZIM-Institut. Verfügbar: <www.dezim-institut.de/fileadmin/user_upload/Projekte/Ost-Migrantische_Analogien/Booklet_OstMig_1_web.pdf> (Zugriff: 2021-12-01).
- Hetze, Willi 2020: Versammlungen in Krisenzeiten – Eine
Typologie anhand des Konfliktverlaufs. In: Bochmann,
C.; Döring, H. (Hg.): Gesellschaftlichen Zusammenhalt
gestalten. Springer VS, Wiesbaden, S. 139-166.
- Negt, Oskar 2021: Nichts ist erledigt. Zur Tragödie
geschichtlicher Wiederholungen. In: Benz-Gydat,
Melanie; Pabst, Antje; Petersen, Katja; Schmidt,
Katja; Schmidt-Lauff, Sabine; Schreiber-Barsch, Silke
(Hg): Erwachsenenbildung als kritische Utopie?
Diskussionen um Mündigkeit, Gerechtigkeit und
Verantwortung. Wochenschau Verlag, Frankfurt am
Main, S. 15-27.
- Overdieck, Ulrich 2016: Die Wahrnehmung rechtsextremer
Frauen am Beispiel des Umgangs mit dem
„Nationalsozialistischen Untergrund“. In: Lehnert,
Esther; Radvan, Heike (Hg.): Rechtsextreme Frauen –
Analysen und Handlungsempfehlungen für Soziale
Arbeit und Pädagogik. Budrich, Opladen et al., S. 45-59.
- Mouffe, Chantal 2018: Für einen linken Populismus.
Suhrkamp, Berlin.

Raab, Michael; Radvan, Heike 2020: Dialog-Veranstaltungen als Demokratisierung? Eine Analyse der Bürgerdialoge in Cottbus in Zeiten völkisch-autoritärer Mobilisierung: Ergebnisse eines Forschungsprojektes. MIKOWA Arbeitspapiere, Jg. 2020, Nr. 1. Verfügbar: <www-docs.b-tu.de/mikowa/public/MIKOWA_Working_Paper_1_%20Radvan_Raab.V4.pdf> (Zugriff: 2021-12-01).

Young, Iris M. 2002: Fünf Formen der Unterdrückung. In: Horn, C.; Scarano, N. (Hg.): Philosophie der Gerechtigkeit. Texte von der Antike bis zur Gegenwart. Suhrkamp, Frankfurt am Main, S. 428-445.

Herausfordernde Dialoge

Bürger:innenversammlungen als Methode der Konfliktbearbeitung?

Christoph Hedtke

In offen zu Tage tretenden Konflikten greifen Lokalpolitik und -verwaltungen immer wieder auf das Dialogformat der sogenannten Bürger:innenversammlung zurück. In den vergangenen Jahren habe ich an mehreren solcher Versammlungen teilgenommen. Die dort gemachten Erfahrungen haben mich jedoch zunehmend an der Eignung und Zweckmäßigkeit dieses Veranstaltungsformats zweifeln lassen. In Gesprächen auf Fachtagungen und mit Akteur:innen vor Ort wurde mir deutlich, dass auch andere meine Einschätzung teilen. Der vorliegende Beitrag stellt anhand einiger Beobachtungen die Schwierigkeiten dieses Formates dar und gibt Hinweise, was es bei der Umsetzung zu beachten gilt.

Bekannterweise führen gesellschaftliche Veränderungen immer wieder auch zu Konflikten. Diese manifestieren sich häufig auf lokaler Ebene, sprich: Sie werden vor Ort wahrnehmbar und somit möglicherweise auch verhandelbar. Eine besondere Häufung von Konflikten zeigte sich in den vergangenen Jahren vielerorts im Zusammenhang mit der temporär gestiegenen Fluchtzuwanderung. Hierbei kam es deutschlandweit zu Mobilisierungen gegen Zuwanderung, Migrant:innen und andere als

nicht zugehörig Markierte. Diese Proteste waren geprägt von einer Intensität verbaler und physischer Gewalt, die selbst viele derjenigen erschreckte, die sich der Kontinuität solcher Gewalt durchaus bewusst sind. Die gesellschaftlichen Reaktionen auf die Proteste waren durchaus vielfältig und sollen an dieser Stelle nicht in ihrer Breite diskutiert werden. Stattdessen möchte ich auf eine Form des Umgangs damit eingehen, die aus den wiederkehrenden und paradigmatischen Forderungen herrührte, dass man den Bürger:innen, die zunehmend lautstark ihre Positionen und ihren Unmut kundtaten, wieder mehr zuhören und die Gesellschaft als ganze wieder mehr ins Gespräch oder gar ins Streiten kommen sollte.

Dies finde ich insofern bemerkenswert, als dass ich mich kaum an prominent vertretene Forderungen nach mehr Zuhören im Zusammenhang mit migrantischen Protesten – beispielsweise vor und nach der Selbstenttarnung des NSU oder im Rahmen der deutschlandweiten Protestmärsche und -camps¹ von Geflüchteten in den Jahren 2012/13 – erinnern kann. Seit 2015 entwickelte sich mit dem virulenten und medial stark beachteten Protest- und Konfliktgeschehen jedoch ein Dialog-Hype in der Hoffnung auf Einigung und Beruhigung der Gesellschaft, der man eine zunehmende Spaltung attestierte. Dem Dialog wurde und wird hierbei oftmals nicht nur eine präventive, sondern vor allem eine befriedende, wenn nicht gar kurative Funktion zugeschrieben. Ich habe bisweilen den Eindruck, er wird als eine Art Allheilmittel angesehen, insbesondere in Situationen, die

¹ Bundesweit protestierten Geflüchtete gegen das deutsche und europäische Grenz- und Migrationsregime. Mit Protestmärschen, dem Errichten von Camps auf zentralen Plätzen, Hungerstreiks und dem Zunähen von Mündern lehnten sie sich öffentlichkeitswirksam u.a. gegen die Residenzpflicht, das Lagersystem, Abschiebungen, Marginalisierung und das Nicht-gehört-Werden auf (vgl. Odugbesan, Schwiertz 2018; Wilcke, Lambert 2015).

offenbaren, dass eine rein repräsentative Demokratie offensichtlich an ihre Grenzen gelangt und ihre Institutionen sowie deren Handeln in Frage gestellt werden oder ihnen gar die Legitimität abgesprochen wird.

Ein ebensolches Dialogangebot, das Kommunen unter anderem im Kontext der Einrichtung von (Not-)Unterkünften für Asylsuchende vielfach wählen, ist das Format der öffentlichen Bürger:innenversammlung, bei der Entscheidungsträger:innen informieren und gegebenenfalls auch Rede und Antwort stehen. Dass dieses Handeln kein neuartiges ist, zeigte sich auch in der im Rahmen des MigraChance-Projekts durchgeführten Untersuchung eines lange zurückliegenden Konflikts um einen syrisch-orthodoxen Kirchenbau in einer hessischen Kleinstadt in den 1990er Jahren. Damals reagierten zunächst zivilgesellschaftliche Akteur:innen und im Folgenden auch die Stadtverwaltung auf die sich abzeichnende Ablehnung des Bauvorhabens mit der Einladung zu öffentlichen Informationsveranstaltungen, die den Konflikt jedoch weiter anheizten, statt ihn zu beruhigen (vgl. Budnik et al. 2020). In den Jahren 2013 – 2015, fast zwei Jahrzehnte später, habe ich selbst mehrere Veranstaltungen solcher Art in Leipzig besucht. Diese fanden im Zusammenhang mit verschiedenen Vorhaben statt: der Einrichtung eines offenen Jugendstrafvollzugs in einem Naherholungsgebiet, der geplanten dezentralen Wohnunterbringung von Asylsuchenden, der temporären Umnutzung städtischer Gebäude als Notunterkünfte für Geflüchtete sowie dem Bau einer Moschee durch die Gemeinde Ahmadiyya Muslim Jamaat.²

Alle diese Veranstaltungen waren sich in Bezug auf Organisation, Ablauf und Dynamik recht ähnlich. Es wurde öffentlich eingeladen und dieser Einladung folgten in

² Zu letzterem Konflikt siehe Kraemer et al. (2020).

einigen Fällen mehrere hundert Menschen, so dass der Platz im Veranstaltungsraum teilweise nicht ausreichte. Meist waren Vertreter:innen der Lokalpolitik und der Verwaltung auf einem Podium anwesend, manchmal auch der Polizeipräsident oder intermediäre Akteur:innen wie Sozialarbeiter:innen. In der Regel saßen diese dem Publikum frontal gegenüber. Bis auf einzelne Ausnahmen, in denen man proaktiv über Vorhaben informierte, möglicherweise weil man einen schwelenden oder bevorstehenden Konflikt antizipierte, waren die Veranstaltungen Reaktionen auf bereits offen zu Tage getretene Konflikte. Auch wenn es eher den (Streit-)Gegenständen als dem Format geschuldet war, konnten bei diesen Versammlungen lediglich bereits feststehende Vorhaben diskutiert werden. Die tatsächliche Möglichkeit der Einflussnahme oder gar Mitentscheidung durch die Teilnehmenden gab es nicht, da das Vorhaben selbst und die Art seiner Umsetzung gar nicht zur Debatte standen. Dies kollidierte jedoch mit den Erwartungen oder Ansprüchen einiger Teilnehmer:innen und führte – vorhersehbar – zu negativen Emotionen und Protest. Im Widerstreit mit den Veranstaltenden und anwesenden Befürworter:innen entspann sich meist ein Kampf um die Deutungshoheit. Diese Auseinandersetzungen wurden von lautstark artikulierten Abwehrhaltungen gegen die geplanten Projekte sowie die daran sichtbar werdenden gesellschaftlichen Veränderungen begleitet und oft auch dominiert. Die Veranstalter:innen wirkten bisweilen überfordert mit der Situation. Bei einigen Veranstaltungen konnte lediglich durch „Machtworte“ vonseiten der Veranstalter:innen oder durch das Eingreifen von Sicherheitskräften die Versammlung wieder beruhigt werden. Die Zusammenkünfte endeten in der Regel ohne eine Klärung oder Beilegung des Konfliktes und teilweise waren die Fronten im Nachhinein verhärteter als zuvor. Durch die Berichterstattung über die Ver-

anstaltungen erlangten die Auseinandersetzungen noch mehr Aufmerksamkeit und Reichweite, bevor die Debatten schließlich abflauten.

Diese Erfahrungen reflektierend verfestigte sich bei mir zunehmend der Eindruck, dass dieses Format in seiner Konzeption für eine Situation des offenen Konflikts und erst recht für eine über Informationsvermittlung hinausgehende Aushandlung unterschiedlicher Positionen ungeeignet ist. Da viele dieser Versammlungen nur einmalig stattfanden, stellte sich mir die Frage, ob die Veranstalter:innen vielleicht ein ähnliches Fazit zogen. Griffen sie deshalb im Folgenden auf andere Formate – und minimale Kommunikation mit der lokalen Bevölkerung im politischen und Verwaltungshandeln – zurück? Letzteres wäre im demokratischen Sinne als problematisch zu bewerten, für Politik, Verwaltung und auch Zivilgesellschaft war es dennoch ein pragmatischer Weg, Vorhaben, die keiner erklärten öffentlichen Zustimmung bedurften, ohne großes Aufsehen um- und durchzusetzen. Zudem ließen sich so, zumindest vorübergehend, weitere Konflikte vermeiden, so dass sich mögliche Spannungspotentiale durch die fehlende öffentliche Bühne und Aufmerksamkeit gar nicht erst entfalten konnten; sei es im Zusammenhang mit dem Bau eines Gebetshauses eines privaten Bauträgers auf einem privaten Grundstück, die Erfüllung der kommunalen Pflichtaufgabe der Wohnunterbringung von Asylsuchenden oder die Wahl gelatinefreier Süßigkeiten beim städtischen Kinderfest.³

³ Im Interview berichtete uns ein Verwaltungsmitarbeiter, dass er im alltäglichen Verwaltungshandeln immer wieder Entscheidungen trifft, die nicht weiter öffentlich kommuniziert werden, da diese das Potential zum Aufregerthema hätten, so zum Beispiel die Entscheidung für Süßigkeiten, die auch Kinder verzehren dürfen, die keine Gelatine verzehren können oder wollen.

Warum das Format der Bürger:innenversammlung trotz seiner offensichtlichen Fallstricke dennoch immer wieder gewählt wird, darüber kann ich nur mutmaßen. Eine banale, aber möglicherweise nicht ganz abwegige Annahme ist, dass man routiniert darauf zurückgreift, weil es bekannt ist und man sich in Ermangelung anderer Konfliktbewältigungsstrategien oder -institutionen nicht anders zu helfen weiß. Auch sind Versammlungen dieser Art im Vergleich zu anderen Dialogformaten mit relativ geringem Aufwand kurzfristig umsetzbar. Eine andere Interpretation wäre, dass Dialog an sich, bzw. die dialogische Entscheidungsfindung, als ein Kernelement der deliberativen Demokratie gilt, in der gegensätzliche Ansichten oder Interessen im friedlichen oder zumindest gewaltfreien Austausch wahlweise als Kompromiss oder Konsens ausgehandelt werden. Dies setzt jedoch voraus, dass sich alle auf Augenhöhe und unter gegenseitiger Anerkennung sowie Anerkennung und Einhaltung der demokratischen „Spielregeln“ beteiligen können und es sich zudem – im Rahmen des Verhandelbaren – um einen ergebnisoffenen Prozess handelt.

Ich möchte an dieser Stelle betonen: Auch ich halte Dialog in vielerlei Hinsicht für hilfreich und notwendig, sei es im zwischenmenschlichen oder im gesellschaftlichen Konflikt. Doch denke ich, dass es auf Grund der zuvor genannten Voraussetzungen unabdingbar ist, sich zu fragen, was die Rahmenbedingungen sind und, vor allem, was die konkreten Ziele dieses Dialoges sein sollen. Wie eingangs schon erwähnt, werden aktuelle Diskurse dominiert durch die Forderung, dass in unserer Gesellschaft wieder mehr zugehört und miteinander geredet werden müsse. Häufig wird jedoch – jenseits von Allgemeinplätzen wie „Stärkung des sozialen Zusammenhalts“ – nicht genauer benannt, was damit eigentlich erreicht werden soll. Beim Blick auf diese Debatten habe ich den Eindruck,

man erhofft sich von dem bloßen Zusammenkommen eine automatische Annäherung der aufeinandertreffenden Positionen oder möglicherweise sogar eine Auflösung der Gegenpositionen. Es scheint mir, die Veranstaltenden gehen manchmal insgeheim davon aus, dass sich die Lauten, wenn man ihnen nur ausreichend Raum zur Artikulation lässt und genug Gehör verschafft, irgendwann einsichtig zeigen und die zuerst bekämpfte Position schließlich annehmen oder zumindest akzeptieren. Hierbei wird ignoriert, dass solche Gegenstimmen nicht nur aus einer spontanen Laune heraus entstehen, sondern häufig ein durchaus massives Fundament haben. Dieses kann sich zusammensetzen aus tiefsitzenden starken Emotionen, sogenannten „alternativen Fakten“ und mehr oder weniger gefestigten menschenverachtenden Einstellungen (vgl. Zick et al. 2019; Decker, Brähler 2020). Die Veranstaltenden sollten sich also fragen, ob solche Dialogformen tatsächlich der passende Rahmen zur demokratischen Aushandlung grundlegender Differenzen und Bearbeitung wirkmächtiger Emotionen sind oder ob man, vielleicht auch unbewusst, lediglich auf ein Beruhigen und „Bekehren“ der lauten Gegenstimmen abzielt.

Dieser Hoffnung auf eine Beruhigung der Situation und der damit einhergehenden Dialogorientierung liegt meines Erachtens der ebenso verbreitete wie fatale Irrglaube zu Grunde, dass sich durch den Dialog die erhitzten Gemüter wieder abkühlen. Das klassische Bild hierfür ist der Kessel unter Druck, bei dem man mal Dampf ablassen muss. Aus meiner eigenen Mediationsarbeit weiß ich zwar, dass dieses Aussprechen und Rauslassen von Emotionen befreiend wirken und gegebenenfalls sogar klärend sein kann, aber eben nicht muss; denn – bleiben wir bei dem Bild – durch das Dampfablassen wird die zugrundeliegende und antreibende Hitze nicht automatisch geringer. Stattdessen kann es im Inneren bis zum

nächsten Ausbruch weiterbrodeln. Nicht nur, dass die Ursache nicht notwendigerweise beseitigt wird, womöglich hat das Dampfablassen sogar eine gegenteilige Wirkung und es wird eher einiges aufgewirbelt anstatt beigelegt. Hier sehe ich einen zentralen Unterschied zwischen der Konfliktvermittlung im kleinen, privaten und geschützten Rahmen und dem Konfliktaustrag in öffentlichen Großformaten. Bei Letzteren beobachte ich statt Perspektivübernahme, Annäherung und Aushandlung, dass vor allem die Lauten und ihre Positionen eine öffentliche Bühne und mediale Aufmerksamkeit erhalten und erfolgreiches Agendasetting betreiben können. Die ablehnende Haltung bestimmt den Diskurs und erscheint somit in der öffentlichen Wahrnehmung verbreiteter, als sie tatsächlich ist. Außerdem erfahren die Akteur:innen durch Beachtung, das häufig betonte „Ernstnehmen“ und teilweise ausbleibenden Widerspruch eine Aufwertung und Legitimation ihrer Position, sie fühlen sich möglicherweise bestärkt und erhalten weiteren Zulauf (vgl. Radvan, Raab 2020). Entgegen der eigentlichen Intention können solche Dialogveranstaltungen dazu führen, dass eine laute Minderheit⁴ nach innen und häufig auch nach außen gestärkt hervorgeht. Somit sehe ich die Gefahr, dass die Veranstaltungen zu mehr statt zu weniger Polarisierung führen können, da der Konflikt – hinsichtlich des Themas, des Akteur:innenkreises und der Dynamik – ausgeweitet wird und er sich gewissermaßen verselbstständigt (vgl. Glasl 2009).

All dies erscheint mir nicht zuletzt deshalb problematisch, weil es sich hierbei auch um Dialogangebote an teilweise jene handelt, die diese zwar zum Erreichen der eigenen Ziele annehmen, jedoch kaum oder gar kein

⁴ Auch wenn die Einstellungsforschung (u.a. Decker, Brähler 2020) immer wieder zeigt, dass es sich gesamtgesellschaftlich um eine Minderheit handelt, tritt diese in den Versammlungen häufig überproportional und raumgreifend auf.

ehrliches Interesse an einem demokratischen Diskurs und Konfliktaustrag haben. Stattdessen wenden sie sich gegen diesen, in dem sie ihre Meinung zur Mehrheitsmeinung stilisieren („Wir sind das Volk!“) und davon abweichende Positionen nicht zulassen, sondern zu unterdrücken versuchen. Gerade die Jahre seit 2015 haben eindrücklich gezeigt, dass sich ein nicht zu vernachlässigender Anteil der Gesellschaft abseits demokratischer Grundwerte bewegt und stellenweise auch aktiv versucht, die demokratischen Grundfesten zu unterminieren, beziehungsweise die damit verbundenen Freiheitsrechte zu nutzen, um diese in ihrer Universalität abzuschaffen. Insbesondere dann, wenn es zum Auftreten einer organisierten extremen Rechten kommt, geht es den Beteiligten nicht mehr um das Gespräch, sondern um die Durchsetzung der eigenen Interessen mit allen Mitteln und die Bestimmung des Diskurses (vgl. Speit 2017).

Doch auch abseits der extremen Rechten stellen Viele allgemeingültige Annahmen hinsichtlich der Freiheit von Medien und Wissenschaft sowie den universellen Menschenrechten so weit in Frage, dass kaum mehr ein gemeinsames Fundament vorhanden ist, auf dem Konfliktgegenstände konstruktiv verhandelt werden könnten. Dass dies wahrlich kein Phänomen der „politischen Ränder“ ist, machte in der jüngeren Vergangenheit der Protest gegen die Infektionsschutzmaßnahmen besonders offensichtlich. Er zeigte deutlich, dass sich Menschen, mit denen auf Grund politisch-kultureller Entfremdung kaum mehr ein demokratischer Konfliktaustrag möglich oder dieser zumindest deutlich erschwert ist, in nahezu allen politischen Lagern finden.

Zusammengefasst lässt sich festhalten: Es nehmen an den dargestellten Dialogveranstaltungen immer wieder auch Personen teil, die für sich Rechte einfordern, die sie

anderen nicht zugestehen; die Widerrede zu den eigenen Positionen und die Beschränkung von menschenverachtenden Aussagen in Zensur umdeuten und nicht akzeptieren, dass Meinungsfreiheit ein Verteidigungsrecht gegenüber dem Staat ist und nicht ein Recht auf Widerspruchsfreiheit bedeutet; und die strategisch Unwahrheiten sowie vorgeschobene Argumente nutzen, um die eigenen Interessen durchzusetzen.

Vor diesem Hintergrund geraten die Bürger:innenversammlungen immer wieder zu Orten, an denen einige ihre Wut, ihren Frust, ihre Sorgen und mal mehr, mal weniger explizit artikulierte hasserfüllte Ablehnung herausschreien, ohne dass es zu einem Austausch der Positionen, geschweige denn einer Aushandlung oder Annäherung kommt. Dass sich diese Personen im Nachhinein mehr gehört fühlen oder weniger Wut, Frust, Sorge oder Hass in sich tragen und die Versammlungen somit zu Beruhigung oder gar Beilegung des Konfliktes beitragen, wage ich stark zu bezweifeln. Darüber hinaus werden bei dem fast schon reflexartigen und eingeübten Fokus auf die lauten die nicht lauten Stimmen im Diskurs kaum bis gar nicht gehört, ganz zu schweigen von den Perspektiven der Betroffenen sowie all derer, die sich in diesen Konflikten gar nicht positionieren können oder wollen. Das Agendasetting wird somit vor allem von den Lauten betrieben. Doch damit nicht genug. Solch eine Herangehensweise kann neben der schon angesprochenen Ausweitung des Konfliktes zudem die nicht intendierte Folgewirkung haben, dass sich Personen, die sich ihrer Position noch nicht klar waren, sich entweder den Lauten anschließen oder eingeschüchtert werden, den Prozess verlassen und sich auch künftig nicht mehr daran beteiligen. Zugespitzt formuliert könnte man sagen, der angestrebte Dialog war nicht gegeben, geschweige denn hat er seinen Zweck erfüllt. Im Gegenteil: Er ist gescheitert und hat weiterem Dialog möglicherweise geschadet.

Nun stellt sich also die Frage: Soll man es lassen? Ich denke nein, denn meines Erachtens ist es auch keine Option, in schwierigen (gesellschaftlichen) Situationen den Dialog gänzlich zu vermeiden. Vielmehr möchte ich an die Veranstalter:innen appellieren, diese Dialogprozesse ernsthaft, durchdacht und im Bewusstsein der damit einhergehenden Herausforderungen anzugehen; denn trotz alledem gehe ich davon aus, dass ein tatsächlicher Dialog durchaus weiterhelfen kann und auch die Mehrheit der Gesellschaft zum Dialog fähig und bereit ist. Doch damit dieser nicht zum Selbstzweck wird, keine unnötige Bühne für menschen- und demokratiefeindliche Positionen und Hetze bietet, nicht weiterer Polarisierung, Instrumentalisierung und letztlich auch Radikalisierung den Weg bereitet und somit nicht Gefahr läuft, mehr Schaden anzurichten als weiterzuhelfen, sollte die Herangehensweise wohldurchdacht sein. Es ist zu überlegen, was der Dialog erreichen soll und kann und wie der Prozess dementsprechend zu gestalten ist. Auch wenn die Frage nach dem Wie natürlich keine einfache ist, möchte ich nachfolgend einige Punkte aufführen, die es meiner Meinung nach zu beachten gilt.⁵

Wie bereits deutlich geworden ist, gehe ich davon aus, dass Dialogveranstaltungen – im Sinne großformatiger Versammlungen abseits institutionalisierter Arenen der repräsentativen Demokratie mit klaren Regeln – kein besonders geeignetes Format des Konfliktaustrags oder der Konfliktbearbeitung darstellen. Sollte sich im Konfliktfall aber dennoch dafür entschieden werden, sind – so banal es auch klingt – im Vorfeld zentrale Aspekte zu klären. Was ist das genaue Thema? Was ist der Zweck der Veranstaltung? Geht es um Information, das Einholen von Meinungen, um Mitentscheidung oder um Beruhigung? Wie ist die Situation vor Ort und wie wird der Konflikt bereits in

⁵ Eine ausführliche Darstellung von Erfolgsfaktoren kommunaler Dialogformate bietet Schumacher (2020).

den herkömmlichen, vor allem aber in den sozialen Medien diskutiert? Insbesondere Letztere weisen ein sehr großes Potential zur Mobilisierung- und Meinungsbildung auf. Zudem ist in Erfahrung zu bringen, wer bereits wie an dem Konflikt beteiligt ist und auf dessen Dynamik Einfluss nimmt. Beispielsweise zeigte sich in den vergangenen Jahren immer wieder, dass extrem rechte Akteur:innen unter dem Deckmantel vermeintlicher Bürger:inneninitiativen gezielt lokale Konflikte vereinnahmten. Hier kann man auch auf zivilgesellschaftliche Initiativen vor Ort zugehen, die meist frühzeitig einen Überblick über die Aktivitäten solcher professionalisierter Akteur:innen und deren Instrumentalisierungsversuche haben.

Sofern mit Blick auf diese Rahmenbedingungen eine Bürger:innenversammlung weiterhin zielführend erscheint, ist nun zu entscheiden, wie und wer einzuladen ist, damit der Dialog möglich bleibt und gegebenenfalls ein ausgewogenes Stimmungsbild erreicht wird. So kann durch direkte Ansprache, Ermutigung und Stärkung der leisen und marginalisierten Stimmen ein Ausgleich von Machtdifferenzen angestrebt werden. Auch macht es einen Unterschied, ob es eine öffentliche Einladung gibt oder beispielsweise gezielt nur Anwohner:innen eingeladen werden, um der Instrumentalisierung durch externe Akteur:innen vorzubeugen. Ebenso sollte darüber entschieden werden, wer nicht an dem Dialogprozess teilnehmen soll, um diesen zu schützen. Hier hat sich u.a. die Anwendung einer Ausschlussklausel bewährt, mit der beispielsweise bekannten extrem rechten Akteur:innen bereits im Vorfeld der Zutritt zu der Veranstaltung verweigert werden kann (vgl. MBR 2010).

Für die Veranstaltung selbst empfiehlt sich eine externe Moderation, damit die Entscheidungsträger:innen aus Politik und Verwaltung oder andere Konfliktbeteiligte nicht in Doppelfunktion auftreten und in ihrer jeweiligen Rolle

verbleiben können. Der Moderation kommt eine wichtige und machtvolle Position zu, da sie den Rahmen setzt, der bestimmt, welche Personen und Standpunkte eine Bühne erhalten, was in welcher Weise verhandelt wird und auch was die Grenzen des Verhandelbaren sind. Nicht zuletzt ist es Aufgabe der Moderation und der Veranstaltenden, die Beteiligten vor verbaler und physischer Gewalt zu schützen. Dies ist jedoch nicht nur mit dem Ausschluss Einzelner und im Zweifelsfall dem Einsatz von Sicherheitskräften getan, sondern bedarf einer klaren Haltung und deutlichen Positionierung, da Unsicherheit im Umgang mit den Lauten und hetzenden Inhalten sowie fehlender Widerspruch die bereits beschriebenen unintendierten und dialogschädigenden Folgen haben können. Das bedeutet auch, dass diejenigen, „die den gestieften nationalistischen, rassistischen und antisemitischen Parolen ihre Stimme geben, Anspruch darauf haben, als demokratische Mitbürger ernst genommen, das heißt, schonungslos kritisiert zu werden“ (Habermas 2020: 47). Es muss also auch darum gehen, menschenverachtende Einstellungen und Äußerungen zu erkennen, sie als solche zu benennen und zu widersprechen, statt sie zu reproduzieren, als Sorgen und Ängste zu euphemisieren und durch das Bereiten einer Bühne zu legitimieren. Zusammengefasst: Ein demokratischer Konfliktaustrag braucht neben ehrlicher Offenheit auch eine klare Kante gegen antidemokratische Positionen statt eines falschverstandenen Harmonieideals. Dies sollte nicht nur in der Veranstaltung selbst, sondern auch in der begleitenden Öffentlichkeitsarbeit vor und nach der Veranstaltung deutlich werden.

Neben einzelnen Dialogveranstaltungen bedarf es vor allem auch langfristiger und grundlegenderer Ansätze des Umgangs mit Konflikten. Zunächst ist vor den Konflikten anzusetzen. So braucht es meines Erachtens mehr politische Bildung und auch müssten demokratische Ent-

scheidungsfindungsprozesse sowie politisches und Verwaltungshandeln viel mehr erklärt werden, um diese für alle nachvollziehbar und verständlich zu machen. Weiterhin sind Debattenräume kontinuierlich notwendig – nicht erst im offen zu Tage tretenden, emotionalen und polarisierenden Konflikt, sondern bereits in einer Phase, in der eine Vermittlung noch möglich ist. Ebenso wichtig sind ein Austausch über konfliktverstärkende Emotionen und deren Hintergründe, wie beispielsweise Kränkungen, Verletzungen und Ängste, und ein angemessener Umgang mit ihnen. Sorgen und Ängste jenseits von Überfremdungsdystopien und Untergangsmysen, beispielsweise auf Grund von Individualisierungstendenzen und drohender Prekarisierung, sind real. Deren Thematisierung erfordert jedoch einen geeigneten Rahmen abseits großformatiger Versammlungen zu eigentlich anderen Themen mit hohem Instrumentalisierungs- und Inszenierungspotential. Vielmehr bieten sich hierfür kleinere und geschützte Settings ohne erweiterte Öffentlichkeit an.⁶

Zusammenfassend ist zu sagen: Es braucht allgemein mehr Bereitschaft und Befähigung zum demokratischen Konfliktaustrag. Zum einen bedeutet dies, dass auf individueller und kollektiver Ebene mehr Offenheit zum Perspektivwechsel und zu tatsächlicher Aushandlung erforderlich ist und auch, dass in den Institutionen mehr Kenntnisse über Konfliktdynamiken und angemessene Vermittlungsformate benötigt werden. Zum anderen ist eine liberale und demokratische Zivilgesellschaft zu stärken, damit diese sich auch im Konflikt gegenüber anti-demokratischen Akteur:innen und Tendenzen behaupten kann.

⁶ Ein Überblick über mögliche Dialogformate zur Prävention, Diskussion und Deeskalation findet sich bei Hetze (2020).

Referenzen

- Budnik, Maria; Hedtke, Christoph; Großmann, Katrin; Peitsch, Ivonne.; Roskamm, Nikolai; Wolf, Karen 2020: MigraChance Projektbericht, Fallstudie Bebra: Migrationsbezogene Konflikte und der Wandel lokaler Institutionen. Fachhochschule Erfurt.
- Decker, Oliver; Brähler, Elmar 2020: Autoritäre Dynamiken. Neue Radikalität – alte Ressentiments. Leipziger Autoritarismus Studie. Psychosozial Verlag, Gießen.
- Habermas, Jürgen 2020: 30 Jahre danach: Die zweite Chance. Merkels europapolitische Kehrtwende und der innerdeutsche Vereinigungsprozess. In: Blätter für deutsche und internationale Politik, H. 9, S.41-56.
- Hetze, Willi 2020: Versammlungen in Krisenzeiten – Eine Typologie anhand des Konfliktverlaufs. In: Bochmann, Cathleen; Döring, Helge (Hg.): Gesellschaftlichen Zusammenhalt gestalten. Springer, Wiesbaden, S. 139-166.
- Krahmer, Alexander; Haase, Annegret; Intelmann, Dominik 2020: MigraChance Projektbericht, Fallstudie Leipzig. Migrationsbezogene Konflikte und institutioneller Wandel in Leipzig – mit einem Anhang zur lokalen Migrationsgeschichte (seit 1990). Helmholtz-Zentrum für Umweltforschung Leipzig.
- Odugbesan, Abimbola; Schwiertz, Helge 2018: “We Are Here to Stay” – Refugee Struggles in Germany Between Unity and Division. In: Rosenberger, Sieglinde; Stern, Verena; Merhaut, Nina (Hg.). Protest Movements in Asylum and Deportation. SpringerOpen, Wiesbaden, S. 185-203.

- Radvan, Heike; Raab, Michael 2020: Dialog-Veranstaltungen als Demokratisierung? Eine Analyse der Bürgerdialoge in Cottbus in Zeiten völkisch-autoritärer Mobilisierung. Ergebnisse eines Forschungsprojektes. BTU Cottbus.
- Schumacher, Ulrike 2020: Erfolgsfaktoren für kommunale Dialogformate. In: Bochmann, Cathleen; Döring, Helge (Hg.): Gesellschaftlichen Zusammenhalt gestalten. Springer, Wiesbaden, S. 167-186.
- Speit, Andreas 2017: Mit Rechten reden? In: der rechte rand, H. 169. Verfügbar: <<https://www.der-rechte-rand.de/archive/2678/nicht-mit-rechten-reden/>>. (Zugriff am 19.05.2021)
- Wilcke, Holger; Lambert, Laura 2015: Die Politik des O-Platzes: (Un-)Sichtbare Kämpfe einer Geflüchtetenbewegung. In: Movements, Jg. 1, H. 2, S. 1-23.
- Zick, Andreas; Küpper, Beate; Berghan, Wilhelm 2019: Verlorene Mitte – Feindselige Zustände. Dietz, Berlin.

Es geht um weitaus mehr als zurückzudenken

Der Konflikt um das Mahnmal in der Keupstraße

Ornella Gessler

2001 und 2004 verübte der Nationalsozialistische Untergrund (NSU)¹ zwei Anschläge in Köln. Bisher gibt es keinen öffentlichen Gedenkort, der an die rassistischen und rechten Taten erinnert. Ein Konzept für ein Mahnmal besteht zwar seit 2016 – allerdings scheiterte die Umsetzung bisher an ungelösten Konflikten, u.a. an der Frage nach dem Standort. Dass nach Gewalttaten über eine angemessene Form der Erinnerung verhandelt wird, ist nichts Ungewöhnliches. Zahlreiche Beispiele zeigen, dass Mahnmale, welche an Rassismus und rechte Gewalt erinnern, erst erkämpft werden müssen. Oftmals setzen sich Angehörige, Betroffene oder zivilgesellschaftliche Initiativen gegen ein Vergessen und Schweigen ein. Die Möglichkeiten zu erinnern und zu vergessen sind „eng verwoben mit individueller wie gesellschaftlicher Anerkennung von Erfahrungen, sozialen Positionen, dem Zugestehen und Beanspruchen-Können von Rechten und der Möglichkeit, eine

¹ Zwischen 1999 und 2011 tötete der NSU zehn Menschen, verübte drei Sprengstoffanschläge und beging zahlreiche Raubüberfälle. Neun der Ermordeten waren Ladeninhaber oder Händler türkischer, kurdischer oder griechischer Herkunft, die zehnte Person war eine deutsche Polizistin. Durch die Selbstenttarnung des NSU im November 2011 konnten Kontinuitäten rechter und rassistischer Gewalt von den Sicherheitsbehörden und der Gesellschaft nicht mehr übersehen werden. Der NSU-Prozess endete im Juli 2018, dennoch sind bis heute noch immer sehr viele Fragen ungeklärt (vgl. z.B. Hoff et al. 2019; Karakayali et al. 2017; Quent 2019).

gemeinsame Zukunft in heterogenen Gesellschaften zu entwerfen.“ (Thomas, Virchow 2019: 157) Zu erinnern bedeutet auch, gegen Rassismus und rechte Bedrohung zu kämpfen. Der Kölner Künstler Kutlu Yurtseven schreibt:

„Der NSU-Komplex [hängt] wie ein Damoklesschwert über meinen Gedanken zur Keupstraße. Es zeigt mir, dass wir nicht aufhören dürfen, uns zu erinnern, erinnern an die Mordopfer rechtsextremer Gewalt, erinnern an den strukturellen Rassismus, dem Menschen täglich ausgesetzt sind [...].“ (Yurtseven 2017: 269)

In diesem Beitrag² wird die Aushandlung der Umsetzung eines Mahnmals an der Keupstraße zur Erinnerung an die Betroffenen der NSU-Anschläge in Köln beschrieben und es werden die sich darin zeigenden Konfliktlinien dargestellt. Seit 2016 gibt es eine Konzeption für einen Erinnerungsort: das Mahnmal „Herkesin Meydanı – Platz für Alle“.

„Etwas Schaffen, das in die Zukunft führt. Das sich erneuert und reaktiviert“: Das Mahnmal Herkesin Meydanı – Platz für Alle

Der NSU verübte zwei Anschläge in Köln: Am 19. Januar 2001 detonierte ein Sprengsatz in einem Lebensmittelladen in der Kölner Innenstadt und verletzte eine Person. Am 9. Juni 2004 stellte ein NSU-Mitglied ein Fahrrad mit einer Nagelbombe vor einem Friseurladen in der Keupstraße ab. Die Keupstraße ist eine belebte Einkaufsstraße in

² Grundlage dieses Artikels ist die unveröffentlichte Masterarbeit „Erinnerungen an rechte und rassistische Gewalt. Der Konflikt um das Mahnmal in Gedenken an die Betroffenen der NSU-Anschläge in Köln“ (2019), Ornella Gessler, Philipps-Universität Marburg.

Köln-Mülheim, einem von Migration geprägten Stadtteil. Bei der Explosion der Nagelbombe wurden über 20 Menschen verletzt. Unmittelbar nach den beiden Anschlägen – wie auch bei den anderen Taten des NSU – wurden Hinweise auf ein rassistisches und rechtes Motiv von den Sicherheitsbehörden nicht weiterverfolgt. Stattdessen konzentrierten sich die Ermittlungen hauptsächlich auf das „ausländische, kriminelle Milieu“ – auf die so genannte Türsteherszene, Schutzgelderpressung oder Konflikte zwischen Kurd*innen und Türk*innen (Dostluk Sineması 2014). In den Jahren nach den Anschlägen bis zur Selbstenttarnung des NSU Ende 2011 führte eine Täter-Opfer-Umkehr die Gewalterfahrung der Betroffenen fort. Diese Erfahrungen werden auch als Bombe nach der Bombe beschrieben:

„Was mit der Bombe begann, fand in den folgenden Jahren in der Verfolgung durch die Polizei, den Verdächtigungen und rassistischen Zuschreibungen durch die Medien, dem durch die Geheimbehörden gesäten Zwiespalt und Misstrauen und dem Ausbleiben solidarischer Unterstützung der Kölner Öffentlichkeit seine zerstörerische Fortsetzung.“ (ebd: 7)

Schließlich begannen Betroffene der Anschläge und Anwohner*innen der Keupstraße einen Erinnerungsort zu fordern. 2014 beschloss der Kölner Stadtrat, ein Mahnmal zu realisieren, und das NS-Dokumentationszentrum der Stadt Köln führte im Jahr 2016 einen künstlerischen Wettbewerb durch (Stadt Köln 2014: 92-101; NS-Dokumentationszentrum der Stadt Köln 2017: 123-124). Während des Wettbewerbs stand die Beteiligung der Betroffenen im Mittelpunkt: Im Austausch mit den Künstler*innen formulierten sie ihre Sichtweisen, Erwartungen und Forderungen an

einen Erinnerungsort. Im Dezember 2016 wurde der Entwurf „Herkesin Meydanı – Platz für Alle“ des Künstlers Ulf Aminde einstimmig angenommen. Der Direktor des NS-Dokumentationszentrums beschreibt dieses Vorgehen als einmalig. Es sei etwas Einzigartiges, „dass eine so bunt zusammengesetzte Jury aus Opfern, Anwohner*innen, Kunstsachverständigen, Politik und Verwaltung zu einem einstimmigen Votum gekommen ist. Dies spricht doch sehr dafür, dass der Weg des Dialogs der richtige war – und natürlich für den Siegerentwurf“ (NS-Dokumentationszentrum der Stadt Köln 2017: 124). Die Partizipation der Betroffenen und Anwohner*innen und die einstimmige Entscheidung wurde auch von verschiedenen anderen am Auswahlprozess Beteiligten als sehr positiv hervorgehoben, so von den Vertreter*innen der „Initiativen Keupstraße ist überall“ und „Herkesin Meydanı – Platz für Alle“, der Interessengemeinschaft Keupstraße und einem Vertreter des Integrationsrates Köln.

„Ich hätte nicht gedacht, dass wir die Möglichkeit bekommen, die Künstler selbst kennenzulernen. Ein Austausch hat stattgefunden.“
(Vorsitzende der IG Keupstraße 2019)

Nach der einstimmigen Entscheidung über den Mahnmalsentwurf geriet jedoch die Umsetzung über die Frage nach dem Standort ins Stocken. In den folgenden Jahren machten vor allem die Betroffenen und zivilgesellschaftliche Initiativen auf die ausstehende Realisierung des Erinnerungsortes öffentlich aufmerksam. Erst im Dezember 2020 teilte die Stadt Köln in einer Pressemitteilung mit, dass sich die Realisierung des Mahnmals konkretisiere, da dieses auf dem vorgesehenen Standort entstehen könne (Stadt Köln 2020).

Das Mahnmal an der Keupstraße soll ein antirassistischer Lern- und Gedenkort werden, so beschreibt es die gleichnamige Initiative, die sich für die Errichtung des Mahnmals einsetzt. Konkret sieht das Mahnmalskonzept vor, auf dem Platz eine Betonplatte zu errichten, welche den Grundriss des mit der Nagelbombe angegriffenen Hauses abbildet:

„Mit der Bodenplatte wird ein Fundament gegossen. Sie steht in ihrer abstrakten Form für ein noch zu errichtendes Haus. Gemeint ist eine zukünftige Gemeinschaft, die ausschließlich auf Diversität und Solidarität aufbaut. Hier geht es darum, eine Grundlage zu schaffen – ein Fundament zu legen. Die Bodenplatte wird aber auch gegossen mit der Haltung, etwas wirklich massiv und unverrückbar in den Boden festsetzen zu wollen. Etwas, das nicht mehr weggedacht werden kann.“ (Aminde in NS-Dokumentationszentrum der Stadt Köln 2017: 124)

Zudem haben Besucher*innen die Möglichkeit, eine App auf ihren Smartphones zu öffnen. Über die App erscheinen virtuelle Wände. Die einzelnen Kacheln der Wände zeigen kurze Filme, welche die Perspektiven der Betroffenen zeigen und so eine kritische Auseinandersetzung mit Rassismus und rechter Gewalt möglich sowie migrantisches Wissen sichtbar machen.³

³ Auf der Internetseite der Initiative Herkesin Meydanı — Platz für alle ist das Konzept für das Mahnmal an der Keupstraße zu sehen: <https://mahnmal-keupstrasse.de/>

Die Aushandlungslinien im Konflikt um das Mahnmal an der Keupstraße

Das Mahnmalskonzept des Künstlers Ulf Aminde sieht vor, den Gedenkort direkt am Eingang der Keupstraße, an der Ecke zur Schanzenstraße zu errichten. Am Anfang des Prozesses zur Realisierung des Mahnmals, im Jahr 2015, nannte die Stadt Köln diesen Bereich, welcher sich auf dem Gelände des alten Güterbahnhofs befindet, einen „sehr guten Standort für das Denkmal“ (Stadt Köln 2015: 614).

Zu der Zeit gehörte das Grundstück einer Gemeinschaft aus verschiedenen Eigentümer*innen (Stadt Köln 2020). Einige Monate nach der Entscheidung über den Entwurf für einen Erinnerungsort machte diese ihren Unmut über das Auswahlverfahren zum Mahnmalsentwurf in verschiedenen Zeitungsberichten öffentlich. Aus ihrer Perspektive würde das Mahnmal zu groß werden und ihre Pläne sähen eine Bebauung der Fläche am Eingang der Keupstraße vor. Eine unbebaute Fläche, wie sie das Mahnmal „Herkesin Meydanı — Platz für alle“ vorsieht, würde den Wert des Grundstücks senken (Frangenberg 2018; Merting 2018; Scheibe 2019). Hatte die Stadt Köln die Ecke am Eingang der Keupstraße zunächst als geeignet bezeichnet, so verwies sie in den folgenden Jahren auf ihre begrenzten Handlungsmöglichkeiten, da das Grundstück nicht in städtischem Besitz sei. Die Umsetzung des Mahnmals sei zwar das Ziel, schrieb die Oberbürgermeisterin Henriette Reker in einem offenen Brief zum 15. Jahrestag des Nagelbombenanschlags im Juni 2019, allerdings könne die Stadt keine Vorgaben zur Bebauung eines Privatgrundstücks machen.

„Denn dieses Grundstück gehört nicht der Stadt Köln und wir können dem Eigentümer nicht vorgeben, wann er sein Grundstück bebaut und das Mahnmal genau dort seinen Platz findet.“ (Stadt Köln 2019)

Die Initiative „Herkesin Meydanı — Platz für alle“ schrieb in einem offenen Brief an die Oberbürgermeisterin: „Statt das Mahnmal mit Nachdruck und Engagement an dem ursprünglich vorgesehenen und von den Betroffenen geforderten Platz zu realisieren, gibt es einen Kniefall vor den Investoren.“⁴ (NSU-Tribunal 2019)

Ende des Jahres 2020 wechselte der Besitzer des Grundstücks: Seitdem ist ein Düsseldorfer Immobilienunternehmen im Besitz der Fläche. Die Stadt Köln gab bekannt, dass eine Vereinbarung mit dem neuen Eigentümer geschlossen worden sei, sodass das Mahnmal auf dem vorgesehenen Standort realisiert werden könne (Stadt Köln 2020). Dennoch wurde deutlich, dass mit der geplanten Bebauung eine Abkehr vom ursprünglichen Standort einhergehen würde. Das Ringen um den Standort geht also weiter. Die Situation, dass es nach mehreren Jahren der Planung und Aushandlung noch immer kein Mahnmal gebe, sei „Teil des Problems und Teil des Mahnmals“, so der Künstler des Mahnmals Ulf Aminde (zit. in Kurt, Monecke 2019). Er sagt: „Es ist nicht angekommen, dass das hier kein Mahnmal der Keupstraße ist, dass die Bombe nicht nur dieser Straße galt. Es ist das Mahnmal von Köln. Es betrifft die gesamte Gesellschaft.“ (ebd.) Betroffene der Anschläge, Anwohner*innen der Keupstraße und Vertreter*innen der Initiativen „Herkesin Meydanı – Platz für Alle“ und ‚Keupstraße ist überall‘ kritisieren, dass die Verantwortlichen der Stadt die Bedeutung des Standorts des Mahnmals nicht erkennen würden oder erkennen wollen. Wo das Mahnmal stehe, habe eine große Bedeutung. Die Vorsitzende der Interessengemeinschaft Keupstraße betont, dass das Mahnmal „einen Blickkontakt zur Keupstraße haben [soll]. Dass man sieht, worüber man redet. Worum es geht. Für einige ist es unwichtig.

⁴ www.nsu-tribunal.de

Sie haben die Wichtigkeit noch nicht begriffen. Vielleicht weil sie diesen Rassismus selbst nicht erfahren haben.“ (Gessler 2019)

Anwohner*innen und Vertreter*innen der Initiative „Herkesin Meydanı – Platz für alle“ blicken kritisch auf die Neubebauung des Geländes des ehemaligen Güterbahnhofs: Sie befürchten die Verdrängung der Bewohner*innen und Ladenbesitzer*innen durch steigende Mieten. Ein Vertreter der Initiative „Keupstraße ist überall“ verknüpft die Baumaßnahmen mit Verdrängung und ausbleibender kritischer Auseinandersetzung mit Rassismus in der Stadtgesellschaft:

„Durch die Verdrängungsprozesse würde auch die Keupstraße als ‚Problemstraße‘ aus dem Gesichtsfeld kommen und dann hätte man diese ganze Last der Neonazimorde aus dem Stadtgedächtnis raus. [...] Ob Leute das so bewusst denken, kann man eventuell in Frage stellen – aber es sind ja gerade diese unterschwelligen rassistischen Denkstrukturen. Die spielen in den ganzen Auseinandersetzungen immer eine Rolle.“ (Vertreter*in der „Initiative Keupstraße ist überall“ 2019)

Einen wichtigen Schritt, der dazu führen könnte, dass das Mahnmal in naher Zukunft doch noch am vorgesehenen Standort an der Ecke Keupstraße/Schanzenstraße entstehen könnte, gab die Stadt Köln Ende des Jahres 2020 bekannt: Eine Vereinbarung mit dem neuen Eigentümer des Grundstücks sei geschlossen worden und das Mahnmal solle bei den Plänen zur Neubebauung miteinbezogen werden (Stadt Köln 2020).

Vergessen oder Erinnern? Überlegungen zu Rassismus in gesellschaftlichen Strukturen

Menschen, die nicht von Rassismus betroffen sind, haben das Privileg, rassistische Diskriminierungen übersehen zu können, sie nicht wahrnehmen und nicht thematisieren zu müssen, weil sie nicht persönlich betroffen sind. Oftmals wird Rassismus in subtilen Formen im Alltag transportiert, beispielsweise in Redeweisen oder Gesten.

„Rassismus ist nicht nur die Ausnahme von einzelnen böser Individuen. Rassismus ist verflochten in allen Strukturen, allen Institutionen, allen Bereichen unserer Gesellschaft. Wir alle wurden in eine Welt hineingeboren, in der Rassismus in unseren Denkmustern, unserer Sprache, unseren Bildern steckt. Wir alle sind rassistisch sozialisiert worden. Das ist nicht das Gleiche wie ein Rassist sein.“ (Ogette 2018)

In der Gesellschaft verfestigen und reproduzieren sich Trennlinien und Gegensätze, welche von Rassismus betroffenen Menschen „suggerieren, nicht dazuzugehören“ (Bojadžijev 2008: 37). Rassismus wird noch immer häufig in die Vergangenheit und/oder außerhalb Deutschlands verortet. Dadurch werden Strukturen und Kontinuitäten rassistischer und rechter Gewalt unsichtbar gemacht (Rommelpacher 2009: 33). Mit dem Mahnmal in der Keupstraße soll diese Unsichtbarkeit überwunden werden.

„[Es geht] um weitaus MEHR als zurückzudenken, sondern wie können wir es in Zukunft verhindern? Was müssen wir als Gesellschaft tun, und ich meine wirklich nicht als

Straße, die Keupstraße, sondern gesellschaftlich in dieser Stadt oder auch gleich in diesem Land.“ (Vorsitzende der Interessengemeinschaft Keupstraße, 2019)

Wie beschrieben entstand der Entwurf des Mahnmals aus Gesprächen zwischen den Künstler*innen und Betroffenen. Das Mahnmal an der Keupstraße soll ein öffentlicher Raum werden, an dem Menschen zusammenkommen, sich aufhalten und erinnern können. Das Mahnmal soll an die Betroffenen der NSU-Anschläge erinnern und die rassistischen Verdächtigungen und Stigmatisierungen in den Jahren nach den Anschlägen bis zur Selbstenttarnung des NSU 2011 thematisieren. Zugleich sollen gegenwärtige rassistische Strukturen und Erfahrungen sichtbar gemacht und eine kritische Auseinandersetzung mit Rassismus angestoßen werden. Vor allem diejenigen, die durch die Anschläge nicht angegriffen wurden oder sich nicht angegriffen fühlen, sollen durch das Mahnmal an Rassismus und rechte Gewalt in Köln, aber auch in ganz Deutschland, erinnert werden, so sagen es unter anderem Vertreter*innen der „Initiative Herkesin Meydanı — Platz für alle“, des Integrationsrates und der Interessengemeinschaft Keupstraße sowie der Künstler des Mahnmals.

Die Möglichkeit, öffentlich zu erinnern und erinnert zu werden, hängt eng mit Anerkennung, Teilhabe und Identifikation innerhalb einer Gesellschaft zusammen (Güleç, Hielscher 2015). Das Mahnmal, so eine Bewohnerin der Keupstraße, wäre ein Zeichen für gesellschaftliche Anerkennung und Zugehörigkeit und stünde auch dafür, dass gesellschaftliche Teilhabe nicht immer wieder infrage gestellt und erkämpft werden müsse. Dazu gehört auch, dass migrantisierten und migrantischen Menschen zugehört wird und ihre Perspektiven Teil gesellschaftlicher Erinnerung werden. Im Zusammenhang mit den

Taten des NSU-Komplexes formulieren Ayşe Güleç und Lee Hielscher (2015: 157): „Das Nicht-Hören und Nicht-Wahrnehmen der rassistischen Dimension der Morde [des NSU-Komplexes] ist nicht einfach Ignoranz, sondern Ausdruck eines hegemonialen Hörens.“ Machtverhältnisse, Ausgrenzungsmechanismen und soziale Positionierungen wirken in Aushandlungsprozessen um Erinnerung und Vergessen:

„Wer ist wichtig und anerkannt, wer hat Prestige, wer hat das Sagen, wessen Stimme wird gehört und welche zum Schweigen gebracht. Symbolische Diskriminierung verweigert gesellschaftliches Ansehen, indem die anderen unwichtig gemacht werden. Themen, die sie betreffen, finden kaum Beachtung, weder beim Einzelnen noch in der Öffentlichkeit, es sei denn, sie dienen der Problematisierung der anderen und ihrer Ausgrenzung.“ (Rommelspacher 2009: 31)

Welche Erzählungen in der Gesellschaft gehört, erzählt und erinnert werden und welche Erfahrungen unsichtbar bleiben oder ausgeschlossen werden, ist Teil der Aushandlung um Erinnerung und Vergessen – so wie es auch bei der Diskussion um das Mahnmal an der Keupstraße deutlich wird. Perspektiven von Personen, die von Rassismus betroffen sind, sind in dominierenden Erzählungen noch immer wenig sichtbar und müssen erkämpft werden. Es sind jedoch genau die Betroffenen, die rassistische Strukturen immer wieder öffentlich kritisieren und so offenlegen.

Bei der Diskussion um das Mahnmal an der Keupstraße zur Erinnerung an die Betroffenen der rechten und rassistischen Taten des NSU-Komplexes werden verschiedene

Aushandlungslinien sichtbar: Es geht um verschiedene Interessen und Sichtweisen bezüglich des Standorts, wobei wirtschaftliche, baurechtliche oder symbolische Perspektiven eine Rolle spielen. Die Diskussion um das Mahnmal zeigt auch das Ringen um die Sichtbarkeit von Betroffenen rechter und rassistischer Gewalt und Ausgrenzung: Die jahrelangen Diskriminierungen durch von strukturellem Rassismus geprägte Ermittlungsbehörden nach den Taten des NSU zeigen, dass das Hören, Sehen und Erkennen von rechter und rassistischer Gewalterfahrung gesellschaftlich noch nicht selbstverständlich ist und erkämpft werden muss. Die Konzeption des Mahnmals greift dies mit der Idee auf, Kurzfilme mit Menschen zu zeigen, die rechte und rassistische Gewalt erfahren. Die Diskussion um das Mahnmal verdeutlicht beispielhaft gesamtgesellschaftliche Aushandlungen um Erinnerungsräume und um gesellschaftliche Teilhabe. Die Möglichkeit, öffentlich zu erinnern und erinnert zu werden, hängt eng mit gesellschaftlicher Teilhabe zusammen. Angesichts der Kontinuität rassistischer und rechter Gewalt in Deutschland wäre ein Mahnmal auf der Keupstraße ein wichtiges Symbol für eine demokratische(re) Gesellschaft, an der alle teilhaben können und in der alle gehört werden.

Referenzen

- Bojadžijev, Manuela 2008: Die windige Internationale. Rassismus und Kämpfe der Migration. Verlag Westfälisches Dampfboot, Münster.
- Dostluk Sineması 2014: Von Mauerfall bis Nagelbombe. Der NSU-Anschlag auf die Kölner Keupstraße im Kontext der Pogrome und Anschläge der neunziger Jahre; Interviews, Statements, Filme. Amadeu-Antonio-Stiftung, Berlin.

Frangenberg, Helmut 2018: Attentat auf der Keupstraße. Peinliche Panne beim Denkmal für Kölner NSU-Opfer. Kölner Stadt-Anzeiger (KStA), 27.02.2018. Verfügbar: <www.ksta.de/koeln/muelheim/attentat-auf-der-keupstrasse-peinliche-panne-beim-denkmal-fuer-koelner-nsu-opfer-29786328> (Zugriff: 2019-08-27).

Gessler, Ornella 2019: Erinnerungen an rechte und rassistische Gewalt. Der Konflikt um das Mahnmal in Gedenken an die Betroffenen der NSU-Anschläge in Köln (Masterarbeit, nicht veröffentlicht), Philipps-Universität Marburg.

Güleç, Ayşe; Hielscher, Lee 2015: Zwischen Hegemonialität und Multiplizität des Erinnerns. Suchbewegungen einer gesellschaftlichen Auseinandersetzung mit dem NSU. In: Friedrich, Sebastian; Wamper, Regina; Zimmermann, Jens (Hg.): Der NSU in bester Gesellschaft. Zwischen Neonazismus, Rassismus und Staat. UNRAST Verlag, Münster, S. 144-158.

Hoff, Benjamin-Immanuel; Kleffner, Heike; Pichl, Max 2019: Rückhaltlose Aufklärung? NSU, NSA, BND – Geheimdienste und Untersuchungsausschüsse zwischen Staatsversagen und Staatswohl. VSA Verlag, Hamburg.

Karakayali, Juliane; Kahveci, Çagri; Melchers, Carl; Liebscher, Doris 2017: Den NSU-Komplex analysieren. Aktuelle Perspektiven aus der Wissenschaft. transcript Verlag, Bielefeld.

Kurt, Şeyda; Monecke, Nina 2019: Wie Köln und Zwickau um das Gedenken an die NSU-Opfer ringen. In: ze.tt, 11.07.2019. Verfügbar: <<https://ze.tt/wie-koeln-und-zwickau-um-das-gedenken-an-die-nsu-opfer-ringen/>> (Zugriff: 2021-02-28).

- Merting, Chris 2018: NSU-Gedenken. Stadt versammelt Denkmal in der Keupstraße, 26.02.2018. Verfügbar: <www.express.de/koeln/nsu-gedenken--stadt-versammelt-denkmal-in-der-keupstrasse-29786358> (Zugriff: 2019-08-27).
- NS-Dokumentationszentrum der Stadt Köln 2017: Jahresbericht 2016. NS-Dokumentationszentrum der Stadt Köln, Köln.
- NSU-Tribunal: Petition für ein Mahnmal an der Keupstraße in Köln. Verfügbar: <www.nsu-tribunal.de/wir-fordern-die-realisation-des-mahnmal-an-der-keupstrasse-in-koeln/> (Zugriff: 2021-02-28).
- Ogette, Tupoka 2018: Das Interview, welches ich gern einmal führen würde. In: MİGAZİN, 05.10.2018. Verfügbar: <www.migazin.de/2018/10/05/das-interview-welches-ich-gern-einmal-ueber-rassismus-fuehren-wuerde/> (Zugriff: 2019-09-24).
- Quent, Matthias 2019: Rassismus, Radikalisierung, Rechtsterrorismus. Wie der NSU entstand und was er über die Gesellschaft verrät. Juventa Verlag, Weinheim; Basel.
- Rommelspacher, Birgit 2009: Was ist eigentlich Rassismus? In: Melter, Claus; Mecheril, Paul (Hg.): Rassismustheorie und -forschung. 2. Auflage. Wochenschau Verlag, Schwalbach/Ts., S. 25-38.
- Scheibe, Ira 2019: Wohin mit der Erinnerung? Standort-Ringen um das Mahnmal für die Opfer des NSU. www.koelnarchitektur.de, 08.07.2019. Verfügbar: <www.koelnarchitektur.de/pages/de/news-archive/24454.htm> (Zugriff: 2019-08-20).
- Stadt Köln 2014: Verhandlungen des Rates der Stadt Köln 2014.

Stadt Köln 2015: Verhandlungen des Rates der Stadt Köln vom Jahre 2015.

Stadt Köln 2019: 15. Jahrestag des Nagelbombenanschlags in der Keupstraße. Stadt Köln – Amt für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, Inge Schürmann, 06.06.2019. Verfügbar <www.stadtkoeln.de/politik-und-verwaltung/presse/15-jahrestag-des-nagelbombenanschlags-derkeupstrasse> (Zugriff: 2019-09-04).

Stadt Köln 2020: Pressemitteilung: Stadt informiert über weiteres Zwischenziel für Neubafläche in Köln-Mülheim. 04.12.2020. Verfügbar: <<https://www.stadt-koeln.de/politik-und-verwaltung/presse/mitteilungen/22720/index.html>> (Zugriff 2021-02-28).

Thomas, Tanja; Virchow, Fabian 2019: Praxen der Erinnerung als Kämpfe um Anerkennung. Zu Bedingungen einer gesellschaftlichen Auseinandersetzung mit rechter Gewalt. In: Dürr, Tina; Becker, Reiner (Hg.): Leerstelle Rassismus? Analysen und Handlungsmöglichkeiten nach dem NSU. Wochenschau Verlag (Wochenschau Wissenschaft), Frankfurt, S. 156-168.

Yurtseven, Kurtlu 2017: Tradition – oder: Denke ich an die Keupstraße. In: Bozay, Kemal; Aslan, Bahar; Mangitay, Orhan; Özfirat, Funda (Hg.): Die haben gedacht, wir waren das. MigrantInnen über rechten Terror und Rassismus. 2. Auflage. PapyRossa Verlag, Köln, S. 264-270.



Teil 5

Konflikte erfahren

**Internationale Nachbarschaften,
transnationale Beziehungen und die Rolle
von Narrativen**

Nachbarschaften des Willkommens?

Dimensionen lokaler Reaktionen auf Geflüchtete und ihr Zusammenhang

Nihad El-Kayed, Sebastian Juhnke und Leoni J. Keskinliç

An vielen Orten in Deutschland gründeten sich im Jahr 2015 „Willkommensinitiativen“, die Geflüchtete unterstützten und staatliche Versorgungslücken auffingen (Karakayalı, Kleist 2015; Hamann et al. 2016). Parallel zu dieser zumindest anfangs sehr großen Welle ehrenamtlichen Engagements entwickelten sich jedoch auch Protest und Ablehnung – z.B. gegen den Bau von Gemeinschaftsunterkünften. Auch gewalttätige Angriffe auf Geflüchtete oder Geflüchtetenunterkünfte nahmen zu (Benček, Strasheim 2016; Jäckle, König 2016). Dabei unterscheiden sich die Reaktionen auf den Zuzug von Geflüchteten oft stark zwischen verschiedenen Nachbarschaften, Städten und Regionen (Benček, Strasheim 2016; Doomenik, Glorius 2016).

Doch in welcher Dimension untersucht man die lokale Reaktion auf Geflüchtete? Schaut man auf existierende Forschung sowie auf öffentliche Debatten über die lokale Ablehnung bzw. Unterstützung von Geflüchteten und anderen migrantischen Bevölkerungsgruppen, lassen sich zwei Ebenen der Betrachtung erkennen, die jedoch oft nicht aufeinander bezogen diskutiert werden. Wir wollen im Folgenden zeigen, dass eine gemeinsame Betrachtung verschiedener Dimensionen der lokalen Reaktion auf den Zuzug von Geflüchteten nicht nur

unterschiedliche Muster offenlegt und daher analytisch sinnvoll ist, sondern auch neue Perspektiven in die Bearbeitung lokaler Konflikte einbringen kann.

Die Reaktion auf migrantische Gruppen und Diversität wird zum einen oft in Form von individuellen Einstellungen erfasst (Decker, Brähler 2020; Friedrichs et al. 2019; Grau, Heitmeyer 2013). Eine andere Dimension der Betrachtung bilden kollektive Formen der Reaktion im Sinne von Protest und Mobilisierung gegen Geflüchtete bzw. in Form von sozialen Bewegungen und Netzwerken, die sich für Geflüchtete einsetzen (z.B. Rosenberger et al. 2018; Daphi 2016; Gesemann et al. 2019). Seltener hingegen wird gefragt, ob und wie individuelle Bevölkerungseinstellungen mit öffentlich sichtbaren kollektiven Reaktionen und Mobilisierungen für oder gegen Geflüchtete zusammenhängen. Beide Dimensionen unterscheiden sich unter anderem dadurch, dass Letztere für Politik und Verwaltung wahrnehmbar sind, während die nicht organisierten individuellen Bevölkerungseinstellungen oft nicht einsehbar sind. Hier stellt sich die Frage, wie sich diese beiden Ebenen der Offenheit bzw. Ablehnung gegenüber Geflüchteten zueinander verhalten: Gehen individuelle Bevölkerungseinstellungen und öffentlich wahrnehmbare Reaktionen wie Protest miteinander einher oder gibt es Diskrepanzen zwischen öffentlicher Auseinandersetzung und breiter Bevölkerungsmeynung, weil sich z.B. einige Meinungen besser Gehör verschaffen können als andere? Inwiefern bestimmen einzelne Gruppen innerhalb einer Nachbarschaft den lokalen Diskurs und in der Folge die administrative und politische Bearbeitung von Konflikten? Für Politik und Verwaltung können Einsichten in solche Fragen informativ sein, da sie in lokalen Auseinandersetzungen oft nur Einblick in die öffentlich artikulierten Meinungen der lokalen Bevölkerung erhalten (können). Eine Untersuchung der Frage, ob das nicht öffentlich ar-

tikulierte Reservoir an Einstellungen diesen öffentlich wahrnehmbaren Meinungen entspricht, kann helfen, die demokratische Repräsentativität des lokalen Politik- und Verwaltungshandelns zu reflektieren.

Der Frage nach dem Verhältnis von öffentlich wahrnehmbaren Protest- oder Unterstützungsreaktionen auf der einen und breiter Bevölkerungsmeinung auf der anderen Seite wollen wir im Folgenden anhand von Material des Forschungsprojektes „Nachbarschaften des Willkommens – Bedingungen für sozialen Zusammenhalt in super-diversen Quartieren“ nachgehen.¹ Das Projekt untersuchte verschiedene Aspekte lokaler Öffnungen und Schließungen gegenüber Geflüchteten in vier Nachbarschaften, die so ausgewählt wurden, dass sie sich hinsichtlich ihrer bisherigen Erfahrung mit Migration und der sozio-ökonomischen Zusammensetzung ihrer Bewohner:innenschaft systematisch unterscheiden. In dem Untersuchungsgebiet in Berlin-Kreuzberg wohnen viele Personen mit eigener oder familiärer Migrationsgeschichte. Darüber hinaus gibt es dort einen vergleichsweise hohen Anteil von armen und arbeitslosen Bewohner:innen. Stuttgart-Untertürkheim ist ebenfalls bereits lange durch Migration geprägt, die Bewohner:innenschaft der Nachbarschaft ist jedoch stärker in der Mittelschicht verortet und weist eine geringe Arbeitslosenquote auf. Die Bewohner:innenschaft von Hamburg-Eppendorf hat im Nachbarschaftsvergleich einen recht hohen sozialen Status, dort leben jedoch nur wenige Personen mit eigener oder familiärer Migrationserfahrung. Auch Dresden-Gorbitz war bisher wenig durch den Zuzug von Personen mit Migrationshintergrund geprägt, gleichzeitig leben dort viele Personen mit Arbeitslosigkeits- und Armutserfahrungen.

¹ Das Projekt wurde vom Bundesministerium für Bildung und Forschung gefördert, Laufzeit: Oktober 2017 – März 2021, Förderkennzeichen: 01UG1739X.

In allen Nachbarschaften haben wir zunächst qualitative Interviews mit zentralen Akteur:innen aus Politik, Verwaltung und Zivilgesellschaft geführt, um die öffentlich wahrgenommenen Konflikt dynamiken zu erfassen.

Darauf folgend haben wir eine standardisierte Befragung der Bewohner:innenschaft² durchgeführt und schließlich geflüchtete Bewohner:innen und Nutzer:innen der Nachbarschaften qualitativ interviewt. Im Folgenden werden wir kurz die verschiedenen Konstellationen der Reaktion auf den Zuzug von Geflüchteten in den vier Nachbarschaften vorstellen.

Berlin-Kreuzberg: Offene Einstellungen ohne Protest

Unser Untersuchungsgebiet in Berlin-Kreuzberg ist eine innerstädtische Nachbarschaft, die stark durch Migration und Diversität geprägt ist und sich baulich durch einen Mix von Großwohnsiedlungen und Gründerzeitbauten auszeichnet.³ Eine zentrale Unterbringung für Geflüchtete existiert im Untersuchungsgebiet seit 2012, Anfang 2018 kamen aus Wohncontainern bestehende sogenannte „Tempohomes“ an einem weiteren Standort hinzu. Darüber hinaus leben Geflüchtete im Untersuchungsgebiet auch in

² Die standardisierte Umfrage fand zwischen November 2018 und Juni 2019 statt. Für die vier Untersuchungsgebiete wurde jeweils eine Zufallsstichprobe von 1050 Personen (brutto) aus dem Einwohnermeldeamtsregister gezogen. Von diesen insgesamt 4200 Personen konnten 874 Personen in allen vier Nachbarschaften erreicht werden (Kreuzberg: 186, Untertürkheim: 223, Eppendorf: 283, Gorbitz: 182), die entweder persönlich oder online befragt wurden.

³ Unser Untersuchungsgebiet erstreckt sich nicht über den gesamten Stadtteil Kreuzberg, sondern konzentriert sich auf drei kleinräumige Gebiete, die in der Berliner Kommunalstatistik als sogenannte „Planungsräume“ ausgewiesen werden: Wassertorplatz, Oranienplatz und Moritzplatz. Aus Gründen der Übersichtlichkeit bezeichnen wir unser Untersuchungsgebiet im Folgenden weiterhin als Kreuzberg; gemeint sind damit jedoch nur diese drei Planungsräume.

Wohnungen. Die Bewohner:innen mit Fluchtgeschichte, mit denen wir gesprochen haben, erleben das Quartier aufgrund der bereits lange existierenden migrantischen Strukturen und Netzwerke als besonders zugänglich. Neben den vorhandenen Unterstützungsstrukturen gibt es durchaus auch Konflikte, die sich jedoch nicht am Zuzug von Geflüchteten entzünden, sondern eher an Themen bezüglich des öffentlichen Raums. Ein Beispiel ist der Drogenhandel, der mit der Fluchtmigration seit 2015 in Verbindung gebracht wird. Eine öffentlich artikuliertete Ablehnung des Zuzugs von Geflüchteten, z.B. in Form von Protesten gegen (geplante) Unterkünfte, blieb hier aus.

Doch wie sieht es auf der Ebene der individuellen Einstellungen aus? In Abbildung 1 und 2 sind Ergebnisse aus der Bevölkerungsumfrage in den Nachbarschaften abgebildet. In Abbildung 1 finden sich die Antworten auf die Frage, ob eine Geflüchtetenunterkunft in der Nachbarschaft als Problem gesehen wird oder nicht. Abbildung 2 bildet einen zusammenfassenden Index ab, der die Einstellung gegenüber Geflüchteten über den Grad der Zustimmung zu verschiedenen Aussagen über Geflüchtete erfasst:

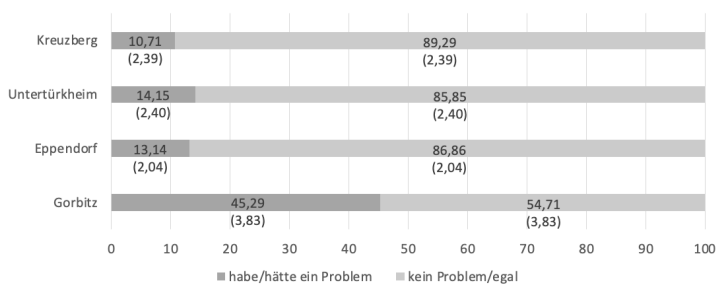


Abbildung 1: Antworten auf die Frage „Wie finden Sie es, dass in Ihrer Nachbarschaft eine Unterkunft für Flüchtlinge existiert?“ bzw. „Wie fänden Sie es, wenn in Ihrer Nachbarschaft eine Unterkunft für Flüchtlinge existieren würde“ in Prozent (Standardfehler in Klammern).

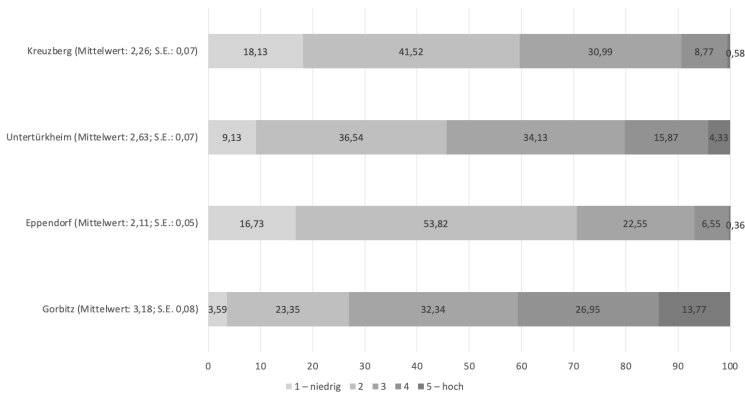


Abbildung 2:
Mittelwertsindex – ablehnende Einstellungen gegenüber Geflüchteten

Je höher die Werte des Index, desto ablehnender sind die Einstellungen gegenüber Geflüchteten.⁴ In Abbildung 2 ist für jede der untersuchten Nachbarschaften der Indexmittelwert abgebildet sowie die Verteilung der Bevölkerungsmeynungen über die Indexwerte 1 – 5.

⁴ Der Index wurde aus dem Grad der Zustimmung zu folgenden sechs Aussagen gebildet: „Die in Deutschland lebenden Flüchtlinge sind eine Belastung für das soziale Netz.“ „Es leben zu viele Flüchtlinge in Deutschland.“ „Die in Deutschland lebenden Flüchtlinge bedrohen unsere Freiheiten und Rechte.“ „Flüchtlinge machen Deutschland offener für neue Ideen und andere Kulturen.“ „Der Zuzug von Flüchtlingen ist im Allgemeinen gut für die deutsche Wirtschaft.“ „Flüchtlinge erhöhen die Kriminalitätsrate in Deutschland.“ Die Befragten konnten ihre Zustimmung bzw. Ablehnung zu diesen Aussagen auf einer fünfstufigen Antwortskala angeben (von „stimme voll und ganz zu“ bis „stimme gar nicht zu“). Eine Faktoranalyse zeigt, dass diese Items eine einzelne Dimension abbilden. Um die Einstellung der Befragten zu ihnen zusammenzufassen, wurde ein Mittelwertsindex gebildet, der die Einstellung einer Person über alle Aussagen hinweg abbildet. Eine einfaktorielle Varianzanalyse der Mittelwertunterschiede zeigt, dass die Indexmittelwerte der Nachbarschaften signifikant verschieden sind ($p < 0.001$). Dies gilt jedoch nicht für die Mittelwertdifferenzen zwischen Kreuzberg und Eppendorf, hier findet sich kein signifikanter Unterschied.

In Kreuzberg lehnt nur ein relativ geringer Anteil der Bevölkerung eine Geflüchtetenunterkunft in der Nachbarschaft deutlich ab (ca. 11%). Auch der Einstellungsindex (Abb. 2) zeigt überwiegend offene Einstellungen gegenüber Geflüchteten: Knapp 60% der Befragten haben niedrige Indexwerte zwischen 1 und 2, während ca. 9% der Befragten Indexwerte von 4 und höher erzielen, die als geschlossen ablehnende Haltung gegenüber Geflüchteten interpretiert werden können. Insgesamt passt hier das Meinungsbild, das über die Bevölkerungsumfrage erfasst wurde, zu den unterstützenden zivilgesellschaftlichen Strukturen in der Nachbarschaft und dem nicht vorhandenen Protest.

Stuttgart-Untertürkheim: Öffentliche Auseinandersetzungen, gelassene(re) Bevölkerungseinstellungen

Stuttgart-Untertürkheim ist ein Stadtteil, der stark durch Weinanbau, Industrie und Migration geprägt ist. Untertürkheim untergliedert sich in einen ökonomisch schlechter gestellten Ortsteil, in dem migrantische Infrastrukturen und Bewohner:innen stärker verortet sind, und einen wohlhabenden, kaum von Migration geprägten Ortsteil. Seit 2015 entstanden in allen Stuttgarter Bezirken temporäre Systembauten zur Unterbringung von Geflüchteten, so auch in Untertürkheim. Der Unterkunftsbaubau traf hier zunächst auf starke Ablehnung durch Teile der Bevölkerung: Anwohner:innen protestierten auf Bezirkssitzungen; Weinbauer:innen befürchteten, dass Geflüchtete sich an den Weinreben bedienen würden; ein Rundbrief rief zur Ablehnung der Unterkunft auf; Anwohner:innen gründeten eine Initiative und klagten gegen die Baugenehmigung der Stadt. Eine Ursache dieser Ablehnung sehen einige der befragten Akteur:innen in der bis dato geringen Erfahrung mit Migrant:innen im unmittelbaren Umfeld

des geplanten Unterkunftsstandorts im wohlhabenderen Ortsteil. Um diesem Widerstand auf lokaler Ebene zu begegnen und die Aufnahmebereitschaft zu stärken, organisierten Bezirks- und Sozialamt z.B. mehrere Informations- und Diskussionsveranstaltungen sowie einen Tag der offenen Tür, stellten Ansprechpersonen bereit und gingen kurzzeitig auf Forderungen nach einem Sicherheitsdienst ein, der für einige Wochen in den Weinbergen patrouillierte. Über diese vielfältigen Angebote und Maßnahmen begegneten Vertreter:innen von Stadt und Zivilgesellschaft dem lokalen Widerstand und vermochten so auch, ihm standzuhalten: Die Unterkunft wurde wie geplant gebaut. Eine lokale Willkommensinitiative und engagierte Einzelpersonen mit eigener Flucht- oder Migrationserfahrung bieten Geflüchteten seitdem Unterstützung in der Unterkunft an. Geflüchtete berichten, dass ihnen der Zugang zu Unterstützung, Kontakten und Informationen, ähnlich wie in Kreuzberg, besonders durch lokal vorhandene Sprachressourcen, migrantische Strukturen und Netzwerke erleichtert wird.

Trotz der Tatsache, dass es in Untertürkheim einen öffentlichen Konflikt um den Bau der Unterkunft gab, ergibt sich in der Umfrage unter der lokalen Bevölkerung kein wesentlich anderes Bild als in Kreuzberg in Bezug auf die Frage, ob eine Unterkunft in der Nachbarschaft als problematisch empfunden wird. Auch in Untertürkheim lehnen nur relativ wenige Befragte, ca. 14%, eine Unterkunft für Geflüchtete in der Nachbarschaft offen ab (Abb. 1). Der Anteil derjenigen, die eine geschlossen abwertende Einstellung gegenüber Geflüchteten aufweisen (Indexwerte 4 – 5), liegt mit ca. 20% der Befragten zwar doppelt so hoch wie in Kreuzberg, der Anteil derer, die eine offenere Einstellung gegenüber Geflüchteten vertreten liegt jedoch immer noch wesentlich höher, bei ca. 46% (Indexwerte 1 – 2). Hier stellt sich die Frage, ob in den politisch-

institutionellen Aushandlungen der kleinere, stark ablehnend eingestellte Bevölkerungsteil in der Lage war, die lokale Debatte über einige Zeit stark zu bestimmen, da sich die lokale Aushandlung vor allem an den Gegner:innen der Unterkunft orientierte. Bevor wir die Dynamiken in den Nachbarschaften vergleichend diskutieren, blicken wir zunächst auf die Reaktionen in den beiden Nachbarschaften, die bisher wenig durch Migration geprägt worden waren.

Hamburg-Eppendorf: Effektiver Protest bei gleichzeitig offenen Einstellungen

Hamburg-Eppendorf ist ein wohlhabender, von Gründerzeithäusern und Genossenschaftsbauten geprägter zentrumsnaher Stadtteil. Dort haben Konflikte um den Neubau einer Geflüchtetenunterkunft dazu geführt, dass erst mit mehrjähriger Verzögerung eine wesentlich geringere Anzahl geflüchteter Personen – an anderer Stelle als zunächst geplant – untergebracht wurde: Statt der zu Beginn vorgesehenen 2.400 Plätze sind es nun weniger als 100. Den befragten Akteur:innen zufolge riefen insbesondere die Wahl der Standorte sowie die Größe und Ausgestaltung der Unterkünfte starken Widerstand hervor. Ablehnung und Protest äußerten sich hier in der Form von Flugblättern, einer Klage von Anwohner:innen gegen die Stadt Hamburg sowie in Protesten in Bezirksausschüssen. Darüber hinaus gründeten sich in Eppendorf lokale Initiativen gegen den Unterkinftsbau, die sich mit ähnlichen Gruppierungen aus anderen Stadtteilen Hamburgs vernetzten, von der Stadtregierung in politisch-institutionelle Verhandlungen einbezogen wurden und so einen erheblichen Einfluss auf die gesamtstädtische und lokale Unterbringungs politik hatten. Auch hier organisierten die städtischen Behörden öffentliche Informationsveranstaltungen

für Anwohner:innen. Eine lokale Willkommensinitiative wurde zwar nicht in die Verhandlungen mit der Stadt eingebunden, konzentrierte aber viele ihrer Ressourcen ebenfalls in die Beruhigung des Protests und in die Stärkung der Aufnahmebereitschaft in Eppendorf. Ähnlich wie in Untertürkheim wurden die Aushandlungen hier stark durch den Widerstand aus der Bewohner:innenschaft und die Versuche seiner Einhegung geprägt. Dabei rückten die Bedürfnisse und sozialen Rechte von Geflüchteten und die Befürworter:innen der Unterkunft in den Hintergrund.

Im Vergleich ist Eppendorf das Untersuchungsgebiet, in dem die Proteste gegen den geplanten Neubau am effektivsten waren, da eine Unterkunft dort am längsten verhindert wurde. Dies würde man jedoch kaum vermuten, wenn man nur die Daten der Bevölkerungsumfrage vorliegen hätte, denn auch in Eppendorf gab – ähnlich wie in Kreuzberg und Untertürkheim – nur eine Minderheit von 13% der Befragten an, eine Geflüchtetenunterkunft im Viertel als problematisch zu empfinden (Abb. 1). Auch wenn wir auf den Index zu ablehnenden Einstellungen gegenüber Geflüchteten schauen, zeigt sich eine deutliche Diskrepanz zwischen öffentlicher Aushandlung und Umfragedaten: Nur ca. 7% der Bevölkerung haben stark ablehnende Einstellungen (Indexwerte 4 – 5) während ca. 71% überwiegend offene Einstellungen gegenüber Geflüchteten aufweisen (Indexwerte 1 – 2) – der höchste Anteil im Vergleich mit den anderen Nachbarschaften. Stärker noch als in Untertürkheim ergibt sich hier also eine Diskrepanz zwischen den offenen Einstellungen, die sich in der Umfrage zeigen, und dem effektiven Protest gegen die Unterkunft.

Dresden-Gorbitz: Negative Einstellungen und Alltagskonflikte ohne öffentliche Aushandlung

Dresden-Gorbitz ist eine Großwohnsiedlung, in der die Stadt seit 2015 Geflüchtete in Wohnungen unterbringt (vgl. Foroutan et al. 2017). Anders als in den anderen untersuchten Nachbarschaften hat sich mit dem Zuzug von Geflüchteten der Anteil der Personen ohne deutsche Staatsbürgerschaft im Quartier rapide verändert: 2018 lag dieser mit 15,9% etwas mehr als doppelt so hoch wie im Jahr 2014 (Landeshauptstadt Dresden 2015, 2020). Seit der Unterbringung von Geflüchteten im Stadtteil gibt es verschiedene Konflikte, abwertende Reaktionen gegenüber Geflüchteten und Angriffe auf sie im Alltag. Akteur:innen aus Sozialarbeit und Zivilgesellschaft bemängeln dabei zum Teil fehlende Information und eine zu geringe Begleitung des Zuzugs durch die kommunale Politik und Verwaltung. Laut unseren Interviewpartner:innen organisierte lediglich eine lokale Initiative im Stadtteil eine Informationsveranstaltung und warb für eine lokale Willkommenskultur. Daraufhin gründete sich temporär eine Willkommensinitiative, die unter anderem einen Begegnungstreff initiierte, jedoch bereits länger nicht mehr existiert. Insgesamt zeigt sich, dass geflüchtete Bewohner:innen im Stadtteil alltäglich Konflikte, Ablehnung und rassistische Anfeindungen erleben, deren Bearbeitung überwiegend auf der Alltagsebene und durch Sozialarbeiter:innen stattfindet. Laut unseren Interviewpartner:innen verschärfen sich diese Auseinandersetzungen in Gorbitz zusätzlich durch die soziale Benachteiligung der Bevölkerung vor Ort und fehlende lokale Infrastrukturen. Viele Bewohner:innen des Stadtteils erlebten Perspektivlosigkeit und ein Gefühl des Abgehängtseins. In den Erzählungen über die Nachbarschaft ist die ablehnende Haltung der Bevölkerung gegenüber Geflüchteten sehr präsent.

Dies spiegelt sich auch in den Ergebnissen der Bevölkerungsumfrage wider. Im Vergleich zeigen sich in Gorbitz die höchsten Ablehnungsraten bezüglich einer Unterbringung von Geflüchteten im Viertel: 45% der Befragten fänden eine Unterkunft für Geflüchtete im Viertel problematisch (Abb. 1). Gorbitz ist die einzige Nachbarschaft, in der Geflüchtete ausschließlich in Wohnungen untergebracht werden. 29% der Befragten finden auch problematisch, dass Geflüchtete in ihrer Nachbarschaft in Wohnungen leben.⁵

Diese Ablehnung findet sich auch im EinstellungsindeX: 41% der Gorbitzer Befragten haben geschlossen ablehnende Einstellungen gegenüber Geflüchteten (Indexwerte 4 – 5), während 32% ambivalente (Indexwert 3) und 27% offenere Einstellungen (Indexwerte 1 – 2) aufweisen. Während die Umfragedaten somit auf der einen Seite bestätigen, dass ein großer Teil der Bevölkerung ablehnende Einstellungen gegenüber Geflüchteten hat, zeigt sich auf der anderen, dass ein Drittel der Befragten offen eingestellt ist. Auch erachten es ca. 70% der Befragten als wenig problematisch, dass Geflüchtete in der Nachbarschaft in Wohnungen leben.

Vergleichende Diskussion: Unterschiedliche Muster von Übereinstimmung und Diskrepanz zwischen öffentlicher Aushandlung und Bevölkerungseinstellungen

Der Vergleich der untersuchten Nachbarschaften ergibt somit unterschiedliche Muster in Bezug auf den Zusammenhang zwischen öffentlich wahrnehmbaren (Protest-)Reaktionen – die auch durch Politik und Verwaltung wahrgenommen und bearbeitet werden – und den

⁵ Antwort auf die Frage „Wie finden Sie es, dass in Ihrer Nachbarschaft Flüchtlinge in eigenen Wohnungen wohnen?“, Ablehnungsraten für Kreuzberg 7%; Untertürkheim 12%; Eppendorf 7% (ohne Abbildung).

allgemeinen Bevölkerungseinstellungen: In Kreuzberg gab es kaum öffentlich sichtbare Ablehnung und auch keinen öffentlich ausgetragenen Konflikt um die Unterbringung von Geflüchteten. Die Umfragedaten zeigen ein damit übereinstimmendes Bild: Auch auf der individuellen Einstellungsebene herrschen in dieser Nachbarschaft kaum geschlossen ablehnende Haltungen vor. Interessanterweise hat jedoch auch die Bevölkerung Eppendorfs und Untertürkheims nur in geringem Ausmaß geschlossen ablehnende Haltungen gegenüber Geflüchteten. Ähnlich wie in Kreuzberg sieht die Mehrheit der Bevölkerung dort deren Unterbringung im Stadtteil nicht als problematisch an – eine Tatsache, die man nicht vermuten würde, hätte man nur die öffentlich ausgetragenen Konflikte verfolgt. Hier stellt sich die Frage, inwiefern kleine, aber lautstarke und gut organisierte Bevölkerungsteile in der Lage sind, lokale öffentliche Aushandlungsprozesse so zu bestimmen, dass diese sich vor allem an den Gegner:innen einer Unterbringung von Geflüchteten orientieren. Zum Teil wurden in den untersuchten Nachbarschaften recht viele Ressourcen auf die Befriedung dieser Gegner:innen verwendet, wobei zum einen die Bedürfnisse und sozialen Rechte der Geflüchteten und zum anderen die Stärkung der unterstützenden zivilgesellschaftlichen Strukturen in den Hintergrund geraten sind. Hier stellt sich auch die Frage, inwiefern und in welchen Kontexten öffentlich wahrnehmbare Positionen, die die lokale Aufnahme von Geflüchteten unterstützen, weniger stark durch Politik und Verwaltung einbezogen werden als Proteste gegen deren Unterbringung. Auffallend ist hierbei, dass sich öffentlich wahrgenommener und durch Politik und Verwaltung bearbeiteter Protest in den beiden Nachbarschaften formierte, die stärker durch Mittelschichten mit relativ hohem sozio-ökonomischen Status geprägt sind. Dies steht in Einklang mit der oft und wiederholt belegten

Beobachtung, dass sozio-ökonomisch bessergestellte Schichten in der Regel einen überproportionalen Einfluss auf das Politik- und Verwaltungshandeln haben (z.B. Elsäßer 2018). Dazu passend herrschen in Gorbitz zwar die im Vergleich stärksten ablehnenden Haltungen in der lokalen Bevölkerung vor, eine öffentliche Aushandlung auf der Ebene von Politik und Verwaltung fand in dieser sozial benachteiligten Nachbarschaft jedoch nicht statt. Dagegen kommt es hier regelmäßig zu rassistischen Anfeindungen und Angriffen auf Geflüchtete im Wohnhaus oder auf der Straße. Doch auch in Gorbitz nehmen wesentliche Teile der Bevölkerung keine geschlossen ablehnende Haltung gegenüber Geflüchteten ein. Diese Bevölkerungsteile sind allerdings in der öffentlichen Wahrnehmung kaum präsent und nur in geringem Maße zivilgesellschaftlich organisiert.

In der Zusammenschau zeigt sich, dass eine alleinige Betrachtung von a) mittels Umfragedaten erhobenen Bevölkerungsmeinungen oder b) öffentlich ausgetragenen lokalen Aushandlungen um die Unterbringung von Geflüchteten zu sehr unterschiedlichen Rückschlüssen in Bezug auf die in einer Nachbarschaft vorherrschende Aufnahmebereitschaft führen kann. Unsere Daten zeigen zum einen, dass die in Umfragen erhobene Bevölkerungsmeinung nicht unbedingt mit derjenigen übereinstimmt, die in der öffentlichen Aushandlung tonangebend ist. Zum anderen ist aber auch die Existenz von öffentlichen Aushandlungen nicht in allen Fällen ein valider Indikator für die vorherrschende Bevölkerungsmeinung. Wir glauben, dass es für Wissenschaft und Praxis zentral ist, beide Dimensionen der lokalen Reaktion auf neue Diversität im Blick zu behalten und dass deren gemeinsame Betrachtung auch neue Perspektiven für lokale Konfliktbearbeitungen bietet. So stellen sich hier zum einen Fragen nach der *Repräsentativität*: Welche Perspektiven sind

in öffentliche Aushandlungen eingebunden und werden berücksichtigt? Wer wird gehört und wer nicht? Davon ausgehend stellen sich Fragen der *Einbindung*: Wie kann man offen(er) eingestellte Teile der Bevölkerung in den Aushandlungsprozess besser einbinden und verhindern, dass sich der Fokus der lokalen Diskussion auf die Befriedung von Protest konzentriert? Wie kann man die Perspektiven und Interessen von Geflüchteten besser in lokale Aushandlungsprozesse einbinden und ihre sozialen Rechte und Bedürfnisse schützen?

Die dargestellten Ergebnisse zeigen, dass die lokale Bearbeitung von ablehnenden Protesten diese beruhigen und Konflikte lösen kann – wie in Untertürkheim und Eppendorf. Jedoch birgt diese Bearbeitung auch die Gefahr, dass sich der Fokus verschiebt: weg von den Rechten und Bedarfen von Geflüchteten, hin zu einer Fokussierung auf die Beruhigung von Protest, die die Ressourcen und die Aufmerksamkeit von Politik, Verwaltung und Zivilgesellschaft stark binden kann.

Referenzen

- Benček, David; Strasheim, Julia 2016: Refugees welcome? A dataset on anti-refugee violence in Germany. In: *Research & Politics*, Jg. 3, H. 4, S. 1-11.
- Daphi, Priska 2016: Reaktionen auf Asylsuchende: Grenzen der Erklärungskraft von Wohlstand und Gruppengröße. In: *Forschungsjournal soziale Bewegungen*, Jg. 29, H. 2, S. 79-83.

Decker, Oliver; Brähler, Elmar (Hg.) 2020: Autoritäre Dynamiken, Neue Radikalität – alte Ressentiments. Die Leipziger Autoritarismus-Studie 2020. Psychosozial Verlag, Giessen.

Doomernik, Jeroen; Glorius, Birgit 2016: Editorial. In: Glorius, Birgit; Doomernik, Jeroen (Hg.): Refugee Migration and Local Demarcations: New Insight into European Localities, Special Issue Journal of Refugee Studies, Jg. 29, H. 4, S. 429-439.

Elsässer, Lea 2018: Wessen Stimme zählt? Soziale und politische Ungleichheit in Deutschland. Campus, Frankfurt am Main.

Foroutan, Naika; Hamann, Ulrike; El-Kayed, Nihad; Jorek, Susanna 2017: Zwischen Lager und Mietvertrag – Wohnunterbringung geflüchteter Frauen in Berlin und Dresden. Berliner Institut für empirische Integrations- und Migrationsforschung (BIM), Humboldt-Universität zu Berlin, Berlin.

Friedrichs, Jürgen; Leßke, Felix; Schwarzenberg, Vera 2019: Die Akzeptanz von Flüchtlingen. Eine vergleichende Studie sechs deutscher Wohngebiete. In: Raumforschung und Raumordnung, Jg. 77, H. 4, S. 349-366.

Gesemann, Frank; Seidel, Alexander; Mayer, Margit 2019: Entwicklung und Nachhaltigkeit von Willkommensinitiativen. Abschlussbericht. vhw – Bundesverband für Wohnen und Stadtentwicklung, Berlin.

Grau, Andreas; Heitmeyer, Wilhelm (Hg.) 2013: Menschenfeindlichkeit in Städten und Gemeinden. Beltz Juventa, Weinheim.

- Hamann, Ulrike; Karakayali, Serhat; Wallis, Mira; Höfler, Leif Jannis 2016: Erhebung zu Koordinationsmodellen und Herausforderungen ehrenamtlicher Flüchtlingshilfe in den Kommunen. Bertelsmann Stiftung, Gütersloh.
- Jäckle, Sebastian; König, Pascal D. 2017: The dark side of the German 'welcome culture': investigating the causes behind attacks on refugees in 2015. In: West European Politics, Jg. 40, H. 2., S. 223-251.
- Karakayali, Serhat; Kleist, Olaf J. 2015: Strukturen und Motive der ehrenamtlichen Flüchtlingsarbeit (EFA) in Deutschland. Berliner Institut für empirische Integrations- und Migrationsforschung (BIM), Humboldt-Universität zu Berlin, Berlin.
- Landeshauptstadt Dresden 2015: Statistische Mitteilungen. Bevölkerung und Haushalte 2014. Landeshauptstadt Dresden, Kommunale Statistikstelle, Dresden.
- Landeshauptstadt Dresden 2020: Statistische Mitteilungen. Bevölkerung und Haushalte 2018. Landeshauptstadt Dresden, Kommunale Statistikstelle, Dresden.
- Rosenberger, Sieglinde; Stern, Verena; Merhaut, Nina (Hg.) 2018: Protest movements in asylum and deportation. Springer, Cham.

Intra- und Intergruppenkonflikte im grenzüberschreitenden Raum NRW-Türkei

Dirk Halm und Yunus Ulusoy

*In einem Dialogprojekt mit türkeistämmigen Multiplikator*innen in Nordrhein-Westfalen wurden, in Kooperation des Zentrums für Türkeistudien und Integrationsforschung (ZfTI) und der Bundeszentrale für politische Bildung (bpb), Möglichkeiten einer besseren politischen Beteiligung von Eingewanderten eruiert. Dabei wurde davon ausgegangen, dass die politische Partizipation von Migrant*innen regelmäßig über den rein nationalen Rahmen hinausgeht und eine grenzüberschreitende Qualität hat, womit Chancen, aber auch Risiken verbunden sind. Ein solches Risiko kann z.B. darin bestehen, dass politische Konflikte im Herkunftsland die gemeinsame politische Interessenvertretung von Migrant*innen in Deutschland überlagern. Insofern hatte das Projekt den Anspruch, die Voraussetzungen für die politische Beteiligung zu verbessern, aber auch Erkenntnisse zu den Konfliktlagen innerhalb der türkeistämmigen Gruppe zu gewinnen. Im vorliegenden Artikel stellen wir einige wesentliche Ergebnisse dieses Dialogprojekts vor.*

Hintergrund

Die politische Beteiligung von Eingewanderten unterliegt einem Transnationalisierungsprozess (vgl. Mügge 2016), was in Deutschland in jüngerer Zeit insbesondere an der Gruppe der Türkeistämmigen – immerhin rund 3 Mio. Menschen – deutlich geworden ist, von denen rund

die Hälfte (noch) über die türkische Staatsangehörigkeit verfügt. Einem allgemeinen Trend folgend, wachsen die grenzüberschreitenden politischen Beteiligungsmöglichkeiten; wie andere Staaten hat die Türkei die Möglichkeit zur Teilnahme an nationalen Wahlen aus dem Ausland zuletzt maßgeblich erleichtert. Erstmals bei der Präsidentschaftswahl 2014 konnten Türk*innen vom Ausland aus wählen (vgl. Ulusoy 2018).

Diese Entwicklung führt zu wachsendem Engagement politischer Parteien aus der Türkei in den Aufnahmeländern von Migration, gerade in Deutschland als über Jahrzehnte wichtigstem Zielland türkischer Migrant*innen. Auf der anderen Seite zieht Flucht aufgrund politischer Verfolgung oft den Einsatz für türkische Belange in Deutschland nach sich. Zugleich findet in der Migration eine Identitätsfindung und Organisation ethnischer und religiöser Minderheiten statt. Dies bringt neue, grenzüberschreitende politische Akteure hervor, die vom Ausland aus Einfluss auf die politische Entwicklung in der Türkei zu nehmen suchen. Dabei ist nicht davon auszugehen, dass es sich hier nur um einen zeitweisen Trend handelt, der mit der fortschreitenden Sozialintegration der Eingewanderten an Dynamik einbüßt; vielmehr begünstigen sich das politische Interesse an Entwicklungen in Deutschland und in der Türkei wechselseitig (vgl. Halm, Sauer 2018: 517).

Je angespannter sich die politische Situation im Herkunftsland darstellt, desto eher ist davon auszugehen, dass diese Transnationalisierung zu gesellschaftlichen Problemen auch in den Zielländern von Migration führt, indem politische Spannungen Grenzen überschreiten. Plausibel wäre das Auftreten der folgenden Probleme:

- Die unregelmäßige Austragung „importierter“ Konflikte in Deutschland beeinträchtigt den gesellschaftlichen Zusammenhalt.
- Die Parteinahme für aus der Türkei entlehnte autoritäre politische Positionen erschwert die politische Partizipation in Deutschland. Türkeistämmige politische Interessenvertreter*innen können als außerhalb des demokratischen Konsenses stehend wahrgenommen werden, was zu einem Ausschluss von Beteiligungsmöglichkeiten führen kann.¹
- Intragruppenkonflikte verhindern die Vertretung gemeinsamer Interessen, wobei tatsächlich von einer gemeinsamen Betroffenheit der Gruppe – z.B. von Diskriminierung und Rassismus sowie einer fehlenden interkulturellen Öffnung der deutschen Gesellschaft – auszugehen ist.

Einfluss politischer Konflikte der Türkei auf Deutschland?

Die politische Situation in der Türkei in den 2010er Jahren war in großem Umfang von Unsicherheit und Instabilität gekennzeichnet. Entwicklungen, die in Deutschland aufgrund der Berichterstattung über die Türkei besondere Aufmerksamkeit erfuhren, waren: eine Re-Nationalisierung, die in einem Wiederaufflammen ethnisch-kultureller Auseinandersetzungen mündete, eine Unterminierung der Rechtsstaatlichkeit und demokratischer Standards, ein sich auch in Westeuropa andeutender gesellschaftlicher Grundkonflikt zwischen Globalisierungsgegner*innen und -befürworter*innen, in der Türkei transportiert

¹ Wobei ähnliche Problematiken mit transnationaler Qualität auch in anderen großen Einwanderungsgruppen in Deutschland vorzufinden sind, aber in geringerem Umfang öffentlich problematisiert werden, evtl., weil die vergleichsweise große kulturelle einschließlich religiöse Differenz zwischen Deutschland und der Türkei, im Gegensatz zu etwa Polen, die Sensibilitätsschwelle senkt (vgl. Sauer, Halm 2018: 495).

durch einen Elitenkampf städtisch-kosmopolitisch-säkularer Eliten vs. ländlich-traditionell-religiöse Milieus, eine Re-Islamisierung im Sinne der Stärkung des islamischen (sunnitischen) Bekenntnisses, die zu Spannungen mit dem säkular orientierten Teil der Bevölkerung führte, aber auch zur Marginalisierung religiöser Minderheiten, wie etwa der Alevit*innen, sowie zum Verlust gesellschaftlicher Pluralität.

Auf den ersten Blick scheinen diese Konflikte sich tatsächlich auf das politische Engagement der Türkeistämmigen in Deutschland auszuwirken und zu Spaltungen zu führen: Die ungelöste Kurdenfrage in der Türkei wird auch in Deutschland regelmäßig auf die Straße getragen, mit einem ersten Höhepunkt bereits in den frühen 1990er Jahren, verbunden mit einem Anwachsen der Asylnmigration nach Deutschland aufgrund politischer Verfolgung von Kurd*innen in der Türkei. Erst jüngst hat der Einstieg der Türkei in den Syrienkrieg zu massiven öffentlichen Protesten von Kurd*innen in Deutschland geführt (vgl. Ulusoy, Uslucan 2019). Die Niederschlagung der Gezi-Proteste 2013, die Verhaftungswelle nach dem gescheiterten Putschversuch, das Durchdrücken von Verfassungsänderungen gegen den Widerstand der Opposition mit Einführung des Präsidialsystems, die Repressionen gegen die Opposition, speziell gegen die prokurdische HDP, Manipulationsvorwürfe bei Wahlen und die Ein-Mann-Herrschaft des Präsidenten Erdoğan haben in den letzten Jahren die politischen Gegensätze in der Türkei nochmals massiv verschärft und Anhänger*innen und Gegner*innen des Erdoğan-Regimes auch in Deutschland in scharfe Opposition zueinander gebracht.

In diesem Zusammenhang war nicht zuletzt das Auspionieren von Oppositionellen durch regierungstreue türkische Organisationen in Deutschland ein viel beachtetes

Thema.² Weniger öffentlich bekannt, aber vor Ort immer wieder kolportiert ist eine in den letzten Jahren erschwerete Zusammenarbeit und Verständigung zwischen dem sunnitischen (Mehrheits-) und dem alevitischen (Minderheits-)Bekenntnis in der Migration.

Das Projekt „Politische Bildung und Beteiligung in der Einwanderungsgesellschaft“

Im Jahr 2019 hat das ZfTI mit Unterstützung der bpb in lokalen Veranstaltungen in sieben Großstädten in NRW³ türkeistämmige Multiplikator*innen an einen Tisch gebracht, um die Anknüpfung von Gesprächsfäden zu ermöglichen, die im Zuge wachsender politischer, kultureller, ethnischer und religiöser Polarisierung in der Türkei eventuell auch in Deutschland in den letzten Jahren abgerissen sind (oder auch nie bestanden haben und unter den gegebenen Umständen umso schwerer geknüpft werden konnten). Dabei stand jeweils eine besondere lokale Herausforderung im Mittelpunkt, und die jeweils rund zwanzig Teilnehmenden sollten gemeinsame Positionen dazu eruieren (z.B. zum Zusammenleben der Religionen, zur Förderung der Bildungs- und Erwerbsbeteiligung, zur Verbesserung politischer Partizipation oder zum Umgang mit Diskriminierung und Rassismus). So gelang es, an den einzelnen Standorten Vertreter*innen unterschiedlicher politischer Richtungen, Konfessionen und Weltanschauungen zusammenzubringen, die zugleich unterschiedliche Einwanderergenerationen repräsentierten (bei einem ungefähr gleichen Anteil männlicher und weiblicher Teilnehmender) und die der deutschen und der türkischen Gesellschaft unterschiedlich nahestanden – vom „assimilierten“

² So durch den Moscheeverband DITIB, worüber ab 2016 breit berichtet wurde.

³ Bonn, Dortmund, Düsseldorf, Duisburg, Essen, Gelsenkirchen, Köln.

türkeistämmigen Stadtratsmitglied ohne transnationale Verbindungen in die Türkei bis zu zwischen beiden Ländern pendelnden mittelständischen Unternehmer*innen. Die Veranstaltungen wurden protokolliert und konnten u.a. hinsichtlich der sich im Verlauf herausbildenden Konflikte ausgewertet werden.

Dabei galt es auch, nicht nur unmittelbar die Voraussetzungen für die politische Beteiligung von Menschen mit Migrationsgeschichte in Deutschland zu verbessern, sondern auch Hinweise darauf zu erhalten, welchen Herausforderungen sich politische Bildung in der Einwanderungsgesellschaft gegenüber sieht: Wie gelingt das Werben für Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und gesellschaftliche Pluralität in grenzüberschreitenden Kontexten?

Ergebnisse der Veranstaltungen

Auf den Veranstaltungen wurden Herkunftslandkonflikte durch die Moderation nie angesprochen; Personen, die diese Konflikte über ihre Mitgliedschaften in bestimmten Organisationen (religiöse Vereinigungen, transnationale parteinahe Organisationen etc.) repräsentierten, waren aber immer anwesend. Es bestand von vornherein die Erwartung, dass die oben skizzierten abstrakten oder auch manifesten Konflikte sich so nicht 1:1 in den Dialogen zeigen würden. Eine ungebrochene Reflektion von Konflikten aus der Türkei auf die deutsche Einwanderungsgesellschaft ist nämlich bei genauerer Überlegung von vornherein nicht plausibel, weil in der Migration alternative Konfliktlinien Herkunftslandkonflikte überlagern sollten. Hier sind zwei Grundkonstellationen ins Kalkül zu ziehen:

- Im intergenerationalen Wandel verändern sich transnationale politische Orientierungen. Soweit sich Angehörige der Nachfolgenerationen in eigenethnischen/ eigenkulturellen Netzwerken engagieren, so geschieht dies trotzdem unter dem Vorzeichen der Emanzipation von Herkunftslandkonflikten (vgl. Halm, Sauer 2021: 11).
- Die Türkeistämmigen werben um Anerkennung in der deutschen Gesellschaft und nehmen zugleich Rassismus und Ausgrenzung wahr. Hierhinter treten Herkunftslandkonflikte womöglich zurück.

In den Veranstaltungen zeigte sich dann tatsächlich, dass aufgrund dieser beiden Grundkonstellationen es den ursprünglich angenommenen herkunftslandbezogenen Konflikten deutlich an Schärfe fehlte oder sie in den Gesprächsrunden auch gar nicht kenntlich wurden. Intergenerationaler Wandel und empfundene Diskriminierung relativieren diese Konflikte vielmehr deutlich. Eine Ausnahme hiervon bildeten nur diejenigen Teilnehmenden, die als Türkeistämmige – zumeist der zweiten Einwanderergeneration – Akteur*innen in der deutschen Politik und Verwaltung sind; sie reproduzieren häufig den deutschen Hegemonialdiskurs über die Türkei (Autoritarismus, Rückwärtsgewandtheit, fehlende Pluralität etc.).

Sofern Konflikte angesprochen wurden, so waren dies andere als die in der Türkei vorhandenen, und die Akteur*innen sahen sich hier nicht selten – über die politischen Gräben in der Türkei hinweg – *gemeinsam* in Opposition zur deutschen Gesellschaft. Ein häufiges Muster ist die Wahrnehmung, dass Türkeistämmige in Deutschland durch das deutsche Gegenüber für (vermeintliche) Fehlentwicklungen in der Türkei zur Rechenschaft gezogen

werden. Interessanterweise wird dies unabhängig davon empfunden, wie man konkret zur Politik in der Türkei steht oder ob überhaupt ein Interesse hieran vorhanden ist.

Häufig bewegen sich Konflikte auf einer Art Metaebene, auf der die Erwartungen, aber auch die Legitimität dieser Erwartungen mitgedacht werden: So findet z.B. eine Auseinandersetzung über die Universalität vs. westliche Kontextabhängigkeit von Menschenrechten zwischen den Teilnehmenden vor der Folie der empfundenen Ungleichbehandlung von Migrant*innen und Einheimischen in Deutschland statt. Werthaltungen werden somit weniger substantiell diskutiert als vielmehr unter Verweis auf Motivationen und fehlende Glaubwürdigkeit: Wer universelle Menschenrechte behauptet und die Türkei daran misst, kann nicht gleichzeitig eine Ungleichbehandlung von Eingewanderten in Deutschland dulden oder gar aktiv betreiben. Zwar wird letzteres Argument eher von Anhänger*innen der Erdoğan-Regierung bemüht, aber auch von weiteren Teilnehmenden unterstützt, was illustriert, wie dieser Ungleichheitsdiskurs Konfliktlinien, die im Herkunftsland bestehen, in der Migration verwischen kann.

Die türkische Organisationslandschaft bzw. ihre auf den Veranstaltungen anwesenden Vertreter*innen reproduzieren Herkunftslandkonflikte zum Teil, aber in abgeschwächter und mitunter modifizierter Form. So setzt sich z.B. ein sunnitisch-alevitischer Gegensatz in der Auseinandersetzung darüber fort, welche Rolle alevitische Positionen bei der Integration des Islams in Deutschland spielen sollten. Wie auch die Forschung nahelegt zeigt sich, dass gerade Organisationen, die von Angehörigen der dritten Einwanderergeneration getragen werden, sich von diesen Konflikten teils explizit emanzipieren.

Fazit

Das hier dargestellte Projekt illustriert, dass Herkunftslandkonflikte im transnationalen Raum Modifikationen erfahren und von einem „Konfliktimport“ aus der Türkei nach Deutschland nicht ohne Weiteres auszugehen ist, entgegen der diesbezüglichen öffentlichen Wahrnehmungen, die sich etwa an Protesten von Kurd*innen gegen die türkische Regierung oder Auseinandersetzungen zwischen „Religiösen“ und „Säkularen“ festmachen. Gefahren für den gesellschaftlichen Zusammenhalt oder für die gemeinsame Interessenvertretung eingewanderter Gruppen bestehen möglicherweise in geringerem Umfang als befürchtet. Eventuell trübt eine Fokussierung auf Herkunftslandkonflikte aber auch den Blick der deutschen Gesellschaft für tatsächliche Integrationsrisiken, insbesondere für eine von den Eingewanderten breit empfundene gesellschaftliche Benachteiligung.

Die Veranstaltungen in unserem Projekt haben gezeigt, analog zum diesbezüglichen migrationswissenschaftlichen Forschungsstand, dass politisches Engagement für Belange des Herkunftslandes nicht per se desintegrativen Charakter hat. Gesellschaftliche Probleme in der Folge von politischem Transnationalismus verschärfen sich gerade da, wo politische und soziale Desintegration in Deutschland und empfundene Ungleichbehandlung mit Herkunftslandkonflikten verschmelzen.

Für die politische Bildung bedeutet dies, dass der Erfolg von Angeboten nicht unabhängig vom Vorhandensein migrationsbezogener Erfahrungen ist, und zwar in zweierlei Hinsicht: Einerseits unterscheiden sich politische Themen und Interessen aufgrund der grenzüberschreitenden Orientierung bei Migrant*innen (dauerhaft) von jenen der Bevölkerung ohne Migrationsgeschichte. Eingewanderte teilen ein anderes „kollektives Gedächtnis“ – auch

hieran sollte politische Bildung in der Einwanderungsgesellschaft mit entsprechenden Themen anknüpfen. Andererseits hängt die erfolgreiche Adressierung etablierter wie auch neuer, transnationaler Themen der politischen Bildung auch von den Erfahrungen ab, die Migrant*innen in Deutschland machen: Benachteiligung kann die Glaubwürdigkeit von Maßnahmen und speziell die Vermittlung gesellschaftlicher und politischer Werte und Normen unterminieren.

Referenzen

- Halm, Dirk; Sauer, Martina 2018: Grenzüberschreitende politische Orientierungen Türkeistämmiger in Deutschland. In: Leviathan. Berliner Zeitschrift für Sozialwissenschaft, Jg. 46, H. 4, S. 493-526.
- Halm, Dirk; Sauer, Martina 2021: Migrantenorganisationen. In: Darius Zifonun (Hg.): Handbuch Migrationssoziologie. Verfügbar: <https://doi.org/10.1007/978-3-658-20773-1_25-1> Zugriff 11.05.2021.
- Mügge, Liza 2016: Transnationalism as a Research Paradigm and Its Relevance for Integration. In: Garcés-Mascareñas, Blanca; Penninx, Rinus (Hg.): Integration processes and policies in Europe: contexts, levels and actors. Amsterdam University Press, Amsterdam, S. 109-125.
- Ulusoy, Yunus 2018: Wahlen in der Türkei am 24. Juni: Die Ergebnisse. ZfTI-aktuell 13, 28.06., Essen.
- Ulusoy, Yunus; Uslucan, Hacı-Halil 2019: Migrationsbezogene Konflikte in NRW im türkisch-kurdischen Kontext. Eine Handreichung für Schulen. Verfügbar: <https://cdn.website-editor.net/09fe2713f5da44ff99ead273b339f17d/files/uploaded/2019_Handreicherung.pdf> Zugriff 11.05.2021.

Identity Conflicts & Integration

How Religious, Ethnolinguistic, Class and Gender Identity Influence Integration of Bangladeshi Diaspora in Germany

Azizur Rahman Khan

In day-to-day discourse, the Bangladeshi diaspora has adopted the phrase “they are like Germans” as an expression of how they interpret *integration*. The Bangladeshi diaspora reflects its own identity and the identities of others by viewing itself in light of German society, and through this process, varied understandings of integration, such as isolation, cultural exchange (Multiculturalism), and assimilation, come to the fore. In action research conducted between January and June of 2020, a link was found between self-perceived cultural and religious identities and various integration strategies. Given the connection to individual behaviour, it may be beneficial to investigate and understand this link between self-identity and strategies of integration from the community perspective. To that end, this article sheds light on different understandings of integration within the Bangladeshi diaspora and draws a connection to cultural and religious identity conflicts within the Bangladeshi society in general. This points to the need for engagement with this community beyond structural integration measures limited to language courses and support in accessing job markets.

Case Study Research on Integration of the Bangladeshi Diaspora

The results presented here derive from case studies within an action research project initiated by Verein zur Förderung der Bildung (VFB Salzwedel e.V.) in cooperation with academic partner South Asia Institute (SAI) (a subset of Heidelberg University's Centre for Asian Transcultural Studies [CATS]). The primary concern of this research is to understand the Bangladeshi diaspora's perception of integration. It asks how they express their relationships and interactions with other cultures, and how they relate to the day-to-day discourses that influence their integration behaviour.

This article is based on qualitative interviews. One of the objectives here is to "understand the barriers of integration" and the term integration itself was discussed at the beginning of each interview. I use the language of the interviewees to illustrate their interpretation of *integration*. In this paper, I limit the discussion to the content of the interviews and I deliberately avoid addressing the academic debate behind the terms used. This is an important step in an effort to do justice to the interviewee's applied language and their distinct perceptions.

There is no confirmed data about the number of Bangladeshi diaspora living in Germany, but a report from 2016 suggests that 13,465 Bangladeshis had registered in Germany at that point. According to a report from the German Embassy in Dhaka, around 2,500 Bangladeshi students were studying in Germany in 2019, which is 34% higher than in the previous year (Tithila, Joarder 2019). It is expected that the overall number will rise further due to increasing numbers of Bangladeshi students.

The Bangladeshi diaspora is not a homogenous group. Rather, it has various internal conflicts related to class, gender, political affiliation, religious beliefs and preferences for secular ethnolinguistic and religious identity. This heterogeneity becomes clear in the statements of the interviewees and their perspectives on integration. I will first present some insights into the discourse on integration within the Bangladeshi diaspora. After that, I will present the different forms that understandings of integration can take against the background of this discourse.

They are Like Germans

The following stories collected from around 25 case studies throughout Germany illustrate a key phrase used by the Bangladeshi diaspora in reference to integration. The word *integration* is not usually employed in everyday discourse. Instead, interviewees use the phrase “she is like Germans” to refer to some degree of integration into the German society. ‘She is like Germans’ can mean a number of different things. One example is a working-class father applying the term to his daughter in reference to her fluency in the German language. His praise and comparison with Germans means that her language skills are as good as those of native speaking Germans. Here the phrase has a clear positive connotation. To him, language matters and she has no language barriers as a diaspora person.

In another case, a mother complained about her Bangladeshi relatives, who express disapproval of her daughter’s social behaviour and preferences in clothing by saying, “she is like Germans”. Her daughter wears jeans and greets others with *hello* instead of *Salam*, which disappoints relatives concerned that the girl is not honouring Bangladeshi “culture”. The daughter’s behaviour is seen

as a betrayal and an insult, and in this case the connotation of the phrase she is like Germans is a pejorative one. The mother strongly disagrees with her relatives and considers her daughter's behaviour to be perfectly appropriate since she is living in Germany. The mother also criticised Bangladeshi parents who won't allow their daughters to study and instead make them wait for suitable boys from Bangladesh to marry them out. "They are living in Germany but still have a backward attitude to their female children", she argued.

The consideration of appropriate cultural behaviour has a gender dimension. When a boy wears so-called western clothing it is not that unacceptable, but for girls it is. If a boy is "mixing with" German classmates, it is less noticeable than when a girl has German friends. Therefore, the same behaviour in boys and girls may result in very different levels of acceptance within the Bangladeshi diaspora.

"They are like Germans" is a prevalent phrase used by the Bangladeshi diaspora. It is related to different social behaviours, for example, to manners of dress, to children's behaviour towards their parents and others, to their ways of arguing with elders, to their relationships with people outside the family and to the use of language, e.g., the words used to greet somebody. Here, the diaspora context is a key element in the interpretation of individual behaviour.

The evaluation of such preferences and behaviours within the Bangladeshi diaspora, meaning whether clothing, food preferences, contacts and friendships, etc. are seen as acceptable or not, as progressive or backward, can depend on religious considerations and identity. In these cases, the reference shifts from "Bangladeshi culture" to "Muslim culture". Appropriate cultural behaviour is then seen

from a religious identity perspective. The phrase “they are like Germans” functions as a mirror: it is not about Germans but about the self-perceptions of the Bangladeshi diaspora in the German context. The integration discourse “she is like Germans” provides the subjective basis for expression of different perspectives on individual integration behaviour.

Different Understandings of Integration Within the Bangladeshi Diaspora¹

The different types of integration— isolation, cultural exchange and assimilation—are shown in figure 1 below. The figure shows these types on a continuum, spanning opposing poles. Each end of the continuum has one more category: resistance (for isolation) and solidarity (for assimilation). At each end there are people resisting cultural interactions (resistance), and on the contrary talking about inclusion and collective social development (solidarity).



Figure 1: The perceptions of integration among the Bangladeshi diaspora and how they relate to perceived identities (the author’s own elaboration).

¹ All wording reflects its usage in the interviews. For instance, assimilation here is used in a meaning different from academic and policy discourses in Germany. For interviewees it means “open to interaction”.

Cultural Isolation

Isolation does not mean withdrawal from structural integration like the economy or job market. It rather means coexisting without any proactive social and cultural interaction. There are different subcategories within this category. The following story of a Bangladeshi family in Berlin illustrates one position for people who believe in coexistence with cultural isolation. The idea here is that cultures do not mix, which doesn't necessarily entail antagonism to other cultures. Cultural isolation may result from a conscious decision to remain culturally isolated and avoid social and cultural interactions, but it can also happen due to living conditions, based on class and gender positions, that contribute to isolation.

The father of the family had been a political activist in Bangladesh. He moved to Germany in 1985 and received asylum. Following this, he worked in a factory and married a woman from Bangladesh. His wife learned German and worked as a caregiver in a home for the elderly. Together they have a 13-year-old daughter who is studying and wants to "live like a German." The daughter considers herself an atheist and does not want to follow her parents' Muslim religion. The family has a conflict over religion that is rather complex: the father is not a practicing Muslim and the mother is also not a conservative Muslim, but they assert that the daughter should learn Arabic so that she can perform her prayer as a Muslim if needed. Additionally, the father is still interested in Bangladeshi politics. Germany is important to him because of the job, income, and security it provides. His desire is to go back to Bangladesh after his retirement. He wants to spend his old age with his relatives in Bangladesh, although he knows that it is not easy to re-integrate into the Bangladeshi society with secular beliefs.

He will face social pressure for not being a practicing Muslim but expects he will find his “own people” to get along with.²

In this case, the daughter is evidently leaning towards the German society and the parents consciously decided to coexist with other cultures without any hostility or resistance. The father accepts the other culture as different and does not impose his “own” culture on his daughter. Of course, the parents will be happy if she maintains some parts of their Bangladeshi culture.

A second subtype shows that people also consciously isolate due to their religious beliefs. For example, since drinking alcohol is discouraged in Islam, one restaurant owner stopped selling it. He knew that the decision would exclude non-Muslims and will impact his earnings. However, he decided to be culturally isolated. Isolation can also show in other forms. Some interviewees also live in isolation due to a lack of contact. This occurs because of their living and working conditions, gender roles and related hierarchies. For example, there are women who live and work inside the home, taking care of the children and the husband. From time to time they may go to markets, but only if their husband accompanies them. Consider also a working-class person with a kitchen job, without the chance to learn the language properly and without opportunities to interact with people from other communities.

Cultural Exchange

Exchange between different cultures may take the form of an exchange of food, music or literature, for example. This exchange may happen at the individual level, with neighbours or colleagues, or through Bangladeshi cultural

² This is a protocol from a research diary entry.

organisations, informal groups, self-organisations, and initiatives that organise social and cultural events beyond family and neighbours. One such organised cultural exchange event is the annual “Carnival of Cultures” in Berlin Kreuzberg. The event is organised to emphasise multiculturalism and promote ethnolinguistic culture. Parts of the Bangladeshi diaspora join the event, with some who live in other parts of Germany even traveling to participate. Attendees participate with ethnolinguistic dress and music. The Bangladeshis who actively participate in cultural communication are primarily secularists, more inclined to express their ethnic linguistic identity (Bengali). They consciously promote multiculturalism, and are therefore interested in secular cultural exchange, willing to share food, music, literature, and the Bengali history.

One Bangladeshi living in Frankfurt has published a book of Begum Rukeya, a renowned Bengali feminist and writer. He translated the book from Bengali to German to share the important Bengali literature. According to him, “Bangladeshi people should visit museums, read German literature and learn German culture. We also should translate our Bengali literature for German readers”.

Assimilation

Assimilation means adapting, integrating and an openness to interaction with other cultures. A long interview with a Bangladeshi woman married to a German teacher provides an interesting example of her perspective on what she calls “assimilation”. Her position is shaped by a feminist understanding. She bitterly expressed her disappointment with Bangladeshi women living in Germany who live in isolation and treat their daughters with a traditional patriarchal attitude.

“You are living in an advanced society where girls can get a good education, good job, freedom of choice, and can be an independent person. But what are their parents doing? They are preventing them from freedom. I am happy that many parents are allowing their daughters to get an education.”³

Most of the multicultural families are assimilated as they have family members from “other” cultures. Assimilation in their perspective means speaking German well, having a job, meeting colleagues and neighbours, sharing food, etc. It also means the refusal of religious suggestions. People who believe in secularism, liberalism, and feminism consider multiculturalism and assimilation a better option for integration. The idea of assimilation to a liberal culture, with its secular ideals and individual freedom, then becomes a choice. It is a choice in comparison to the Bangladeshi society and culture where the dominance of Islamic fundamentalism and patriarchal violence are growing. The secularists among the Bangladeshi diaspora consider the Islamists as feudal, conservative, and backward. Thus, the justification for assimilation by secularists is expressed as being culturally “progressive”. The political-ideological conflicts centred on narratives of being “backward”, “feudal”, “patriarchal”, and “progressive” have ramifications in social interactions within the Bangladeshi diaspora community. The Islamists and the secularists among the Bangladeshi diaspora in Germany rarely meet and have few social interactions.

³ All direct quotes are notes from research diary protocols.

People who actively pursue alienation and resistance to other cultures do so because of their religious beliefs. According to them, performing prayers, wearing Islamic dress, eating halal food, and not forming friendships with non-Muslims are all part of their religious duty. Such strict ideas about Muslim identity are a relatively new phenomenon. One of the reasons for such perceptions is the overwhelming propagation of fundamentalist literature through social media. Religious discourse among Muslims is at present dominated by Political Islam, which promotes Islam as an ideology, encompassing all spheres of individuals' lives. For example, fundamentalist activists are looking to organise their own kindergartens, forming groups with people who have similar world views. Therefore, they are only willing to interact with people who share their ideology. Hence, they resist cultural interaction and have potential for Islamic radicalisation. One of the interviewees illustrates how religious beliefs spread among the Bangladeshi diaspora in Germany.

“My mother called me the other day from Dhaka (Bangladesh) by phone. She asked me what I am doing. I said that I am visiting my neighbour who is a very old man living alone. My mother told me not to visit him because he is not a Muslim. She explained that in Hadith⁴ it is written that you will go to hell if you are mixing with non-Muslims. I was surprised because my mother was not like those

⁴ The Hadith is the collected traditions of the Prophet Muhammad, based on his sayings and actions. There are six canonical hadith collections that are widely accepted by Sunni Muslims; the two most famous are those of Muhammad ibn Isma'il al-Bukhari (810–870) and Muslim ibn al-Hajjaj (817–875), both of which have the same title al-Sahih (The Authentic).

who asked me not to take care of old and sick people. I was straightforward and asked my mother how she could ask me to behave inhumanely toward a person who gave lots of time to my son when he was a baby. This neighbour helped me a lot. How can I be so ungrateful to him? My mother said she learned a Hadith recently and before that she was not aware of the punishment for mixing with non-Muslims.”

In the above case, the woman is not subscribing to her mother’s religious views. Nevertheless, there are many Bangladeshis, who consider their identity as a singular Muslim identity and conceive of their religion as providing a “code” for all facets of life, which prohibits “mixing with” non-Muslims.

Integration as Solidarity and Social Development

Some interviewees see integration not only as a cultural phenomenon but as a social solidarity process; a process of political understanding and engagement for both host and diaspora communities. Integration is seen as a challenge for both communities. The underlying assumption is that integration is a dual process of collective interactions, which is only possible with mutual recognition and solidarity. This is an understanding of integration that is closest to what academic discourses in Germany recently define as integration.

A student active in a Bangladeshi cultural group illustrates this position. In her view, every society faces common social, economic, cultural, environmental, and political challenges, such as climate change, unemployment, inequality and violence.

“I don’t like the word ‘integration’. The common perception is that it is about culture and one has to take another culture. But the question is not only culture, it is about how people are facing social problems of exclusion and discrimination. Maybe we are talking about social solidarity.”

The context and the nature of the problems may differ but they are not isolated. Therefore, integration has to be seen in relation to systems of oppression, power structures, class, gender discrimination, and exclusion. In fact, integration affects the lives of all citizens of a society. Accordingly, integration needs collective action for social transformation through mutual support and solidarity. Integration thus becomes a partnership and cooperation process, building consensus, and commitment with a common future vision. Looking at integration from the perspective of inequality, social progress, and human rights is not new. This is a broader framework, looking at human relationships from a development perspective. This perspective goes beyond viewing integration as merely cultural interaction with the so-called host community and enters into the realm of social development policy agenda.

Identity Conflicts in Bangladesh and the Diaspora

To better understand the relationship between identity and perspectives on integration, some background is necessary. Bangladesh is a class-divided and strongly patriarchal society. The power structure is largely dominated by the educated class. Bangladesh is a mixed nation, best described as trans-ethnic and multireligious. Community identity is based on religion (Hindu and Muslim), and so

religion plays a key role in identity perceptions. Religious identity has various sub-divisions: atheists, secularists, Sufis, and fundamentalists.

Additionally, political parties, religious groups, and social and cultural institutions experience conflict due to the inner heterogeneity of the society, e.g., various class, gender or ideological positions, and these differences further shape identity conflicts. Gender conflicts, for instance, manifest within the family space. Working-class women share similar problems with female elites at home, like seclusion.⁵ While education and jobs may provide women the opportunity to overcome class disparities, religious identity plays an important role in influencing marriage decisions. In these cases, religious identity is more influential than other identities. Identity conflicts are thus shaped by the intersection of aspects of class, gender and religion.

Contemporary Bangladeshi identity politics influence identity consciousness throughout Bangladesh and the diaspora. There are class and gender division and conflict, however, the religious (Muslim) and ethnolinguistic (Bengali) conflict remains dominant. Usually, those of the Bangladeshi diaspora who consider their religious identity as primary are inclined to remain isolated and resist cultural interactions. On the contrary, those who consider their identity as secular ethnolinguistic are interested in cultural exchange and assimilation in the sense of greater interactions. Thus, identity perceptions play an important role in cultural and social interactions.

⁵ Seclusion here means the state of being private and away from other people.

Addressing Identity: Structural Integration is not Enough

The Bangladeshi diaspora is not isolated from or immune to religious identity politics. The growing religious identity orientations of the Bangladeshi diaspora have direct consequences for individual integration behaviour. Second generation members of the Bangladeshi diaspora do not receive enough mother tongue (Bengali) education and are deprived of their parents' ethnolinguistic secular culture. With the growing influence of Islamic organisations, second generation children have more occasions for radical religious orientation.

Germany has introduced a new skilled immigration act (March 2020) that allows skilled workers to migrate to Germany, and more people with varied social backgrounds are expected to migrate. The policy and strategy of "Governance of Migrant Integration in Germany" (European Commission 2019) is primarily labour market-oriented and focuses on aspects of structural integration: education, language and technical training, employment and cultural integration. This approach follows the dominant perspective which considers different diaspora communities in Germany as cohesive communities. As I have shown in this article, the Bangladeshi diaspora is, on the contrary, not a homogenous but rather a heterogeneous group. The design of structural integration services like common language courses and training to achieve job skills is not enough to address the internal and intra-community conflicts based on different identity perceptions. It would be beneficial to address these different identity perceptions and community conflicts. These conflicts influence the social integration of the Bangladeshi diaspora. Instead of a focus on only structural integration it would be important to consider political integration to address the different dimensions presented in this paper.

Referenzen

European Commission 2019: Governance of Migrant Integration in Germany. Verfügbar: <<https://ec.europa.eu/migrant-integration/governance/germany>>

Tithila, Kohinur Khyum; Joarder Baizid Haque 2019: Number of Bangladeshi students rise by 34% in Germany. Verfügbar: <<https://www.dhakatribune.com/bangladesh/2019/11/08/34-rise-of-bangladeshi-students-in-germany>>

‚Wir‘ und ‚die anderen‘?

Die Rolle von Erzählungen in polarisierten sozialen Konflikten

Sebastian Salzmann

Erzählte Konflikte: Zur Ausgangslage¹

Zahlreiche Erzählungen und Bilder prägen unsere Wahrnehmung von sozialen Konflikten in postmigrantischen Gesellschaften (vgl. Terkessidis 2017). Man denke etwa an Narrative vermeintlicher „Überfremdung“ oder an Vorstellungen, nach denen viele innerstädtische Viertel mehr und mehr zu „No-go-Areas“ oder „Parallelgesellschaften“ werden, in denen Jugendbanden oder organisierte Kriminalität ihr Unwesen treiben. Auch migrations- und integrationsbezogene Konflikte werden von Begriffen, Bildern und Erzählungen, die Menschen kommunizieren, mitgeprägt. In vielen Fällen sind diese Erzählungen stark vereinfachend: Sie transportieren die Vorstellung von mindestens zwei Gruppen, die sich wie „feste Blöcke“ unversöhnlich gegenüberstehen, und tauchen auch im Zusammenhang mit politischen, sozialen oder räumlichen Polarisierungen auf, die sie nicht selten vertiefen.² Angeblich „unüberwindbare Polarisierungen“ werden oft selbst zum Thema von

¹ Für hilfreiche Anmerkungen und wichtige Hinweise danke ich Maria Budnik, Katrin Großmann und Florian Hessel.

² Dieser Beitrag entstand im Rahmen des am Lehrstuhl für Sozialtheorie und Sozialpsychologie der Ruhr-Universität Bochum angesiedelten, in Kooperation mit dem VFB Salzwedel e.V. durchgeführten Forschungsprojektes „(Selbst-)Ausgrenzung und Demokratievermittlung“.

Geschichten. So existieren zahlreiche Artikel und Sendungen in allen Medien, die die „gespaltene Gesellschaft“ oder die ‚geteilte Republik‘ beschwörend im Titel tragen – und bestehende Konflikte oder Verwerfungen dadurch womöglich verfestigen. Wie wirken sich solche Erzählungen auf die Wahrnehmung des Konfliktgeschehens aus? Welche Gefahren bringt das womöglich mit sich?

Damit wir uns diesen Fragen annähern können, möchte ich zunächst einige allgemeine Gedanken zum Erzählen vorausschicken: 1. Erzählungen sind politisch und sozial wirksam. 2. Erzählungen wirken sich auf die Wahrnehmung des Konfliktgeschehens aus, d.h. auf die Vorstellungen, die wir uns davon und von möglichen Lösungen machen. 3. Erzählungen hängen eng mit der Positionierung der beteiligten Akteur:innen im Konflikt zusammen. Sie sind also wichtig für unsere *subjektive und kollektive* Perspektive auf Konflikte und somit ein sozialpsychologisch interessantes Element im Konfliktgeschehen selbst.

Die Bedeutung von Erzählungen

Wenn wir *über* Konflikte reden, greifen wir in der Regel auf sozial vermittelte und kulturell verfügbare Erzählungen zurück, d.h. wir finden Worte für etwas, das wir beschreiben oder verstehen wollen. Erzählungen prägen nicht nur unseren Blick auf Konflikte, sondern sie gestalten diese mit. Was ist damit gemeint?

Die (sozial-)psychologische Funktion des Erzählens bietet hier einen ersten Zugang: Für Ernst Boesch ist Erzählen *generell* ein „Gestalten von Selbst-Welt-Bezügen“ (2005: 215). Als aktive Auseinandersetzung eines Individuums mit seiner Umwelt dient das Erzählen u.a. der Orientierung und der, wie es bei Jürgen Straub (2010: 145) heißt,

„Kontingenzbearbeitung“: „Die Erzählung macht aus der ‚wilden‘, ‚irrationalen‘ Kontingenz auf der Ebene des unentwegt Geschehenden eine narrativ ‚geregelt‘ [...], in nunmehr bestimmter Weise sinnhafte und bedeutungsvolle Angelegenheit.“ (ebd.). Gesellschaftliche Veränderungen können die Welt jedoch immer wieder unübersichtlich erscheinen lassen. Erzählungen dienen hier vor allem der (Neu-)Herstellung einer Basis des eigenen Handelns. Sie bieten Orientierung und Entlastung im Angesicht komplexer, zunehmend unübersichtlicher und herausfordernder Lebenswelten. Durch die Erzählung wird der oder dem Einzelnen die Möglichkeit gegeben, dem eigenen Handeln Sinn – oder eine Richtung – zu verleihen. Etwas kann in Worte gefasst werden und wird dadurch versteh- bzw. beherrschbar. Mitglieder einer Gruppe oder Gesellschaft greifen hierbei auch auf existierende, gemeinsame Erzählungen zurück, die dabei helfen, das Erlebte einzuordnen. Dieser mehr oder weniger bewusste Zugriff auf „Erzählmaterial“, das von Einzelpersonen oder Gruppen zur Deutung, Legitimation und Ausrichtung des eigenen Handelns herangezogen wird, prägt auch die Wahrnehmung von Konflikten.

Im hier interessierenden Zusammenhang treten solche Erzählungen insbesondere in den von Willy Viehöver (2014: 69) angeführten Varianten und Erscheinungsformen auf: politische Narrative, (Meta-)Erzählungen des Politischen und politisierte Narrationen. Sie können z.B. als Mythen oder weit verbreitete Geschichten bereitliegen. Diese helfen nicht nur dabei, die Welt zu „erklären“, sondern sind zugleich an der Entwicklung eines Menschen- und Selbstbildes beteiligt (Chakkarath 2015: 7). Während bestimmte Erzählungen für mich an Bedeutung gewinnen, vermitteln sie mir auch eine Vorstellung von mir selbst: Hier stehe ich. Das ist meine Geschichte, die Geschichte der Gruppe, der ich angehöre. Auch in Konfliktsituationen

begleitet mich dieses Wissen. Wenn nun zum Beispiel von „Überfremdung“ gesprochen wird, werden bestimmte Vorstellungen und Mythen transportiert: zum Beispiel die Vorstellung einer geschlossenen Einheit des Eigenen, die fremden Elementen und Einflüssen ausgesetzt ist. Die Betonung dieser Erzählung im Rahmen sozialer Konflikte hat Auswirkungen auf meine Einstellungen. Ich nehme eine bestimmte Perspektive in diesem Geschehen ein. Das Narrativ der „Überfremdung“ adressiert mich als Mitglied einer Gruppe. Aber wie und warum entwickelt es für manche Personen erhebliche Anziehungskraft?

Krisengefühle: Erzählungen als ‚Ausweg‘?

Ein wesentlicher Aspekt ist ein subjektives Gefühl der Krise. Eine Infragestellung meines bisherigen Selbst- und Weltbildes kann krisenhafte Zustände hervorrufen, für die ich eine Antwort finden muss. Ich muss Worte finden für das, was ich sehe und erlebe. Dabei ist mein Bezug zum Geschehen von großer Bedeutung: Wie nehme ich dieses in Bezug auf mich selbst wahr und wie ordne ich es ein? Das, was hier allgemein als Krise bezeichnet wird, umfasst vor allem verunsichernde Erlebnisse, die durch mangelnde Transparenz und Orientierung gekennzeichnet sind und dadurch Ängste erzeugen (vgl. Heitmeyer 2018: 139). Neue gesellschaftliche Herausforderungen verlangen fast immer nach einer Neuausrichtung oder Anpassung systemischer Handlungsverläufe. Dies geschieht selten reibungslos. Häufig führen gesellschaftliche Umbrüche also zu Verunsicherung, abnehmendem Vertrauen in gesellschaftliche Institutionen oder Abwehr von Veränderung.

Als Beispiel kann der von Ivan Krastev (2018) beschriebene Verlust des Vertrauens der EU-Bürger:innen in die Funktionalität ihres politischen Systems infolge der

Migrationsbewegungen im Jahr 2015 angeführt werden. Krastev spricht in diesem Zusammenhang von einer „Migration der [...] politischen Identitäten“ (ebd.: 25): Das bisherige Selbst- und Weltbild wird eventuell brüchig, weil es keine befriedigende Antwort auf die eigene Unsicherheit zu geben scheint. Möglicherweise kommt der Eindruck auf, dass die „alten Institutionen“ auf die Herausforderungen falsch oder schlecht reagiert haben. Das kann ein Grund für eine Radikalisierung sein (Lantermann 2016), die die erlebte Verunsicherung kompensiert und beseitigt. Sinn und Orientierung werden nun vielfach andernorts gesucht, z.B. in den Erzählungen populistischer Akteur:innen (vgl. Priester 2012). Negative gesellschaftliche Veränderungen werden dann zum Beispiel auf die angebliche „Überfremdung“ einer bestimmten Gruppe zurückgeführt, die sich gegen die vermeintliche Gefahr wehren müsse. Das „Über“ in „Überfremdung“ behauptet eine Überlastung, die zur Gefahr für das jeweilige ‚Wir‘ zu werden droht.

Dabei wird ein Bereich des ‚Eigenen‘ abgesteckt, der Orientierung verspricht. Diese oder ähnliche Erzählungen werden nun häufig von Personen aufgegriffen, denen sie helfen, die neue Situation begreifbar zu machen und Ängste zu bannen. Dies kann zu einer durch Erzählungen motivierten Neupositionierung führen: Wichtiger wird das ‚Eigenes‘, die eigene Gruppe. Das ‚Fremde‘ wird diesem als anderer ‚Pol‘ gegenübergestellt. Boesch (2005: 223) spricht daher von „willkommenen Feinden“, die – psychologisch gesehen – gebraucht werden, um den eigenen Standpunkt zu begründen. Die Grundlage dafür sind häufig nicht nur Verschwörungserzählungen, wie jene der „Umvolkung“ (siehe Heine 2019: 192ff.) oder „Überfremdung“, sondern auch reduktionistische, vereinfachende Erzählungen, etwa die eines generellen „Versagens der Regierung“ oder „der EU“. Auf der Suche nach Orientierung bieten

diese Bilder und Erzählungen eine Folie, vor deren Hintergrund individuelle und gesellschaftliche Krisen gedeutet werden können. Wenn die aufgegriffenen Erzählungen klare Gruppen- und Feindzuschreibungen enthalten, wird damit eine „Erklärung“ geliefert, die mir vor allem zu verstehen gibt: Ich sehe genau, was passiert. Ich weiß, wo ich stehe und was ich zu tun habe. Ein empfundener Kontrollverlust wird abgewehrt – auf Kosten einer differenzierten Betrachtung gesellschaftlicher Veränderungen und Herausforderungen. An ihre Stelle treten stattdessen vereinfachende Erzählungen, die bestimmten Erzählmustern folgen und statt vielschichtigen Konfliktanalysen simple Gegenüberstellungen bevorzugen: ‚wir‘ und ‚die anderen‘.

Erzählmuster: ‚wir‘ und ‚die anderen‘

Derartige Muster finden wir in zahlreichen Erzählungen, die in der Debatte über „Integration“ existieren. Sie prägen die Bilder und Vorstellungen mit, die wir uns machen. Sie tragen ebenfalls dazu bei, dass Freund-Feind-Vorstellungen in Krisenzeiten schnell verbreitet werden können. Sama Maani (2015: 38) weist auf die vorherrschende Vorstellung von *Integration* hin: „Wenn wir ‚Integration‘ sagen, meinen wir in der Regel, daß Angehörige ‚fremder Kulturen‘ ‚sich ‚bei uns‘ integrieren‘ sollten.“ Zugleich, so heißt es weiter, habe sich die Erzählung einer „Kultur“ oder ‚Leitkultur‘ durchgesetzt, die letztere als „einen quasi von Natur aus bestehenden (Volks-)Charakter“ begreift (ebd.: 39). Die Dominanz derartiger Erzählungen stilisiere soziale Konflikte bzw. soziale Ungleichheit schließlich zu Konflikten „zwischen Kulturen“ (ebd.: 53f.). Wie wir gesehen haben, werden diese Erzählungen aufgegriffen, um dabei zu helfen, komplexe Prozesse „durchschaubar“ zu machen. Dies geschieht vielfach durch klare

Zuschreibungen und Vereinfachungen, die an bestehende Vorurteile andocken können. *Ein* Ergebnis ist die fragmentierte Wahrnehmung der Gesellschaft, nach der diese in Pole und Blöcke zerfällt, die ich ablehne oder annehme.

Vereinfachende, eindeutige Wahrheiten versprechende Erzählungen haben regen Zulauf. Nicht zuletzt extremistische Gruppierungen greifen seit jeher auf ihr jeweiliges „großes Narrativ“ der Welterklärung zurück (Schellhöf et al. 2018: 8). Das „Extreme“ versteht sich in diesem Zusammenhang – wörtlich – als das außerhalb Stehende (ebd.: 9), das sich gegen die Gesellschaft als einen Funktionszusammenhang richtet. Integration wird hier vielfach als „Zersetzungsprozess“ vermeintlich ‚natürlicher‘ Einheiten verstanden und erzählt. Dieses Narrativ beschwört die Bedrohung des eigenen Selbst, der eigenen Kultur oder Gruppe. Die ideologische Legitimation von Gewalt schließt an diese Vorstellung an. Die Aufteilung der Gesellschaft in ‚wir‘ und ‚die anderen‘ ist eine Voraussetzung dafür. In Situationen, die als krisenhaft wahrgenommen werden, entfaltet sie ihre Wirkung.

Eindeutige Konfliktursachen? Herausforderungen für die Konfliktbearbeitung

In vielen Fällen werden soziale Konflikte von diesen und ähnlichen Erzählungen überformt, d.h. *ausschließlich* unter einem dominanten Schlagwort oder Thema diskutiert. Was bedeutet das nun für die Wahrnehmung und Beurteilung von Konflikten? Zum Beispiel kann ein Konflikt in der Nachbarschaft ausschließlich auf vermeintliche biologische oder kulturelle Eigenschaften der Konfliktparteien reduziert werden. Eventuell wird aber auch denjenigen, die einseitige Schuldzuweisungen vermeiden, mit Ablehnung begegnet. Auch dies kann das Ergebnis

von Erzählungen sein, welche ‚die anderen‘ als Gegenpart präsentieren. Das wirkt zuerst einmal entlastend, weil es die Verantwortung für einen Konflikt außerhalb der eigenen Person oder Gruppe verortet: bei den willkommenen Feinden.

Erzählungen bieten zunächst einen Ausweg aus der Orientierungslosigkeit. Natürlich werden sie dabei der Komplexität von Gesellschaften nicht immer gerecht. Eine Herausforderung stellen sie dar, wenn sie für vielschichtige Problemlagen simplifizierende Erklärungen bereitstellen. Es müssen nicht immer Verschwörungsmythen oder extremistische Ideologien sein, die ein bestimmtes Weltbild vermitteln. Zahlreiche Erzählungen und Begriffe transportieren häufig Abgrenzungs- oder sogar Feindbilder oder führen zur Verbreitung von Schwarz-Weiß-Denken. Sie suggerieren eine grundsätzliche Konkurrenz zwischen gesellschaftlichen Gruppen, indem sie deren Unterscheidung überhaupt erst hervorheben. Nach und nach wird der Konflikt lediglich unter diesem einem Gesichtspunkt – etwa der Zuordnung zu einer Gruppe – betrachtet. Die Rolle des eigenen Verhaltens, Vorurteile oder vielschichtige soziale und ökonomische Beweggründe für das Handeln anderer werden beiseitegeschoben. Um noch einmal das Beispiel der „Überfremdung“ aufzugreifen: Es wird eine Erzählung aufgenommen, die das Problem außerhalb der eigenen Gruppe verortet. Dieses Außen wird als Ursache von Konflikten betrachtet. Selten stehen hierbei konkrete Herausforderungen im Mittelpunkt, sondern nur die vermeintliche einzige Ursache.

Die Infragestellung der eigenen Perspektive wiederum geht nicht selten mit heftigen emotionalen Reaktionen einher, die sich nicht ohne Weiteres durch das bessere Argument aus dem Weg räumen lassen (Straub 2019; vgl. Straub, Salzmann 2021). Eindeutigkeit versprechende

Erzählungen sind durchaus attraktiv, um die eigene (Macht-)Position abzusichern und eigenes Unbehagen einzuordnen. Diese Dynamik lässt sich vielerorts beobachten und liegt zahlreichen Konflikten und Polarisierungsprozessen zugrunde. Es treffen Meinungen und Überzeugungen aufeinander, von denen in der Folge nicht oder nur zögerlich abgerückt wird.³ Soziale Konflikte haben jedoch vielschichtige Ursachen. Durch reduktionistische Erzählungen richten wir den Blick viel zu oft auf einen eingeschränkten oder verzerrt wahrgenommenen Aspekt.

Konflikte und die Bestätigung des eigenen Weltbildes

Das Ineinandergreifen parallel anschwellender Narrative, die um die Vorherrschaft ringen, ist von ihrer ‚Verstärkung‘ im Zeitalter global interaktiver Kommunikation nicht mehr loszulösen. Das Leben und Diskutieren in einer zunehmend „entkontextualisierten Welt der sozialen Netzwerke“, wie es in Caroline Fourests Streitschrift (2020: 109) heißt, liefert fortlaufend Bilder und Erzählungen, die passgenau das eigene Selbst- und Weltbild bestätigen. Sicherlich sind derartige Vorgänge nicht auf digitale Räume beschränkt. Auch in der alltäglichen Kommunikation zeigt sich, dass Erklärungen, die Ordnung in die als krisenhaft erlebte Umwelt bringen, starken Zulauf erfahren, wodurch die „Versuchung des Separatismus“ (ebd.: 60) an Attraktivität zu gewinnen scheint.

Es sei noch einmal betont, dass der starke Wunsch nach Orientierung in einer als unsicher empfundenen Welt die Bereitschaft erhöht, der Unübersichtlichkeit durch

³ Eine Kernkompetenz stellt dagegen das Erlernen von Kompromissen dar, die durchaus der Anerkennung des eigenen Selbsts Rechnung tragen, ohne die Welt – wie aktuell häufiger zu beobachten – ausschließlich in Gewinnende und Verlierende zu unterteilen (vgl. Todorov 2015 [1995]: 130).

vermeintliche Eindeutigkeit zu begegnen. Dadurch werden einzelne Konfliktbereiche jedoch ausgeblendet oder überzeichnet sowie Feindschaften konstruiert und verfestigt. Auch die Suche nach Ursachen – oder den angeblich Verantwortlichen, die in vielen Erzählungen präsentiert werden – rückt ab von einem multikausalen Konfliktverständnis und nimmt Erklärungen auf, die dem eigenen emotionalen Bedürfnis nach Selbstwirksamkeit und Orientierung eher entsprechen.⁴ Verloren geht dabei eine verbindende Erzählung. Im Mittelpunkt steht stattdessen das Ich oder ein abgegrenztes Wir. Mitunter befreit diese Überzeugung von der eigenen Verantwortung und der kräftezehrenden Arbeit an einer gemeinsamen Gesellschaft, die von Unstimmigkeiten durchzogen ist. Solch eine Arbeit setzt eine „Dissenstauglichkeit“ (Reichenbach 2020: 106) voraus, also auch Kompromiss- und Kritikfähigkeit, Einfühlungsvermögen und die Akzeptanz (bzw. Wahrnehmung) anderer, zunächst fremder oder auch unbequemer Perspektiven. Anerkennung kann nicht von der individuellen und gesellschaftlichen Bereitschaft abgelöst werden, diese grundsätzlich für jedes Individuum zu gewährleisten. Es gilt, weder die eigene Position absolut zu setzen noch diejenigen zu stärken, welche die individuelle Freiheit einem Kollektiv unterordnen wollen.⁵

⁴ Der vorliegende Text legt den Fokus auf die Bedeutung von polarisierenden Erzählungen in sozialen Konflikten. Er richtet sich weniger stark auf die damit ebenfalls zusammenhängende Genese von Ressentiments oder Desintegrationsprozessen (Decker, Brähler 2020; zum Verschwörungdenken siehe insbesondere Hessel 2020; vgl. Engels, Salzmann 2020).

⁵ Hierbei sollte nicht die Vorstellung einer ohnehin fragwürdigen Annahme der ‚ursprünglichen‘ Zugehörigkeit zu ausschließlich einer bestimmten Kultur reproduziert, sondern die *individuelle* Freiheit und ihre rechtliche Gewährleistung in den Mittelpunkt gerückt werden (Malik 2018: 50).

Abschluss

Ein Aspekt, der bei der Betrachtung der Rolle von Erzählungen in Konflikten zentral ist, ist insbesondere ihre identitäts- und ordnungsstiftende Funktion. Im Hinblick auf die Wirkung vereinfachender Erzählungen kann vor allem deren abschottende Funktion genannt werden. Dadurch ergeben sich im Alltag Konstellationen, in denen kaum noch miteinander gesprochen wird, weil z.B. einseitige Vorannahmen eine offene Diskussion erschweren. Komplexitätsreduzierende und andere vereinfachende Narrative zu hinterfragen – oder ihre Reproduktion zu vermeiden –, ohne das Gefühl zu vermitteln, dass dies einem Verlust aller Grundüberzeugungen gleichkäme, die einer Person wichtig oder für sie gar unverzichtbar sind, könnte ein Schritt sein, der hilft, diskursiven Verhärtungen entgegenzuwirken. Am Konflikt zu wachsen setzt dabei die Fähigkeit voraus, ihn aus vielen (auch bisher fremden) Perspektiven zu ‚sehen‘. Dieses Sehen auch zuzulassen, die Konflikthalte nicht abzuwehren, ihnen nicht auszuweichen scheint eine für die Praxis der Konfliktbearbeitung zentrale Aufgabe zu sein. Demokratie bedeutet nicht zuletzt die Zivilisierung und Formalisierung der Austragung sozialer Konflikte.

Aber welche Möglichkeit, die beschriebene Überformung des Konfliktgeschehens durch einfach ‚Erklärungen‘ aufzubrechen, ließe sich skizzieren? Demokratievermittlung wie auch Konfliktberatung und -bearbeitung bieten zuallererst einen gemeinsamen Raum, in dem verschiedene Perspektiven und Erzählungen sichtbar gemacht werden können. Zugleich kann die bereits erwähnte Vermeidung der Wiederholung polarisierender Erzählungen dabei helfen, die Ursache des Konfliktgeschehens unter verschiedenen Gesichtspunkten zu betrachten oder einen Perspektivwechsel zu ermöglichen.

Es gerät häufig ja gerade das aus dem Blick, was viele Menschen vor Ort wirklich beschäftigt. Eine polarisierte Erzählung bietet das Bild verfeindeter Lager und politischer Gegner an, was jedoch der Lage vor Ort nicht wirklich gerecht wird. Häufig beschäftigen und beunruhigen die Menschen ganz unterschiedliche Dinge, wobei das Unbehagen an einem einzigen Thema festgemacht wird. Das Ziel sollte es sein, Konflikte und Spannungen auf einer Ebene zu thematisieren, auf der die *konkreten* Probleme des Miteinanders benannt werden können: Welche Sorgen oder Verluste beunruhigen die Menschen und wie kann diesen Ängsten gemeinsam begegnet werden? Was wird jenseits von Zuschreibungen und Beschuldigungen als Anlass für Konflikte gesehen? Auf diese Weise wird nicht über Umwege kommuniziert, sondern das angesprochen, was die Menschen bereits *gemeinsam* betrifft und beschäftigt: das aus vielen Gründen nicht immer reibungslose *Zusammenleben*.

Referenzen

- Boesch, Ernst E. 2005: Von Kunst bis Terror. Über den Zwiespalt in der Kultur. Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen.
- Chakkarath, Pradeep 2015: Welt- und Menschenbilder: Eine sozialwissenschaftliche Annäherung. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, H. 41-42, S. 3-9.
- Decker, Oliver; Brähler, Elmar 2020: Autoritäre Dynamiken: Alte Ressentiments – neue Radikalität. In: Dies. (Hg.): Autoritäre Dynamiken. Alte Ressentiments – neue Radikalität. Leipziger Autoritarismus-Studie 2020. Psychosozial-Verlag, Gießen, S. 15-26.

- Engels, Carolin; Salzmann, Sebastian 2020: Zur ‚alltäglichen‘ Integration und Mobilisierung von Verschwörungsideologien. In: psychosozial, H. 159, S. 39-49.
- Fourest, Caroline 2020: Generation Beleidigt. Von der Sprachpolizei zur Gedankenpolizei. Über den wachsenden Einfluss linker Identitärer. Edition Tiamat, Berlin.
- Heine, Matthias 2019: Verbrannte Wörter. Wo wir noch reden wie die Nazis – und wo nicht. Dudenverlag, Berlin.
- Heitmeyer, Wilhelm 2018: Autoritäre Versuchungen. Signaturen der Bedrohung I. Suhrkamp, Berlin.
- Hessel, Florian 2020: Elemente des Verschwörungsglaubens. Ein Essay. In: psychosozial, H. 159, S. 15-26.
- Krastev, Ivan 2018: Europadämmerung. Ein Essay. Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn.
- Lantermann, Ernst-Dieter 2016: Die radikalisierte Gesellschaft. Von der Logik des Fanatismus. Blessing, München.
- Maani, Sama 2015: Respektverweigerung. Warum wir fremde Kulturen nicht respektieren sollten. Und die eigene auch nicht. Sechs Essays. Drava, Klagenfurt/Celovec.
- Malik, Kenan 2018: Das Unbehagen in den Kulturen. Eine Kritik des Multikulturalismus und seiner Gegner. Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn.
- Priester, Karin 2012: Wesensmerkmale des Populismus. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, H. 5-6, S. 3-9.

- Reichenbach, Roland 2020: Grenzen der interpersonalen Verständigung. Eine Kommunikationskritik. Psychosozial-Verlag, Gießen.
- Schellhöh, Jennifer; Reichertz, Jo; Heins, Volker M.; Flender, Armin 2018: Einleitung. In: Dies. (Hg.): Großerzählungen des Extremen. Neue Rechte, Populismus, Islamismus, War on Terror. transcript, Bielefeld, S. 7-11.
- Straub, Jürgen 2010: Erzähltheorie/Narration. In: Mey, Günter; Mruck, Katja (Hg.): Handbuch Qualitative Forschung in der Psychologie. VS Verlag, Wiesbaden, S. 136-150.
- Straub, Jürgen 2019: Die Macht negativer Affekte. Identität, kulturelle Unterschiede und interkulturelle Kompetenz. Psychosozial-Verlag, Gießen.
- Straub, Jürgen; Salzmann, Sebastian 2021: Affekte und das psychoanalytische Konzept der Abjektion: Eine kulturpsychologische Perspektive auf soziale Konflikte und das Leben im Dissens. In: KonfliktDynamik, Jg. 10, H. 2, S. 87-98 (in Vorbereitung).
- Terkessidis, Mark 2017: Nach der Flucht. Neue Ideen für die Einwanderungsgesellschaft. Reclam, Stuttgart.
- Todorov, Tzvetan 2015 [1995]: Abenteuer des Zusammenlebens. Versuch einer allgemeinen Anthropologie. Psychosozial-Verlag, Gießen.
- Viehöver, Willy 2014: Erzählungen im Feld der Politik, Politik durch Erzählungen. Überlegungen zur Rolle der Narrationen in den politischen Wissenschaften. In: Gadinger, Frank; Jarzebski, Sebastian; Yildiz, Taylan (Hg.): Politische Narrative. Konzepte – Analysen – Forschungspraxis. Springer VS, Wiesbaden, S. 67-91.



Autor:innenverzeichnis

Marike Blunck arbeitet seit Mitte 2020 im Kompetenzzentrum Kommunale Konfliktberatung des Vereins zur Förderung der Bildung – VFB Salzwedel e.V. Zuvor war sie insbesondere im Bereich der internationalen Friedensmediation und Dialogarbeit tätig. Sie ist ausgebildete Mediatorin und studierte Friedens- und Konfliktforschung in England.

Maria Budnik arbeitet als Stadtgeographin an der Fachhochschule Erfurt. In ihrer Forschung beschäftigt sie sich mit Fragen des sozialen Zusammenhalts und Konflikten in heterogenen Stadtgesellschaften. Im Rahmen ihrer Arbeit im BMBF-geförderten Forschungsprojekt MigraChance bearbeitet sie Fragestellungen des gesellschaftlichen Wandels durch soziale Konflikte.

Wolfgang Dörner ist seit einigen Jahren mit dem forumZFD tätig im Zivilen Friedensdienst, im Ausland (hauptsächlich Philippinen) und derzeit in Deutschland, als Referent für Beratungsprozesse im Bereich Kommunale Konfliktberatung. Er studierte Erziehungswissenschaften (Dipl.) und Politikwissenschaft (PhD) und besuchte die Fortbildung zum ‚Peace and Conflict Consultant‘.

Dr. Nihad El-Kayed ist post-doc am Berliner Institut für empirische Integrations- und Migrationsforschung (BIM) an der Humboldt-Universität zu Berlin. Ihre Forschungsinteressen liegen im Bereich Bürgerschaft und Migration in urbanen Kontexten, Nachbarschaftsforschung, soziale Netzwerke und Sozialkapital, politische Partizipation sowie Sport und Migration.

Ornella Gessler hat Sozialwissenschaften und Friedens- und Konfliktforschung in Köln, Ankara und Marburg studiert. Seit 2019 arbeitet sie im Kompetenzzentrum Kommunale Konfliktberatung des Vereins zur Förderung der Bildung – VFB Salzwedel e.V.

Ricardo Glaser, Soziologe aus Leipzig, arbeitet als Supervisor und Coach sowie in Projekten der sächsischen Demokratiearbeit, in Angeboten der Jugendhilfe und in weiteren sozialwirtschaftlichen Arbeitsfeldern. Er ist Geschäftsführer des Büros für sozialwissenschaftliche Forschung und Beratung (SOFUB) und Mitstreiter im Institut für politische Narrative (IfPON).

Prof. Dr. Katrin Großmann ist Professorin für Stadt- und Raumsoziologie an der FH Erfurt. In ihren Arbeiten verfolgt sie Fragen einer zukunftsfähigen Entwicklung von (Stadt-)Gesellschaften und verbindet hier normative Debatten mit analytischen Perspektiven. Sie forscht u.a. zu sozialen Konflikten und Zuwanderung, Energiegerechtigkeit, schrumpfenden Städten und Kleinstädten.

Dr. Annegret Haase ist Stadtsoziologin am Helmholtz-Zentrum für Umweltforschung, am Department Stadt- und Umweltsoziologie. Schwerpunkte ihrer Arbeit liegen u.a. auf Urbanisierungsprozessen in Europa, sozial-räumlicher Differenzierung in Städten, urbanen Konflikten, Ungleichheiten bzw. Ungerechtigkeiten und deren Implikationen für Stadtpolitik, -planung und Governance.

Prof. Dr. Dirk Halm ist politischer Soziologe und hauptamtlicher Vorstand des Zentrums für Türkeistudien und Integrationsforschung. Er ist außerplanmäßiger Professor am Institut für Politikwissenschaft der Universität Münster und beschäftigt sich mit der Entwicklung zivilgesellschaftlicher Organisationen von Eingewanderten sowie mit der Integration des Islams in Deutschland und Europa.

Christoph Hedtke ist Stadtgeograph und seit 2018 wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Fachhochschule Erfurt im Fachgebiet Stadt- und Raumsoziologie. Er forscht vor allem zu den Themen Zusammenleben in heterogenen Stadtgesellschaften, sozialer Wandel durch Migration und extrem rechte Bewegungen. Zudem arbeitet nebenberuflich als Journalist und Mediator.

Dr. Sandra Huning ist an der Fakultät Raumplanung der Technischen Universität Dortmund beschäftigt. In Forschung und Lehre befasst sie sich mit feministischen und stadtsoziologischen Planungsperspektiven und mit Planungstheorien. Zuletzt leitete sie das BMBF-geförderte Verbundprojekt „Interkulturelle Räume der Partizipation“ (INTERPART).

Der **Initiativkreis Menschen:Würdig. (IKMW)** hat sich 2012 im Zuge der Debatte um das Unterbringungskonzept der Stadt Leipzig gegründet. Seine Vorläufer gehen ins Jahr 2009 zurück. Der IKMW kämpft für gleiche Rechte von Geflüchteten und engagiert sich besonders für selbstbestimmtes Wohnen.

Dr. Sebastian Juhnke war von 2020-2021 wissenschaftlicher Mitarbeiter im Projekt „Nachbarschaften des Willkommens“ an der Humboldt-Universität zu Berlin. Zuvor war er dort am Lehrbereich für Stadt- und Regionalsoziologie tätig. Seine Forschungsinteressen liegen im Bereich soziale Ungleichheit und Diversität.

Leoni J. Keskinliç ist Wissenschaftliche Mitarbeiterin und promoviert am Berliner Institut für empirische Integrations- und Migrationsforschung (BIM) der Humboldt-Universität zu Berlin. Aktuell arbeitet sie zu Migration in Ostdeutschland. Ihre Forschungsschwerpunkte sind Home(un)making, Migration, Nachbarschaft, soziale/politische Ungleichheit und Teilhabe.

Azizur Rahman Khan is a Freelance consultant, providing service to conflict transformation and peace building development projects in South Asia. Presently working as scientific consultant on diaspora integration Research for Verein zur Förderung der Bildung - VFB Salzwedel e.V. in cooperation with South Asia Institute of Heidelberg University.

Alexander Krahmer ist Soziologe und Islamwissenschaftler sowie Mitarbeiter im Projekt MigraChance Helmholtz-Zentrum für Umweltforschung, am Department Stadt- und Umweltsoziologie. Seine Forschungsschwerpunkte liegen im Bereich der Stadt- und Raumtheorien sowie der Konflikt- und Sicherheitsforschung.

Dr. Nora Rebekka Krott ist Koordinatorin des Forschungsprojekts „ZuGleich – Zugehörigkeit und Gleichwertigkeit“ am Institut für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung der Universität Bielefeld. Zuvor promovierte sie an der Universität Hamburg zu Emotionsregulation im Kontext von kontrafaktischem Denken und arbeitete an der New York University im Bereich Sozialpsychologie.

Boris Krumnow ist Religionswissenschaftler, politischer Bildner und Osteuropa-Experte aus Leipzig. Er arbeitet in verschiedenen Programmen und Projekten der sächsischen Demokratiarbeit sowie als wissenschaftlicher Berater bei Osteuropa-Projekten. Er ist Mitbegründer des Institutes für politische Narrative (IfPON) in Leipzig.

Sylvia Lustig, Diplom-Soziologin, ist seit 2010 als freiberufliche Mitarbeiterin in der Kommunalen Konfliktberatung (KKB) des forumZFD tätig. Ihre Arbeitsschwerpunkte sind die konzeptionelle Entwicklung der KKB sowie der Bereich Lehre/ Weiterbildung/ Forschung. Sie arbeitet außerdem als Trainerin für Gewaltfreie Kommunikation, als Team- Supervisorin und Coach.

Stella Nüschen ist Projektmitarbeiterin des Projekts „Zugleich – Zugehörigkeit und Gleichwertigkeit“. Sie studierte Soziologie (M.A.) an der Universität Bielefeld und der Universität Bologna. Derzeit ist sie wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Deutschen Hochschule der Polizei und promoviert an der Bielefeld Graduate School of History and Sociology zum Thema Zugehörigkeit.

Christina Pauls, M.A. Peace Studies, ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Lehrstuhl für Politikwissenschaften, Friedens- und Konfliktforschung der Universität Augsburg, sowie an der Hochschule für Politik der Technischen Universität München. Ihre Forschungs- und Lehrschwerpunkte sind post- und dekoloniale Theorien, Kritische Friedensforschung und Friedenstheorien.

Dr. Madlen Pilz ist seit 2019 als Wissenschaftlerin am Leibniz-Institut für Raumbezogene Sozialforschung (IRS) tätig. Seit 2017 forscht und publiziert sie im Rahmen verschiedener Forschungsprojekte zu Migrations- und Integrationsprozessen in west- und ostdeutschen Städten. Ihr Schwerpunkt liegt dabei auf Alltagserfahrungen, Kämpfen der Migration und Governanceprozessen.

Prof. Dr. Heike Radvan, Erziehungswissenschaftlerin, ist Professorin am Institut Sozialer Arbeit der BTU Cottbus mit den Schwerpunkten Rechtsextremismusprävention und Gemeinwesenarbeit und forscht und lehrt u.a. zu Gender und Rechtsextremismus, Antisemitismus, Empowerment und community organizing, Diversität in ländlichen Räumen Ostdeutschlands.

Michael Raab ist Sozialarbeiter und Sozialwissenschaftler und beschäftigt sich beim Bildungskollektiv Biko mit Geschlechterverhältnissen, sozialer Ungleichheit und Bewegungsgeschichte. Er ist Lehrbeauftragter an der Alice Salomon Hochschule Berlin.

Dr. Dieter Reinhardt ist Politikwissenschaftler am Südasiens-Institut des Centrums für Asienwissenschaften und Transkulturelle Studien (CATS) der Universität Heidelberg. Er arbeitet über UN-Missionen in Gewaltkonflikten, deutsche Außenpolitik, Migration in Südasiens und aktuell über transnationale Identitätsnetzwerke am Beispiel der Bangladesch-Diaspora in Deutschland.

Sebastian Salzmann, M.A., ist wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Ruhr-Universität Bochum, Fakultät für Sozialwissenschaft, Lehrstuhl für Sozialtheorie und Sozialpsychologie. Forschungs- und Interessenschwerpunkte: Sozial- und Kulturpsychologie, Konfliktforschung und Antisemitismusforschung.

Yunus Ulusoy ist Dipl.-Ökonom und Programmleiter am Zentrum für Türkei-Studien und Integrationsforschung. Seine Arbeitsschwerpunkte sind innen- und außenpolitischen Entwicklungen der Türkei, deutsch-türkische und türkisch-europäische Beziehungen, politische Bildung und Partizipation in der Einwanderungsgesellschaft sowie Migration und wirtschaftliche Teilhabe.

Prof. Dr. Christoph Weller leitet den Lehrstuhl für Politikwissenschaft, Friedens- und Konfliktforschung der Universität Augsburg, ist u.a. Mitglied der Plattform Zivile Konfliktbearbeitung und lehrt zu Themen der Friedens- und Konfliktforschung; Zivile Konfliktbearbeitung, Friedenstheorie und Konfliktanalyse gehören zu seinen Forschungsschwerpunkten.

Prof. Dr. Andreas Zick ist Direktor des Instituts für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung, Professor für Sozialisation und Konfliktforschung an der Uni Bielefeld, dortiger Sprecher des Forschungsinstituts für gesellschaftlichen Zusammenhalt und Mitglied der DeZIM-Forschungsgemeinschaft. Er promovierte zum Thema Vorurteile & Rassismus und habilitierte zu Akkulturation.

Dr. Michaela Zöhrer arbeitet am Lehrstuhl für Politikwissenschaft, Friedens- und Konfliktforschung der Universität Augsburg. Aktuell koordiniert sie ein gemeinsam mit dem Forum Ziviler Friedensdienst (forumZFD) durchgeführtes partizipatives Forschungsprojekt, das durch den Asyl-, Migrations- und Integrationsfonds der Europäischen Union gefördert wird.